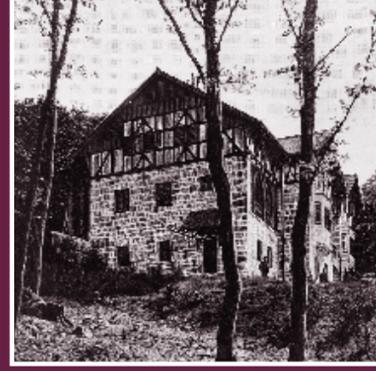


Die Schlossabmachungen vom September 1920

Vaterländische Union



Die Schlossabmachungen

vom September 1920

**Studien und
Quellen
zur politischen
Geschichte
des Fürstentums
Liechtenstein
im frühen
20. Jahrhundert**

Die Schlossabmachungen vom September 1920

**Studien und Quellen
zur politischen Geschichte
des Fürstentums Liechtenstein
im frühen 20. Jahrhundert**

Oswald Kranz
Arthur Brunhart
Roland Hilti
Rupert Quaderer

Die Schlossabmachungen vom September 1920

Studien und Quellen zur politischen Geschichte des Fürstentums Liechtenstein im frühen 20. Jahrhundert

Liechtenstein um die Jahrhundertwende
Die Entstehung der politischen Parteien
Die Christlich-soziale Volkspartei
Die Krise vom November 1918
Die Schlossabmachungen von 1920
Wilhelm Beck (1885–1936)

Impressum

Herausgeber: Vaterländische Union
Autoren: Dr. Rupert Quaderer
Lic. phil. Roland Hilti
Lic. phil. Arthur Brunhart
Oswald Kranz
Redaktion: lic. phil. Arthur Brunhart
Gestaltung und Satz: Reinold Ospelt AG, Vaduz
Druck: BVD Druck- und Verlag AG, Schaan
Einband: Buchbinderei Thöny, Vaduz
Vertrieb: Vaterländische Union
Fürst-Franz-Josef-Strasse 13
FL-9490 Vaduz

© 1996 Vaterländische Union, Vaduz FL

Gedruckt in Liechtenstein

Vaterländische Union 1996



Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Einleitung

I. Studien

1. Das Fürstentum Liechtenstein um die Jahrhundertwende
2. Wege und Umwege zu den Parteigründungen in Liechtenstein
 - 2.1. Vorbemerkung
 - 2.2. Die Kriegsjahre 1914–1918
 - 2.2.1. Der 1. Weltkrieg und seine Auswirkungen
 - 2.2.2. Die Landtagswahlen von 1914
 - 2.2.3. Die Landtagsperiode 1914–1918
 - 2.3. Die Landtagswahlen von 1918
 - 2.3.1. Der Wahlkampf
 - 2.3.2. Die Wahlergebnisse vom März 1918
 - 2.4. Die Entmachtung des Landesverwesers Leopold von Imhof
 - 2.5. Zusammenfassung
 - 2.6. Quellen und Literaturangaben
3. Die Entstehung der «Christlich-sozialen Volkspartei» (1918)
4. Die Krise des 7. Novembers 1918
5. «Erkenne man doch die flammenden Zeichen der Zeit!»
Die Schlossabmachungen vom September 1920
 - 5.1. Vorbemerkung
 - 5.2. «Bewegte Zeiten»: Das Jahr 1919
 - 5.2.1. Landtagstätigkeit 1919

- 5.2.2. Ausserparlamentarische Opposition 1919
- 5.3. Die Schlossabmachungen
 - 5.3.1. Vorbereitungsphase
 - 5.3.2. Verhandlungsphase
- 5.4. Einordnung
- 6. Die Volkspartei als Partei der Veränderung und Opposition (1918–1921)
- 7. Wilhelm Beck (1885–1936)
 - Bilder aus seinem Leben und Schaffen
 - 7.1. Wilhelm Beck in der Geschichtsschreibung
 - 7.2. Der Lebenslauf
 - 7.3. Der Publizist Wilhelm Beck
 - 7.4. Der Politiker Wilhelm Beck
 - 7.5. Der Privatmann Wilhelm Beck

Anhang:

Im Gedenken an den Gründervater der Vaterländischen Union (VU).

Eine Würdigung. Von Oswald Kranz, Präsident der VU

II. Quellen

1. Programm der Christlich-sozialen Volkspartei Liechtensteins
2. Schlossabmachungen vom September 1920

Quellen und Literatur

Bildnachweis

Vorwort

Die Verfassung des Fürstentums Liechtenstein wird 75 Jahre alt. Als Grundgesetz des staatlichen Zusammenlebens hat sie sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt. Sie hat gute Rahmenbedingungen für ein konstruktives Zusammenwirken der beiden Souveräne, Fürst und Volk, geschaffen.

Die Grundlage der neuen Verfassung bildeten die sogenannten «Schlossabmachungen», die nach intensiven Verhandlungen der Christlich-sozialen Volkspartei, namentlich ihrer führenden Kräfte Dr. Wilhelm Beck, Prof. Gustav Schädler, Anton Walser und anderen, im September 1920 mit den Vertretern S. D. des Fürsten Johann II. von Liechtenstein abgeschlossen werden konnten.

Die durch den späteren Regierungschef Prof. Gustav Schädler erstellten Protokolle über die «Schlossabmachungen» machen deutlich, dass sich die Verhandlungen, die von nächtelangen Diskussionen und engagierten Voten begleitet waren, schwierig gestalteten. Sie waren aber im besonderen durch den gemeinsamen, starken Willen geprägt, eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Gleichfalls war die übereinstimmende Erkenntnis vorhanden, dass die Verhältnisse der damaligen Zeit, als nach dem Ersten Weltkrieg in Europa tiefgreifende Umbrüche vor sich gingen, nach neuen, vermehrt demokratischen Formen des staatlichen Zusammenlebens und der politischen Willensbildung verlangten.

Die Verfassung unseres Landes, die am 5. Oktober 1921 unterzeichnet werden und in Kraft treten konnte, setzte den Anfangspunkt eines neuen, demokratischen Zeitalters im Fürstentum Liechtenstein. Dr. Wilhelm Beck, der Gründer der Christlich-sozialen Volkspartei, darf als Baumeister der heutigen Verfassung bezeichnet werden.

Die in diesem Buch festgehaltenen biographischen Notizen über diesen grossen Sohn unserer Heimat sollen Anerkennung und Dankbarkeit gegenüber dessen Schaffen und Wirken für unser Vaterland zum Ausdruck bringen.

Die Volkspartei, die sich vor 60 Jahren mit dem nur drei Jahre bestehenden «Liechtensteiner Heimatdienst» in der Vaterländischen Union vereinigte, war ein starker Motor in den Bestrebungen für ein demokratisches Durchdringen des staatlichen Lebens und für ein soziales und solidarisches Miteinander. Die Ideen und Zielsetzungen der Christlich-sozialen Volkspartei bilden auch heute Leitlinien für den politisch-gesellschaftlichen Einsatz der Vaterländischen Union und sind Bestandteil ihrer politischen Überzeugungen.

Die Vaterländische Union gibt zum Anlass des Jubiläums «75 Jahre Verfassung des Fürstentums Liechtenstein» die «Schlossabmachungen» in ihrer Gesamtheit heraus. Sie tut dies aus Hochachtung vor der Leistung von Dr. Wilhelm Beck und den weiteren Persönlichkeiten, welche die Verfassung geschaffen haben, ebenso aus Verpflichtung gegenüber dem demokratischen und sozialen Gedankengut der Volkspartei als der Vorgängerin der Vaterländischen Union. Die kritische Edition wird einerseits der wissenschaftlichen Forschung nützlich sein, und sie wird andererseits zeigen, wie schwierig politische Entscheidungsfindung oft ist.

Ich danke Herrn Dr. Mario Schädler, dem Sohn des Protokollführers Prof. Gustav Schädler, Alt-Regierungschef, sehr herzlich für die Überlassung der Original-«Schlossabmachungen» und der dazugehörenden Dokumente. Ebenso danke ich den Herren Dr. Rupert Quaderer und Roland Hilti für die geschichtliche Einführung in die damalige Zeit und die Bearbeitung der «Schlossabmachungen».

Dr. Rupert Quaderer gilt als der beste Kenner der liechtensteinischen Geschichte in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Mein ganz besonderer Dank gilt Herrn Arthur Brunhart für die redaktionelle Betreuung dieses Buches.

Vaduz, den 5. Oktober 1996

Oswald Kranz

Präsident der Vaterländischen Union

EINLEITUNG

Am 4. November 1922, rund zwei Jahre nach ihrem Abschluss, veröffentlichten die «Oberrheinischen Nachrichten» einen kleinen Teil der sogenannten Schlossabmachungen, auch Schluss- oder Septemberabmachungen oder Schloss-Protokoll genannt. Diese Bezeichnungen weisen darauf hin, dass die vorausgegangenen Verhandlungen im September 1920 im Absteigequartier des Schlosses Vaduz geführt wurden und erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

Die politisch weitreichenden Vereinbarungen, die vom Abgeordneten und späteren Regierungschef Prof. Gustav Schädler protokolliert wurden, hatten die Vertreter der Christlich-sozialen Volkspartei den Abgesandten des Landesfürsten abgerungen. Delegierte des Fürsten waren der nachmalige Landesverweser Dr. Josef Peer sowie Kabinettsdirektor Josef Martin. Die Verhandlungsergebnisse fanden das Einverständnis von Fürst Johann II. von Liechtenstein. Auf der Seite der Volkspartei hatten die Triesenberger Dr. Wilhelm Beck und Prof. Gustav Schädler sowie der Volkspartei-Obmann Anton Walser-Kirchthaler aus Vaduz verhandelt. Die Schlossabmachungen sind eine wesentliche Grundlage der Verfassung des Fürstentums Liechtenstein vom 5. Oktober 1921.

Das Schloss-Protokoll, eine umfangreiche Dokumentensammlung, ist für die wissenschaftliche Forschung bisher nicht greifbar gewesen. Mit der vorliegenden Edition ändert sich das. Im vergangenen Jahr, 75 Jahre nach ihrem Abschluss, sind die Schlossabmachungen aus dem Privatbesitz Dr. Mario Schädlers dem Archiv der Vaterländischen Union übergeben worden. Die Vaterländische Union ist als politische Partei die Nachfolgeorganisation der Christlich-sozialen Volkspartei, nachdem am 30. Dezember 1935 die Delegierten der basisstarken, traditionsreichen Volkspartei und des jungen, am 1. Oktober 1933 gegründeten Liechtensteiner Heimatdienstes den Zusammenschluss zur Vaterländischen Union beschlossen hatten.

Die Edition der Schlossabmachungen kann dank mehrerer Glücksfälle vorgelegt werden. Dazu zählen zum einen die grosszügige Haltung von Dr. Mario Schädler, der die Dokumente zur Verfügung stellte, zum zweiten der verantwortungsbewusste Entscheid der Vaterländischen Union, eine solche Publikation zu fördern. Es ist für eine Bürgerin und einen Bürger grundsätzlich ein gutes und ermutigendes Zeichen, wenn eine politische Gruppierung sich kritisch mit der eigenen Geschichte und den erbrachten Leistungen auseinandersetzt und für diese Auseinandersetzung auch etwas tut.

Eine liechtensteinische Identität, von der heute allerwärts gesprochen wird, ja der Bestand des Fürstentums Liechtenstein überhaupt, sind in erster Linie geschichtlich begründbar. Politische Arbeit setzt deshalb auch – und in einem so kleinen Staatswesen wie Liechtenstein in besonderem Masse – die Kenntnis historischer Entwicklungen und geschichtlicher Bedingungen voraus. Sie ist notwendig für eine differenzierte politische Arbeit für das Staatswesen, in dem wir gegenwärtig leben, und sie ist ebenso eine Grundvoraussetzung für die Schaffung staatspolitischer Leitlinien auf dem Weg in die Zukunft. Die Vaterländische Union hat eines ihrer Neujahrstreffen (1993) in das Rahmenthema «Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte» gestellt. Im Rahmen von Referaten wurde die Geschichte der Christlich-sozialen Volkspartei, des Liechtensteiner Heimatdienstes und der aus ihnen entstandenen Vaterländischen Union dargestellt. In einem zweiten Schritt nun erfolgt diese Edition.

Als dritter Glücksfall ist der Umstand zu bezeichnen, dass für die Publikation ausgewiesene Fachleute gewonnen werden konnten. Lic. phil. Roland Hilti, der sich eingehend mit dem Fürstentum Liechtenstein um die Jahrhundertwende befasst hat, skizziert einleitend das wirtschaftliche sowie das innen- und aussen-

politische Umfeld, in welchem sich das Fürstentum Liechtenstein um 1900 befunden hat. Eine illustrierte Chronik Liechtensteins 1900 bis 1996 – sie umfasst sowohl einige ausgewählte und als auch zufällige Daten – begleitet am Rande die Studien und Quellen in die Gegenwart.

Dr. Rupert Quaderer, der im Bereich der liechtensteinischen Geschichte in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts der weitaus beste Kenner ist, befasste sich im Rahmen seiner wissenschaftlichen Forschungen auch mit den Schlossabmachungen. Für diese Untersuchungen hatte ihm Dr. Mario Schädler bereitwillig sein Privatarchiv geöffnet. Die Transkriptionen der Schloss-Protokolle wurden von Dr. Quaderer angefertigt. Die hier beigefügten Studien aus seiner Feder stellen die Schlossabmachungen in den komplexen historischen Gesamtzusammenhang. Der Verfasser erläutert die «Wege und Umwege zu den Parteigründungen in Liechtenstein» und beschäftigt sich im besonderen mit der «Entstehung der «Christlich-sozialen Volkspartei» (1918)», mit den politischen Ereignissen, die in der «Krise des 7. Novembers 1918» gipfelten und skizziert anschliessend die «Volkspartei als Partei der Veränderung und Opposition (1918–1921)».

Eine weitere Studie befasst sich mit der Person Dr. Wilhelm Becks, dessen Bedeutung in Politik, Publizistik, Rechtswesen, allgemein für die Demokratisierung Liechtensteins und für die wirtschaftlich-politische Hinwendung zur Schweiz aussergewöhnlich ist. Der Text basiert auf einer Artikelserie vom Januar 1996 im «Liechtensteiner Vaterland» zum Gedenken an den 60. Todestag von Wilhelm Beck. Die Serie wird ergänzt durch eine Würdigung Becks durch Oswald Kranz, Präsident der Vaterländischen Union. Die im Gesamtrahmen der Publikation zentrale Studie «Erkenne man doch die flammenden Zeichen der Zeit!» befasst sich minutiös mit der Entstehung, dem Inhalt und den Auswirkungen der Schlossabmachungen. Grundlage des Textes ist der Fest-

vortrag, den Dr. Quaderer anlässlich einer Veranstaltung des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein zum 75-Jahr-Jubiläum der Schlossabmachungen am 24. September 1995 im Rathaussaal Vaduz gehalten hat. Die Studie zeigt, wie heftig die Auseinandersetzungen gewesen sind, mit welcher Dringlichkeit und Durchsetzungskraft die politischen Wünsche und Forderungen vorgebracht wurden.

Der Quellenteil der Publikation umfasst neben den zu den Schlossabmachungen gehörenden Dokumenten das «Programm der christlich-sozialen Volkspartei Liechtensteins» vom Januar 1919. Es zeigt, wie belastend die bestehende Situation, wie gross die Wünsche und wie weitgespannt die Zielsetzungen waren. Bezeichnend ist, dass die Volkspartei ein Motto aus der Feder des bedeutenden Liechtensteiner Bürgers Peter Kaiser (1793–1864) – dem Historiker, Pädagogen und Politiker der 1848er-Revolutionen im Fürstentum Liechtenstein – vorausschickt: «Recht und Gnade sind erhabene Gegenstände; aber sie scheinen einander zu fliehen; denn wo das Recht ist, will es keine Gnade dulden und wo die Gnade waltet, da ist das Recht verwirkt».

Die Dokumente der Schlossabmachungen sprechen für sich selbst. Sie machen deutlich, wie gross der politische Druck gewesen ist, unter dem die Vereinbarungen ausgehandelt und unterschrieben worden sind. Sie zeigen auch, dass eine zielgerichtete, engagierte und volksnahe Politik auch unter schwierigen Bedingungen verfolgt werden kann. Der hohe Einsatz der Volkspartei hat sich für das Fürstentum Liechtenstein gelohnt: die demokratische Verfassung von 1921 wurde geschaffen, und neue zukunftsweisende Verträge mit der benachbarten Schweiz konnten abgeschlossen werden. Das «Liechtensteiner Volk» war, wie es die Volkspartei 1926 in einem Flugblatt plakativ umschrieb, zum «Träger des Staatswillens» geworden, und aufgefordert, «selbst zu urteilen».

Wie immer sind an der Schaffung eines Buches viele Personen beteiligt, denen ein herzliches Dankeschön gebührt. Dazu gehört in erster Linie Dr. Rupert Quaderer, der die Transkriptionen der Schlossabmachungen besorgte, die grundlegenden Studien beisteuerte und bei der Kollationierung der Quellentexte mithalf. Ohne ihn hätte das Buch nicht entstehen können. Das gilt auch für Dr. Mario Schädler, der sein Privatarchiv bereitwillig für die Forschung öffnete und diese in grosszügiger Weise und in gastfreundlicher Gesinnung unterstützte. Zu danken ist auch lic. phil. Roland Hilti für die Bereitschaft, das einführende Kapitel zu verfassen.

Ebenfalls danke ich Reinhard Walser sowie Heinz Beck, Sandra Caminada und Heidi Vetsch von der Reinhold Ospelt AG (Vaduz) für die grafische und satztechnische Betreuung, dem Landesarchiv (besonders Marianne Kaufmann) und dem Landesmuseum (besonders Paul Frick) für die Mithilfe bei der Beschaffung und Bereitstellung der Illustrationen. Zu danken ist auch lic. phil. Alice Aerne und Dr. Eduard Mäder für die Prüfung schwieriger stenographischer Stellen in Dokumenten der Schlossabmachungen, sowie Henning von Vogelsang und Herbert Hilbe für die Mithilfe beim Korrekturlesen. Schliesslich gebührt der Vaterländischen Union und ihrem Präsidium Dank für die Ermöglichung dieser Publikation, die sie zum Anlass «75 Jahre Verfassung des Fürstentums Liechtenstein» herausgibt. Damit verbunden ist auch das Gedenken an den vor 60 Jahren allzufrüh verstorbenen Dr. Wilhelm Beck, ohne dessen Tatkraft und ohne dessen Mitkämpfer, in erster Linie Prof. Gustav Schädler und Anton Walser, die damaligen politischen Leistungen nicht vollbracht worden wären.

Arthur Brunhart

1900

Johann II. von Liechtenstein (1840–1929)
Regierender Fürst 1858–1929

1901

Der Musikverein Vaduz bringt seinem Präsidenten, Ing. Karl Schädler, am Neujahrstag ein Ständchen und begrüsst danach die Einwohnerschaft von Vaduz mit einem Umzug durch das Dorf (1.1.). Die Ruggeller und Ruggellerinnen ziehen, wie die Zeitung berichtet, vom «alten Fridolinsdom in die neue Kirche» (1.1.). Vaduz und Buchs werden mit einer Telefonleitung verbunden (1.3.). In Balzers stirbt der 1819 geborene Hans Wolfinger, genannt «Trümmele-Hans», weil er während der Volksunruhen 1848 einen revolutionären Zug nach Vaduz als Trommler angeführt hatte (3.7.). Der Landtag beschliesst den Bau des Regierungsgebäudes in Vaduz (28.7.).



Die Gemeinden des Fürstentums Liechtenstein im Jahr 1900, mit Fürst Johann II.



I. STUDIEN

1. Das Fürstentum Liechtenstein um die Jahrhundertwende

Von Roland Hilti

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 7531.
Einführung

der Krone als Landeswährung (1.1.).

Gründung des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein (10.2.).

Eröffnung der Brücke Sevelen-Vaduz (4.6.).



Erster Feuerwehrkurs des FL Feuerwehr-Verbandes in Schaan, 6.–13. Oktober 1901.

W

ohnbevölkerung Liechtensteins: 7580.
Wahlen zum liechtensteinischen Landtag im Oberland (3.9.) und im Unterland (4.9.).

Die liechtensteinische Geschichte um die Jahrhundertwende war geprägt von einer starken Ausrichtung von Politik und Wirtschaft auf das Kaiserreich Österreich-Ungarn. Allein schon der Umstand, dass der Landesfürst, Johann II., seinen Wohnsitz hauptsächlich in Wien hatte, enthielt eine gewisse Prägnanz. Während der langen Regierungszeit Johanns II. (1858–1929) erlebte Liechtenstein zweimal eine Phase von radikalen Veränderungen. 1862 erliess der Fürst eine konstitutionelle Verfassung, die dem liechtensteinischen Volk wichtige politische Rechte zugestand. In den folgenden Jahren erlebte das Fürstentum einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung. Nach dem Ersten Weltkrieg wandte sich Liechtenstein der Schweiz zu. 1921 erhielt das Land eine neue, zeitgemässe Verfassung, in der die Volksrechte stark ausgebaut wurden.

Die Politik im Fürstentum Liechtenstein wurde vorwiegend vom Landesverweser betrieben, der im Auftrag des Fürsten die Regierungsgeschäfte vornahm. Die enge Bindung Liechtensteins an Österreich zeigte sich auch darin, dass der



In den Jahren 1903–1905 wurde das Regierungsgebäude in Vaduz nach Plänen des Wiener Architekten Gustav von Neumann erbaut. Fürst Johann II. hatte einen grosszügigen Beitrag an die Gesamtkosten (Landerwerb, Bau) geleistet. Das Gebäude besass neuzeitliche sanitäre Anlagen, Elektrizität und die erste Zentralheizung des Landes. Die Kosten für das Regierungsgebäude entsprachen etwa einem Jahresbudget des Staates.

W

ohnbevölkerung Liechtensteins: 7730.
Egon Rhein-

berger kauft die Burgruine Gutenberg vom Landesfürsten (30.5.).
Das Bürgerheim Eschen wird eröffnet (20.9.).
Einführung des liechtensteinischen Herdebuchs (1.10.).
Eröffnung des Regierungsgebäudes (28.12.).

Landesverweser stets ein österreichischer Staatsbürger war. Eine sicherlich seltsame politische Konstellation: Der höchste Beamte im Fürstentum Liechtenstein war ein Ausländer. Dem Landesverweser darf man zubilligen, dass er bemüht war, die liechtensteinischen Interessen so gut als möglich gegenüber dem Ausland zu vertreten.

Bis zum Jahre 1918 existierten in Liechtenstein keine politischen Parteien. Politische Strömungen waren einzig daran erkennbar, dass gelegentlich bei den Wahlen gegen langjährige Landtagsabgeordnete Propaganda gemacht wurde. Erste Ansätze eines Parteiwesens begannen sich seit 1914 abzuzeichnen. Das Entstehen einer zweiten Landeszeitung («Oberrheinische Nachrichten») lieferte entscheidende Impulse für das Aufkommen des Parteiwesens.

Die schlechte wirtschaftliche Lage Liechtensteins seit 1913, die zum Teil bedingt war durch die starke Bindung an Österreich, liess Stimmen laut werden, welche eine Loslösung Liechtensteins von Österreich und ein Zusammengehen mit der Schweiz forderten. Man befürchtete, infolge der Anlehnung an Österreich in eine wirtschaftliche Isolation zu geraten.

Im Landtag bestand seit den Landtagswahlen von 1914 eine Gruppe von Abgeordneten, die unter der Führung von Dr. Wilhelm Beck eine pro-schweizerische Haltung vertrat. In den Jahren 1914–1918 bildeten sich zwei Parteien in Liechtenstein: die Volkspartei (Dr. Wilhelm Beck) und die Bürgerpartei. Insbesondere die Volkspartei forderte eine Anlehnung Liechtensteins an die Schweiz und eine Ausschaltung der Hofkanzlei in Wien. Einer der wichtigsten Leitsätze jener Jahre hiess: «Liechtenstein den Liechtensteinern». Die Volkspartei kritisierte damit das österreichische Beamtentum, welches im Fürstentum Liechtenstein die Verwaltung ausübte. Es sollte dann noch bis zum Jahr 1919 dauern, ehe sich Liechtenstein von Österreich trennte. Die wirtschaftliche Krise in Liechtenstein war so weit fortgeschritten, dass ein rasches Handeln unumgänglich geworden war.

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins: 7780.Wahlen zum
liechtensteinischen Landtag
im Oberland (28.7.) und im
Unterland (30.7.).Geburtstag des nachmaligen
Fürsten Franz Josef II.;
dieser Tag wird später liechten-
steinischer Staatsfeiertag (16.8.).Mauren erhält elektrischen Strom
(Licht) aus Feldkirch (29.10.).Gründung des Liechtensteinischen
Gewerbevereins in der «Post»
Schaan (26.12.).

Es ist bemerkenswert, dass Johann II., dessen Familie schon seit Jahrhunderten zum österreichischen Kaiserreich hielt, seine Zustimmung für eine Anlehnung der liechtensteinischen Politik und Wirtschaft an die Schweiz gab. Trotz der Lösung der starken Bindung Liechtensteins an Österreich war der Fürst weiterhin bestrebt, die guten Beziehungen zu Österreich zu wahren.

Für ein kleines Land wie Liechtenstein war es klar, dass es nur in Anlehnung an einen grösseren Wirtschaftsraum bestehen konnte. Wenn auch das Fürstentum lange Zeit mit Österreich verbunden war (insbesondere durch den Zollvertrag von 1852), so bestanden doch vielfältige wirtschaftliche Kontakte zwischen Liechtenstein und der Schweiz. Viele Liechtensteiner verdienten ihr Brot in der Schweiz, da es im eigenen Land lange Zeit nicht genügend Arbeitsplätze gab. Schweizerische Unternehmer gehörten zu den Gründern der liechtensteinischen Industrie. Die Industrialisierung Liechtensteins erfolgte erst in den 60er-Jahren des 19. Jhds.. Vor allem die Stickerei-Industrie erlebte bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges einen grossen Aufschwung. Der Niedergang dieses Industriesektors nach 1914 warf die liechtensteinische Wirtschaft um Jahrzehnte zurück.

Bis in die frühen 40er-Jahre des 20. Jahrhunderts blieb die Landwirtschaft der wichtigste Wirtschaftssektor in Liechtenstein. Um die Jahrhundertwende gab es in der Landwirtschaft zahlreiche Verbesserungen. Die Regierung unterstützte die Bestrebungen des landwirtschaftlichen Vereins hinsichtlich einer Modernisierung des wichtigsten Zweigs der Landwirtschaft: der Viehzucht (z. B. Schaffung des Herdebuchs). Vor allem die von der Regierung mit Subventionen unterstützte Alpwirtschaft trug wesentlich zum Gedeihen der Viehzucht bei.

Neben der Wirtschaft gab auch das liechtensteinische Sozialwesen Anlass zu weiteren Verbesserungen. Der Ausbau des Armen- und Gesundheitswesens brachte eine Hebung des allgemeinen Wohlstands. Der Staat übernahm verstärkt die Verantwortung gegenüber den Armen und Kranken und versuchte mit Hilfe geeigneter Institutionen helfend einzugreifen. Das Schulwesen, das lange Zeit unter

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins: 7830.

Einweihung

des Kirchleins im Steg (7.7.).

Tod von Ing. Karl Schädler,
Landtagsabgeordneter, Ersteller
des Fürstensteigs, Erbauer des
Alpenkurhauses Gaflei (21.12.).Die «Oberrheinischen Nach-
richten» nannten ihn einen
«Kämpfer für Freiheit und
Fortschritt», der «unermüdlich für
die Sache des Volkes» stritt.

misslichen Zuständen litt (schlechte Schulhäuser, ungenügend ausgebildete Lehrer, kein Verständnis bei der Bevölkerung etc.), vermochte grosse Fortschritte zu erzielen. Die Stellung der Lehrer erhielt eine Aufwertung, zudem wurden sämtliche Schulhäuser modernisiert. Wichtig für das Leben in der Gemeinschaft waren auch die vielen Vereine, die sich um die Jahrhundertwende vermehrt bildeten. Musik-, Sport- und Feuerwehrvereine erfreuten sich eines regen Zulaufs.

Bei allen politischen und wirtschaftlichen Handlungen Liechtensteins gegenüber dem Ausland stand die Betonung der Souveränität im Vordergrund. Sie wurde daher bei allen Vertragsabschlüssen immer wieder neu betont. Die Absicht der liechtensteinischen Politik, die Souveränität stets erneut zu betonen, zieht sich als roter Faden durch die aussenpolitische Geschichte des Landes seit der Erlangung der Souveränität im Jahr 1806.



Am 21. Dezember 1907 stirbt im Alter von 57 Jahren Ing. Karl Schädler, der von der Volkspartei als einer ihrer geistigen Väter betrachtet wurde. Er baute den schwierigsten Teil der Eisenbahn in Venezuela, brachte modernen Wind nach Liechtenstein und unterstützte schulische, kulturelle, sportliche und ökonomische Bestrebungen. Er kaufte die Alpe Gaflei, wo er eine Kuranstalt baute, und finanzierte den Bau des Fürstensteigs.

1908

*Dr. Wilhelm Beck (1885–1936)
Politischer Pionier und Publizist*

W

ohnbevölkerung Liechtensteins: 7880. Eröffnung der ersten Malbuner Fremdenverkehrsstation, des heutigen Alpenhotels (26.6.).



Umzug anlässlich des 50. Regierungsjubiläums von Fürst Johann II. im Jahr 1908. Der Weg führte am «Bierhaus», dem heutigen Restaurant «Adler» in Vaduz, vorbei.

1909

W

ohnbevölkerung Liechtensteins: 7920. Gründung der liechtensteinischen Sektion des Deutschen und Österreichischen Alpenvereines (25.3.). Liechtensteinisches Jugendfest in Vaduz (5.7.).



2. Wege und Umwege zu den Parteigründungen in Liechtenstein

Von Rupert Quaderer

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins: 7970.Landtagswahl
durch Wahlmänner im Oberland
(2.8.) und im Unterland (4.8.).**2.1. Vorbemerkung**

Die politische Entwicklung Liechtensteins ist für gewöhnlich gewissen Verzögerungen unterworfen. Dies gilt auch für die Entstehung der politischen Parteien. Politische Parteien können definiert werden als «gesellschaftliche Organisationen, die bei Wahlen miteinander konkurrieren, um einen Anteil an der Macht zu erhalten.»¹ Von diesem Standpunkt aus betrachtet, sind die Voraussetzungen für die Entstehung von Parteien vor allem dann gegeben, wenn bestimmte Interessengruppen einer Gesellschaft bestrebt sind, an den Entscheidungsprozessen beteiligt zu sein und politischer Freiraum zur aktiven Betätigung gegeben ist.

Die verzögerte Parteienentwicklung in Liechtenstein kann auf verschiedene Ursachen zurückgeführt werden. Einige der wichtigsten seien angeführt:

- Fürst Johann II., geboren 1840, seit 1858 an der Regierung, verfolgte eine Politik des Ausgleichs und war zu Veränderungen und Zugeständnissen bereit.
- Der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung seit 1852 (Zoll- und Steuerverein mit Österreich) bewirkte einen bescheidenen materiellen Wohlstand und liess ein Bedürfnis nach politischer Tätigkeit eher zurücktreten.
- Die Verfassung von 1862 hatte der Bevölkerung Liechtensteins wichtige Grundrechte gewährt und eine intensive Reformatätigkeit in verschiedenen Gebieten bewirkt.
- Die Bevölkerung war bäuerlich-konservativ ausgerichtet und bejahte in ihrer überwiegenden Mehrheit die bestehende Form der Monarchie.
- Parteien wurden von massgebenden Persönlichkeiten im Staat als hinderlich, ja als schädlich für die Landespolitik betrachtet.

Solange die wirtschaftliche Lage einigermassen erträglich war, bot die liechtensteinische Bevölkerung keine Hand zu weitgehenden Änderungen im politischen

¹ Silvano Möckli, *Parteien und Verbände im föderalistischen Staat*. Institut für Politikwissenschaften Hochschule St. Gallen; Beiträge und Bericht Nr. 158/1991, S. 3.

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins: 8020.

Promotion von

Wilhelm Beck in Zürich (6.5.). Als er in Vaduz ein Gerichtspraktikum absolvieren will, gibt ihm der damalige Gerichtsvorstand aus Feldkirch zu verstehen, dafür genüge ein «Schusterdiplom» aus Zürich nicht, es brauche ein richtiges Studium!

Weihe der neuen Ruggeller Kirche (19.5.).

Abkommen zwischen Liechtenstein und Österreich über die Ausgabe eigener Briefmarken (4.10).

System, das mit der Verfassung von 1862 errichtet worden war. Die Person und Art des Fürsten, der Einfluss der Kirche sowie die konservative Grundhaltung und sozial mehrheitlich homogene Struktur der Bevölkerung und ihrer Vertreter im Parlament waren massgebliche Gründe dafür, dass es in Liechtenstein vor dem Ersten Weltkrieg zu keinen Parteibildungen kam.

Erst der epochale wirtschaftliche und politische Bruch, der als Folgeerscheinung des Ersten Weltkrieges weltweit radikale Veränderungen nach sich zog, bewirkte, dass auch in Liechtenstein nachdrücklich Forderungen nach wirtschaftlichen und politischen Reformen erhoben wurden.

Im folgenden soll aufgezeigt werden, wie infolge der allgemeinen Umwälzungen des Ersten Weltkrieges in Liechtenstein Gruppierungen entstanden, die verschiedene Interessenkreise vertraten. Neue Ideen begannen auf die bisher eher ruhige politische Szene einzuwirken. Die neuen Kräfte verursachten Risse in der glatten Oberfläche, die Expansion der neuen Gedanken rief eine spannungsgeladene Atmosphäre in Liechtenstein hervor. Der Nährboden für die Entstehung von Parteien war vorbereitet.

2.2. Die Kriegsjahre 1914 – 1918**2.2.1. Der 1. Weltkrieg und seine Auswirkungen**

Der Auslöser für eine Veränderung der gegebenen Verhältnisse in Liechtenstein kam von zwei Seiten, die zeitlich übereinstimmend eintraten:

- Der 1. Weltkrieg und seine Auswirkungen
- Das Auftreten neuer liechtensteinischer Führungskräfte

Der Ausbruch des 1. Weltkrieges zeigte, dass in Liechtenstein eine ungetrübte, überschwengliche österreich- und deutschfreundliche Gesinnung herrschte. Die gerechte Sache Österreichs und Deutschlands wurde propagiert, beide liechtensteinischen Zeitungen gaben der Bewunderung Ausdruck, die man in Liechtenstein für die siegreichen Heere der Mittelmächte hegte. Ein Komitee rief

W

ohnbevölkerung
Liechtensteins: 8021.

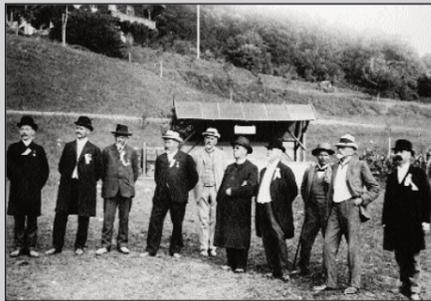
Wilhelm Beck

beginnt politisch Gleichgesinnte

um sich zu scharen.

Erste Liechtensteinische

Briefmarkenausgabe (29.1.)



Organisationskomitee der 200-Jahr-Feier des Erwerbs der Grafenschaft Vaduz durch die Fürsten von Liechtenstein. Die Feier fand am 14. Juli 1912 statt.

(v. l.) Karl Hartmann, Julius Hartmann, Lorenz Kind, Adolf Real, Dr. Rudolf Schädler, Johann Baptist Büchel, Karl von In der Maur, Egon Rheinberger, Dr. Albert Schädler, Alfons Feger.

alle Bewohner Liechtensteins zu Spenden für die österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz auf.² Frontberichte lobten 1914 und 1915 die Taten der tapferen österreichischen Soldaten, «patriotische Gedichte» wurden abgedruckt:

*«...Es mög wie heut so immerdar
Dir leihen Schirm und Schutz
Treu Österreichs starker Doppelaar
Traut Ländchen um Vaduz.»³*

Ohne Hemmungen wurden Passagen aus Propagandertexten anderer Zeitungen übernommen. Ein Beispiel: «...und diese französischen Automobilbanditen, die serbischen Königsmörder, die vertierten Sarmaten der Steppe hat sich das Volk der Wahlrechtsweiber nun zum Bundesgenossen gegen uns ausgesucht».⁴

Neben der auf verschiedene Weise bezeugten Begeisterung für die Achsenmächte und dem beteuerten Glauben an ihren Sieg gab es aber auch von Sorge getragene Reaktionen. Wie immer in solchen Fällen ist das Verhalten gegenüber erspartem Bargeld ein aussagekräftiger Gradmesser für die wirkliche Überzeugung. So fällt es auf, dass in Liechtenstein viele Leute in Aufregung gerieten wegen der Geldverhältnisse und der Lebensmittel. Die Regierung musste schon am 5. August 1914 davor warnen, Geld von der liechtensteinischen Sparkassa abzuheben. Sie versicherte, dass «die Gefahr eines Verlustes der Einlage... gänzlich ausgeschlossen» sei.⁵ Ebenfalls wurde vor überstürzten Lebensmittelkäufen gewarnt, wodurch nur die Preise dieser Produkte in die Höhe getrieben würden.⁶

Die Regierung sah sich auch genötigt, der liechtensteinischen Bevölkerung zu versichern, dass «eine Aufbietung der wehrfähigen Bevölkerung... nicht stattfinde».⁷ Eine Massnahme, die zeigt, dass die Kriegsbegeisterung der liechtensteinischen Bevölkerung auch ihre Grenzen hatte.

² LLA RE 1914/2156ad2131, 4. Aug. 1914; Aufruf vom Landesverweser verfasst.

³ LVobl. 1/1917.

⁴ LVobl. 36/1914; abgedruckt aus der 'Augsburger Abendzeitung'.

⁵ LLA RE 1914/2131, Regierung an alle Ortsvorsteher.

⁶ LLA RE 1914/2131, Regierung an alle Ortsvorsteher.

⁷ LLA RE 1914/2131, Regierung an alle Ortsvorsteher.

W

ohnbevölkerung
Liechtensteins: 8022.

Arbeiter aus

Balzers, darunter federführend der spätere Regierungsrat Alois Frick, erhalten von Wilhelm Beck Beistand im Kampf gegen die neue Gewerbeordnung. Er ermuntert die Balzner, sich zu einer «Partei Gleichgesinnter» zusammenzuschliessen, die «im Rahmen der gesetzlichen Ordnung eine Besserstellung zunächst der eigenen Lage, dann aber auch anderer» anstreben müsse (31.3.).



Der Arbeiter und Bauer Alois Frick (1879–1973, gen. Gängler) aus Balzers, 1928 Regierungsrat, war einer der ersten Vertrauten und politischen Weggefährten von Wilhelm Beck.

Der weitere Verlauf des Krieges zeigte bekanntlich, dass die optimistischen Prognosen eines kurzen Krieges und eines grossen Sieges sich nicht bewahrheiteten. Bereits im September 1914 wurden Beschwerden wegen steigender Brotpreise laut, und die Regierung sah sich schon zu diesem Zeitpunkt gezwungen, Höchstpreise für Roggen- und Maisbrot festzulegen. Ende 1914 wurde vom Landtag eine Notstandskommission eingesetzt, die entsprechende Massnahmen einleitete.

Die Notlage wuchs mit zunehmender Kriegsdauer. Eine enorme inflationäre Teuerung setzte ein. Der Preis für 1 Kilo Mais stieg von 22–24 Heller auf 1 Krone 50 Heller im November 1917 und stand im August 1918 bei 6 Kronen. Dies entsprach einer Preissteigerung von etwa 2500%.⁸ Ähnliche Entwicklungen gab es bei anderen Grundnahrungsmitteln. Bestimmte Produkte (z. B. Eier) tauchten auf dem öffentlichen Markt ab 1917 gar nicht mehr auf. Dies führte zu akutem Mangel an Nahrungsmitteln für Mensch und Vieh. Andere Produkte für das tägliche Leben, wie Leder, Petroleum, Koks, Wolle etc. waren gar nicht mehr oder nur in sehr begrenzter Menge erhältlich.

Da keine Massnahmen für eine Rationierung getroffen worden waren, gelang es der Regierung trotz grosser Anstrengung nicht, Auswüchse in den Griff zu bekommen. Die Klagen über Wucherpreise und egoistische Verhaltensweisen wurden immer häufiger und heftiger. Appelle an die Bevölkerung, christliches Verhalten und Rücksichtnahme auf die Schwächeren zu üben, hatten wenig Erfolg.⁹

Die Arbeitslosigkeit nahm zu. Saisonarbeiter konnten nicht mehr ins Ausland, die Textilfabriken mussten ihre Produktion erst drosseln und 1917 wegen Rohstoff-

⁸ LVobl. 32/1918.

⁹ Ein wiederholt zitierter Ausspruch lautete (LVobl. 41/1918): «Äganotz fresst der Botz», [d.h., dass Eigennutz ein schlechter Butz (= Kobold, Schreckgespenst, Teufel) sei. Sinngemäss sollte damit gesagt werden, dass man sein eigenes Wohlergehen über das der Allgemeinheit stellte. Siehe Leo Jutz, Vorarlbergisches Wörterbuch mit Einschluss des Fürstentums Liechtenstein, 1. Band, Wien, 1965, Sp. 678: «Eigennutz ist ein böser Butz.»

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 8023. Gründung der «Oberrheinischen Nachrichten» in Liechtenstein, wo Beck, wie es in einem Nachruf heisst, «ein gelockertes Erdreich für seine demokratischen Ideen» findet. Die erste Nummer erscheint am 24. April. Die Zeitung wird in den ersten zehn Jahren des Bestehens von Wilhelm Beck (1914–1919, 1920), Arnold Gassner (1919), Josef Vogt (1921), Gottlieb Gassner (1921–1923) und Alphons Thöny (1923/24) redigiert.



Erste Ausgabe der «Oberrheinischen Nachrichten»

mangels ganz einstellen. Die Unternehmen legten zwar «eine vorbildliche Haltung an den Tag, indem sie ihre Finanzkraft zur Linderung der allgemeinen Not einsetzten».¹⁰ Diese Massnahmen vermochten jedoch die allgemeine Notlage nur wenig zu entschärfen.

Zusätzlich zu diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sah sich die Regierung vor neue politische Probleme gestellt, wie etwa die wichtige aussenpolitische Frage der Anerkennung der Neutralität Liechtensteins durch die Alliierten.¹¹ Infolge des engen Schulterschlusses mit Österreich seit dem Zollvertrag von 1852 fiel es Liechtenstein schwer, den Kriegsgegnern Österreichs seine Neutralität glaubhaft zu belegen. Liechtenstein hatte es versäumt, zu Beginn des Krieges eine offizielle Erklärung abzugeben. Erst als sich Schwierigkeiten für Liechtensteiner im Ausland ergaben und Handelshemmnisse auftraten, bemühte sich Liechtenstein, fallweise eine Neutralitätserklärung abzugeben.

Eine weitere Schwierigkeit stellten die erschwerten Bedingungen im kleinen Grenzverkehr zwischen Liechtenstein und der Schweiz dar. Der Reise- und Handelsverkehr wurde eingeschränkt, z. T. überhaupt eingestellt. Der Bezug von Lebensmitteln aus der Schweiz wurde vorübergehend ganz verboten, zeitweilig in begrenztem Ausmass wieder zugelassen. Dies wiederum veranlasste die liechtensteinische Regierung, die «Ausbringung aller Art von Lebensmitteln» nach der Schweiz zu untersagen.¹²

Der Krieg prägte immer stärker das tägliche Leben in Liechtenstein, und für manchen stellte sich die bange Frage, ob genügend Lebensmittel aufgetrieben werden könnten. Auch für Reisen nach Österreich mussten nun Reisepässe ausgestellt werden, und es durften nur noch bestimmte Grenzübergänge benutzt werden.

¹⁰ Ospelt, *Wirtschaftsgeschichte* S. 273.

¹¹ Siehe dazu Quaderer, *Neutralität*.

¹² LVobl. 43/1917.

Dazu kam als besondere Belastung, dass die gesundheitlich vielfach geschwächte Bevölkerung seit dem Sommer 1918 von der sogenannten «spanischen Krankheit» – einer Grippeepidemie – heimgesucht wurde. Während des Höhepunktes der Epidemie, in den Monaten Oktober und November 1918, starben in Liechtenstein laut ärztlichen Berichten 34 Personen an dieser Krankheit.¹³

Die anfängliche Kriegsbegeisterung in Liechtenstein zugunsten Österreichs wich einer immer grösseren Ernüchterung und Enttäuschung und steigerte sich bis zur Verbitterung. So bemerkte das Liechtensteiner Volksblatt 1917: «Die Schäden, die dieser Krieg der Menschheit zugefügt hat, sind so ungeheuer, dass niemand in ihn hineingegangen wäre, wenn er seinen Verlauf gekannt hätte».¹⁴

2.2.2. Die Landtagswahlen von 1914

Erste Ansätze zur Bildung von politischen Parteien sind anlässlich der Landtagswahlen von 1914 festzustellen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten keine Wahlkämpfe im heutigen Sinne stattgefunden; es wurden auch keine Listenvorschläge mit bestimmten Kandidaten gemacht. Das bestehende indirekte Wahlrecht war dafür auch nicht der richtige Nährboden.

Die Landtagswahlen von 1914 waren auf den 30. September (Oberland) und den 2. Oktober (Unterland) festgelegt. Regierungssekretär Josef Ospelt berichtete am 16. September an Landesverweser v. Imhof, der zu dieser Zeit in Wien weilte, dass die Wahlen¹⁵ im allgemeinen ruhig und ohne jede Agitation verlaufen seien. In Triesenberg allerdings seien gedruckte Stimmzettel, dem Vernehmen nach von Wilhelm Beck, ausgegeben worden. Der «Autor selbst» habe auf diesem Stimmzettel «mitgeglänzt» und sei auch tatsächlich gewählt worden.¹⁶ Die «Liste

¹³ LLA RE 1918/4349ad3172; *Anzeige der Krankheiten durch Ärzte*.

¹⁴ LVobl. 24/1917.

¹⁵ Gemeint sind die «Urwahlen», d.h. die Wahl der Wahlmänner.

¹⁶ LLA RE 1914/2452ad2131, 16. 9. 1914.

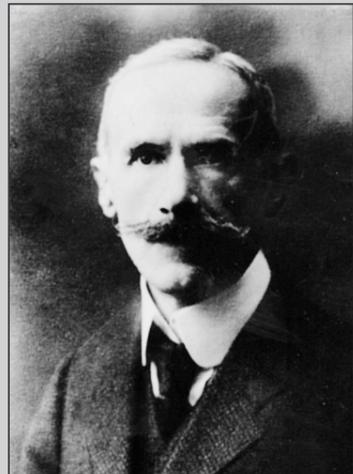
Der Wiederaufbau von Schloss Vaduz ist abgeschlossen. Die Gemeinde Gamprin beschliesst den Kauf der Alpe Rauz (4.2.). Leopold von Imhof wird zum Landesverweser ernannt (1.4.).



Liechtensteinische Grenzschutz 1917–1923. Vorne (v. l.): Bartholomäus Oehri, David Marxer, Johann Spalt, Josef Strub, Gebhard Walser, Johann Mündle, Urban Nagel, Alois Vogt; hintere Reihe: Ludwig Marxer, Josef Büchel, Konrad Marxer, Franz Josef Ott, Ludwig Nipp, Josef Allgäuer, Hermann Kranz, Martin Büchel.

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins: 8025
Eröffnung der
Schlossstrasse vom Roten Haus
Vaduz bis zum Schloss Vaduz
(12.6.)



Leopold Freiherr von Imhof
(1869–1922) amtierte vom 1.
April 1914 bis zum 7. November
1918 als Landesverweser.

der Wahlmänner der oberen Landschaft» vom Jahr 1914¹⁷ enthält denn auch unter laufender Nummer 91 den Namen von Dr. Wilhelm Beck, Triesenberg, Haus Nr. 148.

Beck hatte auch bei den eigentlichen Landtagswahlen, d. h. bei der Wahl der 12 Abgeordneten durch die Wahlmänner, Erfolg. Er erreichte mit 114 Stimmen das dritthöchste Resultat hinter dem langjährigen Landtagspräsidenten Albert Schädler und dem Architekten Josef Brunhart aus Balzers. Neben Beck kamen noch zwei weitere Triesenberger Vertreter (einer davon als Ersatzmann) in den Landtag. Mit Albert Wolfinger, Balzers, wurde ein späterer Gesinnungsgenosse Wilhelm Becks gewählt.

Es zeichnete sich also 1914 die Entstehung einer Gruppierung ab, die zielbewusst auf eine Vertretung im Landtag hinarbeitete. Treibende Kraft dieser Neuformierung einer politischen Bewegung war der Triesenberger Jurist Dr. Wilhelm Beck.¹⁸ Er hatte sich schon seit 1912 öffentlich kritisch über verschiedene Zustände geäußert. Beck bemängelte z. B. die bestehende, erst 1911 eingeführte Gewerbeordnung¹⁹, die seiner Ansicht nach verbessert werden sollte. In seiner Heimatgemeinde trat er durch sein Eintreten für die dortigen Bauern in Erscheinung, indem er eine Petition unterstützte.²⁰ Im Juni 1913 wirkte er aus Anlass des Musikfestes in Triesenberg als Festredner und «befliss sich angenehmer Kürze».²¹ Als im Oktober 1913 in Triesenberg über einen Kirchenneubau abgestimmt wurde, hielt Beck vor den zur Abstimmung versammelten Bürgern eine Ansprache, in der er sich gegen den Kirchenneubau wandte. Er argumentierte, dass das Augenmerk mehr auf die Armenversorgung, als auf einen

¹⁷ LLA RE 1914/2050.

¹⁸ Wilhelm Beck, Bürger von Triesenberg, Jahrgang 1885, an der Universität Zürich zum Dr. iur. promoviert; eröffnete 1914 ein 'Advokatur-Bureau' in Vaduz; seit 1918 Inhaber eines eigenen Rechtsanwaltsbüros in Vaduz; Landtagsabgeordneter 1914–1928; 1932–1935.

¹⁹ Siehe Michalsky, S. 226.

²⁰ Siehe Michalsky, S. 227.

²¹ LVobl. 1913/22.

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins: 8028.
Die Landtags-

wahlordnung wird abgeändert.
Einführung des direkten Wahl-
rechts mittels Stimmzettel und
Urnengang, Abschaffung der
Wahlmänner (21.1.).
Das «Liechtensteiner Volksblatt»
veröffentlicht eine Kandidatenliste
(22.2.).

Kirchenbau gerichtet werden sollte. Obwohl Pfarrer Reding engagiert für einen Neubau eintrat, sprach sich eine knappe Mehrheit (82 von 156 Stimmdenden) gegen den Neubau und für eine «Erhöhung des Armenfondskapitals zwecks späterer Errichtung einer Armenanstalt» aus.²²

Beck arbeitete seit 1912 daran, sich in der Öffentlichkeit Liechtensteins zu profilieren, vor allem in seiner Heimatgemeinde Triesenberg. Die Stossrichtung seiner Tätigkeit zielte nach zwei Seiten:

- Opposition gegen etablierte Machtinstrumente
- Einsatz für soziale Belange

Die etablierten Kräfte standen dem Einzug dieser Gruppierung in den Landtag ablehnend gegenüber. So wollte Landesverweser v. Imhof anlässlich der Wahlbarkeit Wilhelm Becks wissen, ob dieser überhaupt seinen Wohnsitz im Land habe, das «Mieten einer Wohnung mache es allein nicht aus».²³ Das Volksblatt bemerkte zur Verteilung von gedruckten Stimmzetteln anlässlich der Wahlen: «Wenn der neue Kurs im Landtage mit Wahlbeeinflussung beginnen soll, so kann man ein gewisses Ahnen überkommen.»²⁴

Nach den Wahlen von 1914 setzte sich der Landtag folgendermassen zusammen:

Dr. Albert Schädler, Arzt, (*1848)

Josef Brunhart, Architekt, (*1854)

Dr. Wilhelm Beck, Jurist, (*1885)

Albert Wolfinger, Vorsteher-Stellvertreter (*1850)

Egon Rheinberger, akademischer Bildhauer, (*1870)

Franz Josef Beck, Vorsteher (*1847)

Josef Sprenger, Vorsteher-Stellvertreter, (*1857)

Franz Josef Marxer, Vorsteher (*1871)

²² LLA RE 1913/3384ad3197.

²³ LLA RE 1914/2452ad2131, 16. Sept. 1914.

²⁴ LVobl. 40/1914.



Der mit Alma Kirchthaler ver-
heiratete Vaduzer Anton Walser
(1890–1948) amtierte 1921–
1927 als Gemeinderat, 1924–
1927 als Vizevorsteher, 1922–
1927 war er Mitglied der VBI und
1922–1925 des Landesschul-
rates. Er war ein phantasiebe-
gabter, selbstbewusster, risiko-
freudiger und innovativer Mann
und beteiligte sich als Obmann
der «Volkspartei» an vorderster
Front an den Verfassungsdiskus-
sionen.

Die Volkspartei tritt mit Albert Wolfinger (Landwirt, Balzers), Josef Sprenger (Schmied, Triesen), Emil Risch (Lehrer, Triesen), Josef Gassner (Vorsteher, Triesenberg), Wilhelm Beck (Rechtsanwalt, Vaduz), Anton Walser (Vaduz) und Johann Wanger (Schaan) im Oberland zur Wahl an (2.3.). Landtagswahlen (11. und 13.3.). Wahl der drei vom Fürsten bestimmten Abgeordneten (8.4.). Wilhelm Beck fordert die Schaffung einer dem Parlament verantwortlichen Regierung.



Prinz Karl von Liechtenstein (1878–1955) hatte das Amt des Landesverwesers vom 13. Dezember 1918 bis zum 15. September 1920 inne.

Emil Batliner, Vorsteher (*1869)

Johann Wohlwend, Lehrer/Landwirt (*1872)

Johann Hasler, Vorsteher (*1859)

Franz Josef Hoop, Vorsteher (*1861)

Vom Fürsten ernannt:

Meinrad Ospelt, Redaktor (*1844)

Alfons Feger, Oberlehrer (*1856)

Lorenz Kind, Vorsteher/Gastwirt (*1852)

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten betrug 54,3 Jahre.

Wilhelm Beck und seinen Mitstreitern gelang es 1914 immerhin, vier Abgeordnete der neuen Richtung in den Landtag zu bringen. Wie Stellungnahmen und Eingaben der folgenden Landtagsperiode zeigen, hatten sich neben Beck in dieser Gruppe der Architekt Josef Brunhart aus Balzers, Albert Wolfinger, Vorsteher-Stellvertreter aus Balzers, und Josef Sprenger, Schmied aus Triesen, zusammengeschlossen.

Das äussere Bild des Landtages zeigte gegenüber dem früheren Wahlergebnis wenig Unterschiede. Es waren sechs Vertreter akademischer Berufe (Arzt, Architekt, Jurist, Bildhauer, zwei Lehrer) im Landtag vertreten, die übrigen neun Abgeordneten waren alle Inhaber von Gemeindeämtern (Vorsteher, -stellvertreter, Kassier) oder hatten früher ein solches Amt innegehabt.

Betrachtet man die innere Struktur dieses Landtages, so sind doch Unterschiede gegenüber früher festzustellen. Mit Wilhelm Beck ist das jüngste Landtagsmitglied – er zählt 29 Jahre – führender Kopf einer Minderheitsgruppe. Neben ihm ist der Architekt Josef Brunhart, der bei den Wahlen die zweithöchste Stimmenzahl erreicht hatte, als einflussreiche Persönlichkeit zu sehen. Brunhart hatte den grössten Teil seines Lebens im Ausland verbracht und sich an deutschen Fachschulen des Baugewerbes ausgebildet. Zuletzt war er als Stadtbauingenieur in Ludwigshafen tätig gewesen. Er war Bürger von Balzers, hatte

sich aber bei seiner Rückkehr nach Liechtenstein im Jahr 1913 in Vaduz niedergelassen. Sein Vater war der Altvorsteher und Engelwirt Andreas Brunhart, verheiratet mit Nothburga Schlegel. Von seiner Mutter her war Josef Brunhart ein Cousin des verstorbenen langjährigen Landtagspräsidenten Dr. Wilhelm Schlegel. Josef Brunhart wurde zum Vizepräsidenten gewählt, verstarb aber schon am 26. Dezember 1914 an einem Gehirnschlag. Brunhart wurde als «ein Mann des Volkes» geschildert. Dies wurde durch die Tatsache bestätigt, dass bei seiner Beerdigung in Balzers der Gipser Johann Beck aus Triesenberg die Grabrede hielt.

Seine politischen Ansichten sind nicht klar erkennbar, dafür war die Dauer seiner Tätigkeit im Landtag zu kurz. Es ist aber interessant, dass im Wahlkampf von 1918(!) in den Oberrheinischen Nachrichten vermerkt wird, dass die «Anhänger vom Abgeordneten Brunhart sel. als Sozi angekreidet werden.»²⁵

Festzustellen ist, dass Josef Brunhart und Wilhelm Beck in der Landtagssession des Jahres 1914 eng zusammenarbeiteten und gemeinsam Vorstösse unternahmen. Ihnen zur Seite standen Albert Wolfinger und Josef Sprenger.

2.2.3. Die Landtagsperiode 1914 – 1918

Während der 1914er-Session brachte diese Gruppe eine ungewohnte Unruhe in den bisher eher behäbigen Ablauf der einzelnen Landtagssitzungen. Die Landtagsdebatten der vergangenen Sessionen waren überwiegend in einer Art von Informationsgesprächen geführt worden. Die Redemöglichkeit wurde mehrheitlich vom Präsidenten und vom Regierungschef, oft als Regierungskommissär bezeichnet, ergriffen. Die einzelnen Abgeordneten meldeten sich meistens am Schluss der Sitzung zu Wort, wenn es darum ging, Anliegen, die ihre Gemeinde oder ihre Landschaft betrafen, vorzubringen.

²⁵ O.N. 8/1918.

Nach einer «Staatskrise» tritt Landesverweser Leopold von Imhof zurück (7.11.). Proklamation der österreichischen Republik (12.11.). Prinz Karl von Liechtenstein wird vom Fürsten zum Landesverweser ernannt (13.12.). Gründung der «Fortschrittlichen Bürgerpartei» (22.12.).

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins: 8030.

Das «Volks-
blatt» und die «Oberrheinischen
Nachrichten» erscheinen zweimal
wöchentlich (1.1.).
Die Volkspartei veröffentlicht
ein umfangreiches Arbeits-
und Parteiprogramm (18.1.).

*Balzner Schmuggler und
Schmugglerinnen 1919, scherz-
haft «Liechtensteinisch-Schwei-
zerische Export & Import Gesell-
schaft St. Luziensteig» genannt.
Stehend (v. l.): Alois Gstöhl,
Engelbert Frick, Michael Wol-
finger, Oswald Frick, Sara Nigg,
sowie zwei Zollwächter; vorne (v.
l. n. r.): Simon Vogt, Emil Brun-
hart, Rosa Vogt, David Vogt, Fidel
Brunhart, Hans Vogt.*



Wilhelm Beck nutzte nun die Möglichkeiten, die ihm das Forum des Landtages bot, voll aus. Von der ersten Arbeitssitzung an (16. November 1914) meldete er sich häufig zu Wort und nahm in längeren Ausführungen und kritischen Kommentaren Stellung zu fast allen Punkten der Tagesordnung. In der Sitzung vom 16. November 1914 z. B. kritisierte er in einem ausführlichen Votum zur Sparkassarechnung für 1913 die Geldanlageentscheidung der Verantwortlichen und bemängelte die dadurch eingetretenen Verluste.

In der Sitzung vom 30. November 1914 reichten Beck und seine Verbündeten gleich drei Motionen mit folgendem Inhalt ein:

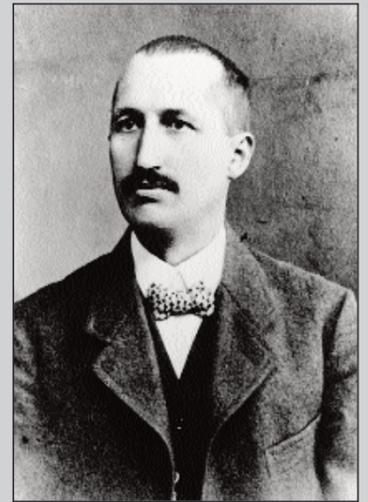
- Unentgeltliche Abgabe von Lehrmitteln in den Elementarschulen
- Notstandsmassnahmen zwecks Beschaffung billigen Kredites, billiger Lebensmittel und Arbeitsgelegenheiten
- Revision der am 1. Januar 1911 in Kraft getretenen Gewerbeordnung

Die letzten zwei Motionen wurden als dringend definiert. Alle drei Motionen hatte Wilhelm Beck verfasst, mitunterschrieben waren sie von seinen drei politischen Gefährten und weiteren Landtagsmitgliedern.

Am Beispiel dieses Einstieges in die Landtagsarbeit zeigt sich die zugrunde liegende Absicht: Die Gruppe Beck/Brunhart und Verbündete wollte bewusst frischen Wind in die Landtagsdebatten bringen. Als Mittel dazu wurde vor allem die Redefreiheit genutzt und von der nach Paragraph 17 der «Geschäftsordnung für den Landtag»²⁶ gegebenen Möglichkeit Gebrauch gemacht, dass einzelne Landtagsmitglieder selbständige Vorstösse und Anträge (Motionen) an den Landtag richten konnten. Geschickt verstand es die Gruppe Dr. Beck, weitere Abgeordnete für ihre Vorstösse zu gewinnen und so Einfluss auf den Landtag auszuüben.

Die Auswahl der Problemkreise, die angegangen wurden, zeigt ebenfalls ein taktisch klug überlegtes Vorgehen: Es waren Bereiche, die breite Kreise der Be-

²⁶ LGBl. 1/1863.



Eine der führenden Persönlichkeiten der 1918 gegründeten Fortschrittlichen Bürgerpartei war der Schaaner Posthalter und Vorsteher Friedrich (Fritz) Walser. Der oft pragmatisch denkende Politiker war Landtagsabgeordneter (1906–1914, 1918–1922) und zeitweise Landtagspräsident, 1928–1950 war er Verwaltungsrat der Landesbank.

völkerung betrafen und einen sozial-liberalen Anstrich hatten. Einerseits wollte Beck mehr Gewerbefreiheit erreichen, andererseits sozial schwächere Gruppen unterstützen und den Staat zu Hilfemassnahmen für diese zwingen. Andere Vorstösse wiederum richteten sich gegen privilegierte Gruppen, etwa gegen die Jagdpächter, die seiner Ansicht nach mehr Prämien bezahlen sollten.

Dieses Verhalten brachte Beck und seinen politischen Freunden aber auch Kritik ein. Besonders der Landtagspräsident, Albert Schädler, der bisher neben dem Regierungskommissär die dominierende Gestalt gewesen war, wollte und konnte sich mit diesem nach bisherigen Normen unkonventionellen Verhalten Becks nicht abfinden. Es kam zu Redegefechten, Geplänkeln und taktischen Zügen, wie man sie bisher nicht gekannt hatte. Je nach Standpunkt wurde dies als Ruhestörung und unbilliges Verhalten oder als endlich ergriffene Gelegenheit empfunden, die Rolle des Landtages neu zu definieren und diesen im Sinne einer wirklichen Volks-Vertretung, eines Parla-Mentes, aufzuwerten.

Diese verschiedenen Auffassungen über die grundsätzliche politische Rolle und Aufgabe des Landtages mussten zu Spannungen führen. Der Gruppe Beck/Brunhart wurde etwa vorgeworfen, sie vertrete sozialistisches Gedankengut, was von den Gescholtenen heftig zurückgewiesen wurde.²⁷ Es wurde auch versucht, kritische Stellungnahmen Becks und seiner Freunde, z. B. zu Gehaltsfragen der Lehrer, als grundsätzliche Misstrauenshaltung gegenüber bestimmten Berufsgruppen zu interpretieren. Dies veranlasste Beck zu bemerken, es sehe aus, als ob er und «seine sogenannten Fraktionsgenossen» schlecht hingestellt werden sollten.²⁸ Dadurch wiederum wurde der Landtagspräsident aufgeschreckt, der spontan äusserte: «Wir wollen keine Fraktion und Parteien hier haben».²⁹

²⁷ Landtag vom 14. Dez. 1914, LLA LS 4/1914.

²⁸ Landtag 14. Dez. 1914.

²⁹ Landtagsprotokoll der Sitzung vom 14. Dez. 1914.

Die Stimmbürger lehnen die Erhöhung der Zahl der vom Volk zu wählenden Abgeordneten und eine Herabsetzung des Grossjährigkeits- und Wahlfähigkeitsalters von 24 auf 21 Jahre ab. Das Oberland stimmte zu, das Unterland hoch dagegen (2.3.). Liechtenstein bringt in Bern den Wunsch nach Abschluss von Verträgen im Zoll-, Post- und Justizwesen vor (22.4.).

Die Vorarlberger stimmen klar befürwortend über einen Anschluss an die Schweiz ab (11.5.).

Beschluss zur Kündigung des Zollvertrages mit Österreich (2.8.).

Errichtung der ersten Gesandtschaft in Bern (13.8.).

Friedensvertrag von St. Germain (10.9.).

Liechtenstein wird selbständiges Zollgebiet (1.10.).

Die Schweiz übernimmt die diplomatische Vertretung Liechtensteins im Ausland (24.10.).

Landtagsbeschluss zur Ausgabe von Notgeld (25.11.)

Die fünf Sitzungen der Landtagssession von 1914 brachten deutlich zum Ausdruck, dass mit den Wahlen von 1914 eine veränderte Situation für die Volksvertretung eingetreten war. Die neuen Kräfte (1914 waren insgesamt sechs neue Abgeordnete in den Landtag gewählt worden) traten forsch und ohne Hemmungen auf, brachten selbstbewusst ihre Anliegen vor und zeigten auch nach aussen, dass sie gewillt waren, als geschlossene Gruppe ihre Ansprüche durchzusetzen. Den Kristallisationskern, der diejenigen Kräfte sammelte, die dieser Entwicklung entgegenstanden, bildete der Landtagspräsident, Albert Schädler. Ihm schlossen sich die «altbewährten» Kräfte an. Dazu gehörten vorwiegend die vom Fürsten ernannten Abgeordneten Meinrad Ospelt und Alfons Feger. Von den bestehenden politischen Verhältnissen her betrachtet, ist es folgerichtig, dass der Chef der Regierung, Landesverweser Baron v. Imhof, und die Kräfte der bewahrenden Richtung zum Schulterchluss neigten.

Die im Landtag ausgetragenen Meinungsdivergenzen spielten sich 1914 grösstenteils zwischen Beck als «Hauptredner» oder «Fraktionssprecher» einerseits sowie Albert Schädler und dem Regierungskommissär andererseits ab.

Als wichtiges und unentbehrliches ausserparlamentarisches Hilfsmittel setzte die Gruppe um Beck die im April 1914 von ihnen begründete Wochenzeitung «Oberrheinische Nachrichten» (O. N.) ein. «Redakteur ad interim» dieser Zeitung war Wilhelm Beck. In den in Nr. 1/1914 vorgestellten Grundzügen wurde betont, dass die neue Zeitung «Unterhaltung, Belehrung und Schulung» bieten und dem «arbeitenden Volk: Bauern, Handwerkern und Arbeitern» wirtschaftlich und politisch helfen wolle.

Was unterschwellig und hintergründig an Vorbehalten gegen die neue Zeitung bestand, zeigt die nachdrücklich betonte Aussage, dass die O. N. kein Zwietracht säendes Hetzblättchen sein würden, wohl aber eigene Ansichten und Überzeugungen verfechten würden. Ebenso klar wurde betont, dass die «auf katholischer Grundlage ruhende Weltanschauung» vertreten werde. Ähnlich wie

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 8032. Jahr der Aufmärsche und Demonstrationen, die von der Volkspartei und der Bürgerpartei veranstaltet wurden.



Protestversammlung der Volkspartei am 9. oder 10. Mai 1920 gegen Landesverweser Peer. Redner ist Dr. Wilhelm Beck (1885–1936), Landtagsabgeordneter 1914–1928, 1932–1935, Landtagsvizepräsident 1919–1922, Landtagspräsident 1922–1928.

Im «Adler» Vaduz wird der «Liechtensteinische Arbeiterverband» gegründet. Erster Präsident ist Friedrich Kaufmann (Vaduz), Vizepräsident Andreas Vogt (Balzers), Kassier Fidel Nägele (Triesen) und Schriftführer Johann Konrad (Schaan) (2.2.).

im Landtag brachten die O. N. ihre Kritik in forsch, manchmal aggressiver Sprache vor. Die Ähnlichkeit der vorgebrachten Probleme und Argumente und des Sprachstils weist auf die nahen Beziehungen zwischen O. N. und Wilhelm Beck hin.

Dem Volksblatt, dessen Redaktor bis 1917 Meinrad Ospelt³⁰ war, ging es ähnlich wie den um den Landtagspräsidenten gruppierten Abgeordneten. Bis anhin hatte das Volksblatt ohne Konkurrenz gelebt. Wahltaktische und politische Auseinandersetzungen hatten kaum stattgefunden. Wenn kritische Ansichten vorhanden waren, wurden sie in sehr moderater Art bezüglich Inhalt und Sprache vorgetragen. Die streitfreudige, aufmüpfige Art der O. N. entsprach nicht dem Stil des etwas behäbig auf beharrliche Bewahrung des Wesentlichen und behutsame Veränderung des Gegebenen aufbauenden Volksblattes. Die Aktivitäten Wilhelm Becks und seiner Freunde und die selbstbewusste, respektlose Art ihres Vorgehens traf ihre Gegner unvorbereitet und wirkte auf diese vorerst eher als hemmender Schock, denn als zum Handeln anregende Herausforderung.

Die «Gruppe der Vier» erlitt Ende 1914 mit dem plötzlichen Ableben von Josef Brunhart einen herben Verlust. Für ihn rückte Wendelin Kindle aus Triesen nach, das Amt des Vizepräsidenten ging an Lorenz Kindle, Löwenwirt in Gamprin, über. Die in der Session von 1914 gegebenen Verhältnisse blieben aber im Grunde für die nächsten drei Jahre bestehen. Die Beck'sche Gruppe – der nachgerückte Wendelin Kindle ersetzt auch hier den verstorbenen Josef Brunhart – betrieb Oppositionspolitik, wozu die Entwicklung der Verhältnisse im Ersten Weltkrieg gute Grundlage bot. Es gab kritische Äusserungen zu fast allen Traktandenpunkten. In der Regel nahm Wilhelm Beck in längeren Ausführungen Stellung und wurde von seinen drei Landtagsgefährten, in einzelnen Fragen auch noch von weiteren Abgeordneten, unterstützt.

³⁰ Meinrad Ospelt (1844–1934); Abgeordneter 1886–1894; 1898–1918. Vom Landesfürsten in den Landtag berufen 1902, 1906, 1910, 1914.

In Triesen entsteht der «Liechtensteinische katholische Arbeiterinnenverein» (14.3.). Gustav Schädler spricht zu einer Versammlung vor der «Au» in Vaduz (26.2.), Landesverweser Peer kündigt ein Disziplinarverfahren an. Unterzeichnung des Postvertrages mit Österreich (1.3.). Die Volkspartei veröffentlicht ein Programm (27.3.). Die Bürgerpartei begrüsst die Wahl des österreichischen Verwaltungsjuristen Josef Peer zum Regierungschef (Landesverweser) an einer Versammlung in Eschen (28.4.).



Der Tiroler Dr. Josef Peer war Jurist, Hofrat beim Wiener Verwaltungsgericht, 1900–1909 Bürgermeister von Feldkirch und Mitglied einer liberalen Partei.

Krisenhafte Höhepunkte erreichte die Auseinandersetzung während der Session von 1916 und 1917. Es ging um Kompetenzfragen der Landesnotstandskommission³¹ im Verhältnis zur Regierung, um Teuerungszulagen an die Landesangestellten und um die Einführung des direkten Wahlrechtes. Wilhelm Beck verlangte, dass die Landesnotstandskommission nicht nur beratend tätig sein sollte, sondern auch berechtigt sein müsse, Beschlüsse zu fassen. Landesverweser v. Imhof wehrte sich vehement dagegen und bemerkte, er wolle «nicht Handlanger der Notstandskommission sein».³² Nach ihm war der Wirkungskreis des Landtages überhaupt auf den beratenden Bereich zu beschränken.³³ Beck beklagte sich, er sei durch v. Imhof «unter Strafandrohung gemäss Polizeiordnung 1858» zur Sitzung der Notstandskommission geladen worden.³⁴ Imhof bemerkte dazu spitz, Dr. Beck sei verpflichtet, an den Sitzungen teilzunehmen. Einmal habe Dr. Beck sogar eine Sitzung frühzeitig verlassen und er, Imhof, würde es nicht bedauern, wenn Dr. Beck nicht mehr in die Notstandskommission gewählt würde. Dies wiederum veranlasste Beck zur Replik, er würde eine Nichtwiederwahl sogar mit Freuden begrüssen.³⁵

Die Streitigkeiten zogen sich über mehrere Sitzungen hin und zeigen das Taktieren Wilhelm Becks: Als der Landtagspräsident gegen den Regierungskommissär Stellung nahm, gab dies Beck Gelegenheit, zu bemerken, der Regierungskommissär habe sich korrekt verhalten und dieser sei eine konziliante Natur; er lud v. Imhof zum Einlenken ein, und in der Sitzung vom 31. Dezember 1917 wurde eine Kompromissformel gefunden, die vom Landtag mit 14:1 angenommen wurde. Beck hatte als einziger dagegen gestimmt, weil er mit der Formulierung nicht einverstanden war.

³¹ Die Landesnotstandskommission war 1914 eingeführt worden. Sie sollte der Regierung bei den Massnahmen zur Seite stehen, die es nach Kriegsausbruch zur Bekämpfung verschiedener Notsituationen zu ergreifen galt.

³² O.N. 3/20. Januar 1917: Bericht über die Landtagssitzung vom 30. Dezember 1916.

³³ O.N. 3/1917.

³⁴ O.N. 3/20. Januar 1917: Bericht über die Landtagssitzung vom 30. Dezember 1916.

³⁵ O.N. 3/1917.

Einen taktischen Erfolg konnten Beck und seine Anhänger in der Sitzung vom 30. Dezember 1916 erzielen, als es ihnen gelang, einen Kommissionsantrag, nämlich den Landesangestellten eine Teuerungszulage auszubezahlen, zu Fall zu bringen. Gegen den Willen des Regierungskommissärs und des Landtagspräsidenten wurde der Antrag mit 7:6 Stimmen verworfen.

Eine entscheidende Etappe bezüglich der Parteigründung und ein wichtiges Anliegen Becks stellte 1917 die Einführung des direkten Wahlrechtes dar. Landesverweser v. Imhof kam diesmal Beck zuvor und regte in der Landtagssitzung vom 30. Oktober 1917 an, das bestehende indirekte Wahlrecht in ein direktes und geheimes umzuformen.³⁶ Beck ergriff die Gelegenheit sofort und gratulierte dem Landesverweser. Dem Landtag gegenüber bemerkte er, es sei beschämend, dass dieser Antrag nicht aus seiner Mitte gekommen sei. Beck scheint sich selbst am meisten geärgert zu haben. Auch bei diesem Gesetz kam es über Detailfragen zu hitzigen Diskussionen.³⁷ In der Sitzung vom 31. Dezember 1917 aber wurde das Gesetz betreffend die Abänderung der Landtagswahlordnung einstimmig angenommen.³⁸ Paragraph 1 des neuen Gesetzes bestimmte, dass drei der Landtagsmitglieder weiterhin vom Landesfürsten aus der wahlfähigen Bevölkerung ernannt, «die übrigen aus derselben vom Volke gewählt» würden.

Wie ist die Landtagsperiode von 1914 – 1918 historisch einzuordnen? Es ist festzuhalten, dass sich ab 1914 eine Veränderung in mehrfacher Hinsicht ergab: – Erstens hielt eine Gruppe Einzug ins Parlament, die den verfassungsrechtlich gegebenen Freiraum voll ausnützte und eine aktivere und kontradiktorische Behandlung der anliegenden Fragen bewirkte.

³⁶ O.N. 44/1917.

³⁷ In der Frage, ob bei den Wahlen amtliche Stimmzettel zu verwenden seien oder nicht, stand Beck allein gegen die übrigen Landtagsabgeordneten.

³⁸ Siehe dazu Landtagsprotokoll vom 31. Dezember 1917. Das «Gesetz vom 21. Jänner 1918 betreffend die Abänderung der Landtagswahlordnung» ist publiziert in LGBl. 4/1918, ausgegeben am 5. Februar 1918.

Demonstration von etwa 1000 Personen gegen Landesverweser Peer (10.5.). Die Bank in Liechtenstein erhält eine Konzession (30.8.). Die für die Verfassung von 1921 entscheidenden «Schlossabmachungen» werden zwischen Vertretern der Volkspartei (Wilhelm Beck, Gustav Schädler, Anton Walser) und Vertretern des Fürsten (Josef Martin, Josef Peer) ausgehandelt (15.–20. 9.).



Das bei Schloss Vaduz gelegene Absteigequartier war Ort der Verhandlungen zwischen der Volkspartei und fürstlichen Abgeordneten. Diese Verhandlungen führten zu den sogenannten Schlossabmachungen vom September 1920.

Weil die Verhandlungen im Absteigequartier von Schloss Vaduz stattgefunden haben, werden die Protokolle «Schloss-Protokoll» oder auch «Schlossabmachungen» genannt. Ernennung von Josef Peer zum Provisorischen Landesverweser (15.9.). Postvertrag zwischen Liechtenstein und der Schweiz (10.11.).

- Zweitens bewirkte der Zusammenhalt der «Gruppe der Vier», dass von Parteien und Fraktionsbildung im Landtag gesprochen wurde.
- Drittens bahnte sich eine Polarisierung zwischen Regierungskommissär und den «etablierten» konservativen Kräften einerseits und der Gruppe Beck andererseits an.
- Viertens wurde durch die Gründung einer neuen Zeitung (O. N.) eine Plattform für oppositionelle Politik geschaffen.
- Fünftens zeigte sich, dass die Zentren der Veränderungsbewegung in den Oberländer Gemeinden Balzers, Triesen und Triesenberg entstanden.
- Sechstens waren Einflüsse von aussen (vorwiegend aus der Schweiz) gegeben, vor allem was die Verstärkung der Volksrechte und die Verbesserung von Sozialleistungen anbelangte.
- Siebtens wurde mit der Einführung des direkten und geheimen Wahlrechtes eine gewichtige Grundlage für die Entstehung von Parteien geschaffen.

Gesamthaft kann die Periode von 1914 – 1918 als eine vorbereitende Phase auf die Entwicklung des Parteiwesens und die Verfassungsfrage von 1921 gesehen werden. Die vermehrten widersprüchlichen Auseinandersetzungen im Landtag und der Schulterchluss von Gruppen waren formale Veränderungen. Die Forderungen nach wesentlichen Neuerungen, die grundsätzliche Kritik an Bestehendem und die z. T. respektlosen Angriffe auf die Machtposition des Landesverwesers – was indirekt auch als Kritik am Fürsten interpretiert werden kann – zeigten, dass inhaltliche Veränderungen kaum mehr zu umgehen waren.

2.3. Die Landtagswahlen von 1918

2.3.1. Der Wahlkampf

Die bevorstehenden Landtagswahlen von 1918 bewirkten eine eifrige Aktivität verschiedener Richtungen. Die bereits gebildeten Gruppierungen lassen sich

auch 1918 feststellen. Es liegt auf der Hand, dass die veränderungswilligere Gruppe tendenziell stärker auf einen organisatorischen Zusammenschluss hinarbeitete. Seit 1914 war dieser Zusammenschluss de facto gegeben, und es wurde von «Gruppenbildung» gesprochen, «auch gegen den Widerstand einiger Herren», wie die O. N. äusserten.³⁹ Mit «diesen Herren» waren die Gleichgesinnten um Albert Schädler und den Volksblattredaktor Meinrad Ospelt, 1917 durch Eugen Nipp abgelöst, gemeint.

Man stritt sich um die Frage, ob Parteien in Liechtenstein vonnöten seien oder nicht. Die Konservativen sahen in den Parteien eine Einengung, da die Parteimitglieder an die Leitsätze gebunden seien.⁴⁰ Als Beweis führte man an, dass gerade die vergangenen vier Jahre dies gezeigt hätten. Beck habe die «Partei der Vier» als «Diktator» gelenkt. Auf einen Wink von ihm als «Parteigewaltigem» hätten sich Abgeordnete des Volkes still verhalten oder er habe ihnen weitergeholfen, wenn sie nicht mehr weitergewusst hätten.⁴¹

Von den Parteigegnern wurde – speziell auf Liechtenstein bezogen – die Aufspaltung des Landtages in Parteien als ein Luxus betrachtet, den Liechtenstein sich nicht leisten könne.⁴² Dass diese Entwicklung aber nicht mehr zu bremsen war, zeigten die angelaufenen Aktivitäten. Gegenseitige Vorwürfe in den Zeitungen wegen Wahlvorbereitungen wurden erhoben. Die Beck-Gruppe habe in Triesen (im «Schäfli») und in Vaduz nächtliche Zusammenkünfte abgehalten, behauptete das Volksblatt. Die O. N. ihrerseits wetterten über «Geheimsitzungen», die am 5. Februar 1918 im Löwen in Vaduz abgehalten worden seien. Ziel dieser Zusammenkunft sei es, gegen die Partei Dr. Becks in den Wahlkampf zu treten und dessen Anhang zu «sprengen und zu zersplittern».⁴³

In zahlreichen Stellungnahmen, Wahlvorschlägen und Kommentaren dazu manifestierte sich der voll ausgebrochene Wahlkampf. Seitenweise wurden «Einge-

³⁹ O.N. 35/1914.
⁴⁰ LVobl. 10/1918.

⁴¹ LVobl. 8/1918.
⁴² LVobl. 8/1918.

⁴³ O.N. 7/1918.

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 8034. Volksabstimmung über den Verbleib Josef Peers im Amt, die zugunsten Peers ausgeht (28.3.), der jedoch auf das Amt verzichtet. Josef Ospelt wird Landesverweser (4.4.). Zustimmung des Landtages zum Entwurf der neuen Verfassung (24.8.). Erster Katholikentag (8.9.). Prinz Karl von Liechtenstein unterzeichnet im Namen des Fürsten Johann II. die neue Verfassung des Fürstentums Liechtenstein (5.10.).



Demonstration vom 26. Februar 1921 vor dem Regierungsgebäude.



Eine führende (und umstrittene) Persönlichkeit innerhalb der Volkspartei war der temperamentvolle und furchtlose Balzner Andreas Vogt (1880–1958), Schreiner und Wirt zum «Liechtensteinerhof», ein überzeugter Demokrat und Kämpfer für Volksrechte und eine soziale Gesellschaft.



Titelblatt des Zollvertrags mit der Schweiz, unterzeichnet am 29. März 1923.

sandt» veröffentlicht, die den eigenen Standpunkt verteidigten und den gegnerischen angriffen.

Die O. N. schrieben gemäss der Devise «Reib die sandigen Augen aus! Für neue Zeiten neue Männer!».⁴⁴ Es wurden Wahlversammlungen in Oberländer Gemeinden abgehalten und Kandidatenlisten in den Zeitungen und auf Flugblättern veröffentlicht.

Man war nicht zimperlich in der Wahl der Wörter und Begriffe. Das Liechtensteiner Volksblatt interpretierte die Artikel der O. N. so, dass «die Angst zwischen den Zeilen heraus grinse»⁴⁵. Es warf Beck vor, statt der erfahrenen Männer «Knaben» in den Landtag zu schicken, die man zum «Jasagen und Handaufhalten und zu gewissen ermutigenden Zurufen... einexerzieren» könne.⁴⁶ Allerdings bedauerte das Volksblatt, dass die Wogen der Wahlbewegung so hoch gingen und bemerkte wehmütig, früher sei es friedlicher und ruhiger gewesen. Das neue Wahlrecht habe die Wähler in grosse Aufregung versetzt und drohe «einen leidenschaftlichen Charakter anzunehmen».⁴⁷

Die O.N. nannten die Gegenseite «Herrenpartei» und liessen Karikaturen verbreiten mit Bauern unter einer Presse oder «Herren» in einem Schiffchen, auf die ein Mann mit dem Ruder einschlägt.⁴⁸ Der Geistlichkeit warfen die O. N. vor, sich zugunsten der Volksblatt-Leute in die Politik einzumischen.

Die Partei Becks verteidigte sich vehement gegen Vorwürfe, sie vertrete sozialistisches Gedankengut. Sie betonte «christlich-sozial» zu sein und für die Interessen des «kleinen Mannes» einzutreten.⁴⁹ Die Liste der von der «Volkspartei», wie sie sich seit dem 6. März 1918 nannte, vorgeschlagenen Kandidaten wies nach eigener Angabe Vertreter des Bauernstandes, des Gewerbes und «Gebildete» auf.⁵⁰

44 O.N. 9/1918.
45 LVobl. 8/1918.
46 LVobl. 8/1918.
47 LVobl. 8/1918.

48 So im LVobl. 11/1918 beschrieben.
49 O.N. 9/1918.
50 O.N. 10/1918.

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 8240.

Die «Volkspartei» erreicht bei den ersten Landtagswahlen nach der neuen Verfassung eine Zweidrittelmehrheit (15./16.2.).

Eröffnung der Postautolinie Eschen-Balzers (15.3.).

Demission von Josef Ospelt als Landesverweser (27.4.).

Alfons Feger übernimmt provisorisch die Amtsgeschäfte des Regierungschefs (4.5.).

Prof. Gustav Schädler wird Regierungschef (7.7.).

Gesetz betreffend die Ausübung der politischen Volksrechte in Landesangelegenheiten (31.8.).

Die Stimmbürger billigen ein neues Steuergesetz (24.12.).

Die Volkspartei veröffentlichte zusammen mit der Kandidatenliste einige ihrer Vorstellungen, deren Durchsetzung ihrer Ansicht nach notwendig war. Erwähnt wurden die Abänderung des Jagdgesetzes, die Forderung nach einem neuen Steuergesetz, der Ausbau des Verkehrs- und Wirtschaftslebens und andere für das «Landeswohl» wichtige Beschlüsse. Die Volkspartei publizierte kein Grundsatzprogramm, sondern konzentrierte sich ganz pragmatisch und punktuell auf einzelne konkrete, aber wahltaktisch wirksame Verbesserungsvorschläge.

Das Volksblatt, das sich gegen Parteibildung wehrte, veröffentlichte am 22. Februar 1918, einen Tag, bevor die Volkspartei diesen Schritt machte, eine Kandidatenliste für das Oberland.⁵¹ Die bereits eine Woche früher angekündigte Liste enthielt unter anderem auch die Namen Wilhelm Becks und seines Parteifreundes Josef Gassner. Die vorgeschlagenen Volksparteileute wurden aufgenommen, um laut Volksblatt damit zu beweisen, dass man keine Partei-, sondern eine Volkswahl anstrebe.⁵²

Die Liste ging gemäss Volksblatt aus einer «ernsten Beratung einer Reihe von Männern aus allen Schichten unseres Volkes» hervor.⁵³ Ein gleichzeitig vorgestelltes Programm führte die wichtigsten Punkte an. Es wurde aber nachdrücklich betont, dass die Versammlung den Kandidaten keine Vorschriften machen wolle.⁵⁴

Dieses «inoffizielle Löwenprogramm» beinhaltete folgende – auch grundsätzliche – Punkte:⁵⁵

- Selbständigkeit und monarchische Verfassung Liechtensteins
- Keine Parteiungen, sondern Freiheit des einzelnen
- Entwicklung des Verkehrs- und Wirtschaftslebens
- Bau des Lawenawerkes
- Reform des Steuerwesens

51 LVobl. 8/1918.
52 LVobl. 7/1918.

53 LVobl. 8/1918).
54 LVobl. 8/1918.

55 LVobl. 8/1918.

Der erste nach der Schaffung der neuen Verfassung gewählte Regierungschef Prof. Gustav Schädler (1883–1961). Er war mit Olga Real verheiratet, von Beruf Reallehrer, 1919–1922 Abgeordneter, später 1922 Regierungsrat und 1922–1928 Regierungschef. Er war ein angesehener Volksvertreter, ein populärer Politiker und galt als gebildeter, offener, temperamentvoller, sozial und grosszügig gesinnter Demokrat.



- Abänderung der Jagdverhältnisse im Sinne der letzten Landtagsbesprechung
- Schaffung eines modernen Pressegesetzes
- Errichtung eines Krankenhauses
- Beibehaltung des Zollvertrages mit Österreich.

Dieses Programm zeigt zwei grundsätzliche Bereiche auf. Der erste Punkt ergibt nur einen Sinn im Zusammenhang mit den Vorwürfen an die Adresse der Volkspartei, sie sei gegen die Monarchie eingestellt und betreibe den Anschluss an die Schweiz. Punkt zwei ist ebenfalls nur aus den Auseinandersetzungen um den Sinn oder Unsinn von Parteien zu verstehen. Die restlichen Punkte, die sich auf konkrete Bereiche der Innen- und Aussenpolitik Liechtensteins beziehen, sind bereits in früheren Landtagssitzungen, z. T. schon vor 1914, behandelt worden. Einzelne Themen waren schon früher heftig umstritten gewesen.

Die O. N. vom 2. März 1918⁵⁶ brachten dieses «Programm» genüsslich auf der Frontseite unter dem Titel «Zum Programm der neuen Partei». Damit stellten die O. N., ungeachtet gegenteiliger Behauptungen des Volksblattes, fest, dass eine Partei gegründet worden sei. Sie gaben ihr dazu gleich auch noch eine Bezeichnung und nannten sie «Löwen-Partei» nach der Lokalität in Vaduz, in der die Versammlungen dieser Gleichgesinnten stattfanden. Die Programmpunkte wurden im einzelnen ausführlich kommentiert. Zu den zwei ersten Punkten äusserten die O. N., dass noch niemand an der Selbständigkeit und monarchischen Verfassung gerüttelt habe. Parteien habe es schon früher gegeben und auch die «hauptstädtische Stammtischgesellschaft» («Löwenpartei») habe diesen Zweck verfolgt.

Sarkastisch bemerkte der Artikelschreiber – es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass es Beck ist – man sei über dieses Programm enttäuscht, «da es ja nur von uns abgeschrieben wurde».⁵⁷

56 O.N. 9/1918.

57 O.N. 9/1918.

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 8410. Rege gesetz-

geberische Tätigkeit in allen Bereichen. Gründung des «Landeswerks Lawena». Trennung der «Spar- und Leihkasse», der heutigen Liechtensteinischen Landesbank, von der Landesverwaltung. Aufhebung der Wiener Gesandtschaft in Erfüllung eines Beschlusses von 1921 (1.3.). Sie wird erst 1982/3 im Zuge der erweiterten aussenpolitischen Tätigkeiten Liechtensteins wieder errichtet. Verzicht der Prinzen Franz und Alois auf die Anwartschaft auf die Regierung des Fürstentums Liechtenstein (15.3.). Schaffung eines Kranken-, Alters- und Invalidenfonds. Zollanschlussvertrag mit der Schweiz (20.3.). In der Neujahrsnacht 1923/24 heisst Regierungschef Schädler die Schweizer Grenzwa- che beim Zollamt Schaanwald willkommen.

Die O. N. betonten immer wieder, dass zwischen den verschiedenen «politischen Parteien»⁵⁸ keine weltanschaulichen Unterschiede bestünden. Lediglich wollten die einen «mehr den Fortschritt betonen», die anderen schlugen gegenüber dem Modernen ein langsames Tempo ein.⁵⁹

Diese etwas verniedlichende Aussage der O. N. drei Wochen vor den Wahlen hatte eher taktische Gründe: man wollte schwankende Wähler nicht abschrecken. Es war nämlich nicht nur eine Tempofrage, die den Unterschied bewirkte. Die Volkspartei stand sozialen, z. T. sozial-demokratischen Ideen näher. Sie wollte nicht nur rascher verändern, sondern auch materiell mehr erreichen. Nach aussen etwa zeigte sich die Sympathie mancher Volksparteianhänger zur Sozialdemokratie darin, dass in Balzers junge Leute mit roten Bändchen oder mit roten Krawatten zur Wahl gingen.⁶⁰ Die Volkspartei wollte erreichen, dass die Mitwirkung des Volkes bei den politischen Entscheidungsgremien im Staat entscheidend verstärkt würde, was sich auch in ihrem Schlagwort «Liechtenstein den Liechtensteinern» ausdrückte.

Die Wahlen waren auf den 11. März 1918, einen Montag, festgesetzt worden. Das Volksblatt stellte den Wählern kein allzu gutes Zeugnis bezüglich ihrer staatsbürgerlichen Kenntnisse und Verhaltensweisen aus. Es klagte über Interesselosigkeit und Unwissenheit der Wähler. «Was in Wahlsachen mitunter bei uns noch für Unwissenheit herrscht, grenzt ans Aschgraue».⁶¹ Junge Wähler wussten oft nicht, ob die Landtagswahlen alle 5 oder alle 10 Jahre stattfänden und auch bei Gemeindewahlen wäre diese Unwissenheit vorhanden, «wenn die Wähler nicht durch die Maikäfer an ihre Pflicht erinnert würden».⁶²

Der Wahlkampf war gegenüber früher wesentlich heftiger. Das direkte Wahlrecht bewirkte, dass für einzelne Personen und Gruppen geworben wurde. Es war nun

58 O.N. 7/1918.

59 O.N. 7/1918.

60 LVobl. 11/1918.

61 LVobl. 7/1918.

62 LVobl. 7/1918. Maikäferflug und Gemeinderatswahlen fanden alle drei Jahre im übereinstimmenden Zyklus statt.

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 8670.
 Der Zollvertrag mit der Schweiz tritt in Kraft (1.1.).
 Gründung des «Liechtensteinischen Caritasvereins» (9.3.).
 Volksabstimmung über Steuergesetzänderungen (11.4.).
 Einführung des Schweizer Frankens als liechtensteinische Währung (26.5.).
 Die «Oberrheinischen Nachrichten» werden in «Liechtensteiner Nachrichten» umbenannt.
 Redaktoren waren Alphons Thöny (1924–28, 1932/33), Josef Sele (1929), Max Beck (1930/31) und Prof. Gustav Schädler.
 Gründung des Liechtensteinischen Automobilklubs (15.10.)

Erste Ausgabe der «Liechtensteiner Nachrichten»



auch unumgänglich, Kandidatenlisten zu präsentieren und Wahlaussagen zu machen, d. h. Programme zu erstellen. Die Vertreter der Volkspartei hatten dies z. T. schon 1914 erkannt und während der Landtagsperiode 1914–1918 praktiziert. Sie traten unbelastet von traditionellen Einschränkungen als Gruppe auf, standen ohne «Wenn und Aber» zu ihren Kandidaten und zu ihren Programmpunkten. Die «Löwen-Partei» zögerte und wehrte sich aus Überzeugung gegen das Entstehen von politischen Parteien. Die gegebenen Umstände zwangen sie dann doch zu einer eher verschämt präsentierten Kandidatenliste und zu einem Programm, das lediglich eine Reaktion auf die Aktivität der Volkspartei darstellte. Zu erwähnen ist, dass der Wahlkampf vorwiegend im Oberland stattfand. Zwar gab es auch Wahlvorschläge aus dem Unterland; jedoch existierten keine so klar getrennten Gruppierungen wie im Oberland. Dies erklärt sich daraus, dass die Gruppe Beck ihre Tätigkeit vor allem in Oberländer Gemeinden entfaltete und die Reaktion darauf sich ebenfalls hauptsächlich auf das Oberland beschränkte. Die Volkspartei hatte durch ihre eindeutige Aussage eine Partei zu sein, durch ihre zügigen Wahlthemen und durch ihr teilweise angriffliges Vorgehen und ihren grossen Einsatz zu überzeugen versucht. Sie hatte dadurch die bisherigen politisch bestimmenden Kräfte in die Verteidigungsposition gedrängt und ihnen nur noch Zeit zum Reagieren gelassen.

2.3.2. Die Wahlergebnisse vom März 1918

Die Wahlergebnisse vom 11. März (Hauptwahlen), bzw. 18. März 1918 (Stichwahlen) zeigten im Oberland folgendes Ergebnis:
 Es waren 7 Abgeordnete zu wählen. In den Hauptwahlen erreichten 6 Kandidaten das geforderte absolute Mehr; 5 davon waren von der Volkspartei portiert worden. Ein einziger Kandidat der «Löwen-Partei» kam in der Hauptwahl auf die nötige Stimmenzahl. Die von der «Löwen-Partei» mitportierten Josef Gassner und Wilhelm Beck können nicht ihr angerechnet werden. Für das Unterland kann

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 8880.
 Gründung des Liechtensteinischen Gewerbeverbandes im Restaurant Adler Vaduz (18.1.).
 Gründung der Freiwilligen Krankenkasse Balzers (1.6.).
 In einer Volksabstimmung wird der Bau des Lawenakraftwerkes befürwortet (13.9.).
 Erstes liechtensteinisches Winzerfest (18.10.).
 Landtagsbeschluss über ein Personen- und Gesellschaftsrecht und ein Staatsgerichtshofgesetz (5.11.).
 Volksabstimmung zur Abänderung der Zivilprozessordnung (13.12.).
 Beschluss zur Revision des «Partei- und Arbeitsprogrammes der Liechtensteinischen Volkspartei» vom 18. Januar 1919 (26.12.).
 Obmann der Volkspartei ist Anton Walser-Kirchthaler, Vaduz, dessen Stellvertreter im Oberland Wilhelm Beck, im Unterland der Schreiner Gerhard Wohlwend aus Nendeln.
 Bau der Strasse Vaduz-Triesenberg.

keine eindeutige Aussage über das Abschneiden der Kandidaten gemacht werden, da diese z. T. von beiden Seiten oder von anonymen Wählergruppen unterstützt worden waren. Zwei der drei im Hauptwahlgang gewählten Kandidaten waren auch von der Volkspartei mitgetragen worden.
 Das endgültige Resultat (nach erfolgter Stichwahl) im Oberland zeigt folgendes Ergebnis:
 Volkspartei: 5 Abgeordnete «Löwen-Partei»: 2 Abgeordnete
 Die gewählten Ersatzmänner waren alle drei von der Volkspartei portiert worden, einer von ihnen auch von der «Löwen-Partei».
 Im Unterland waren 4 der 5 Abgeordneten von der Volkspartei mitgetragen worden.
 Ein paar Zahlen zu den Oberländer Wahlen mögen noch einiges verdeutlichen: Der von der Volkspartei portierte Josef Gassner aus Triesenberg erreichte im Wahlkreis Oberland mit 742 Stimmen das beste Resultat aller Kandidaten. Das waren 216 Stimmen mehr, als der Spitzenkandidat der «Löwen-Partei» in der Hauptwahl auf sich vereinigen konnte. Dieser blieb immer noch 11 Stimmen hinter dem 5. gewählten Volkspartei-Kandidaten zurück. Man könnte etwas sarkastisch formulieren: Der «Löwen-Anteil» muss nicht immer den grösseren Anteil bedeuten.
 Ein weiteres Merkmal kann anhand von Wahlergebnissen in einzelnen Gemeinden gezeigt werden. Die Verteilung der Stimmen auf die verschiedenen Kandidaten spricht hier eine deutliche Sprache.

Balzers:⁶³

| | | | | |
|---|-----|-----|-----|---------|
| Josef Gassner, Tr'berg (VP) ⁶⁴ | 166 | von | 207 | Stimmen |
| Wilhelm Beck, Triesenberg (VP) | 186 | " | 207 | " |
| Albert Wolfinger, Balzers (VP) | 191 | " | 207 | " |
| Josef Sprenger, Triesen (VP) | 176 | " | 207 | " |

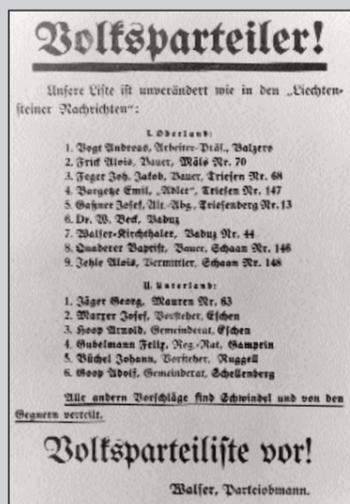
⁶³ LVobl. 11/1918.

⁶⁴ Volkspartei.

W

ohnbevölkerung Liechtensteins: 9090.

Bei den Landtagswahlen erhält die Volkspartei alle neun Sitze im Oberland, die Bürgerpartei jene im Unterland (10./24.1.). Erfolgreiches Referendum gegen die Errichtung einer staatlichen Landesbrandschaden-Versicherungsanstalt (7.2.). Das Personen- und Gesellschaftsrecht tritt in Kraft (9.2.). Gründung des Liechtensteinschen Musikverbandes (28.3.).



Kandidatenliste der Volkspartei 1926

| | | | | |
|---|-----|-----|-----|---------|
| Emil Risch, Triesen (VP) | 139 | " | 207 | " |
| Fritz Walser, Schaan (LP) ⁶⁵ | 76 | " | 207 | " |
| Triesenberg: | | | | |
| Josef Gassner (VP) | 198 | von | 204 | Stimmen |
| Wilhelm Beck (VP) | 179 | " | 204 | " |
| Albert Wolfinger (VP) | 169 | " | 204 | " |
| Emil Risch (VP) | 168 | " | 204 | " |
| Josef Sprenger (VP) | 153 | " | 204 | " |
| Fritz Walser (LP) | 47 | " | 204 | " |
| Triesen: | | | | |
| Josef Gassner (VP) | 147 | von | 162 | Stimmen |
| Wilhelm Beck (VP) | 132 | " | 162 | " |
| Albert Wolfinger (VP) | 119 | " | 162 | " |
| Josef Sprenger (VP) | 130 | " | 162 | " |
| Emil Risch (VP) | 104 | " | 162 | " |
| Fritz Walser (LP) | 74 | " | 162 | " |
| Schaan (mit Planken): | | | | |
| Josef Gassner (VP) | 90 | von | 228 | Stimmen |
| Wilhelm Beck (VP) | 113 | " | 228 | " |
| Albert Wolfinger (VP) | 75 | " | 228 | " |
| Josef Sprenger (VP) | 50 | " | 228 | " |
| Emil Risch (VP) | 43 | " | 228 | " |
| Fritz Walser (LP) | 206 | " | 228 | " |
| Vaduz: | | | | |
| Josef Gassner (VP) | 141 | von | 173 | Stimmen |
| Wilhelm Beck (VP) | 118 | " | 173 | " |

65 Löwenpartei.

| | | | | |
|-----------------------|-----|---|-----|---|
| Albert Wolfinger (VP) | 105 | " | 173 | " |
| Josef Sprenger (VP) | 97 | " | 173 | " |
| Emil Risch (VP) | 83 | " | 173 | " |
| Fritz Walser (LP) | 123 | " | 173 | " |

Es lassen sich also eindeutige Hochburgen der Volkspartei im Oberland in den Gemeinden Balzers, Triesen und Triesenberg feststellen. Ebenso zeigt sich, dass die Devise «Einigkeit macht stark!»⁶⁶ in diesen Gemeinden des Oberlandes Wirkung gezeigt hatte.

Als Überraschung ist die Nichtwiederwahl des langjährigen Landtagspräsidenten Albert Schädler zu werten. Er brachte es auf 437 Stimmen und verfehlte mit diesem Resultat nicht nur das absolute Mehr, sondern kam auch nicht in die Stichwahl. Ähnlich erging es Gustav Ospelt, dem Ortsvorsteher von Vaduz, der mit 272 Stimmen das zweitschlechteste Resultat der Oberländer Kandidaten erzielte.

Das Ergebnis wurde von den O. N. als «schöner Sieg der Volkspartei» gewertet.⁶⁷ Nicht zu Unrecht deutete die Volkspartei dies als einen Vertrauensbeweis des Volkes ihr gegenüber. Die O. N. kommentierten jedoch den errungenen Wahlerfolg mit erstaunlicher Zurückhaltung und boten die «versöhnende Hand zu gemeinsamer Arbeit im Interesse des Vaterlandes».⁶⁸

Der Volksblatt-Kommentator haderte vor allem mit der Nichtwahl «unseres allverehrten... Herrn Landtagspräsidenten».⁶⁹ Er sah den Grund dafür in einer «Abart von zersetzendem Liberalismus», der in «die Stube der Gemeinde- und Landesbehörden eingedrungen» sei.⁷⁰ Dieser Liberalismus wurde als destruktive Kraft gesehen, welche «die Autorität der weltlichen und geistlichen Behörden» untergrabe.⁷¹ Der Artikelschreiber erkannte aber, dass in Liechtenstein «eine

66 O.N. 9/1918.
67 O.N. 13/1918.

68 O.N. 13/1918.
69 LVobl. 12/1918.

70 LVobl. 12/1918.
71 LVobl. 12/1918.

Um eine Regierungsbildung zu ermöglichen, werden Neuwahlen zum Landtag angesetzt, die das gleiche Resultat erbringen (5.4.). Liechtenstein ist politisch in das «schwarze» Unterland und das «rote» Oberland geteilt. Erstes internationales Radrennen in Liechtenstein (21.8.). Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke Feldkirch – Buchs (12.12.). Gründung der Christlich-Sozialen Kranken- und Unfallkasse (19.12.).



Wahlkampf-Flugblatt der Fortschrittlichen Bürgerpartei 1926

W

ohnbevölkerung
Liechtensteins: 9310.

Das Lawenawerk gibt erstmals Strom an das Landesnetz (7.1.).

Die «Liechtensteinische Volkspartei» erhält ein neues Organisations-Statut. Als ihren Zweck bezeichnet sie es, «einen den Bedürfnissen und Kräften unseres Landes und Volkes entsprechenden, gesunden und besonnenen Ausbau der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Einrichtungen anzustreben und zu fördern» (19.1.).



Folgen des Rheindammbruchs vom 25. September 1927

Die Volkspartei diskutiert die Schaffung einer Jugendorganisation, auch als Gegengewicht zu den kirchlich geleiteten «Jünglingsvereinen», was ihr erneut den

wirkliche Unzufriedenheit» bestehe, die eine Stimmung hervorgebracht habe, welche «den leitenden Persönlichkeiten nicht günstig war».⁷²

Für das erfolgreiche Abschneiden der Volkspartei können folgende Gründe aufgeführt werden:

- Die Volkspartei war der aktiv agierende Teil. Sie stellte ein klares Wahlprogramm vor, das auf die aktuellen innenpolitischen Probleme Bezug nahm.
- Die Volkspartei hatte den besseren und direkteren Bezug zum Wähler. Sie hatte das Wesen des direkten Wahlsystems klarer erfasst und handelte taktisch geschickt.
- Die Kandidaten der Volkspartei waren in bezug auf die vertretenen Wählerschichten breiter gestreut, sie zollten damit dem direkten Entscheid der Wähler Tribut.
- Vier Kandidaten der Volkspartei hatten bereits 1914–1918 dem Landtag angehört. Sie hatten es verstanden, ihre Tätigkeit während dieser Mandatsdauer wirksam zu demonstrieren und dadurch ihre Art der Volksvertretung den Wählern nahezubringen.
- Die Verantwortlichen der Volkspartei konnten als neue Gruppierung viel Energie mobilisieren, und sie besaßen auch den Willen, sich durchzusetzen. Dadurch gelang es ihnen, ihr «feu sacré» auf grosse Teile der Wähler zu übertragen und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit bei ihren Anhängern hervorzurufen.
- Das Parteiwesen bewirkte, dass sich viele einfache Leute nun in ihren täglichen Problemen besser vertreten fühlten. Dies förderte das Vertrauen in die führenden Leute der Volkspartei und hatte ein Zusammenstehen für das Erreichen des gemeinsamen Zieles zur Folge. Man wollte entscheiden, ob man «Hammer oder Amboss» sei.⁷³

⁷² LVobl. 12/1918.

⁷³ O.N. 10/1918.

Als ein wichtiger Korrekturfaktor für die Zusammensetzung des Landtages erwies sich nun das Recht des Fürsten, drei Abgeordnete zu ernennen. Er tat dies im April 1918 und entschied sich für den bischöflichen Landesvikar Kanonikus Johann Baptist Büchel, den fürstlichen Sanitätsrat Dr. Albert Schädler und den Landwirt Johann Wohlwend aus Schellenberg.

Die Entscheidung weist eindeutig auf eine korrigierende Massnahme hin. Der Fürst, bzw. seine Berater, wollten die neue Partei einrahmen und ihren Einfluss im Landtag begrenzen.

2.4. Die Entmachtung des Landesverwesers Leopold von Imhof

Trotz ihrer Wahlerfolge stellte die Volkspartei im Landtag von 1918 eine Minderheit dar. Je nach Umstand und Gewichtung der Probleme im Ober- und Unterland konnte sie zum Kern der fünf Abgeordneten noch fallweise einzelne für sich gewinnen. Ihre zahlenmässige Vertretung im Landtag entsprach aber nach Auffassung der Volkspartei nicht dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung.

Noch immer stand das Volksblatt der Volkspartei und dem Parteiwesen misstrauisch gegenüber und verlangte, jeder müsse über den Parteiungen stehen, dann seien «alle Partei und diese heisse Vaterland».⁷⁴

Die Exponenten der Volkspartei waren jedoch keineswegs bereit, sich in eine Statistenrolle zurückdrängen zu lassen. Sie forderten bereits im August 1918 die Einberufung eines ausserordentlichen Landtages, weil die Notlage des Landes dies verlange. Sie drangen mit ihrer Forderung beim Landtagspräsidenten und beim Regierungskommissär aber nicht durch.

Die ordentliche Eröffnung des Landtages fand am 3. Oktober 1918 statt. In den Bureau-Wahlen wurde Albert Schädler mit 10 gegen 5 Stimmen zum Präsidenten

⁷⁴ LVobl. 41/1918.



Verschiedene Leute müssen 1927 aus ihren Häusern evakuiert werden, hier Mitglieder der Familie Martin Kind, sen.

Vorwurf der «Religionsfeindlichkeit» einbringt.

Die Partei diskutiert die Errichtung einer Gesandtschaft beim Heiligen Stuhl in Rom.

Abschluss des ersten Kollektivarbeitsvertrages.

Die Rheinüberschwemmung verwüstet grosse Teile des Liechtensteiner Unterlandes (25.9.).

Die regierende Volkspartei wird politisch verantwortlich gemacht.

Nicht zuletzt dank der guten Beziehungen von Regierungschef Gustav Schädler leistet die Schweiz hervorragende Hilfeleistung.

Beschluss zur Einführung einer Alkoholsteuer zur Finanzierung der Wiederaufbauarbeiten nach dem Rheineinbruch (29.12.).

W

ohnbevölkerung
Liechtensteins: 9530.

Das Jahr 1928

markiert die Zäsur in der Geschichte der Volkspartei. Die «Spar- und Leihkasse für das Fürstentum Liechtenstein» geriet durch Verluste infolge mangelhafter oder nicht gedeckter Kreditpositionen und infolge von Wechselgeschäften in Schwierigkeiten. Fürst und Gemeinden leisteten Bürgschaften, die jedoch nicht in Anspruch genommen werden mussten. Die regierende Volkspartei wird politisch verantwortlich gemacht.

Die Regierung demissioniert. Die oppositionelle Fortschrittliche Bürgerpartei beginnt, wie das «Aargauer Tagblatt» schreibt, die Sparkassa-Affäre «in einer Weise politisch auszuschlachten, die schwerlich im Interesse des Landes» liege.

Der Landesfürst löst den Landtag auf (15.6.).

gewählt. In den folgenden drei Sitzungen kam es zu ausgiebigen Diskussionen und heftigen Auseinandersetzungen. «Es geht ein demokratischer Zug durch die Welt», stellte Wilhelm Beck in der Sitzung vom 14. Oktober⁷⁵ fest und forderte entsprechende Massnahmen auch in Liechtenstein.

In konsequenter Fortführung des Ausbaues der politischen Volksrechte forderte Beck, dass zum direkten Wahlrecht eine parlamentarische Regierung gehöre. Er betrachtete es auch als eine «gebieterische Notwendigkeit»⁷⁶, die Landräte, d. h. die zwei nebenamtlichen Regierungsmitglieder, durch das Volk aus dem Volk bestimmen zu lassen. Selbstbewusst begründete Beck seinen Vorstoss mit dem Wahlerfolg der Volkspartei und den von ihr vertretenen Volkswünschen.

In der Sitzung vom 24. Oktober 1918 reichten die vier Volkspartei-Abgeordneten (Beck, Wolfinger, Risch und Gassner; Sprenger war abwesend) einen offiziellen Antrag auf «Einführung einer parlamentarischen (Volksmit-)Regierung» ein.⁷⁷ Die Regierung hätte nach diesen Vorstellungen nur noch «im Einvernehmen mit der Mehrheit des Landtages geführt werden» können.⁷⁸

Als flankierende Massnahme und mit etwas marktschreierisch tönender Begleitmusik druckten die O. N. einen Artikel aus dem «Tagblatt der Stadt St. Gallen» ab.⁷⁹ Darin wurde festgehalten, dass der Antrag Beck's («ein Nachkomme der freien Walser von Triesenberg») auf eine parlamentarische Regierung durch Landesverweser Imhof schroff zurückgewiesen worden sei. Der Artikel schliesst mit der Bemerkung: «Wie man sieht, hat der totgesagte Absolutismus eine neue, wenn auch bescheidene Heimstätte gefunden im Ländchen Liechtenstein, dem Geburtslande eines Peter Keiser(!)». Imhof hatte allerdings diesen Antrag auf etwas ungeschickte Art zurückgewiesen, und weder eine «innere noch eine äussere Berechtigung der Anregung erkennen» können.⁸⁰

75 O.N. 43/1918.

76 O.N. 43/1918.

77 O.N. 45/1918.

78 O.N. 45/1918.

79 O.N. 45/1918.

80 So äusserte sich Imhof bereits in der Landtagssitzung vom 14. Oktober 1919. Siehe O.N. 42/1918.

Da Beck und seine Parteifreunde bereits mit anderen, früher eingebrachten Anträgen keine Mehrheit im Landtag gefunden hatten, konnten sie sich kaum erhoffen, mit so fundamentalen Veränderungswünschen durchdringen zu können. Warum unternahmen sie trotzdem diesen Vorstoss? Es kann vermutet werden, dass die Volkspartei ihre grundsätzliche Politik, mehr Volksrechte durchzusetzen, nach aussen demonstrieren wollte. Es könnte auch als taktisches Manöver geplant gewesen sein, um die Reaktionen der Gegenseite, vor allem auch des Landesverwesers, auf die Probe zu stellen. Oder war es eine kühl geplante Aktion, um auf dem erwarteten ablehnenden Entscheid das weitere Vorgehen aufbauen zu können?

Auf alle Fälle bereiteten Beck und seine politischen Freunde für die Landtags-sitzung vom 7. November 1918 einen «Coup» vor.⁸¹ Eine zentrale Rolle spielte dabei der in Innsbruck ansässige liechtensteinische Rechtsanwalt Dr. Martin Ritter. Zwischen Beck und Imhof hatte am 5. November 1918 eine Aussprache⁸² stattgefunden, bei der allem Anschein nach ein Abkommen getroffen worden war: In der Landtagssitzung vom 7. November 1918 erklärte Imhof zur Überraschung der Uneingeweihten seinen Rücktritt. Der Landtag seinerseits sprach Imhof sein Vertrauen aus, nahm aber den Rücktritt zustimmend zur Kenntnis und wählte mit 12 Stimmen (die drei fürstlichen Abgeordneten sprachen sich dagegen aus) einen Vollzugausschuss als provisorische Regierung. Auf Vorschlag von Vizepräsident Fritz Walser wurde Martin Ritter zum Vorsitzenden des Vollzugausschusses gewählt. Ritter war für diese Sitzung von Innsbruck eigens nach Vaduz gekommen, ein weiterer Hinweis auf die «wohlvorbereitete Aktion». Beck wurde als einer der Landräte in die Regierung gewählt.

Der Ablauf der Aktion ging glatt über die Bühne, das Überraschungsmoment wirkte. Einzig die drei fürstlichen Abgeordneten stellten sich dagegen. Die O. N. ver-

81 Siehe dazu Quaderer, November 1918.

82 So die Aussage der O.N. 48/1918.

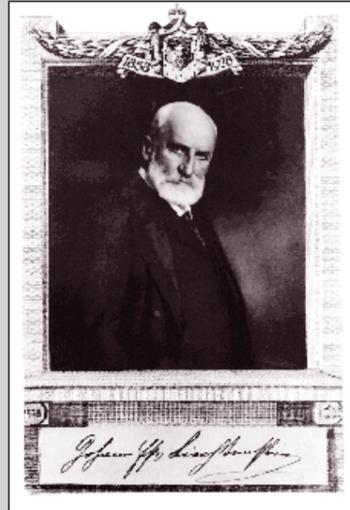
Alfred von Liechtenstein übernimmt provisorisch die Regierungsgeschäfte (21.6.). Die Neuwahlen im Juli bringen der Volkspartei einen schweren Einbruch (15.7.). Sie wird zunehmend politisch und gesellschaftspolitisch ausgegrenzt.

Eröffnung des Landtages und Wahl der Regierung, Regierungschef wird Josef Hoop (4.8.).

Im Dezember beklagt die Volkspartei die ungesetzmässige Zusammenstellung der Regierung und der Verwaltungsbeschwerdeinstanz. Die «Neue Zürcher Zeitung» mutmasst, ob die Bürgerpartei «die Dinge rückwärts revidieren», den Zollvertrag mit der Schweiz auflösen und einen neuen mit Österreich schliessen werde. Es sei möglich, dass «die Bürgerpartei mit dem gesamten Werk der Volkspartei tabula rasa» mache. Die gegen Regierungschef Gustav Schädler erhobene Ministerklage, als «hässliches Spiel» bezeichnet, erbringt einen Freispruch.

Einweihung der Pfälzerhütte (5.8.). Feier des 70jährigen Regierungsjubiläums von Fürst Johann II. auf Schloss Vaduz (17.10.).

Fürst Johann II., geboren am 5. Oktober 1840 auf Schloss Eisgrub



im heutigen Tschechien, Regierungsantritt am 12. November 1858, gestorben am 12. November 1929, begraben in der fürstlichen Gruft in Wranau (Tschechien).

kündeten mit Stolz, dass die 1. provisorische Regierung Liechtensteins nur aus einheimischen Bürgern bestehe und auf ausdrücklichen Wunsch des bisherigen Regierungschefs gewählt worden sei.⁸³

Zwischen Volkspartei-Anhängern und ihrer Gegenseite entspann sich nun eine heftige, sich über Wochen hinziehende Fehde um die Frage, ob dieser Vorgang legal gewesen sei (so die O. N.), oder ob die Volkspartei sich einer illegalen, verfassungswidrigen Handlung schuldig gemacht habe. Die eine Seite argumentierte, alles sei mit Zustimmung des Landesverwesers und infolgedessen auf gesetzlichem Wege geschehen.⁸⁴ Auch betonten die O. N. wiederholt, dass der Fürst weiterhin Staatsoberhaupt bleibe und die «Einführung der Demokratie im Rahmen der Monarchie» stattfinde.⁸⁵ Diese Haltung drückte Martin Ritter in seiner Regierungserklärung vom 12. November bildlich so aus: «Der Fürst wär scho recht, aber d Rafa sind nünt».⁸⁶

Das Volksblatt seinerseits wies auf die fehlende Bestätigung des Rücktritts durch den Fürsten hin und leitete daraus ab, der ganze Vorgang entbehre der verfassungsrechtlichen Grundlage. Dieser Standpunkt entsprach insofern den Tatsachen, als der Fürst in einem Telegramm von dem Rücktritt lediglich mit Vorbehalt Kenntnis genommen hatte. Die Krise, die durch den Vorfall ausgelöst worden war, äusserte sich auch in tumultartigen Vorkommnissen inner- und ausserhalb des Landtages. Ein Stimmungsumschwung im Landtag – nach Abflauen des Überraschungseffektes scheinen einige Abgeordnete über sich selbst erschrocken zu sein – führte dazu, dass die Volkspartei sich kompromissbereit zeigte. Martin Ritter wurde als Vorsitzender des Vollzugsausschusses von der Landtagsmehrheit «geopfert». Die Volkspartei war bereit, den vom Fürsten inzwischen ernannten neuen Landesverweser, seinen Neffen Prinz Karl, als Inte-

83 O.N. 46/1918.
84 O.N. 47/1918.
85 O.N. 47/1918.

86 O.N. 47/1918. Wortspiel: Fürst = First; Rafa = Dachsparren, vom First zur Dachrinne laufend. Siehe Leo Jutz, Vorarlbergisches Wörterbuch mit Einschluss des Fürstentums Liechtenstein, Wien 1965.

W

ohnbevölkerung Liechtensteins: 9730.

Die Gremien

der Volkspartei werden neu gewählt. Obmann ist Josef Gassner (Triesenberg), Sekretär Josef Sele, Vizeobmänner sind Arnold Hoop (Eschen) und Baptist Quaderer (Schaan), Vorstandsmitglieder Alois Ritter (Vaduz), Alt-Regierungschef Prof. Gustav Schädler (Vaduz), Andreas Vogt (Balzers), Theodor Beck (Triesen), Josef Hilti (Schaan), Eugen Meier (Mauren) und Adam Oehri (Gamprin). Fürst Johannes II., genannt der Gute, stirbt (11.2.).

grationsfigur zu akzeptieren. In der Besprechung der Landtagsabgeordneten mit Prinz Karl vom 10. Dezember 1918 wurde ein Neun-Punkte-Programm beschlossen, dem der Landtag bis auf einen Punkt (Erhöhung der Zahl der Abgeordneten) einstimmig zustimmte.

Dieses Neun-Punkte-Programm enthielt die bisher umstrittenen verfassungsrechtlichen Forderungen bezüglich der Stellung der Regierung und des Landtages sowie der Neuordnung der Verwaltung und des Gerichtes. Mit diesem Forderungskatalog und mit dem versöhnlich wirkenden Einfluss der Persönlichkeit von Prinz Karl als Landesverweser war eine Grundlage geschaffen, in geordneten und gesetzlichen Bahnen eine Totalrevision der Verfassung anzustreben.

Die «Löwen-Partei», die de facto schon seit den Wahlen vom März 1918 existierte, tat nach der November-Krise den notwendig gewordenen Schritt und gründete am 22. Dezember 1918 (im «Löwen») die «Fortschrittliche Bürgerpartei».⁸⁷ Die



Nachfolger wird Fürst Franz I., hier bei der Enthüllung des Denkmals für Johann II. in Schaan am 24. Juli 1932. Links des Bischofs Laurenz Matthias Vincenz sitzt Fürstin Elsa, zwischen Fürst Franz I. und dem Bischof steht Pfarrer Anton Frommelt, rechts vom Fürsten sitzt der seit 1928 amtierende Regierungschef Dr. Josef Hoop. Rechts von Pfarrer Frommelt steht, von der Fahne etwas verdeckt, Fürstl. Kabinettsdirektor Josef Martin.

Zweiter Katholikentag in Vaduz (19.5.).
 Volksabstimmung über die Einführung der Alkoholsteuer (26.5.).
 Gründung des Liechtensteinischen Verkehrsvereins (23.5.).
 Erstes Liechtensteinisches Turnfest (16.6.).
 Huldigung auf Schloss Vaduz für den neuen Fürsten Franz I. (11.8.).
 Die Volkspartei lanciert im September eine Verfassungsinitiative mit dem Ziel der Einführung des Proporzverfahrens bei Landtagswahlen und der Möglichkeit, dass kranke, alte und landesabwesende Stimmbürger ihr Stimmrecht durch andere Stimmberechtigte ausüben können.
 Die neuen Statuten der «Liechtensteinischen Volkspartei» treten in Kraft (29.10.).
 Neues Schulgesetz (9.11.).
 Die vier von der Volkspartei in den Landtag portierten Abgeordneten Josef Gassner, Gustav Ospelt, Franz Amann und Basil Vogt erklären, dass sie die Legislaturperiode als beendet betrachten (30.12.).
 Sie vertreten den Standpunkt, dass die Mandatsperiode im Frühjahr 1930 ausläuft, weil die Landtagswahlen von 1928 vorgezogene Wahlen gewesen sind. Sie verlangen vergeblich Neuwahlen.

neugegründete Partei betonte, für jeden unbescholtenen Liechtensteiner offen zu stehen und in Treue zum Fürsten und Fürstenhaus für einen gesunden, den Forderungen der Neuzeit und dem Wohle des Landes entsprechenden Fortschritt einzustehen.⁸⁸

Die Exponenten dieser Gruppierung hatten sich lange und heftig dagegen gesträubt, diesen Schritt zu tun. Auch nach dem Dezember 1918 blieb die teilweise skeptische Haltung noch spürbar. Es ist zu erkennen, dass die ablehnende Einstellung gegen Parteien einer inneren Überzeugung entsprach, die nicht einfach durch die moderne Entwicklung verdrängt werden konnte.

2.5. Zusammenfassung

In Liechtenstein entstanden 1918 zwei politische Parteien, die eigentlich das gleiche wollten. Beide bekannten sich zur Monarchie, beide standen auf der Grundlage der katholischen Weltanschauung und traten für den politischen und wirtschaftlichen Fortschritt ein. Man kann also berechtigterweise von «Konservativen» sprechen. Dieses Ergebnis ist wohl nur vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklung und der Szenerie des Kleinstaates zu verstehen.

Die Einflüsse der wirtschaftlichen Entwicklung während des 1. Weltkrieges, die Veränderungen in der Staatenwelt Europas, das Vorhandensein und die Mitwirkung der entscheidenden Persönlichkeiten zum richtigen Zeitpunkt haben wesentlich die Entstehung von Parteien in Liechtenstein bewirkt. Verglichen mit dem Ausland, war dies eine zeitlich stark verzögerte Entwicklung, die sich wieder nur aus der besonderen Situation des Kleinstaates erklären lässt. Man verhielt (und verhält) sich im Kleinstaat Liechtenstein eher skeptisch gegen politische Ideen, die von aussen kamen (kommen). Man sah sich selbst als einen Sonderfall, für den nicht einfach etwas übernommen werden konnte.

⁸⁷ LVobl. 52/1918.

⁸⁸ LVobl. 52/1918.

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 9948. Die Stimmbürger lehnen die von der Bürgerpartei bekämpfte Verfassungsinitiative über die Einführung einer Proporzwahlinitiative sowie eine damit zusammenhängende Gesetzesinitiative ab (2.3.).

Die vier Volkspartei-Abgeordneten treten, da sie die Legislaturperiode als beendet betrachten, aus dem Landtag aus. Wahlen für die vier freien Landtagssitze. Die Volkspartei beteiligt sich nicht (16.3.). Im Landtag fehlt bis 1932 jede Opposition.

Fürst Franz I. betraut seinen Grossneffen Prinz Franz Josef II. fallweise mit der Ausübung der Regierung (17.4.).

Der Landtag beschliesst ein Pressegesetz, das im Ausland Empörung hervorruft (9.7.); Zitate: «mittelalterliche Verwirrung», «ganz gefährliches Maulkrattengesetz», «Zurück zum Polizeistaat», «aus einer Rumpelkammer des Vormärz oder aus dem Gehirn eines Bolschewisten», «Geist der Unfreiheit», «Attentat auf die Pressefreiheit» (9.7.).

Bezüglich der Parteien in Liechtenstein lässt sich sagen, dass es Spätgeburten waren, z. T. könnte man von Zangengeburtensprechen sprechen. Die fehlende Einsicht in die Notwendigkeit von Parteien im Kleinstaat, die Furcht vor einer Zersplitterung der Kräfte, die Abwehr gegen Ideen von aussen erklären diese Verspätung.

Trotz der fehlenden weltanschaulichen Unterschiede waren die Auseinandersetzungen um die richtigen Entscheidungen nicht weniger heftig. Die Lösungswege für die bevorstehenden Aufgaben waren hart umstritten, die Durchsetzung der vorgebrachten Forderungen war leidenschaftlich.

Im ganzen gesehen, waren im behandelten Zeitraum die «Konservativen» in Liechtenstein bestimmende politische Kraft. Die Tatsache, dass zwei konservative Parteien in heftiger Fehde miteinander lagen, ist durch die verschiedenen Wege zum gleichen Ziel begründet. Die Haltung differierte graduell bei der Suche nach Lösungen von Einzelproblemen; prinzipielle Unterschiede im ideologischen Bereich bestanden nicht.⁸⁹

Die Volkspartei war stärker auf beschleunigtes Verändern bedacht. Ihre Vorstellungen von den Schwerpunkten der Veränderung bezogen sich auf den Ausbau der Volksrechte, auf die soziale Besserstellung des «kleinen Mannes», auf die stärkere Beteiligung der Liechtensteiner an Verwaltung und Regierung sowie im ausserpolitischen Bereich auf die Loslösung von Österreich. Die Fortschrittliche Bürgerpartei stand grundsätzlich für dieselben Veränderungen ein, verhielt sich aber im ursprünglichen Sinne des Wortes konservativer. Sie wollte diese Veränderungen in engerem Schulterschluss mit den bestehenden Machtträgern im Staat vornehmen.

Aus zeitlich distanzierter Sicht kann die Entwicklung der Jahre von 1890 bis 1918 als wesentlicher Teil der Erneuerungsbewegung gesehen werden, die von dem sich 1848 anbahnenden Ansatz über die Station der Verfassung von 1862 zum Ergebnis von 1921 führte.

⁸⁹ Siehe dazu Wille, Regierung und Parteien; ebenfalls Michalsky.

Der Landtag beschliesst, dass die Unterzeichnung der Unterschriftenbogen für Initiativen und Referenden vor dem jeweiligen Gemeindevorsteher zu erfolgen hat, in der Praxis eine beträchtliche Erschwernis für das Zustandekommen von Volksbegehren (14.7.).

Die Regierung verbietet das gemeinsame Baden von Mann und Frau im neu errichteten Bad auf Gaflei (19.7.).
Postflug St.Gallen-Schaan (31.8.).

Die Stimmbürger befürworten ein von der Volkspartei ergriffenes Referendum gegen das Pressegesetz (26.10.).

Die Stimmbürger befürworten den Bau eines Binnenkanals zur Tal-Entwässerung (14.12.).

2.6. Quellen- und Literaturangaben

Ungedruckte Quellen:

Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz:

Regierungsakten RE 1912 – 1918

SF Präsidialakten 1914 – 1922

Landtagsprotokolle 1914 – 1918

Gedruckte Quellen:

Zeitungen:

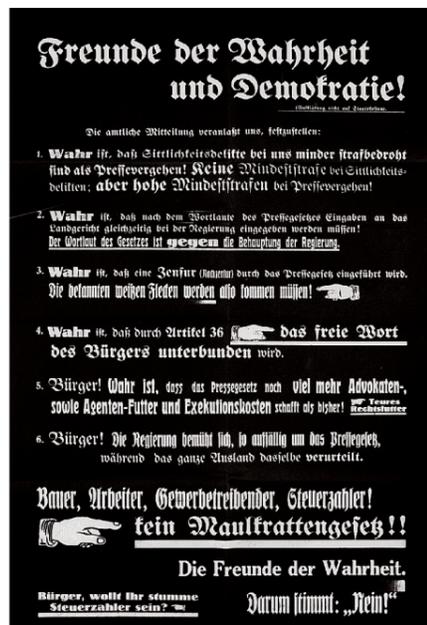
Liechtensteiner Volksblatt 1914 – 1920

Oberrheinische Nachrichten 1914 – 1920

Literatur (Auswahl)

Michalsky:

Helga Michalsky, Die Entstehung der liechtensteinischen Parteien im mittel-



Flugblatt gegen das geplante Pressegesetz von 1930

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 10050.

Die Delegiertentagung der Volkspartei beklagt die immer schwieriger werdende Lage der an den Rand gedrängten Partei (19.3.) und die parteilich besetzten Gerichte. Die Volkspartei ist finanziell ausgelaugt, die «Liechtensteiner Nachrichten» sind defizitär. Ein «Volksbildungsverein» zeichnet Anteile zu zwanzig Franken.



Die Regierung Hoop beschliesst das Verbot des gemeinsamen Badens beider Geschlechter; Badende machen sich darüber lustig. Der Text des Plakates lautet: Achtung! Die Regierung v. Liechtenstein hat erlassen, dass d. gemeinsame Baden der Geschlechter zwecks Beseitigung sittlicher Gefahren verboten sei.

europäischen Demokratisierungsprozess. In: Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 14, S. 226–256, Vaduz 1990.

Ospelt, Wirtschaftsgeschichte:

Ospelt Alois, Wirtschaftsgeschichte des Fürstentums Liechtenstein im 19. Jahrhundert. In: JbL, Bd. 72 (1972), S. 5–423.

Quaderer, Neutralität:

Quaderer Rupert, Neutralitäts- und Souveränitätsprobleme im Umfeld des Ersten Weltkrieges. In: Kleinstaat und Menschenrechte. Frankfurt a. M. 1993, S. 43–61.

Quaderer, November 1918:

Quaderer Rupert, Der 7. November 1918. Staatsstreich–Putsch–Revolution oder politisches Spektakel im Kleinstaat Liechtenstein? In: JbL, Bd. 93 (1995), S. 187–216.

Wille, Regierung und Parteien:

Herbert Wille, Regierung und Parteien. Auseinandersetzung um die Regierungsform in der Verfassung von 1921. In: Liechtenstein Politische Schriften, Bd. 6, Vaduz 1976, S. 59–118.

Verwendete Abkürzungen:

LLA: Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz

LP: Löwenpartei

VP: Volkspartei

JbL: Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Vaduz 1901ff.

LGBL: Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

LVobl.: Liechtensteiner Volksblatt

O. N.: Oberrheinische Nachrichten

Gründung der Präsidial-Anstalt in Vaduz (6.8.).
Gründungstag der Liechtensteinischen Pfadfinderorganisation (11.10.).
Die Stimmbürger lehnen einen Entwurf für eine Arbeitslosenversicherung ab (22.11.).
Mitte Dezember endet der gegen Alt-Regierungschef Prof. Gustav Schädler angestregte Ministerprozess. Laut Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» kam der «unerhört einseitig zusammengesetzte» Staatsgerichtshof nicht umhin, Schädler freizusprechen. Beim Verlassen des Gerichtsgebäudes wurde ihm von der Menge «eine stürmische Ovation» bereitet.
Der Vorstand der Volkspartei wird neu bestellt, Präsident wird Alois Schädler (Triesenberg), Vizepräsidenten werden Andreas Vogt (Balzers) und Arnold Ott (Nendeln), Vorstandsmitglieder Hans Kindle (Mäls), Theodor Beck (Triesen), Marzell Heidegger (Triesen), Rudolf Amann (Vaduz), Baumeister Josef Hilti (Schaan), Arnold Hoop (Eschen) und Eugen Meier (Mauren), Ehrenmitglieder werden Alt-Obmann Josef Gassner (Triesenberg) und der Alt-Vizeobmann Arnold Hoop (20.12.).
Erscheinen der «Liechtensteinischen Volkswirtschaftlichen Zeitung» bis September 1933 (12.9.).



3. Die Entstehung der «Christlich-sozialen Volkspartei» (1918)

Von Rupert Quaderer

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 10150.

Eine konservative Schweizer Zeitung bezeichnet die Bürgerpartei als «ausgesprochen katholisch und konservativ», die Volkspartei als eine «Mischung aus rechtsfreisinnigen, linksfreisinnigen und sozialistischen Elementen». Der Landtag schlägt eine Abänderung des Wahlverfahrens vor (20.1.).
Die Volkspartei bekämpft die Vorlage «im Namen aller freien Männer Liechtensteins» als undemokratisch und ungerecht. Die neue Wahlordnung bezwecke, «der reaktionären Bürger-Partei für Kinder und Kindeskind die goldenen Sessel im Weissen Haus zu Vaduz sichern».
Die Stimmbürger bestätigen das neue Wahlverfahren (14.2.).
Die Landtagswahlen nach dem neuen Modus bringen der Bürgerpartei 13 Sitze, der Volkspartei mit rund 45% der Stimmen nur zwei Mandate, Basil Vogt (Balzers) und Wilhelm Beck (Triesenberg).
Es erscheint die oppositionelle «Liechtensteinische Arbeiter-Zeitung» (12.3.–24.12.).

Eröffnung des Kinos Vaduz (21.5.),
des Waldhotels Vaduz (21.7.), der
Plankner Strasse (28.7.) und des
Liechtensteiner Weges Pfälzerhütte –
Strassburgerhütte (7.8.).
Unter dem Namen «Liechten-
steinische Freiwirtschaftliche
Zeitung» erscheint ein neues
oppositionelles Blatt.
Landesverweisung des Frei-
wirtschaftlers Prof. Johannes Ude
(14.9.).
Schaffung des liechtensteinischen
Polizeikorps (26.9.).



Flugblatt für die Einführung des
Proporz (Verhältniswahlrecht),
der vom Stimmvolk abgelehnt
wurde.

Die Anfänge 1914–1918

In Liechtenstein entstanden parteipolitische Gruppierungen relativ spät. Die Gründe dafür sind in der ausgleichend wirkenden Person des Fürsten Johann II., im Einfluss der katholischen Kirche sowie in der bäuerlich-konservativ ausgerichteten Grundhaltung der überwiegend homogen strukturierten Bevölkerung zu suchen. Auch in der Tatsache, dass die Verfassung von 1862 bedeutende Reformen gebracht hatte und nach 1852 ein bemerkenswerter wirtschaftlicher Aufschwung eingetreten war, sind als Gründe für eine politisch eher stagnierende Phase bis anfangs des 20. Jahrhunderts zu sehen.

Bereits im Herbst 1914 jedoch lassen sich bei den Landtagswahlen Ansätze zur Bildung von politischen Parteien feststellen. Als für liechtensteinische Verhältnisse aussergewöhnliches Ereignis dieser Wahlen kann etwa die Tatsache gewertet werden, dass in Triesenberg gedruckte Stimmzettel ausgegeben wurden. Laut Mitteilung der Regierung an den Fürsten war «dem Vernehmen nach» der frischgebackene, 29jährige Jurist Dr. Wilhelm Beck wesentlich an diesem Vorgang beteiligt.

Mit dem Eintritt Dr. Becks in die politische Szenerie Liechtensteins – bereits seit 1912 ist dessen politische Tätigkeit feststellbar – zeichnete sich gleichzeitig die Entstehung einer politischen Gruppierung ab. Neben Dr. Beck gehörten dieser Minderheitsgruppe im Landtag der Architekt Josef Brunhart, der Landwirt Albert Wolfinger, beide aus Balzers, und der Triesner Schmied Josef Sprenger an. Neben Dr. Beck kann Josef Brunhart als führender Kopf dieser Vierergruppe gesehen werden. Er hatte den grössten Teil seines Lebens im Ausland verbracht und sich an deutschen Fachschulen des Baugewerbes ausgebildet. Zuletzt war er als Stadtbauingenieur in Ludwigshafen tätig gewesen. 1913 war er nach Liechtenstein zurückgekehrt und hatte sich in Vaduz niedergelassen. Sein Vater war der Altvorsteher und Engelwirt Andreas Brunhart, verheiratet mit Nothburga Schlegel. Von seiner Mutter her war Josef Brunhart ein Cousin des verstorbenen

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
10250.

Gründung der Zahnfabrik
Ramco AG Schaan (seit 1956
Ivoclar-Vivadent).

Gesetz betreffend die Versorgung
arbeitssscheuer und liederlicher
Personen in Zwangsarbeit- und
Besserungsanstalten (6.2.).

Erstes Liechtensteiner Skirennen
auf Bargälla und Gaflei (26.2.).

Aufhebung der Berner Gesandtschaft
durch die Regierung Hoop,
Abberufung des seit 1919 tätigen
Geschäftsträgers Prof. Emil Beck.
Schweizer Blätter beklagen
den «antischweizerischen Kurs»
der Bürgerpartei.

Die Regierung erlässt das sogenannte
Ermächtigungsgesetz, das
Mittel zur «Aufrechterhaltung von
Ruhe und Ordnung» gab und
Liechtenstein «auf den Weg zum
autoritären Staat» führte (30.5.).
Pfarrer Anton Frommelt wird
Regierungschef-Stellvertreter
(2.6.).

Auf dem Hintergrund der
innenpolitischen Situation
und der aussenpolitischen Zeitverhältnisse
wird der «Liechtensteiner
Heimatsdienst» in Vaduz gegründet.
Er will den «Umbau der
Gesellschaft auf ständischer

langjährigen Landtagspräsidenten Dr. Wilhelm Schlegel. Brunhart wurde zum Vizepräsidenten des Landtages gewählt, verstarb aber schon am 26. Dezember 1914. Für ihn rückte Wendelin Kindle aus Triesen in den Landtag nach.

Die Sitzungen der Landtagsperiode 1914–1918 zeigen ein forsches und selbstbewusstes Auftreten der Gruppe um Dr. Beck. Die Landtagsdebatten über vielfältige Themen (Gesetzgebung, Notstandsmassnahmen, Budgetfragen, Kompetenzstreitigkeiten zwischen Landesverweser und Landtag, Führung der Landtagsprotokolle usw.) spielten sich grösstenteils zwischen Dr. Beck als «Fraktionsprecher» seiner Gruppe einerseits und dem Landtagspräsidenten Dr. Albert Schädler und dem Regierungskommissär und Landesverweser Leopold von Imhof andererseits ab. Als wichtiges und unentbehrliches ausserparlamentarisches Hilfsmittel setzte die Beck'sche Gruppe die im April 1914 von ihr gegründete Wochenzeitung «Oerrheinische Nachrichten» ein. «Redakteur ad interim» dieser Zeitung war Dr. Beck.

Während der ganzen Landtagsperiode von 1914 bis 1918 betrieb die Beck'sche Gruppe Oppositionspolitik, wozu die Entwicklung der Verhältnisse während des Ersten Weltkrieges genügend Anlass bot. Es erfolgten kritische Äusserungen zu fast allen Traktandenpunkten. In der Regel nahm Dr. Beck in längeren Ausführungen Stellung und wurde von seinen drei Landtagsgefährten, in einzelnen Fragen auch von weiteren Abgeordneten, unterstützt.

Die Christlich-soziale Volkspartei betritt die politische Bühne

Eine entscheidende Etappe bezüglich der Parteientstehung – vom Vorgang einer eigentlichen Parteigründung kann nicht gesprochen werden – und ein wichtiges Anliegen Dr. Becks stellte 1917 die Einführung des direkten Wahlrechtes dar. Das neue Gesetz bestimmte, dass drei der Landtagsmitglieder weiterhin vom Landesfürsten aus der wahlfähigen Bevölkerung ernannt, «die übrigen aus denselben vom Volk gewählt» würden.



Dr. Wilhelm Beck und Prof. Emil Beck in Bern, hier vor dem Bundeshaus. Prof. Emil Beck (1888 – 1973), Bürger von Triesenberg und Seewis, war beruflich als stellvert. Direktor der eidg. Justizabteilung und als Professor für schweizerisches und internationales Privatrecht tätig. Er war 1919–1933 liechtensteinischer Geschäftsträger in Bern, 1922–1930 Präsident des Obersten Gerichtshofes und 1925–1930 des Staatsgerichtshofes.

Grundlage», ein «Bekenntnis zum Willen der Väter und die Treue an Vaterland und Fürstenhaus». Der Vorstand besteht aus Dr. med. Richard Meier, Dr. med. Otto Schädler, Eugen Schaffhauser, Carl Freiherr v. Vogelsang und Dr. iur. Alois Vogt, der Zentralausschuss bildet sich aus dem

Die bevorstehenden direkten Wahlen bewirkten eine eifrige Aktivität verschiedener Richtungen. Zwar wurde noch um die Frage gestritten, ob Parteien in Liechtenstein vonnöten seien. Die Konservativen, um das Volksblatt gruppiert, sahen in den Parteien eine Einengung, da die Parteimitglieder an Leitsätze gebunden seien. Dr. Beck wurde von dieser Seite auch vorgeworfen, dass er «die Partei der Vier» als «Diktator» gelenkt habe. Man befürchtete von Seiten der Parteigegner, dass durch Parteigründungen eine Aufspaltung des Landtages erfolge; ein Luxus, den sich Liechtenstein nach Ansicht der Parteigegner nicht leisten könne. Die Befürworter von politischen Parteien hingegen sahen in diesen eine «notwendige gesellschaftliche Entwicklung» und erwarteten von ihnen eine «Hebung des politischen Lebens und der Landesverhältnisse».

Während all dieser Diskussionen hatte die Realität die Theorie bereits eingeholt, ja sogar schon überholt. Die gegenseitigen Vorwürfe, es würden nächtliche Zusammenkünfte abgehalten und Geheimsitzungen durchgeführt, um so die Wahlen zu beeinflussen, sind eindeutige Hinweise auf die rege Tätigkeit bestehender Gruppierungen.

Ende Februar 1918 betonte die von Dr. Beck geführte Gruppe, «christlich-sozial» zu sein und für die Interessen des «kleinen Mannes» einzutreten. Die Verwendung des Begriffes «christlich-sozial» ist als Reaktion auf den Vorwurf zurückzuführen, sozialdemokratisch oder sozialistisch zu denken. Am 23. Februar 1918 hatten die O. N. eine Kandidatenliste für die Landtagswahlen vom 11. März veröffentlicht; sie enthielt Vertreter des Bauernstandes, des Gewerbes und solche aus der «gebildeten» Schicht. Dieser Wahlvorschlag in den «Oberrheinischen Nachrichten» war lediglich mit «Viele Wähler» unterzeichnet. Die gleiche Liste war am 2. März 1918 von einem «Wahl-Komitee» getragen und wurde am 6. März als «Wahlvorschlag der Volkspartei» bezeichnet. Somit war wenige Tage vor den Landtagswahlen von 1918 die «Christlich-soziale Volkspartei» als begriffliche Realität der politischen Szene Liechtensteins entstanden. Eine strukturell orga-

nisierte Institution war aber nicht geschaffen worden. Die kleinstaatlichen Verhältnisse verlangten keine solchen Schritte. Man kannte sich gegenseitig und war sich der gegebenen Probleme bewusst; die führenden Persönlichkeiten hatten sich bereits profiliert. Der Zeitpunkt der Entstehung der Volkspartei war vom Anlass her durch die Landtagswahlen bedingt. Ursächlich hingegen sind weitere Faktoren zu nennen: Schon vor 1914 hatten sich gegenüber den bestehenden verfassungsrechtlichen und verwaltungstechnischen Verhältnissen kritische Haltungen manifestiert. Vor allem wurde der Ruf nach Nationalisierung der Regierung und nach mehr Mitspracherecht des Volkes laut. Die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges mit seinen Folgen im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich trugen wesentlich dazu bei, dass die Wünsche nach Veränderungen immer stärker wurden und in selbstbewusste Forderungen übergingen.

Die Volkspartei, von Dr. Wilhelm Beck, einem begabten, ehrgeizigen und volksverbundenen jungen Juristen geführt, galt 1918 als eine Partei, die verändern wollte. Sie war es vorwiegend, die sich 1918 und in den folgenden Jahren für eine verstärkte Mitwirkung des Volkes in den politischen Entscheidungsgremien des Staates einsetzte. Sie stand aber auch sozialen, z. T. sozialdemokratischen Ideen nahe, was ihr den Ruf einbrachte, eine linke, antikirchliche und monarchiegefährdende «Partei der Roten» zu sein. Diese Vorwürfe aus dem Lager des politischen Gegners waren überspitzte Wahlkampfaussagen. Man kann lediglich sagen, dass in den drei genannten Bereichen die Volkspartei verändernd dachte und eine Verschiebung der Entscheidungsfaktoren zugunsten des Volkes innerhalb der staatlichen Machtträger anstrebte. Sie selbst bekräftigte immer wieder, weltanschaulich auf der Grundlage der katholischen Religion zu stehen. Die Entstehung der Volkspartei kann als ein für die politische, verfassungsrechtliche und wirtschaftliche Weiterentwicklung Liechtensteins notwendiger Vorgang bezeichnet werden.

Abgeordneten Georg Frick, Franz Beck (Bauernberatung), Egon Meier (Lehrer), Gustav Ospelt (Handels- und Gewerbeverband), Dr. med. Martin Risch und dem Landwirt Julius Wanger (1.10.). Als Blatt des Heimatdienstes erscheint bis zum 18.12.1935 die Zeitung «Liechtensteiner Heimatdienst – Stimme für heimische Wirtschaft, Kultur und Volkstum», redigiert von Carl v. Vogelsang, bis dahin auch Mitarbeiter des «Volksblattes» und Mitbegründer der Vaduzer Pfadfinderschaft (14.10.).

Erste Ausgabe der Zeitung «Liechtensteiner Heimatdienst»



W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
10350.

Beendigung der Lotterie im
Engländerbau (1.1.).

Die oppositionellen
«Liechtensteiner Nachrichten»
veröffentlichen einen Artikel zum
Gedenken an den Abschluss
des Zollvertrages und rügen
die Aufhebung der Gesandtschaft in
Bern. Die Ausgabe
wird beschlagnahmt (31.1.).

Versammlung des «Liechtensteiner
Heimatdienstes» am 9. Dezember
1934 vor dem Regierungsgebäude.
In der Bildmitte Dr. Alois Vogt (l.)
und Carl von Vogelsang (r.).



4. Die Krise des 7. Novembers 1918

Von Rupert Quaderer

Zweite Liechtensteinische
Landesausstellung in Vaduz
und erste Liechtensteinische Brief-
markenausstellung
(29.9. – 15.10.).

Der Heimatdienst, dessen leitende
Personen sich laut den «Glarner
Nachrichten» von

«der zurzeit regierenden Bürger-
partei losgelöst haben und in
scharfe Opposition zum
gegenwärtigen Regime getreten
sind», organisiert in Vaduz vor dem
Regierungsgebäude eine grosse
öffentliche Kundgebung, deren
Teilnehmer von der Polizei
namentlich erfasst werden.

Forderung nach dem Rücktritt der
Regierung und der Übernahme der
Regierungsgewalt durch den
Thronfolger Prinz Franz Josef
(9.12.).

Das kirchliche Mitteilungsblatt «In
Christo» erscheint (29.9.).

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
10450.Einweihung der Eisenbahnbrücke
Schaan – Buchs (5.4.).Vereinigung der seit 1931
existierenden zwei Arbeiter-
verbände zum Arbeiterverband.
Präsident wird Franz Hemmerle
(Vaduz), Vizepräsident Jakob Meier
aus Schaan (12.5.)Die zahlenmässig grosse, aber
in der Führung geschwächte Volks-
partei und der kleine, jedoch straff
geleitete Heimatdienst treten als
«Nationale
Arbeitsgemeinschaft» auf.

Gemeinsamer Kampf der oppositionellen Gruppen für das Verhältniswahlrecht.

Ablauf

Die End- und Abschlussphase des Ersten Weltkrieges bewirkte eine teils revolutionäre Entwicklung in den Liechtenstein umgebenden Staaten: Monarchien wurden gestürzt und politische Systeme verändert. In unmittelbarer zeitlicher Nähe des 7. November 1918 erklärte Vorarlberg seine politische Selbständigkeit (3. 11.), führten die Revolutionen in Wien (11. 11.), München (7. 11.) und Berlin (9.11.) zum Sturz von Dynastien, wurde die Republik Deutsch-Österreich ausgerufen (12.11.); und auch in der politisch eher statischen Schweizerischen Eidgenossenschaft war der Landesstreik (11.–14. 11.) Indikator für das Erstarken verändernder Kräfte.

Die wirtschaftliche Notlage des Landes und die allgemeine Entwicklung in Europa bewirkten, dass auch in Liechtenstein in vehementer Form Forderungen nach Veränderung im politischen und wirtschaftlichen Bereich laut wurden. Die Ereignisse um den 7. November 1918 sollen als symptomatisches Vorkommnis für diese Phase der Erneuerung und Ablösung in Liechtenstein kurz dargestellt werden.

Die politische Arbeit während der Landtagsperiode von 1914–1918 und die Wahlen vom März 1918 hatten der Volkspartei nach ihrer Aussage zwar «einen schönen Sieg» gebracht, sie blieb aber trotzdem im Parlament eine Minderheit. Gerade diese Rolle der Minderheit aber machte es der Volkspartei leichter, die bestehenden Zustände zu kritisieren und fortschrittliche Reformen zu verlangen. Auf politischer Ebene wurde die schon seit geraumer Zeit geforderte «Nationalisierung» der Regierung, d. h. der Besetzung des Amtes des Regierungschefs und der zwei Regierungsräte mit Liechtensteinern, und deren parlamentarische Verantwortlichkeit von der Volkspartei als eine «gebieterische Notwendigkeit» gesehen. «Liechtenstein den Liechtensteinern» hiess deshalb die Parole.

Gleichsam als Brennpunkt des Ärgernisses und in Stellvertretung für die als intrigant empfundene «Hofkamarilla» der fürstlichen Hofkanzlei in Wien galt das Amt des Landesverwesers, 1914–1918 personifiziert durch den nicht immer glücklich agierenden Leopold Baron Imhof.

Nachdem dieser in der Landtagssitzung vom 24. Oktober 1918 einen Antrag der Volkspartei auf «Einführung einer parlamentarischen Regierung» mit Hilfe der Landtagsmehrheit auf recht schroffe Art zurückgewiesen hatte, wurde die Stimmung im Land gegen Imhof von führenden Leuten geschickt ausgenutzt. Dr. Martin Ritter, eigens von Innsbruck nach Liechtenstein gereist, versuchte in Gesprächen mit mehreren Abgeordneten, vor allem mit Landtagsvizepräsident Friedrich Walser, diese davon zu überzeugen, dass Landesverweser v. Imhof zum Rücktritt bewegt werden müsse. Dr. Wilhelm Beck, Friedrich Walser und Dr. Martin Ritter gemeinsam gelang es, v. Imhof in Gesprächen vor dem 7. November zur Auffassung zu bringen, dass sein Rücktritt unumgänglich sei. Der Landesverweser war bereit, im Landtag die Vertrauensfrage unter der Bedingung zu stellen, dass ihm persönlich nicht das Misstrauen ausgesprochen werde.

Ritter, Beck und Walser beschlossen noch am 6. November, dass der Landtag anderntags zu einer Sitzung einzuberufen sei, an welcher der Rücktritt v. Imhofs erfolgen und vom Landtag eine provisorische Regierung gewählt werden sollte. Unmittelbar vor der Sitzung vom 7. November wurde die Mehrheit der Landtagsmitglieder – ohne die drei vom Fürsten ernannten Abgeordneten – über den geplanten Schritt informiert.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung gab v. Imhof eine Erklärung ab. Um dem Land die notwendige Ruhe zu geben, wolle er sich dem Wunsch der Bevölkerung nicht mehr entgegenstellen, «an der Spitze der Verwaltung des Landes ein Landeskind zu sehen». Er stellte deshalb eine doppelte Vertrauensfrage: Erstens wollte er wissen, ob der Landtag ihm noch das Vertrauen entgegenbringe, zweitens fragte er, ob es der allgemeine Wunsch sei, das ein Liechtensteiner an seine Stelle trete. Im letzteren Fall erklärte er sich bereit, dem Fürsten die Bitte zu unterbreiten, ihn seiner Stellung als Landesverweser zu entheben. Mit zwölf gegen die drei Stimmen der fürstlichen Abgeordneten, die anschliessend ihren Rücktritt einreichten, erklärte sich der Landtag mit dem Vorgang einverstanden, sprach v. Imhof das Vertrauen aus und wählte gleichzeitig einen provisorischen Vollzugausschuss als Exekutive. Diesem gehörten Dr. Martin Ritter als

Die Stimmbürger lehnen eine Einführung des Proporzwahlrechtes ab (30.5.).

Das «St.Galler-Tagblatt» begründet die Proporz-Initiative damit, dass die Machthaber in Liechtenstein einer «einseitigen Parteidiktatur zustreben und systematisch darauf ausgehen, die unbequeme Opposition zu zertrümmern».

Gründung eines Nationalen Olympischen Komitees (16.6.).
Gründung der Scana Conserverfabrik AG Schaan, seit 1972 Hilcona AG (9.12.).

Friedensverhandlungen der Opposition mit der Bürgerpartei scheitern im Dezember.
Die Delegiertenversammlungen der Volkspartei und des Heimatdienstes fassen eine Fusion ins Auge (15.12.).

Die Fusion der Volkspartei und des Heimatdienstes wird bekanntgegeben (21.12.).
Das «Liechtensteiner Vaterland» schrieb Jahre später: «Der gemeinsame Kampf der beiden Parteien um den Proporz hatte sie, die einander ursprünglich skeptisch gegenüberstanden, zusammengeführt und die Basis geschaffen für eine Fusion».
Die «Vaterländische Union» wird konstituiert (30.12.).

Der Zusammenschluss soll die Kräfte vereinen, nicht programmatische Gleichheit demonstrieren. Die Volkspartei bringt die breite, in der demokratischen Auseinandersetzung und im Kampf um die Volksrechte erprobte Wählerbasis, der ohne grössere Basis agierende Heimatdienst junge Führungspersönlichkeiten. Präsident wird der populäre Dr. med. Otto Schädler. Das «Liechtensteiner Volksblatt» titelt lapidar: «Alter Wein in neuen Schläuchen» und führt aus, dass der Einsitz zweier ehemaliger Vorstandsmitglieder des Heimatdienstes im Vorstand der Vaterländischen Union nicht über die Tatsache hinwegtäusche, dass die Volkspartei in der Union führend sei. Eine der Leistungen der Volkspartei – angesichts der allgemeinen politisch-ideologischen Zeitentwicklung – ist die Absorption des Heimatdienstes. In der Vaterländischen

Vorsitzender und Dr. Wilhelm Beck und Franz Josef Marxer als weitere Mitglieder an. Emil Batliner hatte seine Wahl in den Ausschuss abgelehnt.

Daraufhin bat Imhof den Fürsten um seine Enthebung und «Genehmhaltung der Fortführung der Amtsgeschäfte durch den provisorischen Ausschuss». Die Reaktion aus Wien auf diese Entscheidungen im Landtag liess fast eine Woche auf sich warten: In einem Telegramm vom 13. November wurde v. Imhof «in Gnaden» entlassen und die Fortführung der Rechtsgeschäfte durch den provisorischen Ausschuss «zur Kenntnis genommen».

Kritische Einordnung

Der Vorgang vom 7. November 1918 war in der Folge Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen, vorwiegend in den beiden Landeszeitungen. Sah das Volksblatt im Rücktritt v. Imhofs und in der Wahl des Vollzugsausschusses einen Verfassungsbruch und eine Tat des Undanks gegen den Fürsten, so betonten die Oberrheinischen Nachrichten, es sei lediglich etwas schon längst Notwendiges durchgeführt worden: endlich habe man in Liechtenstein eine Volksregierung und eine nationalisierte Exekutive. Der Bischof von Chur seinerseits betonte, wer ohne Rechtstitel die Gewalt dem rechtmässigen Träger entreisse, begehe Raub und Revolution.

Die kämpferische Haltung der um die Volkspartei gescharten Kräfte und das unachgiebige Gebaren des Vollzugsausschusses, vor allem Dr. Ritters, einerseits und der einsetzende Widerstand der konservativen Kräfte andererseits führten zu einer krisenhaften Zuspitzung der Lage. Höhepunkt und gleichzeitig Katharsis dieser Krise bildete die «Vorbereitung» einer Landtagssitzung am 2. Dezember 1918 in Vaduz. Volksaufmärsche der Volksparteianhänger vorwiegend aus Balzers, Triesen und Triesenberg und der hauptsächlich aus dem Unterland und Schaan aufmarschierenden Gegner drohten zu handfesten Zusammenstössen zu eskalieren. Das besonnene Auftreten der führenden Personen auf beiden Seiten verhinderte das Schlimmste. Zur Entschärfung der Lage trug auch die Nachricht bei, dass in der Person des Prinzen Karl

von Liechtenstein ein fürstlicher Vertreter das Amt des Landesverwesers übernehmen werde. Prinz Karl traf am 6. Dezember in Vaduz ein. Bereits tags darauf wurde Dr. Ritter von der Mehrheit des Landtages «geopfert», wie die Oberrheinischen Nachrichten berichteten. Ein Neun-Punkte-Programm, in den Tagen vom 6.–9. Dezember 1918 ausgehandelt, enthielt wesentliche Zugeständnisse an die Forderungen bezüglich der Ausweitung der Volksrechte. Dies bedeutete einen weiteren Schritt hin zur momentanen Normalisierung der Lage.

Die Entwicklung in den vier Wochen nach dem 7. November hatte klar gemacht, dass der Schritt der Verantwortlichen über den verfassungsmässigen Rahmen hinaus nicht die erhoffte Unterstützung der Mehrheit des Volkes gefunden hatte. Die fehlende Legalität konnte nicht durch das Argument der Legitimität der Volksmehrheit begründet werden.

So können die Vorgänge vom 7. November als ein teilweise verfassungswidriges Aufbegehren – der Begriff «Revolution» würde dem Vorgang nicht gerecht werden – gegen verkrustete, reformbedürftige Verfassungsinhalte bezeichnet werden. Von berechtigtem Reformeifer und persönlichem Ehrgeiz angetriebene Protagonisten einer Ausweitung der Volksrechte und der Nationalisierung der Exekutive versuchten das Rad der Geschichte zu beschleunigen, ohne aber den Wagen umwerfen zu wollen.

Der ausgehandelte Kompromiss des Neun-Punkte-Programms war aber für den Moment Erfolg genug und bot eine vielversprechende Basis für Verhandlungen über eine Verfassungsreform.

Union, deren Basis aus den alten Volkspartei-Anhängern bestand und an deren Spitze neben den Heimatdienst-Vorstandsmitgliedern Dr. Otto Schädler und Dr. Alois Vogt weitere aus der Volkspartei herausgewachsene Persönlichkeiten standen, wurde der Heimatdienst schliesslich aufgesogen. Die zahlenmässig übermächtige Volkspartei-Basis trug die Aufgeschlossenheit und sozialpolitische Ausrichtung in der Union weiter. Das Volkspartei-Stammgebiet Oberland blieb mehrheitlich der Vaterländischen Union treu, das Unterland blieb weiterhin mehrheitlich im Lager der Bürgerpartei. Die «Liechtensteiner Nachrichten» erhalten die Bezeichnung «Liechtensteiner Vaterland» und werden das Blatt der Vaterländischen Union (28.12.).

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
10550.

Erste Parteiversammlung der Vaterländischen Union im «Adler» Vaduz unter der Leitung des ehemaligen Volkspartei-Abgeordneten Basil Vogt aus Balzers. Der erste Programmpunkt verpflichtet die Partei zur «Wahrung der Volksrechte und der staatsbürgerlichen Grundrechte, insbesondere der Pressefreiheit». Sie verlangte die Wiedereröffnung der Gesandtschaft in Bern (5.1.). Als Zeitung der neuen politischen Kraft erscheint das «Liechtensteiner Vaterland», das heute die auflagenstärkste Tageszeitung Liechtensteins ist. Chefredaktoren sind: Carl v. Vogelsang (1936), Dr. Alois Vogt (1937), Josef Büchel (1938, 1941–1943), Rupert Quaderer (1938–1940), L. Seeger (1940), Prof. Gustav Schädler und Dr. Otto Schädler (1943–1944), Gerold Schädler (1945–1947), Dr. Erich Seeger (1948–1952), Dr. Ivo Beck (1952–1958), Dr. Walter Oehry (1958–1962), Hubert Marxer (1962–1970), Hubert Hoch (1970–1995) und seither Günther Fritz.



Erste Ausgabe des «Liechtensteiner Vaterlandes»



5. «Erkenne man doch die flammenden Zeichen der Zeit!»

Die Schlossabmachungen vom September 1920



Teilnahme Liechtensteins an den Olympischen Spielen 1936 in Garmisch-Partenkirchen und Berlin. Hier die Leichtathleten Oskar Ospelt und Xaver Frick.

Nach langer Krankheit stirbt nach schweren letzten Lebensjahren Dr. Wilhelm Beck, Initiant und erste Führungspersönlichkeit der Volkspartei, im Alter von nur 51 Jahren. Erst eine spätere Generation, schreibt das «Liechtensteiner Vaterland», werde die Bedeutung Becks für Liechtenstein richtig zu würdigen wissen (20.1.). Die Landtagswahlen bringen der Union bei etwa 47% Stimmenanteil nur vier Mandate. Sie gehen an Parteipräsident Dr. Otto Schädler (Vaduz), Ferdinand Heidegger (Triesen), Basil Vogt (Balzers) und Joseph Beck (Triesenberg) (8./16.2.). Erste Olympiateilnahmen Liechtensteins in Garmisch-Partenkirchen und Berlin. Erstes nationales Velorundstreckenrennen. Eröffnung des Postmuseums in Vaduz (24.10.). Gründung des Obersten Sportkomitees des Fürstentums Liechtenstein (10.12.).

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
10650.

Regierungschef Josef Hoop ordnet eine Haussuchung im Sekretariat des früheren «Heimatsdienstes» an wegen des Verdachtes, dass der ehemalige Heimatsdienst-Sekretär, seit 1936 «Vaterland»-Redaktor, eine Spitzeltätigkeit für das Deutsche Reich ausgeübt habe (23.1.).

Das Staatsschutzgesetz wird erlassen, es verbietet nachrichtendienstliche Tätigkeiten und schränkt die Redefreiheit der Ausländer in Liechtenstein ein (17.3.).

Erste Liechtensteiner Skimeisterschaft (6./7.3.).

Die Delegiertenversammlung der Vaterländischen Union spricht dem Regierungschef das Misstrauen aus (18.4.).

Ein im Landtag eingebrachtes Misstrauensvotum wird von der Bürgerpartei-Fraktion abgelehnt (26.4.).

Wegen eines kritischen Artikels werden dem «Liechtensteiner Vaterland» die Amtlichen Kundmachungen entzogen (15.5.).

Bewilligung für die Maristen-Schulbrüder zur Gründung und Führung einer höheren Schule,

5.1. Vorbemerkung

Die Antwort auf die Frage «Was sind denn die Schlossabmachungen?» könnte etwa lauten: Im Umfeld der heftigen Auseinandersetzungen der Jahre 1918 bis 1921 um eine vielschichtige Neuorientierung stellen die Schlossabmachungen eine wichtige Zäsur dar. Dies gilt sowohl für den beschrittenen Weg, der von kämpferischen Forderungen nach Veränderungen bestimmt war, als auch für die angestrebten Ziele.

Die Schlossabmachungen, die durch die Schlossverhandlungen eingeleitet und vorbereitet wurden, sind als Markstein im historischen Umfeld der Zeit vom Kriegsende von 1918 bis zur Einführung der neuen Verfassung vom Oktober 1921 zu sehen.

5.2. «Bewegte Zeiten»: Das Jahr 1919

Um die Entwicklung differentieller betrachten zu können, ist es wichtig, auch die «Volksebene», und zwar in ihrer gewählten Vertretung und auf der ausserparlamentarischen Ebene – soweit möglich – in die Betrachtung mit einzubeziehen.

Die Landtagssitzungen des Jahres 1919 sind geprägt von der Oppositionsarbeit der Volkspartei: Wirkungsvolle, kämpferische Auftritte, Auseinandersetzungen mit der von einem Ausländer präsidierten Regierung und die Aufarbeitung wichtiger Entscheidungen prägen das Bild.

Der Widerstand aus dem Volk beginnt mit punktuellen Ansätzen gegen einzelne Bestimmungen und steigert sich zu grundsätzlichen Forderungen nach Veränderungen. Die Anteilnahme des Volkes auf breiter Basis zeichnet diese Entwicklung aus.

5.2.1. Landtagstätigkeit 1919

In der Landtagsperiode 1919 wurden 13 Sitzungen abgehalten.

Herausragende Ereignisse waren die von der Volkspartei initiierten Volksabstimmungen vom 2. März über die Erhöhung der Zahl der Volksabgeordneten von 12

auf 17 und die Herabsetzung des Grossjährigkeits- und Wahlfähigkeitsalters von 24 auf 21 Jahre. Bemerkenswert ist, dass die noch gültige Verfassung von 1862 keine solchen Volksabstimmungen vorsah.

Beide Vorlagen wurden abgelehnt (im Oberland wurden die Vorlagen mehrheitlich angenommen, im Unterland hoch verworfen).

In der Landtagssitzung vom 6. März 1919 verlangten die Delegierten der Volkspartei des Oberlandes unter Verwendung des Schlagwortes «Gleiche Pflichten – gleiche Rechte», die Abgeordneten im Oberland sollten die gleiche Seelenzahl vertreten wie die Abgeordneten im Unterland. «Wenn dem nicht entsprochen wird, werden die Oberländer Abgeordneten ihr Mandat niederlegen und die Auflösung des Landtages verlangen.» Diese Forderung ist als eine Folge des für die Volkspartei negativen Ergebnisses der Volksabstimmungen zu sehen.

Die Abgeordneten Beck, Risch, Sprenger, Gassner und Wolfinger legten ihr Amt nieder.

Am 30. März demissionierte Dr. Albert Schädler als fürstlicher Abgeordneter. Er begründete seinen Entscheid mit den Worten: «Ich bin der sogenannten Volkspartei schon längst ein Dorn im Auge, sie möchten mich aus dem politischen Leben verschwinden sehen und da ich ihren Stänkereien bisher nicht wick ... , versucht der radikale Flügel dieser Partei offenbar mit Drohungen und Gewalt mir das Leben zu verbittern und damit das Ausscheiden aus dem politischen Leben zu erzwingen.»

In der Sitzung vom 16. April zogen Wilhelm Beck und seine Gesinnungsfreunde ihre Demission zurück. In Einigungsverhandlungen wurde erreicht, dass der Landtag einstimmig verlangte, das Oberland solle mit acht, das Unterland mit fünf Mandaten vertreten sein. Der Fürst hätte noch zwei Abgeordnete zu ernennen gehabt.

Am 2. August, es waren ca. 30 Zuhörer anwesend, nahm Gustav Schädler neu als fürstlicher Abgeordneter teil.



Erstes Landessportfest in Vaduz, 8. August 1937.

dem Marianum in Vaduz (16.6.).
Erstes Liechtensteinisches Landes-
sportfest (8.8.).
Die Stimmbürger befürworten ein
Gesetz zum Verbot der Eröffnung
und des Betriebes von
Warenhäusern und deren Filialen in
Liechtenstein (22.8.).

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
10760.

Das Jahr 1938, in erster Linie der
Monat März, bildet eine Zäsur in
der zeitgenössischen Geschichte
Liechtensteins.

Nach dem Anschluss Österreichs
an das Dritte Reich (13.3.) spricht
sich der liechtensteinische Landtag
für die Selbständigkeit

Über den von mehreren Abgeordneten gestellten Antrag auf Aufkündigung des Zollvertrages mit Österreich wird nach erfolgter Debatte einstimmig beschlossen: Der Landtag beschliesst, es sei der im Jahre 1876 abgeschlossene und seit 1919 provisorisch verlängerte Zollvertrag im Verhandlungswege aufzukündigen. Am 25. November stand die Schaffung einer Bürgerwehr zur Debatte. Gustav Schädler äusserte dazu kritisch, einige Herren hätten so abgewirtschaftet, dass sie nun einer Leibgarde bedürfen. Wilhelm Beck meinte, die Räuber aus Vorarlberg, die man als Grund für die Schaffung dieser Bürgerwehr angegeben habe, seien eine Ausrede. «Ob man etwa die Verfassung im Schatten der Bajonette so zurechtrücken möchte, dass sie würdig werde den alten Zuständen?» Abgeordneter Wolfinger bemerkte: «Wir wollen Brot, keine Gewehre.» (Im Zuhörerraum ertönen «mächtige Bravos»). Präsident Walser drohte, die Leerung des Zuhörerraumes anzuordnen. Wilhelm Beck kritisierte, dies sei ein reaktionärer Antrag; man sollte besser daran denken, wie die Selbständigkeit gewahrt bleiben könne. «Viele Leute haben nichts zu essen, was müssen diese denken, wenn man ihnen statt Brot Munition und Waffen gibt.» Die Regierung (LV Prinz Karl) solle die Vertrauensfrage stellen. Prinz Karl warf Wilhelm Beck vor, er rede zum Fenster hinaus. «Die Hetze muss aufhören. Warum wurde soviel Volk hierherbestellt. Es ist Methode in diesen Angriffen.»

Beck verwahrte sich energisch dagegen, dass er ein Hetzer sei. Da er diese unerhörten Angriffe als Beleidigung auffasse, trete er ab. (Grosser Beifall aus der Zuhörertribüne; Zuhörer Andreas Vogt posaunte in den Landtag hinein: «Nieder mit der Regierung! Hoch die Republik!»). Der Präsident lässt den Zuhörerraum räumen. Die Sitzung wird abgebrochen.

5.2.2. Ausserparlamentarische Opposition 1919

Am Sonntag, den 30. März 1919, fand in Balzers eine Spritzenprobe der Feuerwehr statt. [Am 2. März war die Herabsetzung des Wahlfähigkeitsalters abgelehnt worden]. Die Jungmannschaft wurde dabei laut Bericht der Ortsvorsteherung «von bekannter Seite» aufgehetzt. Die anwesenden 52 jungen Balzner weigerten sich, an der Spritzenprobe teilzunehmen. Sie begründeten ihren Streik mit den Worten: «Wenn man mit 21 Jahren zu dumm ist zum Stimmen, ist man auch zu dumm zum Spritzen. Es sollen die Alten spritzen, welche Nein gestimmt haben.»

Am 23. Juni 1919 überschritten in Balzers 10 junge vermummte Burschen um 9.45 Uhr die Grenze bei der Zollstrasse. Sie führten einen Handwagen mit, waren mit grösseren Prügeln ausgerüstet und überschritten die Grenze im Laufschrift. Die zwei anwesenden Financer mussten ausweichen und «diese Schmugglerbande passieren lassen».

Im August 1919 teilte die Staatsanwaltschaft dem Landgericht mit, dass eine Abteilung von Finanzwachleuten am 17. August nach Balzers hätte einrücken sollen, um die Vorschriften über die Ein- und Ausfuhr zu vollziehen. [Am 2. August war der Zollvertrag gekündigt worden]. Emil Brunhart habe die Bevölkerung von Balzers aufgefordert, zusammenzustehen und den Einmarsch gewaltsam zu verhindern. Dem habe eine grosse Menge Leute Folge geleistet und sei an das nördliche Dorfende marschiert. Die Finanzwachleute wurden vom Finanzoberwachkommissar vom Einrücken nach Balzers zurückgehalten. Das Landgericht sah von einer Strafverfolgung ab, da die Voraussetzungen für eine Straftat nicht erwiesen seien.

Am 19. November 1919 wurde Julius Hoch, 18 Jahre alt, wohnhaft in Triesen, vom Landgericht zu drei Tagen Arrest verurteilt. Er hatte dem Hilfspolizisten Anton Verling auf der Landstrasse nachgerufen: «Hoch die Revolution, nieder mit der Bürgerwehr.» Vor Gericht gab Hoch an, er habe seinen Kollegen nur von der



Mit dem Tod von Fürst Franz I. am 25. Juli 1938 wird der seit dem 30. März als Prinzregent amtierende Franz Josef II. Fürst von Liechtenstein. In seine rund 50jährige Regierungszeit fällt eine vollständige Umgestaltung Liechtensteins zu einem hoch-spezialisierten Industrie- und Dienstleistungsstaat. Fürst Franz Josef II. verstirbt am 18. Oktober 1989.

und Unabhängigkeit des Fürstentums Liechtenstein aus (15.3.).

Die Parteien finden einen Weg aus dem seit zehn Jahren dauernden Parteienstreit.

Die Bürgerpartei teilt ihre Macht. Die seit 1928 praktisch ausgegrenzte Opposition wird in die politische Willensbildung miteinbezogen, die Vaterländische Union wird mit Dr. Alois Vogt und Arnold Hoop an der

Am 25. Juli 1938 stirbt Fürst Franz I.; Fürstin Elsa verstirbt am 28. September 1947. Fürst Franz hatte am 30. März 1938 die Regentschaft seinem Grossneffen Franz Josef überlassen.

Regierung beteiligt, der Proporz geschaffen (21./30.3.).
 Franz I. überträgt die Regentschaft dem Erbprinzen Franz Josef (30.3.)
 Die «Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein» wird gegründet. Sie hofft einen «Teil der VU-Opposition und der Bürgerpartei-Jugend» für ihre politischen Ziele gewinnen zu können (31.3.).
 Fürst Franz I. von Liechtenstein stirbt. Sein Grossneffe, der Regent und Thronfolger, übernimmt als Fürst Franz Josef II. die Regierung (25.7.).
 Der Fürst nimmt Wohnsitz auf Schloss Vaduz (26.7.).
 Eröffnung des Landessportplatzes in Vaduz (18.9.)



Fürstenhuldigung am 29. Mai 1939 vor dem 1904–1914 wiederhergestellten Schloss Vaduz, das erstmals Sitz eines Fürsten von Liechtenstein wird.

Revolution in Deutschland erzählt und die dort gebräuchlichen Rufe nachgeahmt. Diese Aussage erschien dem Gericht nicht als glaubwürdig.

Die Schweizer Regierung teilte der liechtensteinischen Gesandtschaft mit, dass von liechtensteinischer Seite aus auf schweizerische Grenzposten geschossen worden sei. Insbesondere am 7. September 1919 um 18.15 Uhr hätte wenig gefehlt, dass ein schweizerischer Soldat durch einen Schuss von liechtensteinischem Gebiet aus getroffen worden wäre. Am 16. September wurden neuerdings fünf Schüsse abgegeben. Die Erhebungen verliefen ergebnislos.

Diese wenigen Beispiele sollen zeigen, welche Stimmung in Liechtenstein in weiten Teilen der Bevölkerung vorherrschte. Ein breitgefächertes Auflehnen gegen die bestehenden Autoritäten und Systemvertreter kennzeichnet diese Haltung, und zwar im einfachen Volke wie auch im Landtag. Wie lädiert der Ruf der liechtensteinischen Bevölkerung bei den schweizerischen Nachbarn war, zeigt die Bemerkung der Schweizer Oberzolldirektion, die in einer Stellungnahme zuhanden des Bundesrates von einer Zollunion mit Liechtenstein abriet, weil die liechtensteinische Bevölkerung ausgesprochene Schmuggelangelegenheiten angenommen habe.

5.3. Die Schlossabmachungen

5.3.1. Vorbereitungsphase

Mit der einsetzenden politischen Opposition hatte sich gezeigt, dass in weiten Teilen der Bevölkerung das Bedürfnis nach grundsätzlichen Veränderungen im politischen Bereich ausgeprägt vorhanden war.

Bereits im 9-Punkte-Programm vom 10. Dezember 1918 zeigten sich die Schwerpunkte der geforderten Erneuerungen. Um die dort angeführten Kernpunkte der Nationalisierung der Regierung und der Demokratisierung des Landtages wurden in der ganzen Verfassungsrevision heftige Auseinandersetzungen geführt. Vor allem die Volkspartei – seit März 1918 organisiert – setzte sich kämpferisch für z. T. tiefgreifende Reformen in der Verfassungs-, Verwaltungs- und

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 10870.

Der Landtag beschliesst die Einführung des Verhältniswahlrechtes (11.1.).
 Besuch des Fürsten bei Adolf Hitler in Berlin (2./3.3.).
 Der Landtag wird aufgelöst (11.3.).
 Die «Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein» inszeniert am 24. März 1939 einen ernst zu nehmenden, in seiner Organisation aber dilettantischen Anschlussputschversuch.
 Der Versuch – insgesamt standen fast 100 Anhänger der Bewegung in den Gemeinden Schaan, Nendeln und Triesen bereit – scheiterte, bevor er richtig ins Rollen kam. Vizeregierungschef Dr. Alois Vogt veranlasst auf erste Gerüchte hin das Einschreiten der Behörden in Vorarlberg und trifft weitere Massnahmen.
 Pfarrer Anton Frommelt, damals Regierungsrat und Landtagspräsident in einer Person, bewegt in Schaan einen führerlosen Haufen von 40 Männern und einer Frau zur Umkehr.
 In Gemässheit des Gesetzes vom 18. Januar 1939 über das Verhältniswahlrecht werden

Wirtschaftspolitik ein. In ihren Forderungen nach Erneuerung, die sie im Landtag stellte, drang sie jedoch gegen die eher beharrlich-konservative Mehrheit nur teilweise durch. Sie verlegte deshalb ihre Aktivität auch auf Massnahmen ausserhalb des Landtages und versuchte durch direkte Äusserungen des «Volkswillens» ihre «Forderungen der Gerechtigkeit» durchzusetzen.

Die Zeit der Jahre 1919 und 1920 war politisch bewegt und wirtschaftlich beschwerlich. Der Staat befand sich in einer Finanzkrise, die Verhandlungen mit der Schweiz über einen wirtschaftlichen Anschluss kamen nur stockend in Bewegung. Der Währungszerfall und die Arbeitslosigkeit trugen das ihre dazu bei, ein politisch gereiztes Klima zu schaffen. Die prekäre aussenpolitische Situation wird durch die Tatsache beleuchtet, dass der Völkerbund im Dezember 1920 das Gesuch Liechtensteins um Aufnahme ablehnte.

Wie die allgemeine Weltlage anfangs 1920 beurteilt wurde, bringt die in den «Oberrheinischen Nachrichten» abgedruckte Mitteilung zum Ausdruck:

«Was heutzutage in der Welt los ist!

Die Völker sind geldlos,

Die Schulden sind zahllos,

Die Regierung ratlos

Die Steuern endlos

Die Politik taktlos,

Die Sitten zügellos,

Die Aufklärung hirnlos,

Der Schwindel grenzenlos,

Und die Aussichten trostlos.»

Eine entscheidende Zäsur und einen Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Verfassungsrevision stellten die «Schlossverhandlungen» vom September 1920 dar.



Rede des Landtags-Vizepräsidenten Dr. med. Otto Schädler (1898–1965) anlässlich der Fürstenhuldigung 1939. Otto Schädler, Mitbegründer des «Liechtensteiner Heimatdienstes» und erster Präsident der «Vaterländischen Union», war einer der führenden (und populärsten) Politiker seiner Zeit. Sein Einsatz galt nicht zuletzt der Beendigung der politischen Ausgrenzung der Opposition, der Schaffung des Parteienausgleichs und der damit verbundenen Beteiligung der oppositionellen Kräfte an der politisch-demokratischen Entscheidungsfindung.

«stille Wahlen» durchgeführt, d. h. die Wahl findet nicht durch das Volk statt (4.4.). Die Regierung erklärt die von der Vaterländischen Union und Fortschrittlichen Bürgerpartei auf einer Einheitsliste vorgeschla-

Die Vorgeschichte zu diesen Verhandlungen setzte bereits im April/ Mai 1920 ein, als bekannt wurde, dass Dr. Josef Peer, ehemaliger Bürgermeister der Stadt Feldkirch, nun Hofrat beim Verwaltungsgerichtshof in Wien, als Nachfolger von Prinz Karl in das Amt des Landesverwesers berufen werden sollte.

Die Volkspartei hegte den Verdacht, dass Exponenten der Bürgerpartei in Zusammenarbeit mit der «allmächtigen Hofkamarilla» in Wien den Fürsten auf die Person Peers aufmerksam gemacht hätten. Den «Herren in Wien» wurde unzweideutig zur Kenntnis gebracht, dass die Volkspartei «mit dem Ins-Land-Schicken» von ausländischen Regierungsherren nicht mehr einverstanden sei und dass Liechtenstein «keine Kolonie für Wiener Herren und kein Tummelplatz für Wiener Regierungskünste» sei. Die Volkspartei wehrte sich vehement gegen diese Berufung und stellte aufgrund von Resolutionen, die während verschiedener Volksversammlungen in Triesen, Vaduz, Balzers und Triesenberg gefasst worden waren, dezidiert fest, dass nur ein Liechtensteiner für das Amt des Landesverwesers in Frage komme. Am 28. April telegraphierte Anton Walser als Volksparteiobmann an Hofrat Peer in Wien: «Nehmen Hofrat zur Kenntnis, dass bis jetzt schon ca. 600 Bürger gegen die Besetzung des Landesverweserpostens durch Sie oder einen anderen Ausländer protestieren.» Bei der Versammlung in Triesen traten Gustav Schädler, Wilhelm Beck und Anton Walser-Kirchthaler als Redner auf. Sie äusserten sich vorwiegend zur Landesverweserfrage. Das Liechtensteiner Volksblatt berichtete über verschiedene in dieser Versammlung gefallene Bemerkungen, die auf die aufgeregte und angeheizte Stimmung schliessen lassen. So soll Andreas Vogt gesagt haben, eine Resolution sei überflüssig, «man solle einfach wieder einmal einen Putsch machen». Alois Banzer aus Triesen meinte, wenn Dr. Peer komme, «würde er die untere Tür des Amtshauses zunageln, damit man auf einer Leiter in die Regierungskanzlei müsse, man sehe dann, wer dort verkehre». Wilhelm Beck bemerkte in seiner Rede, er habe keinen Landesvater, nur einen Landesfürsten, er sei kein Untertan. In einer Depesche der Volkspartei nach Wien

protestierten «gut 450» Bürger aus Vaduz, Triesenberg und Balzers «feierlich ebenso wie die Triesener gegen die Besetzung der Regierung durch Ausländer.» Die «Oberrheinischen Nachrichten» meinten, die «liechtensteinische Ehre sei mit einer Ausländerregierung unvereinbar», da Liechtenstein dadurch sich im Zustand eines «österreichischen Koloniallandes» befinde. Mit der Klage über den «Absentismus», also der ständigen Landesabwesenheit des Landesfürsten, wurde in diesem Zusammenhang auch direkte Kritik am Verhalten des Fürsten geübt.

Die Bürgerpartei reagierte auf die von der Volkspartei betriebene «Politik der Strasse» mit einer «grossen Volkskundgebung im Unterland», an der über 500 stimmberechtigte Bürger teilnahmen. Als Sprecher an dieser Volkskundgebung traten FBP-Obmann Franz Verling, Landtagspräsident Friedrich Walser sowie David Bühler, Johann Wohlwend, Peter Büchel, Andreas Meier, Franz Josef Marxer und Eugen Nipp auf. Sie alle sprachen sich für die Berufung Peers als Landesverweser aus. Auch an dieser Versammlung wurde eine Resolution verfasst. Darin begrüsst die über 500 versammelten stimmberechtigten Bürger «die fürstliche Ernennung des Herrn Dr. Peer zum Landesverweser von Liechtenstein». Zugleich verurteilte diese Resolution «auf das Entschiedenste jedes Vorgehen gegen den Bestand des Landes als konstitutionelle Monarchie» und die Anwesenden gelobten «als freie Bürger unserem Fürsten unentwegte Treue». Die Resolution schloss mit einem Hoch auf Fürst und Vaterland. Die «Oberrheinischen Nachrichten» bemerkten zu dieser Resolution über die von der Bürgerpartei propagierte Ernennung eines neuen Landesverwesers bissig: «Bei uns gibt es nichts zu verwesen, wohl aber zu regieren.»

Die Volkspartei blieb durch ihre rührige Aktivität weiterhin der agierende Teil in der Auseinandersetzung. Im April 1920 liess die Volkspartei Peer wissen, dass sie «den Kampf mit allen erlaubten Mitteln» führen werde.

Am 9. Mai 1920 fand in der «Aubünt» in Vaduz eine Volksversammlung statt, an der nach Angabe der Volkspartei über 1000 Mann teilnahmen. Diese Versammlung



Gesetz vom 18. Januar 1939 über die Einführung des Proporz.

genen Personen zu Abgeordneten bzw. zu Stellvertretern (6.4.).

Die Vaterländische Union nominiert Dr. Otto Schädler (Vaduz), Johann Beck (Triesenberg), Basil Vogt (Balzers), Florian Kindle (Triesen), Josef Sele (Vaduz) als Oberländer Abgeordnete, Rudolf Matt (Mauren) und Chrysostomus Oehri (Ruggell) als Unterländer Mandatäre.

Huldigung des Volkes beim Schloss Vaduz für Fürst Franz Josef II. (29.5.).

Liechtensteiner Tag an der Landi in Zürich (16.7.).

Ausbruch des Zweiten Weltkrieges (1.9.). Verschiedene Liechtensteiner kämpfen auf deutscher Seite mit.

Der Geistliche Anton Frommelt, Abgeordneter 1928–1945 und erbitterter Gegner des Proporz. Vor der Abstimmung im Landtag über die Einführung des Verhältniswahlrechtes (11. Januar 1939) verliess Frommelt (damals Landtagspräsident) den Saal. Wie jede machtbewusste, starke und für viele charismatische Politikerpersönlichkeit war er, etwa in seinen Entscheidungen im Zusammenhang mit Arbeitsvermittlungen, umstritten. Welches Gewicht er innerhalb seiner Partei besass und welche Machtfülle er im Staat innehatte, zeigt der Umstand, dass er zeitweise gleichzeitig der Legislative als auch der Exekutive angehörte. 1938–1945 war er gleichzeitig Landtagspräsident und vollamtlicher Regierungsrat. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus war er hervorragend beteiligt.



wurde von einem Umzug, angeführt von den Musikkapellen aus Triesen und Triesenberg, eröffnet. Dem Umzug wurden Tafeln mit der Aufschrift «Liechtenstein den Liechtensteinern» vorangetragen. In der Aubünt sprachen Parteiboss Anton Walser, Reallehrer Gustav Schädler, Landtagsabgeordneter Wilhelm Beck sowie mehrere Vertreter des «einfachen Volkes». Gustav Schädler redete die Anwesenden als «freie Bürger» an und verkündete, dass das Volk das wolle, was es andernorts auch habe: «Es will sich selbst regieren». Schädler stellte in seiner Rede die gleichen drei berühmten Fragen, die Abbé Emanuel Sieyès in seiner Flugschrift am Beginn der Französischen Revolution erhoben hatte: «Was ist das Volk eigentlich? – Alles! Was war es bisher? – Nichts! Was will es sein? – Etwas!» In der unvermeidlich folgenden Resolution dieser Versammlung wurde beschlossen, dass der «grössere Teil des Liechtensteiner Volkes von der Besetzung des Landesverweserpostens ... durch einen Ausländer ... nichts mehr wissen» wolle.

Die «Oberrheinischen Nachrichten» hielten in ihrem Bericht über die Volksversammlung vom 9. Mai 1920 mit triumphierendem Unterton fest: «Alles in allem war der 9. Mai eine glänzende Rechtfertigung des Vorgehens der Volkspartei und ihrer Führer, es ist das Zeugnis, dass in der Mehrheit der Bürger des Landes der eiserne Wille steckt, diesmal sich nicht mehr überreden zu lassen...». Der Bericht schloss mit der selbstbewussten Feststellung: «Wir wollen keine Vögte mehr, wir sind mündig!» Das Erlebnis der erfolgreichen Demonstration vom Mai 1920 verstärkte bei der Volkspartei das Gefühl von Überlegenheit und Sicherheit. Ihr Selbstbewusstsein stieg, ihre Forderungen wurden drängender. Ihre Vertreter machten immer deutlicher, dass sie nicht mehr bereit waren, ein Hinauszögern der ihnen gegebenen Versprechungen zu akzeptieren. Die Volkspartei zeigte Ungeduld, was den zeitlichen Rahmen und Hartnäckigkeit, was den inhaltlichen Bestand ihrer Forderungen anbelangte. Und die Bürgerpartei? Ihre Exponenten versuchten zwar, Widerstand zu leisten. Sie machten aber teilweise einen hilflosen und ideenarmen Eindruck. Wenn sie die Volksparteiler als «Beckianer» bezeichneten, so tönte es sogleich zurück:

«Nipplianer». Und auf Vorwürfe des Volksblattes, die Volkspartei sei Dr. Beck hörig, antworteten die «Oberrheinischen Nachrichten», dass die Volkspartei nicht Dr. Beck angehöre, sondern Dr. Beck der Volkspartei. Die Bürgerpartei stand ihrem politischen Gegner teilweise wie gebannt gegenüber und starrte manchmal ängstlich und erschreckt auf die für sie bedrohlich wirkende Volkspartei, die anscheinend durch nichts mehr aufzuhalten war.

Josef Peer schrieb am 11. Juni 1920 ein Promemoria über die in Liechtenstein herrschenden Zustände. Darin beklagte er, dass es der Regierung an Autorität und Machtmitteln fehle. Er befürchtete sogar, dass die Zustände in Liechtenstein «einer Art von Anarchie» zutrieben. Das Grundübel für diesen Zersetzungsprozess, wie Peer es nannte, sah er darin, dass seit Jahrzehnten Männer an die Spitze der Regierung berufen worden seien, welche die Mentalität der Bevölkerung nicht näher gekannt hätten. Die in «österreichischen Präsidialbureaus gelehrte und gelernte Regierungskunst» verfange gegenüber den Alemannen nicht, wie die Entwicklung der Dinge in Vorarlberg zur Genüge gezeigt habe. Dies äusserte Josef Peer ausgerechnet gegenüber Prinz Eduard von Liechtenstein.

Die Volkspartei scheute sich auch nicht mehr, kritische Bemerkungen mit teilweise drohenden Untertönen an die Adresse des Fürsten selbst zu richten. Am 10. Juli 1920 enthielt ein Artikel in den «Oberrheinischen Nachrichten» zur «Landes- und Weltpolitik» die Bemerkung: «...Zum Wohlergehen des Landes gehört andererseits, dass man sich im Fürstenhaus wie an anderen Stellen den demokratischen Forderungen der Neuzeit nicht verschliesst und dem Volke und seiner Vertretung mehr Rechte freiwillig einräumt ... Besser ist es, friedlich und schiedlich die Volksforderungen verfassungsgemäss festzusetzen, als ihnen sonst den Durchbruch zu verschaffen. Darüber besteht kein Zweifel mehr, dass der Rückhalt des Fürstenhauses am stärksten in einer sehr demokratischen Verfassung verankert ist. Die Volksforderungen in dieser Hinsicht sollten vom Fürstenhaus selbst unterstützt werden ... Wer dem Landesfürsten etwas anderes anrät, ist –

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 10980.

Die Gewerbegeossenschaft proponiert die alte Idee der Einheitspresse, d. h. der Zusammenlegung von «Liechtensteiner Vaterland» und «Liechtensteiner Volksblatt» (17.3.).

Die Zeitung «Der Umbruch» erscheint als «Kampfblatt der Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein» (5.10.).



«Der Umbruch. Kampfblatt der Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein». Die Zeitung erschien 1940–1943.

Das Fürstentum Liechtenstein wird auf Dux der Heiligen Maria geweiht (25.3.).

Der 15. August wird Staatsfeiertag (5.8.).

Liechtensteinische Arbeiter erhalten Beschäftigungsmöglichkeiten in Österreich und der Schweiz. Auf dem Oberalp-Pass allerdings protestieren liechtensteinische Arbeiter gegen die (auch für damalige Zeiten) untragbaren Arbeitsverhältnisse (19.8.).

bewusst oder unbewusst – ein Totengräber ... Der Fortbestand des Landes ist einzig und allein nur möglich in einem Volksfürstentum, ein Obrigkeitsstaat oder ähnliches hat keinen Bestand ... Erkenne man doch die flammenden Zeichen der Zeit!»

5.3.2. Verhandlungsphase

Fürst Johann II. weilte seit dem 21. August 1920 auf Besuch im Land. Von Kabinettsrat Josef Martin wurde die Gelegenheit ergriffen, zwischen Wilhelm Beck und Josef Peer Gespräche in die Wege zu leiten. Zweck dieser Kontakte war offensichtlich, den Widerstand der Volkspartei gegen die Ernennung Peers aufzufangen. Auch seitens der Volkspartei wurde eine solche Aussprache als dringlich erachtet, hatten die «Oberrheinischen Nachrichten» doch bereits Ende August eine wichtige Aufgabe des Fürsten darin gesehen, dass er einen «Klärungsversuch zu unternehmen» habe. Um dies zu ermöglichen, müsse dem anwesenden Landesfürsten, so formulierten die «Oberrheinischen Nachrichten», «klarer Wein über alles eingeschenkt werden».

Am 4. September veröffentlichten die «Oberrheinischen Nachrichten» einen Artikel über die «unerfreuliche Lage unseres Ländchens.» Darin heisst es in ungewohnter Klarheit: «Eine vermittelnde Rolle vermessen wir bisher leider vom Landesfürsten und insbesondere von seinen einheimischen und fremden Ratgebern.» Es folgte dann die Feststellung, dass der Fürst die falschen Personen zu Ratgebern nehme. «Wie ein Fluch» wirke das Hinauszögern «so mancher Angelegenheit», wozu auch die Verfassungsreform gehöre. «So kann es nicht mehr weiter gehen, und im Herbst muss es eine Klärung geben», stellten die «Oberrheinischen Nachrichten» mit Nachdruck fest. Der Artikelschreiber vertrat sogar die Auffassung, dass sich «manche Kreise mit der Gründung einer republikanischen Partei» tragen würden, und zwar «aus Verzweiflung darüber, dass dem Liechtensteiner Volke nicht das Mindestmass an gesetzlich festgelegten Rechten ... zukommen solle.» Gegensteuer

zu dieser Entwicklung sei nur möglich, wenn «in Liechtenstein endlich echt demokratischen Volksforderungen» nachgegeben werde.

Zwei Tage nach diesen für liechtensteinische Verhältnisse ungewöhnlich weitgehenden Äusserungen wurde Wilhelm Beck «zwecks Erledigung der Verfassungs- und anderen Fragen» auf den 6. September von Kabinettsrat Josef Martin zu einer Aussprache eingeladen. Über dieses und weitere Gespräche verfasste Reallehrer Gustav Schädler ein 32seitiges, handgeschriebenes Gesprächsprotokoll, welches von Wilhelm Beck teilweise ergänzt wurde. Eine wertvolle Ergänzung dieses Protokolls stellen zwei Aufzeichnungen Peers dar, welche dieser im April 1921 verfasste. Das eine Dokument enthält eine Stellungnahme Peers zur Volksabstimmung vom 28. März 1921 über seinen weiteren Verbleib im Amt des Landesverwesers. Das zweite, umfangreiche Schriftstück beinhaltet einen Kommentar Peers zur Revision der Verfassung vom Oktober 1921. Aus den drei Dokumenten, die von Vertretern der zwei teilnehmenden Parteien angefertigt wurden, kann der Verlauf der Schlossverhandlungen recht zuverlässig rekonstruiert werden.

Beim ersten dreistündigen Gespräch mit Martin, welches am 6. September stattfand, hielt Beck fest, dass er nur als Privatmann spreche und von der Volkspartei «keinerlei Auftrag noch Ermächtigung zu Verhandlungen» habe. In diesem ersten Gespräch ging es um die Forderungen und Wünsche der Volkspartei. Beck erklärte sich einverstanden, auch mit Peer in unverbindlicher Weise zu sprechen. Am 7. September überreichte Beck an Kabinettsrat Martin einen von ihm erarbeiteten Vorschlag einer Proklamation zu Händen des Fürsten.

Am Freitag, dem 10. September, fand die erste Verhandlung statt. An ihr nahmen Wilhelm Beck, der von Gustav Schädler als Zeuge begleitet wurde, und Josef Peer teil. Sie fand im Absteigequartier statt. Diese erste Besprechung dauerte ungefähr 11 Stunden [von 11.15 Uhr bis 22.30 Uhr]. Peer erläuterte, wie es zu seiner Berufung als Landesverweser gekommen sei, vor allem welche Rolle Prinz Eduard dabei gespielt habe. Peer referierte über seine Absichten und äusserte sich dabei

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 11094.

Die allgemeine Situation in Liechtenstein ist durch die Kriegswirtschaft gekennzeichnet. Die Lebensmittel sind rationiert, der Fleischverbrauch eingeschränkt, die landwirtschaftlichen Anbauflächen werden vergrössert, Riede entwässert. Böden melioriert, Auen gerodet und Flächen drainiert. Gründung der Hilti AG Befestigungstechnik Schaan, der Präzisions Apparatebau AG Vaduz, der Press- und Stanzwerke AG Eschen.

Verordnung der Regierung für die



Sommerlager der Hitler-Jugend im Saminatal, datiert auf den 27. Juli 1941.

Rekrutierung von genügend
Arbeitskräften in der Landwirt-
schaft (14.3.).

Der Beschluss des Schweizer
Bundesrates vom 29. 7. über die
Warenumsatzsteuer wird gemäss
Beschluss des Landtages auch auf
Liechtenstein angewendet (5.9).

laut Protokoll auch über die ehemaligen Landesverweser Imhof und In der Maur. Imhof bezeichnete er «als total unfähig für die Regierung» und über In der Maur äusserte Peer, dieser sei «eigensinnig wie ein Maultier» gewesen. Überrascht wurden Beck und Schädler, als Peer im Verlaufe der Verhandlungen den Entwurf Becks für eine Proklamation an das Volk aus seinen Akten hervorzog. Beck hatte dieses Dokument als strenge Vertrauenssache am 7. September an Kabinettsrat Martin übergeben. Das Vorgehen Martins wurde von Beck als Vertrauensbruch empfunden, und laut Zusatz im Protokoll bezeichnete Schädler das Verhalten Martins «als eine Lumperei». Im Folgenden wurde der Proklamationsentwurf Becks eingehend besprochen und mit dem Verfassungsentwurf Prinz Karls verglichen. Beck und Peer sahen in der Arbeit Karls «einen unbrauchbaren Entwurf», vor allem, weil er widersprüchlich sei und veraltete Bestimmungen enthalte.

Peer sprach sich für die Abschaffung der fürstlichen Abgeordneten aus und vertrat auch das Anliegen der Volkspartei, dass auf einen Abgeordneten im Unterland und Oberland gleichviele Einwohner entfallen sollten. Die Bürgerpartei nannte er bei dieser Gelegenheit eine «rückwärts strebende Fortschrittspartei» und meinte, Prinz Eduard habe mit «seiner evangelischen Sicherheit» dem Lande da und dort geschadet. Peer sprach sich ebenfalls für das Recht des Referendums und der Initiative aus und liess wissen, dass er nicht die Absicht habe, den Zollanschluss an die Schweiz zu hintertreiben. Dieser Vorwurf gegen Peer war verschiedentlich erhoben worden, weil die Befürworter einer Berufung Peers – vorwiegend in der Unterländer Bevölkerung – damit argumentiert hatten, dass Peer «das Loch gegen Feldkirch», also die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, öffnen würde.

Am nächsten Tag, am 11. September, trugen Peer und Martin dem Fürsten die Ergebnisse der Besprechung des Vortages vor. Die daraufhin vom Fürsten gefasste Entschliessung, in der auch Becks Vorschläge enthalten waren, wurde die Grundlage für die weiteren Besprechungen. Auf Wunsch des Fürsten wurde die

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
11350.

600-Jahr-Gedenkfeier der Graf-
schaft Vaduz (1342), verbunden mit
einem «Zürchertag»

in Liechtenstein. Rund 1000
Musiker und Besucher aus der
Schweiz nehmen teil.

Im Rahmen der Kriegswirtschaft
werden Brennholz, Brot, Milch
rationiert und Luxussteuern
auf alle möglichen Artikel
eingeführt (31.10).

Die Kabinettskanzlei gibt die
Verlobung von Fürst Franz Josef II.
mit Georgine Gräfin Wilczek
bekannt (31.12.).

Einführung des Proportionalwahlrechtes zum Landtag aufgenommen.

Am Nachmittag des gleichen Tages wurden einige Vertreter der Bürgerpartei im Absteigequartier empfangen (Fritz Walser, Johann Wanger, Franz Josef Marxer und Peter Büchel). Ihnen wurden die Hauptpunkte der fürstlichen Entschliessung mitgeteilt. Die Bürgerpartei-vertreter zeigten sich keineswegs erfreut über das nach ihrer Ansicht zu weit gehende Mass der Zugeständnisse, welche dadurch der Volkspartei gemacht worden seien.

Am Abend des 11. September fand im Gasthaus zum Kirchthaler in Vaduz die zweite Besprechung mit den Volkspartei-vertretern statt. Ausser Beck und Schädler nahm auch Volksparteiobmann Anton Walser-Kirchthaler daran teil. Als Verhandlungspartner der Gegenseite waren Peer und Martin anwesend. Die Volkspartei-vertreter erhoben Einspruch dagegen, dass vor der vollständigen Einigung mit ihnen die Bürgerpartei über den Gang der Verhandlungen informiert werde. Sie betrachteten dies als einen Vertrauensbruch. Die fürstlichen Vertreter sagten zu, in Hinkunft die Verhandlungen vertraulich zu behandeln. Zur Überraschung der Volkspartei-vertreter verlas Martin ein Schreiben des Fürsten, in welchem dargelegt war, dass Peer dem Kabinettsrat zu den Verhandlungen «beigegeben» worden sei. Beck und seine Begleiter fanden es unkorrekt, dass Peer als offizieller Beistand des Kabinettsrates auftrat.

Als Diskussionsgrundlage für die weiteren Verhandlungen dienten die fürstlichen Entschliessungen. Darin war Peer als Regierungschef auf die Dauer eines Jahres in Aussicht genommen. Neu war für die Volkspartei-vertreter auch die Aussage, dass für das Amt des Regierungschefs nur «in erster Linie hierfür geeignete gebürtige Liechtensteiner in Betracht» kämen und dass Peer auch den Abschluss der Zoll- und Handelsverträge zu bewerkstelligen habe.

Peer wurde vorgeworfen, er habe einen Rückzieher gemacht, er sei ein alter Fuchs, «er verkaufe jedoch die 3 jungen Volksparteiler nicht.» Die Verhandlungen wurden für einige Minuten sehr temperamentvoll.

«Kinder-Land-Verschickungslager»
auf Gaflei um etwa 1943/1944.



W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
11610.Die Mandatsperiode des 1939
bestimmten Landtages wird auf
unbestimmte Zeit verlängert
(18.2.).Vermählung von Fürst Franz Josef
II. mit der 22jährigen Georgine
Gräfin Wilczek (7.3.).Eine Nummer des «Umbruchs» wird
wegen Schmähung des
Schweizerischen Bundesrates und
der Schweiz beschlagnahmt. Einen
Tag später verbietet
die Regierung das Erscheinen
der Zeitung bis auf weiteres
(8.7./17.7.).Einweihung des Binnenkanals
(10.10.).

Nach Auffassung der Volkspartei-Vertreter veranlassten sie Martin durch ihr energisches Auftreten, Entgegenkommen zu zeigen. Vor allem hielten die Volkspartei-Vertreter «um jeden Preis» daran fest, dass nur ein gebürtiger Liechtensteiner Landammann werden könne und dass Peer mit dem Abschluss des Zollvertrages nichts zu tun haben dürfe. Ausserdem beharrten sie darauf, dass die Regierungsmitglieder zwar im Einvernehmen zwischen dem Landtag und dem Fürsten, aber auf Vorschlag des Landtages, ernannt würden. Die Verhandlungen dauerten bis um 1/4 vor 6 Uhr morgens.

Das Ergebnis dieser Verhandlung wurde durch Martin und Peer neuerlich dem Fürsten vorgetragen. Dieser fasste sodann die Entschliessung vom 13. September, welche die Modifikationen enthielt, die am Vortag von den Volkspartei-Vertretern verlangt worden waren.

Die fürstliche Seite war der Auffassung, dass nun der Durchbruch geschafft und eine Einigung erzielt worden sei. Vor allem ging diese Seite davon aus, dass der Berufung Peers zum provisorischen Leiter der Regierung auf die Dauer eines Jahres nichts mehr entgegenstehe.

Die Fortsetzung der Verhandlungen fand am Nachmittag (Montag) des 13. September in gleicher Besetzung im Absteigequartier statt. Der Fürst hatte sämtlichen Forderungen der Volkspartei-Vertreter zugestimmt. Als zusätzliche Absicherung verlangte nun die Volkspartei-Vertreter, dass Peer nur für sechs Monate auf seinen Posten als Leiter der Regierung berufen werde. Zusätzlich sollte Peer sich verpflichten, noch in diesem Jahr die Verfassung durchzubringen. Peer versprach, die Verfassung so zeitig zur Verabschiedung zu bringen, dass im Februar Neuwahlen stattfinden könnten. Das Datum der Neuwahlen war für die Volkspartei wichtig, weil zu dieser Jahreszeit die liechtensteinischen Saisonarbeiter sich noch im Lande aufhielten. Gemäss Peers Ausführungen gaben die fürstlichen Vertreter diesen neuerlichen Forderungen nach, weil sie sich in einer Zwangslage fühlten. Einerseits wollten sie die erzielten Ergebnisse «tagelanger und sehr ermüdender Unterhandlungen» nicht aufs Spiel setzen.

Andererseits verlangten die Umstände «gebieterisch eine baldige Lösung». Dazu kam als weiterer Faktor, dass sowohl der Fürst als auch Prinz Karl dringend einen positiven Abschluss der Verhandlungen wünschten.

Nach weiteren Forderungen der Volkspartei (Arbeitsvergebung, Stellenbesetzung, Botschaft Bern, Jagdverpachtung) wurde die Besprechung beendet. Die Volkspartei-Vertreter betonten wiederholt, dass sie nur dem Frieden zuliebe mit der ausgehandelten Lösung zufrieden seien. Sie betrachteten vor allem ihre Zustimmung zur Berufung Peers als grosse Kompromissbereitschaft.

Am nächsten Tag sollten die Volkspartei-Vertreter vom Fürsten in Audienz empfangen werden. Die Ansprache, die der Fürst bei dieser Gelegenheit halten sollte, wurde abgefasst.

Im Verlaufe der Verhandlungen wurde auch eingehend von der Gefahr gesprochen, dass sich eine republikanische Partei mit ca. 400 Mitgliedern bilden könnte, falls nicht ganze Arbeit gemacht und dem Volke nicht die bisher vorenthaltenen Rechte gegeben würden. Schon am 12. September, so wurden die fürstlichen Vertreter informiert, sei in Balzers anlässlich des Sängerfestes auf Gutenberg geplant gewesen, auf der Bühne eine republikanische Rede zu halten. Die zwei Unterhändler des Fürsten sahen nach Angaben der Volkspartei-Vertreter ein, dass die «Regierungs-Clique der Dynastie durch das allgemeine Zurückhalten geschadet habe».

Zwischen den drei Volksparteilern und Peer wurde am Schluss dieser Besprechungen ein «Geheimprotokoll» über die «gepflogenen Besprechungen» abgefasst. Darin wurden die fürstlichen Entschliessungen vom 11. und 13. September bestätigt. Zusätzlich wurden darin noch Erklärungen deponiert bzw. Wünsche ausgesprochen. Es handelte sich um redaktionelle Vorstellungen für den Verfassungsentwurf, um die Besetzung des Staatsgerichtshofes mit Liechtensteinern und um die Anzahl der Landtagsabgeordneten. Als zentraler Punkt war die Forderung enthalten, dass die Berufung Peers auf die Dauer eines halben Jahres eingeschränkt werde.



Vermählung von Franz Josef II. mit Georgine Gräfin von Wilczek am 7. März 1943. Das Fest hatte gerade im Zusammenhang mit der liechtensteinischen Eigenständigkeit starken Symbolcharakter. Ebenfalls auf dem Bild zu sehen sind Regierungschef Dr. Josef Hoop (l.) und Vizeregierungschef Dr. Alois Vogt (r.)

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
11870.

Wiederrichtung der 1933 von
der Regierung Hoop aufgehobenen
Gesandtschaft in Bern auf
Beschluss von Fürst Franz Josef II.
(26.12.).
Botschafter wird Prinz Heinrich von
Liechtenstein.

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Delegiertenversammlung der Volkspartei war nun eine Einigung erzielt worden. Anschliessend erfolgte eine ungewollte Unterhaltung bis 0.15 Uhr.

Die Audienz der Volksparteiler beim Fürsten fand am 14. September statt. Sie dauerte bloss sieben bis acht Minuten. Was gesprochen wurde, «war belanglos». Am gleichen Tag fand die Versammlung der etwa 60 Volkspartei-Delegierten im Adler in Vaduz statt. Die Versammlung dauerte von abends acht Uhr bis morgens um zwei Uhr. Die Ergebnisse der Schlossverhandlungen wurden erläutert. Beck erklärte, dass das Entgegenkommen des Fürsten kein freiwilliges gewesen sei, man habe ihm manche Punkte förmlich abringen müssen. Der grösste Teil der Delegierten war den Versprechungen Peers gegenüber misstrauisch. Nach längerer Diskussion mit einigen kritischen Wortmeldungen wurde den Unterhändlern das einstimmige Vertrauen ausgesprochen. Die Delegiertenversammlung beschloss, die Verhandlungsdelegation um drei Mitglieder, Felix Hasler, Alois Frick und Andreas Vogt, zu erweitern. Diese Delegation erhielt den Auftrag, am nächsten Tag noch anzustreben, das Proporzthema auszuschneiden, Regierungsrat Johann Wanger zum Rücktritt zu veranlassen und Wilhelm Beck an dessen Stelle in die Regierung zu setzen.

Am Mittwoch, dem 15. September, fand zuerst die «Geburtstagshuldigung» zum 80. Geburtstag des Fürsten statt, anschliessend wurde die fünfte Verhandlung durchgeführt. Sämtliche Abgeordneten der Bürgerpartei wollten zur gleichen Zeit eine Audienz bei Peer und Martin. Die erweiterte Volkspartei-Delegation verhandelte bis 13 Uhr.

Peer gegenüber wurde das Misstrauen der Volkspartei geschildert und der Rücktritt Johann Wangers aus der Regierung und die Wahl Becks in dieselbe als unbedingte Forderung aufgestellt.

Die Debatte wurde nochmals heftig, als die Wahl Becks als Ultimatum gestellt wurde. Andreas Vogt entwickelte bei dieser Gelegenheit seine republika-

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
12141.

Die Stimmbürger lehnen einen
Vorschlag des Landtages auf
Erhöhung der Mandatszahl im
Landtag ab (18.3.).



Am 22. Februar 1945 landet ein
amerikanischer Pilot im Rheinbett.

nischen Ideen. Peer gegenüber wurde geäussert: «Wenn Sie, Herr Dr. Peer, einen Tag länger als sechs Monate an der Regierung bleiben wollen, so jagen wir Sie zum Lande hinaus; und wenn die fürstlichen Versprechungen nicht gehalten werden, so hat die Dynastie der Liechtenstein aufgehört bei uns zu regieren.» Peer gab sein Ehrenwort, dass er nach sechs Monaten gehe und Martin verpfändete das Offiziersehrenwort, dass er die fürstlichen Versprechen einhalten werde. Kammerdiener Muster meldete, dass die Herren der Gegenpartei endlich vorsprechen möchten. Sollten sie jetzt nicht vorgelassen werden, so würden sie gehen und nicht mehr kommen. Beck besprach sich im Vorzimmer mit den Gegnern [FBP]; diese erklärten sich einverstanden mit dem Rücktritt Wangers und dem Eintritt Becks in die Regierung. Beck kehrte in den Verhandlungsraum zurück, worauf das Geheimprotokoll wurde in aller Eile unterschrieben wurde, damit es die im nächsten Moment eintretenden Gegner nicht beobachteten.

In den nächsten Tagen fanden aufklärende Informationen in Triesen, Balzers, Bendern und Triesenberg statt.

Die Landtagswahlen nach dem
1939 eingeführten Proporzgesetz
bringen der Vaterländischen Union
über 45% der Stimmen und sieben
der fünfzehn Mandate, davon fünf
im Oberland (29.4.).
Gründung des Liechtensteinischen
Roten Kreuzes (30.4.).
Grenzübertritt von Teilen der
1. Russischen Nationalarmee,
die auf deutscher Seite gekämpft
hatte, bei Schellenberg (1.5.).



Die Grenze Liechtensteins zum untergegangenen Dritten Reich, zu dem Österreich gehörte, wird wieder offener.

Kapitulation Deutschlands (7.5.). Fürst Franz Josef II. veranlasst im Juli den am 20. Juli erfolgenden Rücktritt der Regierung Hoop. Die Vaterländische Union entsendet in die neue Regierung Frick den schon in der Volkspartei tätig gewesen Ferdinand Nigg (Vaduz) als Regierungschef-Stellvertreter, Alois Wille (Balzers) als Regierungsrat und Alexander Sele (Triesenberg) als Stellvertreter (3.9.). Gründung des liechtensteinischen Tierschutzvereins (7.10.).

5.4. Einordnung

Die Protokolle der fünf Besprechungen machen deutlich, dass die Gespräche vorerst nur als offiziöse Kontakte zwischen Dr. Peer und Dr. Beck gedacht waren. Die Beziehung Gustav Schädlers und Anton Walsers zeigt aber deutlich, dass die Volkspartei als Verhandlungspartner agierte. Es ist dabei aufschlussreich, die Benennung der Verhandlungspartner im Protokoll zu verfolgen. In der Vorbesprechung vom 5. September wird Dr. Beck als «Privatmann» erwähnt. Am 10. September, also am ersten Verhandlungstag, wird Dr. Beck als «Unterhändler» aufgeführt. Am 11./12. September wird in den stenographischen Ergänzungen ausdrücklich betont, dass «die Unterhandlung nicht im Sinne der Partei, sondern nur von den 3 persönlich geführt» werde. In der dritten Zusammenkunft vom 13. September werden Beck, Schädler und Walser als «die 3 Volksparteiler» und «Vertreter der Volkspartei» bezeichnet. Die offizielle Absicherung als Volkspartei-Vertreter konnten diese allerdings erst nach der Delegiertenversammlung vom 14. September in Anspruch nehmen. Die endgültige Abmachung vom 15. September wurde von sechs Vertretern der Volkspartei, die ihre Legitimation von den Delegierten zugesprochen erhalten hatten, mit Dr. Josef Peer und Josef Martin ausgehandelt.

Die Verhandlungen selbst verliefen z. T. recht emotionsgeladen und waren geprägt von der selbstbewussten, teilweise kompromisslosen Haltung der Volkspartei-Vertreter. Der dominierende Anspruch der Volkspartei kam auch dadurch zum Ausdruck, dass der Vorschlag für einen Proklamationsentwurf des Fürsten an das Volk von Dr. Beck bereits am 7. September an Kabinettsrat Martin überreicht worden war.

Die Verhandlungen vom 15. September wurden mit einem Machtanspruch der Volkspartei abgeschlossen: Johann Wanger musste zugunsten Dr. Wilhelm Becks als Regierungsmitglied zurücktreten.

Die Bürgerpartei war während der Schlossverhandlungen in eine Statistenrolle gedrängt worden. Sie hatte auf die entscheidenden Punkte der Abmachungen kei-

nen oder nur sehr geringen Einfluss ausüben können. Die Bürgerpartei sah sich denn auch durch die Volkspartei vor vollendete Tatsachen gestellt und fühlte sich infolgedessen nicht in allen Bereichen an diese Abmachungen gebunden. Dies zeigte z. B. sich in den Landtagsdebatten Ende 1920.

Ebenso war Fürst Johann II. in den Hintergrund gedrängt. Ihm wurde lediglich zugestanden, die gestellten Forderungen zu sanktionieren und die getroffenen Abmachungen in einer Proklamation vom 15. September öffentlich gutzuheissen. Johann II. erwähnt denn auch in dieser Proklamation, dass «der Geist der Zwiebracht» gebannt werden und dem an die Spitze der Regierung berufenen Dr. Peer die Unterstützung «aller Gutgesinnten im Lande» zuteil werden müsse. Der abschliessende Aufruf «Haltet nun fest zusammen!» wurde allerdings von den Angesprochenen in der weiteren Entwicklung wenig beachtet.

Für die Volkspartei stellten die Schlossabmachungen einen entscheidenden Erfolg dar. Sie hatte ihrerseits lediglich zugestanden, dass Dr. Peer für sechs Monate als Leiter der Regierungsgeschäfte amtieren konnte. Hingegen hatte die Volkspartei durchgesetzt, dass Dr. Peer aus den Verhandlungen über den Zollvertrag mit der Schweiz ausgegrenzt wurde – wohl ein weiterer Ausdruck des Misstrauens, das ihm von Seiten der Volkspartei grundsätzlich entgegenschlug. Alle ihre Forderungen nach mehr Volksrechten, nach Nationalisierung der Regierung und Verwaltung, nach einer konstitutionellen Monarchie auf demokratischer und parlamentarischer Grundlage sowie nach Verankerung der Staatsgewalt in Fürst und Volk hatte die Volkspartei durchzusetzen vermocht. Der Fürst verzichtete zudem auf sein Privileg, drei Abgeordnete in den Landtag ernennen zu können. Als entscheidende Neuerung zugunsten des Volkes hatte die Volkspartei die direktdemokratischen Instrumente des Initiativ- und Referendumsrechts zugestanden erhalten. Ausserdem wurden durch die Aufnahme der Forderung nach Einführung eines Verwaltungsrechtspflegeverfahrens und eines zu schaffenden Staatsgerichtshofes wichtige Grundsätze des Rechtsstaates berücksichtigt.



Im Mai 1945 wird in Schaan Rache und Vergeltung an nationalsozialistisch gesinnten Personen gefordert – nach dem Motto: «Aufknüpfen!».



Anonyme Plakate rufen zur Vergeltung und Aburteilung auf: Bestrafung von «Landesverrätern», «Spionen», «Umbruchredaktoren». Sie fordern die fristlose Entlassung nationalsozialistisch gesinnter Staatsangestellter, Lehrer und Beamten, sowie die Ausweisung «aller Ausländer, die Gastrecht schmählich missbraucht haben».

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
12390.

Die 1938 vereinbarte Regierungskoalition wird auf Wunsch von Fürst Franz Josef II. weiterhin als bindend erklärt.
Gründung der Patent- und Versuchsanstalt Vaduz (Censor) und der Gerätebauanstalt Balzers (Balzers AG).
Ratifikation des Washingtoner Abkommens (26.6.).
Durchbruch beim Tunnelbau Gnalp-Steg (4.9.).

Nicht alle offenen Fragen wurden ausdiskutiert. So wurden verschiedene, aus der absolutistischen Zeit stammende Bestimmungen über die Rechte des Fürsten aus der 1862er Verfassung übernommen, ohne dass deren Konsequenzen bedacht wurden. Die Schlossabmachungen sind aber in der Fortsetzung und Erweiterung des 9-Punkte-Programms vom Dezember 1918 die zweite wichtige Etappe auf dem Weg zur Verfassung von 1921. In ihnen waren alle grundsätzlichen Neuerungen enthalten, die 1921 aufgenommen wurden.

Peer hielt sich in seinem Verfassungsentwurf an die in den Schlossabmachungen ausgehandelten Grundsätze. In den weiteren Massnahmen der eingesetzten Verfassungsdiskussion und in den weiteren Landtagsbeschlüssen zeigte sich, dass die politische Zusammensetzung des Landtages mehrheitlich von konservativen Vertretern gestellt wurde. Diese Mehrheit hat die Schlossabmachungen teilweise nach ihren Vorstellungen umgearbeitet, ohne jedoch den Grundzug der getroffenen Entscheidungen aufhalten zu können.

Die Schlossverhandlungen bewirkten für die Volkspartei einen bestätigenden Motivationsschub. Sie erwies sich als die agierende, dynamische Kraft im Staat, die sowohl innen- wie aussenpolitisch die Richtung für den Ausweg aus der Krise entscheidend mitbestimmte. Dies war eine Haltung, die staatspolitisch



Der Krieg ist aus, das Leben normalisiert sich. Die Kapelle «Almrausch» in Triesenberg (Bild vom 16. April 1945) setzt sich zusammen aus (v. l.) Gustav Ospelt, Ivo Beck, Alois Schädler und Walter Thöny. Dr. Ivo Beck, Sohn von Dr. Wilhelm Beck, hatte später die Ämter eines Landtagsabgeordneten, VU-Präsidenten und Regierungsrates inne.

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
12720.

Die Stimmbürger nehmen eine Initiative zur Herabsetzung des vom Landtag erhöhten Steuersatzes auf Vermögen und Erwerb an (19.1.).
Gründung der Liechtensteinischen Industriekammer (29.1.).
Der Arbeiterverband reicht einen Vorschlag zur Schaffung einer Familienausgleichskasse und einen Gesetzesentwurf über die Erhebung eines Steuerzuschlages für die liechtensteinische Familienausgleichskasse ein.
Das Stimmvolk befürwortet den Bau des Saminakraftwerkes und bewilligt die notwendigen Kredite (15.7.).

Verantwortungsbewusstsein – gepaart mit einem rechten Mass an Wagemut – bewies; parteipolitisch wirkten die Ergebnisse der Schlossabmachungen motivierend im Hinblick auf die im Jahre 1922 bevorstehenden Landtagswahlen.

Zu guter Letzt seien aus der Proklamation vom 15. September 1920 zwei Sätze als Schlussgedanken weitergegeben. Dies scheint mir auch insofern symptomatisch zu sein, da diese Proklamation von den Volkspartei-Vertretern entworfen und von Fürst Johann II., dem Guten, mit dem Vermerk «einverstanden» angenommen wurde.

Im letzten Abschnitt dieser Proklamation heisst es:

«Liechtensteiner!

Haltet nun fest zusammen, stellet bei aller Wahrung selbständiger Anschauungen den Gedanken der Einigung zu gemeinsamer Arbeit im Dienst des Vaterlandes über das, was Euch bisher trennte und möge dasjenige, was ich in unablässiger Sorge um Euer Wohl nach reiflicher Erwägung beschlossen und euch hiemit kundgetan habe, Meinem Lande und Meinem Volke zu Heil und Segen gereichen.

Das walte Gott!

Johann m/p.

«Einverstanden»



Bergrennen Vaduz-Masescha, 5. Oktober 1947

1947

Anton Walser-Kirchthaler (1890–1948)
Erster Obmann der Christlich-sozialen Volkspartei
Gemeinderat und Vizevorsteher von Vaduz (1921–1927)
Landtagsabgeordneter

Das 1930 vom Landtag beschlossene Gesetz über die politischen Volksrechte in Landesangelegenheiten wird abgeändert. Die Unterschriften für Referenden und Initiativen können wieder frei und ohne Beschränkung gesammelt werden.
Eröffnung des neuen Strassentunnels Gnalp-Steg (4.12.).



Bergrennen Vaduz-Masescha.

6. Die Volkspartei als Partei der Veränderung und der Opposition (1918–1921)

Von Rupert Quaderer

1948

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 13100.

Eröffnung der Ausstellung von Werken aus den Fürstlichen Sammlungen im Kunsthaus Luzern (5.6.).
Auflassung des Kriegs-Ernährungsamtes (1.8.).
Allgemeine Revision der Landesgrenze Liechtenstein-Schweiz im Abschnitt Würznerhorn bis Ellhorn, wobei 45 Hektaren abgetauscht werden. Der Vertrag, ein Resultat von Verhandlungen seit 1939, trägt, wie es im Regierungsbericht heisst, in erster Linie den schweizerischen Interessen Rechnung (23.12.).
Gründung der Elastin AG in Triesen (23.10.).



Liechtensteinische Olympiateilnahme in St. Moritz 1948.

W

ohnbevölkerung Liechtensteins: 13420. Die Landtagswahlen bringen keine Sitzveränderungen im Parlament. Die Vaterländische Union erzielt 47% der Stimmen (6.2.). In der Schweiz wird im Juli das längst fällige Sozialwerk der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) angenommen. Die Regierung lässt erneut ein Gutachten über die Schaffung einer AHV für Liechtenstein ausarbeiten. Eine Alters- und Hinterlassenenversicherung war ein altes Postulat der Volkspartei, dessen Realisierung sie schon im Partei- und Arbeitsprogramm vom Januar 1919 ausdrücklich gefordert hatte. Die Stimmbürger lehnen eine neue Gewerbeordnung ab (12.6.). Balzers erhält eine finanzielle Entschädigung für die Grenzrevision beim Ellhorn (17.6.). Der Liechtensteiner Alpenverein tritt in die Nachfolge der liechtensteinischen Sektion des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins (27.10.).

Fürstin Gina von Liechtenstein (1921–1989) war eine kontaktfreudige und volksverbundene Persönlichkeit, die wesentlich zum Ansehen des Fürstenhauses in der Öffentlichkeit beitrug (l.).



Die Ereignisse vom 7. November 1918 hatten gezeigt, dass in weiten Teilen der Bevölkerung das Bedürfnis nach grundsätzlichen Veränderungen im politischen Bereich ausgeprägt vorhanden war.

Bereits im sogenannten Neun-Punkte-Programm vom 9. Dezember 1918, an dessen Ausarbeitung die Volkspartei massgebend beteiligt gewesen war, zeigten sich die Schwerpunkte der geforderten Erneuerungen. Als Kernpunkte dieses Programms sind zu nennen:

- Die Landesregierung wird im Einvernehmen mit dem Landtag ernannt.
- Für das Amt des Landesverwesers kommen in erster Linie hierfür geeignete Liechtensteiner in Betracht.
- Der Landtag soll berechtigt sein, beim Landesfürsten die Enthebung eines Mitgliedes der Regierung zu beantragen.
- Die drei fürstlichen Abgeordneten sollen nicht mehr vom Fürsten allein ernannt, sondern durch kollegialen Beschluss der Regierung diesem vorgeschlagen werden.
- Sämtliche politischen und gerichtlichen Institutionen mit Ausnahme des Obersten Gerichtshofes sollen in das Land verlegt werden.

W

ohnbevölkerung Liechtensteins: 13757.

In einer Volksabstimmung wird die Abänderung des Waffengesetzes abgelehnt (12.3.), Fürst Franz Josef II. ermächtigt die Regierung, dem Internationalen Gerichtshof beizutreten (9.3.). Das Gesuch war schon 1949 gestellt worden. Da Liechtenstein nicht Mitglied der UNO ist, wird abgeklärt, ob Liechtenstein ein souveräner Staat sei. Der Sicherheitsrat bejaht die Fragen trotz der zwei Enthaltungen der Sowjetunion und der Sowjetukraine. Die Generalversammlung der UNO nimmt Liechtenstein in den Internationalen Gerichtshof auf (1.12.).

Der näheren Beratung dieser und weiterer Punkte kam in der bevorstehenden Verfassungsdiskussion zentrale Bedeutung zu.

Die Volkspartei, seit März 1918 als Minderheit im Parlament vertreten, setzte ihr schon in der Legislaturperiode von 1914–1918 gezeigtes grundsätzliches Verhalten fort. Mit grossem Einsatz und hartnäckigem Eifer wurden Themen angepackt, die nach Ansicht der Volksparteivertreter einer Lösung harrten. So wurden gleich im März 1918 auf Initiative der Volkspartei dem Volk zwei Fragen zur Entscheidung vorgelegt, obwohl die noch gültige Verfassung von 1862 die Volksabstimmung nicht kannte. Die beiden Abstimmungen betrafen die Erhöhung der Zahl der vom Volk zu wählenden Abgeordneten von 12 auf 17 und die Herabsetzung des Grossjährigkeits- und Wahlfähigkeitsalters von 24 auf 21 Jahre. Beide Vorlagen wurden von den Stimmbürgern verworfen.

Solche Niederlagen hielten die Volkspartei jedoch nicht davon ab, weiterhin gemäss dem im Januar 1919 vorgestellten «Programm der christlich-sozialen Volkspartei Liechtensteins» in den Bereichen der Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftspolitik teilweise tiefgreifende Reformen zu fordern.

Die Volkspartei trat selbstbewusst auf, im festen Bewusstsein, durch ihre politische Tätigkeit einen Grossteil der Wähler anzusprechen und vor allem auf die Jugend starke Anziehungskraft auszuüben. Von daher gesehen sind in der politischen Aktivität der Volkspartei gewisse populistische Züge nicht zu verkennen. Dies wird etwa durch eine Episode in Balzers nach der Volksabstimmung über das Wahlalter beleuchtet: Die Jungmannschaft von Balzers streikte – angeblich von Volksparteidelegierten beeinflusst – bei der Spritzenprobe der Feuerwehr mit der Begründung: «Wenn man nicht fähig ist zum Stimmen, ist man auch nicht fähig zum Pumpen.»

Die selbstsichere, manchmal fast übersteigert selbstbewusst wirkende Haltung der Volkspartei zeigte sich auch in weiteren Forderungen an die Adresse der Regierung, der Landtagsmehrheit und auch gegenüber der Wiener Verwaltung. Im

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
13980.Schwerer Lawinenniedergang
im Malbun, der mehrere Hütten
und Ställe vernichtet (21.1.).Der Landesausschuss der
Vaterländischen Union votiert
am 14. April 1951 im «Hirschen»
Eschen einhellig für die Einführung
der Alters- und Hinterlassenen-
versicherung (AHV).Der Landtag genehmigt in
dritter Lesung das Gesetz über die
liechtensteinische Alters-
und Hinterlassenen-versicherung.
(23.11.).Gesetz zur Förderung des
Fremdenverkehrs (12.6.).Umschaltung des Telefonnetzes auf
vollautomatischen Betrieb (20.9.).

Ein führender Politiker des ersten Nachkriegsjahrzehnts war Dr. Alois Ritter (1897–1966), Abgeordneter, Vizepräsident und Präsident des Landtages. In der jungen Vaterländischen Union war er als Vizepräsident einer der Gewährsmänner der sozialpolitisch und volksdemokratisch ausgerichteten Volkspartei-Tradition. Das am 26. Mai 1931 in Wildhaus aufgenommene Bild zeigt (v. l.) den jungen Dr. Alois Ritter zusammen mit einem Geschäftspartner und Dr. Wilhelm Beck, mit dem er ein Advokaturbüro und eine Rechtsanwaltskanzlei führte.

Juni 1919 z. B. verlangte die Volkspartei von der Regierung als Ersatz für den zurückgetretenen Dr. Albert Schädler einen ihrer Kandidaten dem Fürsten zur Ernennung als fürstlichen Abgeordneten vorzuschlagen. Begründet wurde dieser Antrag mit der Feststellung, es sei eine «Forderung der Gerechtigkeit», dass eine so stark vertretene Volkspartei auch durch einen fürstlichen Abgeordneten vertreten werde. Die Volkspartei war zu diesem Zeitpunkt durch fünf Abgeordnete im Landtag vertreten. Der Gesandtschaftsvertreter in Wien, Prinz Eduard von Liechtenstein, versuchte zwar, die Ernennung eines Volks-parteiabgeordneten zu verhindern, da die Volkspartei noch nicht genügend Beweise ihrer Zuverlässigkeit erbracht habe. Trotzdem schlug Landesverweser Prinz Karl dem Fürsten den Reallehrer Gustav Schädler zur Ernennung vor, weil er dadurch am ehesten die Gewähr zu haben glaubte, eine gemässigte Haltung und ein Gegengewicht zum Einfluss Dr. Wilhelm Becks auf die Volkspartei zu bewirken.

Das teils respektlose Verhalten der Volkspartei hielt aber an. Eine Deputation, bestehend aus Johann Beck, Arnold Gassner, Josef Vogt und Anton Walser-Kirchthaler wiederholte in einer Audienz beim Fürsten am 20. Juni 1919 die Forderung der Ausschaltung aller «Zwischenglieder», die sich zwischen Fürst und Volk geschoben hatten, und verlangte eine «Verfassungsrevision im demokratischen Geist» mit einem «Volksfürstentum». Mahnende Untertöne sind nicht zu

überhören, wenn die Deputation äussert, dass die Monarchie in Zentraleuropa um so sicherer Bestand habe, wenn sie im Sinne der zeitgemässen Postulate der Volkspartei ausgebaut werde.

Die Volkspartei war, vor allem im Oberland, auch in den Gemeinden aktiv tätig, hielt Versammlungen mit Vorträgen zu aktuellen Themen ab und verfasste Resolutionen zu wichtigen Fragen. So wurde nach einer Versammlung in Balzers vom 16. Juli 1919 nach Vorträgen von Dr. Wilhelm Beck und Reallehrer Gustav Schädler die baldige Regelung des Zollanschlusses an die Schweiz und die Währungsregulierung gefordert. Die Annäherung Liechtensteins an die Schweiz wurde von der Volkspartei mit Überzeugung und starkem Druck als zentrales Thema der Wirtschafts- und Aussenpolitik Liechtensteins gegen das zögernde Verhalten der konservativen Kräfte vertreten. In den Vorverhandlungen trat Dr. Wilhelm Beck als Volksparteivertreter entschieden für den Schritt Liechtensteins von Österreich zur Schweiz ein und propagierte auch die Übernahme verfassungsrechtlicher Bestimmungen nach schweizerischem Vorbild wie das Initiativ- und Referendumsrecht.

Eine entscheidende Zäsur und einen Höhepunkt in der Geschichte und Entwicklung der Volkspartei vor 1921 stellen im September 1920 die sogenannten «Schlossverhandlungen» dar. Die Vorgeschichte zu diesen Verhandlungen setzte schon im April/Mai 1920 ein, als bekannt wurde, dass Dr. Josef Peer, Hofrat beim Verwaltungsgerichtshof in Wien, in das Amt des Landesverwesers berufen werde. Die Volkspartei wehrte sich vehement gegen diese Berufung und stellte aufgrund von Resolutionen, die während verschiedener Volksversammlungen gefasst worden waren, dezidiert fest, dass nur ein Liechtensteiner für dieses Amt in Frage komme.

Bei den Schlossverhandlungen im September 1920 wurde insofern ein Kompromiss in dieser Frage ausgehandelt, als Dr. Peer lediglich für sechs Monate berufen werden sollte. Zusätzlich erreichten die Volksparteivertreter Dr. Wilhelm

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
14200.

Die Stimmbürger befürworten die Einführung der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV). Alle Gemeinden des von der Bürgerpartei dominierten Unterlandes votieren mehrheitlich gegen die AHV, zumal führende Kreise und Exponenten der FBP eine «vehemente Propaganda gegen die AHV» betrieben. Engagierten Einsatz für die AHV-Einführung leisteten Regierungschef Alexander Frick (FBP) und der Sekretär des Arbeitnehmerverbandes, der Abgeordnete Josef Sele (VU). Das Oberland befürwortet die Vorlage mit klarer Mehrheit (14.12.).

Insgesamt wird deutlich, dass «die AHV-Vorlage nur dank den sich in ihrer Mehrheit aus Arbeiterkreisen des Oberlandes rekrutierenden VU-Anhängern angenommen wurde und die Bürgerpartei-Wähler mehrheitlich gegen die AHV gestimmt» hatten (H. Hoch).

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
14420.

An den Landtagswahlen bewerben sich die Vaterländische Union, die Fortschrittliche Bürgerpartei und neu eine vom Arbeiterverband initiierte «Wahlliste der Unselbständig Erwerbenden und Kleinbauern». Sie erreicht fast sieben Prozent der Stimmen (13.2.).

Die Abgeordneten der Vaterländischen Union verlassen die Landtagssitzung, um ihre Forderung zu unterstreichen, in einem der drei Landesinstitute (Landesbank, LKW, AHV), nämlich der AHV, die Mehrheit der Verwaltungsratssitze und den Vorsitz zugesprochen zu erhalten (24.3.).

Auflösung des Landtages (13.5.).

Die Landtagswahlen bringen der Vaterländischen Union 49,57% der Stimmen und wie bisher sieben Sitze (14.6.).

Die Bürgerpartei gesteht der Vaterländischen Union Mehrheit und Vorsitz im Verwaltungsrat der AHV zu. Das Landtagspräsidium soll alternierend jährlich von der FBP zur Vaterländischen Union und umgekehrt wechseln.

Beck, Gustav Schädler und Anton Walser-Kirchthaler die Zusage, dass die Forderungen nach

- konstitutioneller Monarchie auf demokratischer und parlamentarischer Grundlage
- Verankerung der Staatsgewalt in Fürst und Volk
- Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Landtag
- Recht auf Initiative und Referendum u. a. m.

in der neuen Verfassung berücksichtigt werden würden. Dr. Peer wurde von Fürst Johann II. mit Schreiben vom 15. September 1920 provisorisch auf die Dauer eines halben Jahres als «Leiter der Regierungsgeschäfte» – der Begriff Landesverweser wurde geflissentlich vermieden – «mit allen nach der Verfassung und der Amtsinstruktion dem Regierungschef zukommenden Rechten und Vorzügen» ins Land berufen.

Die Auseinandersetzung mit und um Hofrat Dr. Peer, von beiden Seiten mit Erbitterung geführt, fand ihr Ende mit der von der Bürgerpartei lancierten Volksabstimmung vom 28. März 1921 über dessen Verbleiben im Amt. Eine Mehrheit der Wähler (993 Ja gegen 615 Nein) sprach sich zwar für das Verbleiben Peers aus. Da jedoch nicht die von Peer und seinen politischen Freunden erwartete $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der Wähler für ein Verbleiben seiner Person erreicht wurde, verzichtete dieser darauf, weiterhin in Liechtenstein im Amt zu bleiben.

Die Volkspartei hatte in den Jahren von 1918 bis 1921 als Minderheit im Landtag tatkräftig und ideenreich Oppositionspolitik betrieben. Die eher bewahrenden und gegenüber Veränderungen zurückhaltenden Kräfte im Staat begegneten ihr teilweise mit Ablehnung und Misstrauen. Diese Haltung hatte die Volkspartei durch ihre zuweilen aufreizende Tätigkeit mitbewirkt. Die Volkspartei bewies aber auch durch ihre konstruktive, verantwortungsbewusste und teilweise führende Mitarbeit in der Verfassungsfrage und bei den Zollverhandlungen mit der Schweiz, dass sie fähig und willens war, als staatstragende Partei zu wirken. Die Land-

tagswahlen von 1922 brachten die erhoffte Anerkennung für die während Jahren erbrachten Leistungen der Volkspartei.



Das «Liechtensteiner Vaterland» erscheint als erste liechtensteinische Zeitung fünfmal wöchentlich. Gründung des Liechtensteinischen Invaliden-Vereins (27.9.).

Eröffnung des Neubaus der Liechtensteinischen Landesbank am 28. November 1953. Das Foto zeigt (v. l.) Josef Ospelt (Regierungschef 1921/22), Dr. Josef Hoop (Regierungschef 1928 – 1945), Fürst Franz Josef II., David Strub (Landtagspräsident) und Alexander Frick (Regierungschef 1945 – 1962). Im Gebäude waren damals auch die Sammlungen des Historischen Vereins (heute: Liechtensteinisches Landesmuseum) und das Postmuseum untergebracht.

1954

Dr. Wilhelm Beck (1885–1936)
Rechtsanwalt, Politiker, Publizist

1955

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
14640.

Die Alters- und Hinterbliebenen-
Versicherung tritt in Kraft (1.1.).

Auszahlung der ersten
Übergangsrenten der Alters- und
Hinterlassenenversicherung (AHV).
Insgesamt erhalten etwa 600 AHV-
Empfänger und Empfängerinnen
eine Summe von 23 500 Franken.
Eröffnung des Landesmuseums im
Gebäude der Liechtensteinischen
Landesbank,
Bezug von neuen Räumen für das
Postmuseum (6.6.).
Eröffnung des Lyzeums auf
Gutenberg (22.11.).

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
14861.

In einer Thronrede spricht
Fürst Franz Josef II. Fragen
der demokratischen Staatsform
und der Parteien an (4.4.).
Die Rheingrenze Schweiz –
Liechtenstein wird auf die
Mittellinie der beiden Hoch-
wasserwuhre festgelegt (7.5.).
Das AHV-Abkommen mit
der Schweiz tritt in Kraft (25.5.).
Das benachbarte Österreich erklärt
die Neutralität (26.10.).

7. Wilhelm Beck (1885 – 1936). Bilder aus seinem Leben und Schaffen

Von Arthur Brunhart und Rupert Quaderer

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
15051.

- Gründung der Verwaltungs- und Privatbank Vaduz (6.4.).
- Gründung der Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein (23.6.).
- Jubiläum 150 Jahre Souveränität (8./9.9.).
- Einsetzung des ersten evangelischen Pfarrers in Liechtenstein (16.9.).
- Einweihung des neuen Real- schulgebäudes in Eschen (27.10.).



50. Geburtstag des Landesfürsten, zusammen mit Fürstin Gina, Regierungschef Alexander Frick (l.) und Landtagspräsident Dr. Alois Ritter (r.). In der zweiten Reihe zu sehen ist Prinz Philipp.



Ferdinand Nigg (1893–1957), seit 1923 Regierungssekretär, amtierte 1945–1957 als Vizeregierungschef. Er war ungemein belesen, vielfältig interessiert und hatte einen feinsinnigen Humor. Er war meistens die erste Anlaufstelle von zahllosen Menschen, die von Sorgen geplagt wurden. Sein phänomenales Gedächtnis war berühmt.

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
15361.

- Gründung des Landesverbandes der Liechtensteinischen Krankenkassen (29.4.).
- Der Liechtensteinische Arbeiterverband veranstaltet erstmals eine Mai-Kundgebung (1.5.).
- Überraschend stirbt Regierungschef-Stellvertreter Ferdinand Nigg (13.7.).
- Als neuen Vizeregierungschef nominiert die Vaterländische Union Josef Büchel aus Triesen.
- Die Landtagswahlen bringen der Vaterländischen Union annähernd 48% der Stimmen und sieben Mandate (1.9.).
- Die Vaterländische Union legt Wahlbeschwerde ein und begründet diese mit Wahlunregelmässigkeiten im Unterland (8.9.).

7.1. Wilhelm Beck in der Geschichtsschreibung

7.2. Der Lebenslauf

- Die Familie
- Volksschule und Gymnasien
- An den Universitäten Zürich und München
- Erste Berufstätigkeiten
- Oppositionelle Politik
- Die öffentliche Wirksamkeit
- Politische Veränderungen 1921–1928
- Krisen und Umsturz 1928
- Krankheit und früher Tod 1936
- Rede an seinem Grab

7.3. Der Publizist Wilhelm Beck

- Das Recht des Fürstentums Liechtenstein (1912)
- Kritik am geltenden Recht
- Wilhelm Beck und die Geschichtsforschung
- Anregungen für die Forschung
- Historische Publikationen
- Das Liechtensteinische Urkundenbuch
- Die Alprechtshölzer

7.4. Der Politiker Wilhelm Beck

- Partei Gründung
- Der Wegbereiter der Verfassung von 1921

W

Wohnbevölkerung
Liechtensteins:
15762.

Einführung der Familienausgleichskasse (1.1.).

Erlass eines Verfassungsgesetzes, das die vierjährige Mandatsdauer des Landtages und der Regierung sowie weitere Bestimmungen enthält (25.2.).

Gesetz zur Förderung des Baues von Eigenheimen (28.2.).

Liechtenstein-Pavillon an der Weltausstellung in Brüssel (17.4.).

Der Wegbereiter für den Zollanschlussvertrag mit der Schweiz

Die Loslösung von Österreich

Verhandlungsbeginn mit der Schweiz

Zusammenfassende Beurteilung

7.5. Der Privatmann Wilhelm Beck

Leben auf Lavadina

Charakterisierungen, Gegner und Freunde

Anekdoten aus seinem Leben

Bemerkungen aus Briefen Prinz Karls von Liechtenstein über Wilhelm Beck.

Anhang

Im Gedenken an den Gründervater der Vaterländischen Union.

Eine Würdigung. Von Oswald Kranz, Präsident der VU

W

Wohnbevölkerung
Liechtensteins:
16274.

Das liechtensteinische Staatsbudget überschreitet erstmals die Zehnmillionengrenze.

Eröffnung der Schwimm- und Badeanstalt Mühleholz (5.7.).

Der VU-Abgeordnete Johann Beck fordert am 6. August

1959 die Schaffung eines Jugendspargesetzes (6.8.).

Eröffnung der Ausstellung «Altes Kulturgut der Heimat» im Landesmuseum, das im Gebäude der Landesbank beheimatet ist (22.11.).

Anwendung des EFTA-Abkommens auf das Fürstentum Liechtenstein (31.12.).

Wilhelm Beck ist, wie etwa auch der liechtensteinische Regierungschef Prof. Gustav Schädler und weitere Persönlichkeiten Liechtensteins in den ersten drei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts, von der liechtensteinischen Geschichtsforschung bisher vergleichsweise stiefmütterlich behandelt worden. Das erstaunt umso mehr, als er eine der bedeutendsten Persönlichkeiten Liechtensteins im 20. Jahrhundert und bei vielen Angehörigen der älteren Generation unvergessen ist. Die von ihm als Bürger und Politiker geforderten, in den von ihm gegründeten «Obersrheinischen Nachrichten» unter die Einwohnerschaft gebrachten und gemeinsam mit seinen Mitkämpfern in der «Volkspartei» verwirklichten politischen Wünsche und Postulate, sein öffentliche Tätigkeit insgesamt haben eine beispiellose Nachwirkung erzielt. Er gilt als der stärkste Motor der Hinwendung Liechtensteins zu Schweiz, als der führende Kopf in den Auseinandersetzungen für eine neue, demokratische Verfassung, als Vorkämpfer für die Schaffung moderner Volksrechte und schliesslich als der Schöpfer grundlegender Gesetzeswerke. Als politischer Publizist nimmt er in der liechtensteinischen Pressegeschichte des 20. Jahrhunderts den bedeutendsten Platz ein.

7.1. Wilhelm Beck in der Geschichtsschreibung

Dass er (wie das etwa bei anderen, in ihrer Nachwirkung als bescheidener zu beurteilenden Persönlichkeiten der Fall ist) als Gesamtpersönlichkeit bisher nicht ein Ziel historischer Forschung geworden ist, kann andererseits wiederum nicht verwundern. Der politische Umsturz 1928 im Gefolge der sogenannten Sparkassenaffäre und ihrer beispiellosen politischen Ausschlichtung schufen völlig neue Bedingungen. Wilhelm Beck wurde trotz seiner Popularität zur Unperson gestempelt und teilweise unversöhnlich befeindet, seine beeindruckende Leistung trotz ihrer Nachhaltigkeit negiert, sein politisches Talent und seine schöpferische politische Kraft wurden ausgegrenzt.

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins: 16628.

Einführung der

Invalidenversicherung (1.1.).

Eröffnung des Kinos

in Schaan (1.1.)

Ratifikation des Beitrittes

Liechtensteins zur Kleinen

Freihandelszone EFTA (21.2.).

Der Fürst spricht die erleichterte

Einbürgerung lang an-

sässiger Ausländer an (21.2.).

Die Europäische Freihandelsasso-
ziation (EFTA) tritt in Kraft (3.5.).Die Regierung bezeichnet die
«Beseitigung der Spaltung in zwei
Wirtschaftsräume EFTA und EWG»
als «die Hauptaufgabe
der europäischen Staaten».

Der neue Grenzvertrag mit

Österreich tritt in Kraft (1.10.).

Verabschiedung der Neufassung
des Gesetzes über Erwerb und

Verlust des Landesbürgerrechts.

Die Liechtensteiner Staats-

bürgerschaft setzt nun

das Bürgerrecht einer liechten-
steinischen Gemeinde voraus. Ein

fünfjähriger Wohnsitz

im Lande ist Voraussetzung für

eine Einbürgerung.

Liechtensteinerinnen, die einen

Ausländer heirateten, verlieren die

liechtensteinische Staats-

bürgerschaft.

Ein zweites kommt hinzu. Die Quellenlage zur Erforschung seiner Person und seines Werkes ist denkbar schlecht, was die Beschäftigung mit dem Thema zeitraubend und schwierig macht. Was den Politiker, den Publizisten Wilhelm Beck und seine öffentliche Wirksamkeit betrifft, so wird sie gegenwärtig im Rahmen übergreifender Arbeiten erforscht (R. Quaderer; P. Geiger). Hier müssen die Forschungsergebnisse abgewartet werden. Immerhin können schon jetzt einige wichtige Aspekte des Politikers Beck aufgedeckt werden. Was den Menschen und die Persönlichkeit Wilhelm Becks angeht, so können einige wenige Quellen eingesehen sowie die Grabrede bei seiner Beerdigung und ein Nachruf im «Liechtensteiner Vaterland» benützt werden. Wie sehr Beck von politischen Gegnern abgelehnt wurde, wie wenig innere Grösse und geistiger Horizont zeitweise vorhanden war, belegt etwa der Umstand, dass das Zeitungsblatt der damaligen politischen Mehrheit 1936 den Tod dieses Pioniers, Publizisten, Abgeordneten und Landtagspräsidenten der Leserschaft nur in einigen dürren Zeilen mitteilte und seine politisch-publizistische Leistung mit keiner Silbe erwähnte. Eine wichtige Quelle sind dagegen die Berichte und Erzählungen jener Personen und Zeitgenossinnen und -genossen, die Wilhelm Beck gekannt haben.

7.2. Der Lebenslauf

Die Familie

Wilhelm Beck ist ein Triesenberger gewesen. Sein Geburtstag im Vaterhaus auf Lavadina fällt in ein Frühjahr, auf den 26. März 1885. Die Eltern waren der Kleinbauer Wilhelm Beck und die Hausfrau Karolina Beck-Schädler. Der Vater sass 1903-1906 im Gemeinderat und, so wird berichtet, sei (zusammen mit seinem Bruder Simon) der erste Gipser am Triesenberg gewesen. Sein Sohn Wilhelm hat später die Anliegen der liechtensteinischen Arbeiterschaft entschieden vertreten. Die Geschwister Wilhelm Becks waren Philomena, Kilian, Karolina und Andreas. Das Dorf Triesenberg zählte in Becks Geburtsjahr 912 Einwohnerinnen und Ein-

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:

17125.

Die Stimmbürger befürworten
ein neues Steuergesetz (12.3.).Das Stimmvolk nimmt eine
Initiative zur Änderung
des Abstimmungsverfahrens
bei Güterzusammenlegungen
an (6.8.).Eröffnung des Abendtechnikums
Vaduz (15.4.).Tod des ehemaligen Fürstlichen
Abgeordneten, Landtags-
abgeordneten und Regierungschefs
Prof. Gustav Schädler,
eines, wie es im Nachruf hiess,
«unerschrockenen Wahrers der
Volksrechte» (19.6.).Einweihung der neuen Realschule
Vaduz (15.7.).Landtagsbeschluss zur Errichtung
einer liechtensteinischen
Landesbibliothek (5.10.).Eröffnung des Heimatmuseums
Triesenberg (29.10.).Die Stimmbürger stimmen
einer Jagdinitiative zu, welche
die Jagdhoheit an den Grundbesitz
bindet (7./8.12.).Fürst Franz Josef II. verweigert die
Sanktion des Jagdgesetzes
(20.12.).

wohner, war also eine stattliche Gemeinde. Eine zahlenmässig grössere Einwohnerschaft wiesen damals nur die Gemeinden Triesen und Balzers auf.

Volksschule und Gymnasien

Die Triesenberger Primarschule wurde gemäss den Bestimmungen des Schulgesetzes von 1859 geführt. Das 1846 gebaute Schulhaus war gegen Ende des Jahrhundert längst zu klein geworden. 1891/92 baute die Gemeinde deshalb eine neue Schule. Unterrichtet wurden die Kinder in erster Linie von den Kloster-schwestern aus Zams, die von 1871 bis 1951 in Triesenberg pädagogisch tätig waren und auch landesweit im pädagogisch-schulischen Bereich Pionierarbeit leisteten. Zu Wilhelm Becks Zeiten hatte die Schule vier Lehrkräfte. Pfarrherr war Matthäus Müller, der bis zu seinem Tod 1934 in der Gemeinde wirkte. Diese verlieh ihm 1915 das Ehrenbürgerrecht. Während der Sommerferien verdingte sich Wilhelm Beck jeweils als Geisshirt in Oberschan auf der schweizerischen Rheintalseite. Es ist überliefert, dass Beck einen «unersättlichen Wissenstrieb» gehabt habe, und dass er während des Geissshütens Stenographie lernte.

Die nächste Schulstation war die 1858 gegründete, damals zweiklassige Landes-schule in Vaduz, die höchste Schule in Liechtenstein. Sie wird als «bescheidene höhere Elementarschule oder untere Sekundarschule» bezeichnet. Wilhelm Beck war, so sein Nachruf, «bald der Liebling des Lehrers». Er muss also ein wirklich guter Schüler gewesen sein, dessen weitere Förderung auf der Hand lag. Er absolvierte deshalb die Handelsschule Feldkirch und wechselte dann an die Handelsakademie in St. Gallen, wo er schliesslich maturierte.

An den Universitäten Zürich und München

Im Oktober 1906 immatrikulierte sich Beck – gleichzeitig auch der politische Weggefährte und nachmalige Regierungschef Gustav Schädler – an der Universität in Zürich und nahm das Studium der Rechtswissenschaften auf. Als der

W

ohnbevölkerung
Liechtensteins:
17761.

Gründung der Christlich-Sozialen Partei Liechtensteins (CSP).

Erscheinen des «Liechtensteiner» als Blatt der CSP, zeitweise unter dem Namen «Der Liechtensteiner Wochenspiegel».

Das Volk verwirft eine Vorlage für ein Zivilschutzgesetz (25.1.).

Die Stimmbürger nehmen ein von Fürst Franz Josef II. initiiertes Jagdgesetz an (25.2.).

Unterzeichnung eines Abkommens über die fremdenpolizeilichen Beziehungen Liechtenstein–Schweiz (20.2.).

Die Landtagswahlen bringen der Vaterländischen Union 42,8% der Stimmen, die Bürgerpartei kommt auf 47,18% Stimmenanteil. Erstmals beteiligt sich die Christlich-Soziale Partei (CSP), die über 10% der Stimmen erreicht, aber an der Sperrklausel von 18% scheitert.

Die CSP reicht vergeblich Beschwerde ein (23./25.3.).

Zweieinhalb Monate nach den Wahlen und nach der Ablehnung der CSP-Wahlbeschwerde tritt Regierungschef Alexander Frick zurück (13./22.6.).



«Der Liechtensteiner» (später auch: «Liechtensteiner Wochenspiegel») erscheint als Parteiblatt der CSP.

liechtensteinische Landesverweser Karl von In der Maur von der Immatrikulation erfuhr, erregte dies seinen Unwillen und führte zu bissigen Bemerkungen. Für Juristen resp. Landrichter war ein Studium in Österreich ein Erfordernis, und nun das: ausgerechnet Rechtswissenschaften, und das ausgerechnet in Zürich. Beck wird als ausserordentlich fleissiger Student geschildert, der täglich um fünf Uhr früh das Tagwerk begonnen habe.

Die Wahl des Studienortes ist in verschiedener Hinsicht interessant, zumal andere liechtensteinische Studenten in der Regel in Deutschland (Freiburg, Heidelberg, Tübingen, München) oder in Österreich (Wien, Innsbruck) studierten, und das Studium an den schweizerischen Universitäten (als nicht-katholischen Hochschulen) vermieden wurde. Allerdings hatte wenige Jahr zuvor, 1889, in Freiburg die erste katholische Universität ihren Betrieb aufgenommen. Sie umfasste auch eine juristische Fakultät, die aus der 1751 gegründeten Rechtsakademie herausgewachsen war. Die Motivation für Becks Studienwahl wäre noch zu untersuchen.

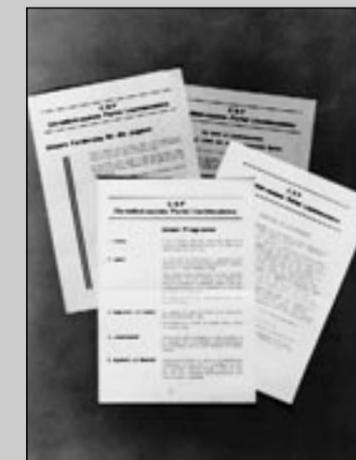
Die 1833 gegründete Hochschule Zürich (seit 1912 Universität) hatte einen guten Ruf und von Anfang an – allerdings vorerst ohne grosse Auswirkungen – auch Frauen zum Studium zugelassen. Sie war als Schöpfung der Regeneration liberalem Gedankengut verpflichtet. Die Stadt Zürich befand sich damals politisch gesehen im Spannungsfeld zwischen dem dominierenden Freisinn, den Demokraten und der immer stärker werdenden sozialen Bewegung. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie fassten festeren Fuss.

Wilhelm Beck war in ein neues und für ihn sicherlich aufregendes und spannendes Umfeld gekommen. Der Student, wird berichtet, nahm auch an den regelmässigen Versammlungen oder Treffen der liechtensteinischen Bauarbeiter, Gipser und Maurer in Zürich teil. Dabei habe er Vorträge zu Tagesfragen und zur politischen Lage gehalten. Es ist naheliegend, dass dabei oft auch die unbefriedigende Situation im Fürstentum Liechtenstein zur Diskussion stand.

Nach zwei zusätzlichen Semestern in München schloss Beck seine Studien mit einer Dissertation zum Thema «Das Fundrecht nach dem schweizerischen Zivilgesetzbuch unter Berücksichtigung des kantonalen und ausländischen Rechts» am 6. Mai 1911 mit Auszeichnung ab. Sie wurde im gleichen Jahr in Zürich gedruckt. Er widmete die Schrift seiner Mutter Karolina Beck-Schädler und dem Andenken des schon am 16. Februar 1906 verstorbenen Vaters Wilhelm.

Erste Berufstätigkeiten

Die erste berufliche Station fand er in Genf als Mitarbeiter einer Versicherungsgesellschaft. 1912 wechselte er in das Büro des bekannten Rechtsanwaltes Emil Grünenfelder von Vilters, Inhaber eines Rechtsanwaltsbüros in Flums. Dieser hatte in Freiburg und Bern studiert und war politisch in der katholisch-konservativen Partei (heute: CVP) tätig, auch als Präsident. Er war Kantonsrat (1909–1920), leitete als Regierungsrat (1920–1942) das Justizdepartement



1962–1974 beteiligte sich mit der Christlich-sozialen Partei (CSP) eine neue Partei am demokratischen Wettbewerb. Sie errang 1962 über 10% der Stimmen, scheiterte für den Einzug in den Landtag aber an der damaligen 18%-Sperrklausel. In den weiteren Wahlen bis 1974 sank sie in der Stimmgunst kontinuierlich ab.

Der Fürst ernennt Dr. Gerard Batliner zum neuen Regierungschef (16.7.).
Liechtenstein Vollmitglied des Weltpostvereins (13.4.).
Eröffnung der Landesbibliothek Vaduz (5.10.).
Erste Jungbürgerfeier (14.12.).

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
18425.Gründung der Liechten-
steinischen Musikschule (8.2.)Die Telefonzentrale der Landes-
verwaltung geht in Betrieb (4.3.).Einweihung der neuen
evangelischen Kirche Vaduz
Ebenholz (24.3.).

Landtagseröffnung (4.4.).

Brand der Ruggeller Rheinbrücke
(29.7.).25jähriges Regierungsjubiläum
von Fürst Franz Josef II.Regierungschef Dr. Batliner
bezeichnet ihn als Fürsten,
«der seine Stellung nicht als
willkommenes Erbe, sondern als
Aufgabe sieht, diese Aufgabe
aber in aller Bescheidenheit und
Schlichtheit» erfülle.Landtagsvizepräsident
Dr. Otto Schädler betont, dass
«Monarchie und Demokratie
sich nicht ausschliessen,
sondern im Gegenteil sich
gegenseitig ergänzen und ver-
einigt die ideale, Liechtenstein
einzig angemessene Staatsform
ergeben» (15.8.).Einweihung der Kirche
Schellenberg (22.9.).Eröffnung der Sesselbahn auf
das Sareiserjoch (15.12.).

und sass fast 40 Jahre im Schweizer Nationalrat (1905–1943). Nach Beendi-
gung der Tätigkeit bei Grünenfelder arbeitete Beck bis 1914 im Rechtsanwalts-
büro Guntli in St. Gallen. Emil Grünenfelder, dessen vielfältige politische, publi-
zistische und juristische Tätigkeit für Wilhelm Beck gewissermassen Vorbild-
charakter hatte, unterstützte den Liechtensteiner auch später, nachdem sich
dieser 1914 in Vaduz als Rechtsanwalt selbständig gemacht hatte.

Von Flums aus, wo Beck auch seine dort als Lehrerin tätige Frau kennengelernt
hatte, intensivierte er die Kontakte in die liechtensteinische Heimat. Schon zuvor
hatte er sich um den Posten eines Gerichtspraktikanten in Vaduz beworben. Als
er, wird berichtet, «dem damaligen Gerichtsvorstand, einem Österreicher aus
Feldkirch», seinen Wunsch vorgebracht hatte, gab ihm dieser zu verstehen, dass
man zu diesem Zwecke mit einem «Schusterdiplom» aus Zürich in Liechtenstein
nicht weiterkomme, vielmehr wäre dazu ein richtiges Studium notwendig». Sol-
che Erfahrungen waren nicht geeignet, einen selbstbewussten, kraftvollen und
auch streitbaren Mann wie Beck für das System einzunehmen.

Oppositionelle Politik

An einer Versammlung im April 1912 in der «Post» Schaan kritisierte er die
neue Gewerbeordnung und wurde deshalb vom Abgeordneten Fritz Walser «in
erregtester Weise» angegriffen. Im Zusammenhang mit diesem Gewerbege-
setz, einem «ruinösen und verfehlten» Gesetz, hatte sich schon seit 1911 in
Balzers eine oppositionelle Gruppe von Arbeitern gebildet, die bei Wilhelm
Beck Rat suchten. Zur Gruppe gehörten Alois Frick (Gängler), und etwa August
Frick und Josef Kaufmann. Mit Alois Frick, von Beruf Maurer und später Regie-
rungsrat, hatte Beck bis an sein Lebensende eine freundschaftliche Beziehung.
Dieser riet, den «Weg der Gesetzgebung» zu gehen und Leute in den Landtag
zu schicken, die sich für die Volksinteressen einsetzten. Dazu notwendig sei
ein «fester Zusammenschluss aller Gleichgesinnten, um so den Willen bei den

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
19085.Auftritt des ersten liechten-
steinischen Kabarett «Kaktus»
(18.4.).Einführung der Postleit-
zahlen (25.4.).Gesetz betreffend die Schaffung
einer Stiftung Pro Liechtenstein
(23.7.)Liechtensteiner Sonderschau
an der Olma St. Gallen (8.10.).Eine Initiative zur Abschaffung
der Zwangsmitgliedschaft in der
Gewerbegegenseinschaft und
der Gewerbeumlagen scheidet
(20.12.).

nächstjährigen Landtagswahlen in gesetzlicher, aber nicht misszuverstehender
Weise zum Ausdruck zu bringen». Beck gab in einem Brief vom 31. März 1913
den Rat, eine «Partei Gleichgesinnter» zu gründen, um «im Rahmen der gesetz-
lichen Ordnung eine Besserstellung zunächst der eigenen Lage, dann aber
auch anderer anzustreben».

Um dieses Ziel zu erreichen, musste allerdings direkt vor Ort Einfluss genommen
werden. Wilhelm Beck verlegte deshalb den Wohnsitz nach Liechtenstein und
eröffnete in Vaduz das erste liechtensteinische Rechtsanwaltsbüro. Die Kanzlei
von Wilhelm Beck befand sich im Vaduzer Städtle. Das Haus beherbergte neben
der Kanzlei auch die Wohnung. Als Arbeitgeber förderte Beck die Angestellten
und ermunterte sie zur Weiterbildung. In der Kanzlei arbeitete seit 1926 der Part-
ner Dr. Alois Ritter, in verschiedener Hinsicht ein Glücksfall für Wilhelm Beck.
Ritter war etwa mit den österreichischen Bundeskanzlern Julius Raab und Leo-
pold Figl lebenslang befreundet. Er war später ein aus der Volkspartei heraus-
gewachsener Exponent der Vaterländischen Union.

Die öffentliche Wirksamkeit

Am 25. April 1914 begann mit dem Erscheinen der von Wilhelm Beck redigierten
«Oberrheinischen Nachrichten» ein neues Kapitel Liechtensteins. Beck fand, wie
es in einem Nachruf heisst, «ein gelockertes Erdreich für seine demokratischen
Ideen». Aus der Gruppe um Wilhelm Beck und seine Mitstreiter entstand wenige
Jahre später die Christlich-soziale Volkspartei. Bei den Landtagswahlen 1914
wollte man einen «gründlichen Besen» machen; tatsächlich erhielt die Gruppe vier
Mandate: Wilhelm Beck, Josef Brunhart (Architekt, Balzers), Albert Wolfinger
(Bauer, Balzers) und Josef Sprenger (Schmied, Triesen). Beck wurde 1914–1928
und 1932–1935 ins Parlament gewählt. Dort wurde nun forsch debattiert, politi-
sche Dynamik ergriff das Land. Beck regte 1917 den Bau eines Landesspitals und
die Schaffung eines Steuergesetzes an. Das direkte und geheime Wahlrecht kam,

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
19304.Gründung des Vereins «Welt
und Heimat» (5.3.).Erweiterung der Kollegial-
regierung auf den Regierung-
chef und vier Regierungsräte.
Der Vizeregierungschef erhält die
bis dahin fehlende Stimm-
berechtigung in den
Regierungssitzungen (18.3.).Die Vaterländische Union
nominiert nach dem Rücktritt von
Josef Büchel Dr. Alfred Hilbe als
Regierungschef-Stellvertreter,
Andreas Vogt als Regierungsrat
(16.6.).Die Stimmbürger befürworten
eine Initiative betreffend eine
Revision des Gesetzes über die
Familien- und Kinderzulagen
(26./27.6.).

die «Christlich-soziale Volkspartei» (die Roten) und die «Fortschrittliche Bürgerpartei» (die Schwarzen) entstanden – die Parteien sind die direkte Frucht der Demokratisierung in Liechtenstein. Die Vertreter der Volkspartei, geführt vom dominierenden Wilhelm Beck, waren bedacht auf Ausbau der Volksrechte, Besserstellung des «kleinen Mannes» und Beteiligung der Liechtensteiner an Verwaltung und Regierung. Man wollte die Loslösung von Österreich.

Politische Veränderungen 1921–1928

Die Bedingungen änderten sich unter dem Druck der Beck-Gruppe rasch: Landesverweser Imhof trat zurück (1917), die von den Volkspartei-Delegierten Wilhelm Beck, Gustav Schädler und Anton Walser ausgehandelten Schlossabmachungen (September 1920) führten zur Verfassung vom 5. Oktober 1921. In den Landtagswahlen 1922 erzielte die Volkspartei eine Zweidrittelsmehrheit. Landtagspräsident wurde Wilhelm Beck, Regierungschef Gustav Schädler. Reformen begannen, und unter der Federführung Becks wurden grundlegende Gesetzeswerke geschaffen. Stichworte sind: Steuergesetz, Volksrechtgesetz (1922), Gründung des Lawenawerkes, Schaffung eines Kranken-, Alters und Invalidenfonds, Zollanschlussvertrag mit der Schweiz (1923), Einführung des Schweizer Frankens (1924), Personen- und Gesellschaftsrecht, Staatsgerichtshofgesetz (1925), 1927 das Gesetz über Treuunternehmen. Ein Zeitgenosse stellte fest: «Es darf heute gesagt sein, dass durch die gezielte Schaffenskraft von Dr. Wilhelm Beck der Staat zu sicheren Einnahmen kam, das ausländische Kapital gewann Vertrauen zur Gesetzgebung des Landes, dadurch konnte das Land selbst wirtschaftlich aufbauen».

Krisen und Umsturz 1928

Die beiden Jahre 1927 und 1928 waren von Krisen überschattet, die schliesslich zur Ablösung der Volksparteimehrheit, zum Regierungsantritt der Bürgerpartei

und in die autoritären dreissiger Jahre führten. Eine Rheinüberschwemmung verwüstete grosse Teile des Unterlandes (1927), die «Spar- und Leihkasse» geriet durch Verluste infolge mangelhaft oder nicht gedeckter Kreditpositionen und infolge von spekulativen Wechselgeschäften in tiefgreifende Schwierigkeiten (Sparkassaaffäre). Die verwickelten Personen wurden zur Rechenschaft gezogen. Fürst und Gemeinden leisteten (nicht in Anspruch genommene) Bürgschaften, die Regierung demissionierte. Der in die Affäre nicht verwickelte Wilhelm Beck musste sich als Präsident des Verwaltungsrates der Sparkassa wegen Verletzung der Aufsichtspflicht verantworten. Die vorgezogenen Neuwahlen zum Landtag 1928 brachten der Volkspartei einen Einbruch auf etwa 46 Prozent der Stimmen, was vier Mandate bedeutete. Die Volkspartei sah sich zunehmend ausgegrenzt, viele ihrer Anhänger fühlten sich ausgeschlossen. Wilhelm Beck, 1932–1935 wieder im Landtag, setzte sich mit grossem persönlichen Engagement für die Einführung des Proporz ein, der jedoch erst nach seinem Tod verwirklicht wurde. Als er am 20. Januar 1936 starb, hatte sich wenige Tage vor seinem Tod die grosse, aber geschwächte Volkspartei mit dem 1932–1935 existierenden kleinen, aktiven «Liechtensteiner Heimatdienst» zur neuen «Vaterländischen Union» zusammengeschlossen.

Krankheit und früher Tod 1936

Mitten in den Jahren, die als «die besten» gelten, hatte Wilhelm Beck gesundheitliche Schwierigkeiten bekommen. Schicksalsschläge und politisch motivierte Anfeindungen hatten ihn gesundheitlich angegriffen, eine lange und schwere Krankheit zehrte ihn schliesslich auf. Er hatte, wird berichtet, Milch von einer kranken Kuh getrunken, und litt deshalb an der «Bang'schen Krankheit». Aufgrund einer unrichtigen Diagnose (Malaria) wurde er zu lange falsch behandelt. Auch Kuraufenthalte und Untersuchungen in Wörishofen und Berlin fruchteten nichts. Als man in St. Gallen die Ursache endlich erkannte, war es zu spät. Starke

Der VU-Abgeordnete Roman Gassner verlangt im Landtag eine Konsultativabstimmung über die Einführung des Frauenstimmrechtes (12.11.).
Tod von VU-Präsident und Abgeordnetem Fürstl. Sanitätsrat Dr. med. Otto Schädler (25.12.).
Neuer Parteipräsident der Vaterländischen Union wird Dr. Franz Nägele.
Eröffnung der neuen Rheinbrücke Bendern-Haag (28.8).
Eröffnung des Kinderheims in Schaan (13.11.)

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
19916.

Die Vaterländische Union veröffentlicht ein neues Parteiprogramm (13.1.).
 Tod des ehemaligen VU-Abgeordneten und Landtagspräsidenten Fürstl. Justizrat Dr. Alois Ritter (31.1.).
 Die Landtagswahlen bringen keine wesentlichen Änderungen gegenüber 1962. Die Vaterländische Union erhält wieder den fünften Sitz im Oberland (4./6.2.).
 Eine Wahlbeschwerde der CSP vom 22. Februar wird vom Staatsgerichtshof abgelehnt.
 Eröffnung eines österreichischen Konsulates in Vaduz mit Konsul Dr. Herbert Batliner (21.10.).
 Gründung der Jugend Union als eine Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Union.
 Erster Präsident wird Adolf Heeb (22.10.). Nachfolger sind Eberhard Gassner, Gerold H. Schädler, Karl-Heinz Oehri, Vera Marxer, Norbert Ritter, Ivo Beck, und Christoph Lingg.
 Eröffnung der neuen Rheinbrücke Ruggell – Sennwald. (29.10.)

Medikamente, ein Krebsleiden und eine Lungen- und Rippenfellentzündung taten ein übriges. Er starb nach einem vierzehntägigen Aufenthalt im Spital Grabs am 20. Januar 1936 im Alter von nur 51 Jahren.

Mit Beck sank ein grosser, in seiner Partei aber dominanter Demokrat ins Grab. Welche Gesinnungsart ihn charakterisierte, zeigt eine Notiz in den «Oberrheinischen Nachrichten» von 1920: «Dr. Beck hat auf die ihm verliehene Regierungsjubiläums-Erinnerungsmedaille am 5. Oktober 1920 dankend verzichtet. Auszeichnungen und Titel kommen im allgemeinen unserer Bevölkerung als etwas Fremdes vor, weil sie eben nie bodenständige Einrichtungen waren. Die gute Absicht als solche des Fürsten und seiner Ratgeber verdienen immerhin Anerkennung».

Rede an seinem Grab

Am Mittwoch, 22. Januar 1936, wurde der zwei Tage zuvor gestorbene Wilhelm Beck in seiner Heimatgemeinde beerdigt. Der Überführung vom Trauerhaus auf Lavadina zur Pfarrkirche und zum Friedhof folgte, wie berichtet wird, «ein Leichenzug, wie ihn die Gemeinde Triesenberg noch nie gesehen» hatte. Kaplan Georges Klausener segnete den Verstorbenen ein, die Harmoniemusik spielte, die Vereine Sängerbund und Kirchenchor sangen ein Grablied. Die Abdankungsrede hielt Altkassier Johann Beck. Er führte aus:
 «Soeben haben wir einen der ersten und besten Männer unseres Landes auf dem letzten Gang zu seiner letzten Ruhestätte begleitet. Einen Mann, der soviel zum Wohle des Landes und der Gemeinde Triesenberg geleistet hat, dass er es verdient, dass wir ihm einen bescheidenen Nachruf widmen, ihm einige Worte des Dankes und der Anerkennung an seinem Grabe zollen. [Lebenslauf]. Dr. Beck erkannte aber auch, dass dem Lande neue Einnahmequellen erschlossen werden sollten. Er regte an, dass unser Jagdgebiet in mehrere Bezirke eingeteilt und dann der Konkurrenz unterbreitet werde. Eine Massnahme, die dem Land wohl den zehnfachen des früheren Jagdertragnisses einbrachte und dies, trotzdem die

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
20433.

Das Stimmvolk lehnt ein Gesetz zum Schutz der Alpgebiete und Bergland-Zonierung ab (22.2.).
 Vermählung von Erbprinz Hans Adam und Marie Gräfin Kinsky von Wchinitz und Tettau (30.7.).
 Gründung des Vereins für heilpädagogische Hilfe in Liechtenstein (5.10.).

Hälfte des Ertragnisses an die Gemeinden abgegeben werden musste, die früher leer ausgingen. Dann schuf er verschiedene Gesetze, unter anderen das Personen- und Gesellschaftsrecht. Ein Gesetz, das dem Lande schon Millionen eingebracht hat und wohl heute eine der besten Einnahmequellen des Landes ist, ihm aber Weltruhm schuf. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung war er ein Meister. Auch andererseits war er stets bemüht, dem Lande Einnahmen und Verdienstmöglichkeiten zu schaffen. Wenn ihm dies nicht immer gelungen ist, oder wenn es sich nicht immer auswirkte, wie es hätte sein sollen, so war es ihm selbst am wenigsten lieb. Auch der Gemeinde Triesenberg hat er direkt oder indirekt Einnahmen von ca. hunderttausend Franken verschafft. Auch als Dr. Beck in seiner Eigenschaft als Jurist mit den Jahren ein wohlhabender Mann wurde, blieb er das, was er war, ein schlichter Mensch, ein Mann, der eine offene Hand hatte und manche Not linderte.
 Aber auch Dr. Beck musste, wie wohl schon manch andere, die im öffentlichen Leben gestanden sind, erfahren, dass der Undank der Welt Lohn ist. Er hatte viele Neider.



Das Bild, aufgenommen anlässlich der Hochzeit des heutigen Fürstenpaares, zeigt u. a. Regierungschef Dr. Gerard Batliner (r.), Regierungsrat Dr. Gregor Steger (stehend) und Vizeregierungschef Dr. Alfred Hilbe (3. v. r.).

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
21237.Das Stimmvolk lehnt die
Abschaffung der Alkoholsteuer ab
(31.5.).Gesetz betreffend die Errichtung
der Stiftung Liechtensteinische
Staatliche Kunstsammlung (19.6.)Konsultativ-Abstimmung über
die Einführung des Frauen-
stimmrechts. Die Männer lehnen
hoch ab, die Frauen nehmen
knapp an (4.7.).Die Jugend Union bringt
das Postulat «Liechtensteinerin
bleiben» in die Politik ein (Juli).Im Dezember lanciert die
Vaterländische Union
eine Volksinitiative für einen
stärkeren Finanzausgleich
zugunsten der Gemeinden und
zu Lasten des Staates.wobei eine Verdreifachung des
Finanzausgleichs verlangt wird.Eröffnung einer Unterländer
Filiale der Liechtensteinischen
Landesbank in Eschen (14.9.).Eröffnung der neuen Rheinbrücke
Balzers–Trübbach (23.11.).

Als es dann mit seiner Gesundheit nicht mehr so recht klappte und wohl auch des Haders müde, zog er sich immer mehr vom öffentlichen Leben zurück. Am liebsten weilte er in seinem Elternhaus in Lavadina. Um seine Gesundheit wieder zu erlangen, ging er vor zwei Jahren zum Kurgebrauch in die Fremde. Von dort kehrte er, zwar nicht ganz gesund, aber doch so weit gebessert zurück, dass er wieder arbeiten konnte. Vor etwas mehr als Monatsfrist warf es ihn wieder auf das Krankenlager. Als die Krankheit immer schlimmer wurde, berief er die tüchtigsten Ärzte zu sich. Diese vereinbarten, ihn nach Walenstadt zu überführen, um ihn mit Hilfe technischer Mittel zu untersuchen, um so den Krankheitsherd besser feststellen zu können.

Obwohl man wusste, dass Dr. Beck schwer krank war, hoffte man doch, dass es den Bemühungen der Ärzte gelingen möge, ihn am Leben zu erhalten, und dass er, wenn auch nicht ganz gesund, so doch gebessert zu uns zurückkehren werde. Es sollte nicht sein. Der Herr über Leben und Tod hat es anders beschlossen. Montag früh durchlief die Trauerkunde das Land, Dr. Beck sei gestorben. Gestern wurde er von Walenstadt nach Triesenberg überführt, und heute haben wir ihn auf seinem letzten Gang begleitet. So stehen wir erschüttert an seinem Grabe.

Der Hinschied Dr. Becks ist für seine Angehörigen ein unersetzlicher Verlust, für seine Freunde und für diejenigen, die ihn näher kannten und mit ihm verkehrten, ein schwerer Schlag. Aber wenn der Schlag noch so schwer und wir uns vor Kummer und Weh kaum zu fassen vermögen, so steht es uns doch nicht an, mit den Ratschlüssen Gottes zu hadern. Da müssen wir denken, was Gott tut, ist wohlgetan, da müssen wir schweigen.

Schweigen nicht in Bitterkeit, sondern schweigen wie ein Kind, das zu Füßen seiner Mutter sitzt, das all ihr Tun und Treiben beobachtet, das aber doch nicht versteht, was sie tut, das aber ahnt und fühlt, dass alles zu seinem Besten geschieht. Für uns alle aber ist der Hinschied Dr. Becks, der, obwohl längere Zeit kränklich, nun doch unerwartet schnell mitten aus dem Schaffen heraus im be-

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
20930.Die 1944 von Fürst Franz Josef II.
wiederrichtete Gesandtschaft
in Bern wird in den Rang einer
Botschaft erhoben.Gründung eines Komitees
zur Erarbeitung von Unterlagen
im Zusammenhang mit der
Einführung des Frauenstimm-
rechtes (19.12.).Einweihung des renovierten
Rheinbergerhauses in Vaduz,
das die Musikschule beherbergte
und zeitweilig Tagungsort des
Landtages wird (16.3.).

sten Mannesalter einer tückischen Krankheit erlegen ist, eine ernste Mahnung, ein lautes «Seid Bereit».

Ich möchte nicht an geweihter Stätte und angesichts des offenen Grabens Dr. Becks Politik treiben. Diejenigen aber, die gleichsam immer mit Steinen nach Dr. Beck geworfen haben, möchte ich den Spruch zurufen, der da heisst: «Richtet nicht, damit ihr nicht gerichtet werdet».

In Trauer Versammelte, gedenket des teuren Verstorbenen und bringt für ihn die Gebete des Herrn dar.

Lieber Wilhelm. Du bist nun von uns gegangen. Was sterblich an Dir war, liegt nun hier neben denjenigen, die Dir im Tode vorausgegangen sind. Der Geist aber, das hoffen wir zuversichtlich, weilt nun oben in jenen lichten Höhen beim lieben Gott. Sei Du auch fernerhin unser Mittler und Fürsprecher und bitte ihn, dass er unsere Sorgen und Kümernisse mildere. Wir, die wir Dich erkannten, Dein edles Streben für Volk und Land, erkannt Deinen goldlauteren Charakter nach jeder Richtung hin, wir werden Deiner nicht vergessen. Dein frohes Gemüt und deine Hilfsbereitschaft sind Gedenksteine, die wir nicht übersehen werden.

Unser letzter Wunsch und Gruss in Dein Grab hinein, nein, nicht in Dein Grab hinein, weil über dasselbe hinaus, sei: «Lieber Wilhelm, die Erde Deiner Heimat, für die Du soviel Gutes getan, und an der Du mit jeder Faser Deines Herzens gegangen, sei Dir leicht».

«Ruhe in Gottes Frieden.»

7.3. Der Publizist Wilhelm Beck

Die Schaffenskraft Wilhelm Becks war sprichwörtlich. Die Schule in Feldkirch hatte er mit 13 «sehr gut» und einem «gut» abgeschlossen, das Studium mit Auszeichnung beendet. Als Politiker, Anwalt, Verfasser und Ratgeber arbeitete er über seine Kräfte hinaus. Fast jede Nacht, wird berichtet, las und schrieb er bis

Eröffnung der Heilpädagogischen Tagesstätte in Schaan durch die Landesfürstin (20.9.).
Der Landtag setzt das Wahl- und Mündigkeitsalter auf das vollendete 20. Lebensjahr herab (14.11.).
Fürst Franz Josef II. macht das Angebot, einem Kunsthaus in Vaduz Gemälde und Waffensammlung als Leihgaben zu übergeben (19.12.).



Der von 1970–1974 als Regierungschef amtierende Dr. Alfred Hilbe (Schaan) bei der Stimmabgabe. Unter seiner Regierung wurden verschiedene Reformen in Angriff genommen.

drei Uhr, meist auf kleine Notizzettel. Beck besass eine grosse Bibliothek. Zuletzt arbeitete er an einem Werk über Treuunternehmen, Vorträge führten ihn oft ins Ausland. Die Gesetzesarbeit trug ihm, so ein Nachruf, «von Gelehrten aus aller Welt höchste Anerkennung» ein. Er hegte Vorhaben wie den Bau eines Spitals auf den Letzina Triesen, wozu schon Planungen vorhanden waren. Die Gründung der «Oberrheinischen Nachrichten» 1914 ist, gerade in den damaligen Zeiten, eine Pioniertat ersten Ranges. Sie hat nachhaltige Bewegung in das Fürstentum Liechtenstein gebracht.

Das Recht des Fürstentums Liechtenstein (1912)

1914 eröffnete Wilhelm Beck im Vaduzer Städtle das erste liechtensteinische Rechtsanwaltsbüro. Zwei Jahre zuvor hatte er ein Buch «Das Recht des Fürstentums Liechtenstein» publiziert, verfasst «von einem möglichst objektiven Standpunkte aus, frei von liebedienerischen Rücksichten wie von übelwollenden Motiven». Er wollte «das Rechtsgefühl und -bewusstsein beim Leser» heben und «das liechtensteinische Recht volkstümlicher» machen. Der Bürger solle sich eine Sammlung der geltenden Gesetze anlegen oder ein einzelnes verschaffen können. Das Buch war «zur praktischen Benützung» gedacht. Ausländer, die sich für das Recht Liechtensteins interessierten, sollten eine Wegleitung haben. Die Schrift sei auch ein «bescheidener Beitrag zum Kampf» gegen irrige Ansichten in der «sehr mangelhaften, veralteten und oft ein wenig tendenziösen» Literatur über Liechtenstein.

In Liechtenstein fehlte eine Gesetzessammlung. Die Rechtsquellen lagen zerstreut und blieben oft unzugänglich, Verordnungen waren vergriffen oder man fand sie nur «zufällig». Das kommentierte Buch wird durch ein Sachregister erschlossen. Die Schrift ist als Pionierwerk der Vorläufer der «Systematischen Sammlung der liechtensteinischen Rechtsvorschriften».

Bei der Kritik der geltenden Gesetze bemängelte Beck die unverständliche Sprache, die geschraubten Sätze und den Gebrauch kaum verständlicher

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 21350.

Die Landtagswahlen bringen der Vaterländischen Union dank eines Sitzgewinns im Unterland die Mandatsmehrheit im Landtag. Neuer Regierungschef wird Dr. Alfred Hilbe (30.1/1.2.).
Tod des erst 43jährigen Hubert Marxer aus Eschen, Chefredaktor des «Liechtensteiner Vaterlandes» und Sekretär der Vaterländischen Union (20.2.).



Dr. Karlheinz Ritter und Dr. Alfred Hilbe nach dem Wahlsieg der Vaterländischen Union 1970 anlässlich ihres Antrittsbesuches bei Seiner Durchlaucht Fürst Franz Josef II.

Fremdwörter. Die Gesetze seien «nicht volkstümlich», also für das Volk ungeeignet. Er verlangte mehr Selbständigkeit des Gesetzgebers, man solle nicht «soviel abschreiben». Man habe Gesetze von Österreich rezipiert und dafür «gute, lebensfähige Rechtsideen über Bord» geworfen. Verschiedene Gesetze würden zwar in Liechtenstein, aber nicht mehr im Ursprungsland Österreich gelten, andere seien reformbedürftig. Der «Tropfen sozialen Öls» sei in der Gesetzgebung Liechtensteins «spärlich ausgegossen», der «moderne Sozialpolitiker» werde «unter den Abteilungen Pflege leider noch sehr viele Lücken finden».

Kritik am geltenden Recht

Hinsichtlich der völkerrechtlichen Stellung Liechtensteins unterstrich Beck, dass das Land ein «selbständiger, rechtlich völlig unabhängiger, souveräner Staat» sei; er hielt die enge Verbindung mit Österreich für bedenklich. Eine «derartige Stellung (nehme) selbst ein kontrahierender Protektorats- und Vasallenstaat seinem Oberstaat gegenüber nicht ein». Er betrachtet kritisch die Stellung des Fürsten, der «sowohl liechtensteinisches Staatsoberhaupt als auch erbliches Mitglied des österreichischen Herrenhauses und als solcher Staatsbürger Österreichs» sei. Diese «Doppelpersönlichkeit» könne etwa hinsichtlich Exterritorialität und Fürstensouveränität Konsequenzen haben. Eigentümlich sei, dass der staatsrechtliche Vertreter des Fürsten, der Landesverweser, ein fremder Staatsbürger sei, und «als solcher auch gegenüber seinem Heimatstaate völkerrechtliche Funktionen für einen dritten» ausübe».

Die subjektiven öffentlichen Rechte und Pflichten seien «in der liechtensteinischen Verfassung wie in allen monarchischen Verfassungen kümmerlich ausgestattet; es fehlt fast völlig an Rechtsschutz». Hinsichtlich der Gemeinden herrsche in Liechtenstein «das System des französischen Staatsabsolutismus». Kritik galt dem Armenrecht, der Arbeiterfürsorge, dem Mangel an freiwilliger Armenpflege.

Die Stimmbürger nehmen eine Vorlage auf Erhöhung des Finanzausgleichs zwischen Staat und Gemeinden an (1.3.).
Einführung der Arbeitslosenversicherung.
Der erste Mai wird Feiertag.
Wiedereröffnung der Gemäldegalerie (22.6.).
Einsturz der Rheinbrücke Schaan-Buchs (14.8.).
Freigabe einer Behelfsbrücke Schaan-Buchs (28.11.).
Abbruch der alten Realschule Vaduz (2.12.).
Liechtenstein wird kirchlich zum Dekanat (9.12.).



Der Schweizerische Bundesrat Nello Celio besuchte Liechtenstein am 20. August 1970. Gespräch zwischen (v. l.) Protokollchef Walter Kranz, Vizeregierungschef Dr. Walter Kieber, Regierungschef Dr. Alfred Hilbe und Bundesrat Nello Celio.

Schlimm sei es um den Kinderschutz bestellt. Es seien «doch kaum zehn Jahre her, seit die letzten Kinder öffentlich an den für deren Unterhalt Mindestfordern- den versteigert wurden»!

Beck bemängelt, dass neben Landrichtern auch Ärzte in Österreich ausgebildet werden müssten, obwohl Liechtenstein auf die schweizerischen Spitäler angewiesen sei! Er hielt es für stossend, dass in Österreich studierende Liechtensteiner als «Ausländer behandelt werden, die sich behufs Ausübung des Berufs naturalisieren lassen müssen, während umgekehrt Österreicher den Liechtensteinern als Staatsangestellte in Liechtenstein bevorzugt werden». Der Gesetzeswirrwarr sei «ungeheuerlich», die Verhältnisse seien «misslich».

Bemerkungen wie: die Abhängigkeit von Österreich sei für das rückständige Recht Liechtensteins verantwortlich, verärgerten einen Rezensenten in einem österreichischen Fachblatt. Becks Buch habe «nicht viel Gutes». Es sei schlecht eingeteilt, Beck mache Sprachfehler und zitiere unrichtig. Er beweise eine «krasse Unkenntnis» liechtensteinischer Belange und verwende zuviel Frage- und Ausrufezeichen. Die Darstellung sei ganz «auf schweizerische Verhältnisse zugeschnitten» und gegen Österreich eingenommen, obwohl Liechtensteins Existenzmöglichkeit durch die Zugehörigkeit zum Haus Liechtenstein und durch die Anlehnung an Österreich bedingt sei. Die Gesetzgebung, wehrte sich der über Liechtenstein gut informierte, aber teilweise unsachlich und höhnisch schreibende Rezensent, sei brauchbar und werde sich «auch weiter in den Bahnen des Fortschritts bewegen». Im Jahrbuch des Historischen Vereins wurde Becks Studie «als eine von namhaftem Fleisse zeugende, beachtenswerte Erstlingsarbeit» gewürdigt, die aber dort, «wo sie sich mit einer Kritik liechtensteinischer Gesetze und Einrichtungen beschäftigt, nicht immer das Richtige» treffe. Das «Volksblatt» brachte kurze Besprechungen. Anerkennend äusserte sich die Zeitschrift des internationalen Anwaltsverbandes.

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
21850.

Gründung der Stiftung für das Alter (16.2.).

In einer Abstimmung wird die Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechtes abgelehnt (26./28.2.).

Ein Lawinenunglück im Malbun fordert zwei Tote (29.2.).

Ein Demonstrationzug für das Frauenstimmrecht wird von Gegnern angegriffen (5.3.).

Einweihung des Jugendhauses Malbun (25.9.).

Einführung der obligatorischen Krankenversicherung (24.11.).



Enttäuschte Frauen demonstrieren nach der Ablehnung des Frauenstimm- und Wahlrechtes in einer vorangegangenen Abstimmung vor dem Regierungsbäude.

Wilhelm Beck und die Geschichtsforschung

Wilhelm Beck hat in seiner Schrift «Das Recht im Fürstentum Liechtenstein» auf die Bedeutung geschichtlicher Kenntnisse hingewiesen. Ein Anliegen war ihm etwa die Untersuchung der «wirtschaftlichen Stellung und Abhängigkeit der liechtensteinischen Bevölkerung von den Nachbarstaaten», in erster Linie hinsichtlich der «Wanderarbeiter». Wilhelm Beck hatte zahlreiche dieser liechtensteinischen Saisoniers während seiner Zürcher Studien getroffen. Dort teilte der junge Beck, wird berichtet, das Zimmer mit einem dieser «Wanderarbeiter». Mit ihnen diskutierte er die liechtensteinische Situation, er sah die Notwendigkeit von Untersuchungen wie der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ausland.

Anregungen für die Forschung

Beck regt in seinem Buch zur Erforschung der liechtensteinischen Rechts- und Wirtschaftsgeschichte an und wünschte die Sammlung der alten Rechtsquellen. Als Forschungsthemen nannte er: historische Grundlagen der Verfassung, Reallasten, Realrechte (Fronen, Grundzinse, Wassergerechtigkeiten, etc.), Tiermarken, Haus- und Familienzeichen, das alte Bienenrecht, Stellung und Bedeutung des Landammannes, Sprach- und Dialektforschungen, Grundrechte, Grundlasten, Staatswirtschaft (Budget) und volkswirtschaftliche Fragen (Grundbuch). Aktuellen Bezug hatte der Wunsch nach einer Untersuchung über die Vor- und Nachteile des bestehenden Zollanschlusses mit Österreich. Hochmodern muten Forschungsthemen an wie: Bodenzersplitterung, Wanderarbeiter (Migrationsforschung), Hygiene, Krankheit und Mortalität. Im Bereich der Kulturgeschichte nennt Beck das Brauchtum und die Sammlung von Sagen und Altertümern. Er wies auf die «öffentliche Meinung» als immer wichtigeren Faktor hin!



Im Februar 1975 wird die «Liechtensteinische Stiftung für das Alter» gegründet. Zu sehen (v. l.): Dr. Ivo Beck, Stiftungspräsidentin Fürstin Gina, Andreas Vogt, Walter Kranz, Alt-Regierungschef Alexander Frick.

Historische Publikationen

1917 veröffentlichte Wilhelm Beck verschiedene Arbeiten zu Themen der liechtensteinischen Geschichte. Im Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, dessen Mitglied Beck war, publizierte er eine rechts-historische Studie zum «Ehelichen Güterrecht und Ehegattenerbrecht nach unseren Rechtsquellen». Darin untersuchte er die Thematik bis zum Jahr 1809. Eingehend zur Sprache kommt dabei der Landsbrauch, das anfangs des 16. Jahrhunderts aufgeschriebene Gewohnheitsrecht, nach dessen Bestimmungen wichtige Teile des Rechtslebens seit dem Spätmittelalter geregelt wurden. Der Landsbrauch wurde in Liechtenstein 1809 definitiv abgeschafft und ersetzt – wobei das im neuen Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch geregelte eheliche Güterrecht die Gatten laut Beck schlechter stellte als bis dahin der Landsbrauch. Weitere Studien veröffentlichte Wilhelm Beck in den «Oberrheinischen Nachrichten», deren Gründer er ist. Seine bevorzugten Themen waren die ehemaligen staatlichen Verhältnisse und die Grundgesetze. Beck beschäftigte sich mit der «Landesverfassungsgeschichte», später mit dem «Landammann-Amt». Der Landammann wurde sowohl in der Herrschaft Schellenberg als auch in der Grafschaft Vaduz alle zwei Jahre von der wahlberechtigten Bevölkerung (damals nur Männer) gewählt. Es ist nicht verwunderlich, dass bei der Debatte um die Ersetzung des Amtes eines Landesverwesers durch einen liechtensteinischen Regierungschef auch der Name «Landammann» in die Diskussion kam. Eine weitere Artikelserie befasste sich mit der Frage der Entstehung der Landschaften.

Das Liechtensteinische Urkundenbuch

Anlässlich der Beratung des Landesvoranschlages für 1934 machte Beck im Landtag die Anregung, einen Kredit für die Veröffentlichung wichtiger, unser Land betreffender alter Akten zu bewilligen. Der Verein beschloss auf Einladung der

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 22414.

In einer Volksabstimmung werden eine Erhöhung der Zahl der Landtagsabgeordneten von 15 auf 21 und die Einführung einer Sperrklausel von 8% abgelehnt (30.6./2.7.). Der Rettungsdienst des Liechtensteinischen Roten Kreuzes nimmt seinen Betrieb auf (3.1.). Eröffnung des Liechtensteinischen Landesmuseums in den Räumen der ehemaligen fürstlichen Taverne (15.4.). Brand der alten Holzbrücke Balzers–Trübbach (11.10.). Bezug des neuen Gymnasiums im Mühleholz (6.11.). Zustimmung des Landtages zum Zusatzabkommen über einen Beitritt Liechtensteins zum Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EWG (28.11.).

Regierung, «künftighin im Jahrbuch unseres Vereins in Form eines Anhanges Urkunden zu veröffentlichen» und den Anhang auch als selbständige Publikation zu verbreiten. Dank seinem Vorschlag ist Wilhelm Beck der Anreger und der Auslöser für die Schaffung des bis heute fünf Bände umfassenden Liechtensteinischen Urkundenbuches. Er hat sich auch dadurch dauerndes Verdienst erworben.

Die Alprechtshölzer

Daneben förderte er punktuell geschichtlich-volkskundliche Belange. Als auf dem Triesenberg, wie Gewährleute berichten, eine Alpgenossenschaft die bekannten «Beigla» (= Hölzer, auf denen jeweils das Hauszeichen und die Alprechte eines Alpgenossen eingeschnitten sind) verbrennen wollte, weil sie seit 1868 nicht mehr gebraucht wurden, habe ihnen Wilhelm Beck die rechts- und wirtschaftshistorische Bedeutung der Hölzer klargemacht. Heute gehören die «Beigla», die später auf dem Estrich des Triesenberger Pfarrhauses aufbewahrt und 1942 von einem anderen bedeutenden Triesenberger, David Beck, im Jahrbuch des Historischen Vereins beschrieben wurden, zu den Prunkstücken des Triesenberger Walsermuseums.

7.4. Der Politiker Wilhelm Beck

Seit dem Jahr 1914 wurde der bis anhin eher behäbige Ablauf der Landtagssitzungen gestört: Der frischgebackene Jurist Dr. Wilhelm Beck war mit 29 Jahren nicht nur der jüngste Abgeordnete dieser Legislaturperiode, er war auch der respektloseste. Von der ersten Arbeitssitzung an meldete sich Beck häufig zu Wort und nahm in längeren Ausführungen und kritischen Kommentaren Stellung zu fast allen Punkten der jeweiligen Tagesordnung, übte Kritik an bestehenden Zuständen und unterbreitete Vorschläge zu deren Verbesserung. Bereits in der 2. Sitzung reichten Beck und seine Verbündeten drei Motionen ein, in welchen sie die «unentgeltliche Abgabe von Lehrmitteln in den Elementarschulen, Notstandsmassnahmen zwecks Beschaffung billigen Kredites, billiger Lebensmittel und

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
23156.Die Einführung des Frauenstimm-
und Wahlrechtes wird erneut
abgelehnt (9./11.2.).Die Jugend Union führt erstmals
die Veranstaltung «Die Jugend
grüsst und dankt dem Alter»
durch (5.5.).Die obligatorische Zivilehe wird
eingeführt (1.6.).Die Stimmbürger stimmen
der Einführung desKandidatenproporz bei Land-
tagswahlen zu (12./14.10.).Offizielle Eröffnung des
Liechtensteinischen Gymnasiums
(12.1.).Gründung der Liechtensteinischen
Gesellschaft für Umweltschutz
(8.2.).Letzte Matura im Lyzeum
Gutenberg (12.4.).Das Fürstentum Liechtenstein
und die Deutsche Demokratische
Republik nehmen diplomatische
Beziehungen auf (28.6.).

Arbeitsgelegenheiten» und die «Revision der am 1. Januar 1911 in Kraft getretenen Gewerbeordnung» forderten.

Die Auswahl der Problemkreise, die angegangen wurden, zeigt ein taktisch klug überlegtes Vorgehen: Es waren Bereiche, die breite Kreise der Bevölkerung betrafen und einen sozial-liberalen Anstrich hatten. Andere Vorstösse wiederum richteten sich gegen privilegierte Gruppen, wie etwa die Jagdpächter, die nach Ansicht Becks mehr Prämien bezahlen sollten.

Beck wollte ein wirklicher Vertreter des Volkes und seiner Anliegen sein. Diese Aufgabe hatten die bisherigen Landtagsmitglieder nach seiner Auffassung nicht mehr wahrgenommen. Er hatte sich deshalb gleich nach seiner Rückkehr ins Land im Jahre 1912 bemüht, Gleichgesinnte zu sammeln. Vor allem in Balzers, Triesen und Triesenberg fand Beck den Nährboden für die Verwirklichung seiner Vorstellungen. In einer konspirativ anmutenden Art und Weise arbeiteten Beck und seine Gesinnungsleute darauf hin, bei den Wahlen des Jahres 1914 Vertreter ihrer Gruppierung in den Landtag zu bringen.

Wilhelm Beck arbeitete seit 1912 aber auch daran, sich in der Öffentlichkeit zu profilieren, vor allem in seiner Heimatgemeinde Triesenberg. Die Stossrichtung dieser Tätigkeit zielte vor allem in zwei Richtungen: Opposition gegen etablierte Machtinstrumente und Einsatz für soziale Belange.

Die Bemühungen Wilhelm Becks und seiner politischen Freunde trugen Früchte: Bei den Landtagswahlen 1914 – es wurde noch indirekt über Wahlmänner gewählt – nahmen vier Abgeordnete der neuen Richtung im Parlament Einsitz.

Das Verhalten dieser Vierer-Gruppe brachte vor allem an die Adresse Wilhelm Becks gerichtete Kritik ein. Besonders der Landtagspräsident, Dr. Albert Schädler, wollte und konnte sich mit diesem nach bisherigen Normen unkonventionellen Verhalten nicht abfinden. Es kam zu Redegefechten, Geplänkeln und taktischen Zügen, wie man sie bisher im Landtag nicht gekannt hatte. Je nach Standpunkt wurde dies als Ruhestörung und unbilliges Verhalten oder als end-

lich ergriffene Gelegenheit empfunden, die Rolle des Landtages neu zu definieren. Zusätzlich setzte Beck als wichtiges und unentbehrliches ausserparlamentarisches Hilfsmittel die von ihm im April 1914 gegründete Wochenzeitung «Oberrheinische Nachrichten» ein.

Partei Gründung

Mit der Einführung des direkten Wahlrechts im Jahre 1918 wurde einem zentralen Anliegen Becks entsprochen. Dadurch war auch der Weg geebnet, parteipolitische Organisationen zu schaffen, um im bevorstehenden Wahlkampf möglichst viele Stimmen zu gewinnen.

Beck wurde von seinen Gegnern als «parteiGewaltiger Diktator» bezeichnet, der sozialistisches Gedankengut verbreite und statt erfahrenen Männern Knaben in den Landtag schicken wolle, die er zum «Jasagen und Handaufhalten und zu gewissen ermutigenden Zurufen einexerzieren» könne.

Am 6. März 1918 bezeichneten die «Oberrheinischen Nachrichten» eine Kandidatenliste als «Wahlvorschlag der Volkspartei»; bereits am 23. Februar des gleichen Jahres hatte die Beck'sche Gruppe sich als «christlich-sozial» bezeichnet. Somit hatte wenige Tage vor den Landtagswahlen vom 11. März 1918 die «christlich-soziale Volkspartei» als Resultat eines längeren Entstehungsprozesses die politische Szene Liechtensteins betreten. Da diese Partei liberalen, sozialen, aber auch sozialdemokratischen Ideen nahestand, wurde sie von ihren Gegnern als linkslastige, antikirchliche und monarchiegefährdende «Partei der Roten» eingeordnet.

Der Wegbereiter der Verfassung von 1921

Trotz guter Ergebnisse blieb die Volkspartei nach den Wahlen von 1918 in der Minderheit. Dies verführte einige ihrer Exponenten im Umfeld der revolutionären Vorgänge in Deutschland und in Österreich-Ungarn am Ende des



Wahlkampfveranstaltung der Vaterländischen Union. Zu sehen (v. l.) der früh verstorbene Abgeordnete Dr. Wolfgang Feger, Dr. Karlheinz Ritter, Dr. Franz Beck, Dr. Alfred Hilbe und Dr. Franz Nägele (VU-Präsident 1965-1973).

W

Wohnbevölkerung
Liechtensteins:
23745.

Die Landtagswahlen bringen der Vaterländischen Union den Verlust eines Oberländer Mandates und damit der Mehrheit im Landtag.

Die CSP bleibt unter 3% der Stimmen und verschwindet von der politischen Bühne (3.2.).

Der Landtag genehmigt das von der Jugend Union initiierte Postulat «Liechtensteinerin bleiben» (11.7.).

Hanni Wenzel erringt eine Gold- und eine Silbermedaille an den Ski-Weltmeisterschaften in St. Moritz, Willi Frommelt eine Bronzemedaille (8./9.2.).
Regierungschef-Stellvertreter wird Hans Brunhart (27.3.).

Das neue Ehegesetz (Zivilehe) tritt in Kraft (1.6.).

Gerichtspräsident Dr. Walter Hildebrand wird im Gerichtssaal erschossen (20.6.).

Brand der alten Holzbrücke Bendern – Haag (26.6.).

Dr. Otto Hasler wird neuer Präsident der Vaterländischen Union.

Ersten Weltkrieges, eine «Beschleunigung» der geschichtlichen Entwicklung anzustreben. Auch Wilhelm Beck erlag dieser Versuchung. Im November 1918 nutzte er zusammen mit Dr. Martin Ritter und Landtagsvizepräsident Friedrich Walser die Stimmung im Lande, um den Landesverweser Imhof zum Rücktritt zu bewegen. Dieser wohl vorbereitete Coup führte zur Wahl eines provisorischen Vollzugausschusses als Exekutive, dem auch Wilhelm Beck angehörte. Das besonnene Auftreten führender Personen beider Lager und die Einsetzung Prinz Karls von Liechtenstein in das Amt des Landesverwesers führten aus der verfahrenen Situation. Das im Dezember 1918 ausgehandelte Neun-Punkte-Programm bildete die Grundlage, um eine Verfassungsdiskussion einzuleiten.

Eine entscheidende Zäsur in dieser Verfassungsdiskussion stellten die Schlossabmachungen vom September 1920 dar. Die den Abmachungen vorausgehenden, mehrtägigen Verhandlungen waren massgeblich von Wilhelm Beck geprägt. Die Volksparteivertreter setzten durch, dass ihre Forderungen nach einer konstitutionellen Monarchie auf demokratischer und parlamentarischer Grundlage, die Verankerung der Staatsgewalt in Fürst und Volk, die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Landtag, das Recht auf Initiative und Referendum auf Gesetzes- und Verfassungsebene u. a. m. berücksichtigt wurden.

Bereits im Juni 1920 hatten die «Oberrheinischen Nachrichten» einen Verfassungsentwurf Wilhelm Becks veröffentlicht. Dieser enthielt einige Ansätze, die einer Totalrevision der Verfassung von 1862 gleichkamen. Neben den in den Schlossabmachungen durchgesetzten Forderungen sah der Entwurf Wilhelm Becks z. B. auch vor, das Notverordnungsrecht des Fürsten einer nachträglichen Zustimmung des Landtages zu unterstellen. Solche Vorstellungen eilten allerdings ihrer Zeit weit voraus, vielleicht sogar über unser Jahrtausend hinaus.

Der von Dr. Josef Peer als Regierungsvorlage ausgearbeitete Verfassungsentwurf stützte sich sowohl auf die Schlossabmachungen als auch auf den Entwurf

W

Wohnbevölkerung
Liechtensteins:
23947.

Liechtenstein erhält im Europarat den Status eines Beobachters (22.1.).

Die Stimmbürger lehnen zwei Finanzvorlagen des Landtages für Steuererhöhungen und Kürzung des Finanzausgleichs ab (28.2./2.3.).

Einweihung der neuen Brücke Mäls-Trübbach (7.6.).

Eröffnung des historischen Höhenweges auf dem Eschnerberg (15.6.).

Beteiligung Liechtensteins an der Gipfelkonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki (30.7. – 1.8.).

Einweihung der ersten Beschützenden Werkstätte Liechtensteins (3.10.).

von Wilhelm Beck. Die Verfassungskommission des Landtages, in der Wilhelm Beck nicht vertreten war, nahm noch einige Eingriffe zugunsten der konservativen Kräfte vor. Am auffälligsten ist, dass die im Schlossprotokoll aufgestellte Bestimmung, als Regierungschef komme nur ein gebürtiger Liechtensteiner in Frage, durch die Formulierung «kommt in erster Linie ein gebürtiger Liechtensteiner in Betracht» ersetzt wurde.

Der Wegbereiter für den Zollanschlussvertrag mit der Schweiz

Infolge des Ersten Weltkrieges waren für Liechtenstein die politischen und wirtschaftlichen Nachteile des engen Anschlusses an Österreich deutlich geworden. Als besonders belastend wurde empfunden, dass in Liechtenstein die Arbeitslosigkeit, der Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen, der Währungsverlust und die höheren Steuerabgaben mitgetragen werden mussten. Zusätzlich war auch gegen das von Österreich während des Krieges angewendete Kontrollsystem im Ein- und Ausfuhrbereich Widerstand erwachsen. Insgesamt fühlte sich ein Grossteil der Bevölkerung von dem nach österreichischem Muster ausgerichteten Regierungs- und Verwaltungssystem eingeengt, ja bevormundet. Die sich manifestierende innenpolitische Opposition war wesentlich von dieser Stimmung beeinflusst. Die Idee der Loslösung vom österreichischen Währungs- und Wirtschaftssystem war von der Hoffnung getragen, durch eine wirtschaftliche Neuorientierung auch einen politischen Neubeginn zu initiieren.

In Liechtenstein herrschten zwei Auffassungen vor, wie die wirtschaftliche Neugestaltung in Angriff genommen werden sollte: Ein möglicher Weg wurde in einem Zusammengehen auf neuer Basis mit der Republik Österreich gesehen; das radikalere Szenario sah die Lösung in der Hinwendung zur Schweiz. Die erstere Ansicht wurde eher im Unterland vertreten, der Schritt zur Schweiz hin hingegen wurde eher im Oberland, vorwiegend in den von der Volkspartei dominierten Gemeinden, angestrebt.



Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Kreisky (6./7. Januar 1975). Am Tisch sitzen (v. l.) Regierungschef Dr. Walter Kieber, Bruno Kreisky, Botschafter Prinz Nikolaus von Liechtenstein, Vize-regierungschef Hans Brunhart und Botschafter Prinz Heinrich von Liechtenstein.

Die Loslösung von Österreich

Als Wilhelm Beck im Gefolge der Ereignisse des 7. November 1918 in den provisorischen Vollzugausschuss, d. h. in die Übergangsregierung, gewählt wurde, vertrat er dort gemeinsam mit Martin Ritter die Auffassung, Liechtenstein sei als souveräner Staat nicht mehr an Ausfuhrbeschränkungen seitens Österreichs gebunden. Die liechtensteinische November-Regierung äusserte sogar grundsätzliche Zweifel, ob der Zollvertrag aufrecht erhalten werden könne. Als sicher erschien ihr, dass «in absehbarer Zeit» eine Neuregelung eintreten müsse. Weitere Unliebsamkeiten ergaben sich obendrein dadurch, dass Österreich mit den Zahlungen der Vergütungsbeiträge aus den Zolleinnahmen in Rückstand geriet.

Diese Folgen veranlassten Wilhelm Beck, in der Landtagssitzung vom 21. Januar 1919 zu bemerken: «Wir werden nicht den Mittelmächten helfen müssen, die Schulden zu zahlen. Sollen wir arm werden, obwohl wir ein neutrales, kleines Land sind?» Als in der Sitzung vom 14. Juni 1919 geäussert wurde, man sollte mit einer Veränderung des Zollvertrages zuwarten, bis die politische Lage sich beruhigt habe, trat Wilhelm Beck dieser Meinung energisch entgegen. Er forderte, es dürfe nicht mehr länger abgewartet werden. «Wir lassen grosse Zölle einziehen und wissen nicht, ob wir etwas bekommen», tadelte Beck und prophezeite gleichzeitig: «Mit unseren Banknoten können wir vielleicht noch die Lusthäuschen tapezieren». Er verlangte energisch, das Zollverhältnis mit Österreich müsse sofort aufgelöst werden. Im gleichen Votum kritisierte er «die hiesigen offiziellen Stellen», die betreffs Zollanschluss immer noch nach Österreich neigen würden.

Um den politischen Druck noch zu verstärken, hielten Wilhelm Beck und Gustav Schädler öffentliche Vorträge über die Zollverhältnisse. In Balzers wurde nach einem Vortragsabend am 16. Juli 1919 eine Resolution verabschiedet. Darin wurde Wilhelm Beck beauftragt, die Wünsche des Volkes weiterzugeben. Unter anderem wurde verlangt, mit der Schweiz müsse «konferenziell verhandelt» werden. Die Friedensbedingungen, vor allem die Forderung nach Reparationen, riefen in Liech-

tenstein Befürchtungen hervor, man werde in den Sog der hohen Abgaben und Steuern geraten. Deshalb, so forderte Wilhelm Beck, müsse nun mit der Schweiz nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch über einen Wirtschaftsanschluss verhandelt werden. Die Regierung – sie stand unter dem Vorsitz von Prinz Karl von Liechtenstein – geriet durch die Öffentlichkeitsarbeit Wilhelm Becks unter Zugzwang und beschloss am 24. Juli 1919, in der nächsten Landtagssitzung vorzuschlagen, bei der österreichischen Regierung die Auflösung des Zollvertrages zu beantragen. Als die Regierung beschloss, den Zollvertrag zu lösen, gleichzeitig aber eine Vereinbarung mit Deutsch-Österreich wegen eines Handelsabkommens anzustreben, sprach sich Wilhelm Beck als Regierungsrat gegen diese Lösung aus. Inzwischen handelte Beck eigenmächtig. Als Regierungsrat hatte er bereits am 1. Mai 1919 die Zolldirektion in Chur wegen zollstatistischen Daten angefragt «zwecks Studiums über einen allfälligen Zollanschluss unseres Landes an die Schweiz.» Die Zolldirektion Chur leitete das Schreiben Becks an die eidgenössische Oberzolldirektion in Bern weiter mit der Frage, ob beim Politischen Departement Bedenken gegen eine Auskunft bestehe. Die Zolldirektion Chur wurde ermächtigt, die gewünschte Auskunft zu erteilen.

Die ausserparlamentarische Tätigkeit der Volksparteivertreter unter der Führung Wilhelm Becks verfehlte ihre Wirkung auf den Landtag nicht. Am 2. August 1919 sprach sich die liechtensteinische Volksvertretung einstimmig dafür aus, den im Jahr 1876 abgeschlossenen und seit 1919 verlängerten Zollvertrag mit Österreich «im Verhandlungswege» aufzukündigen. Der Weiterbestand des Zollvertrages wurde «bei den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Zuständen weder für Österreich noch für Liechtenstein als vorteilhaft angesehen.

Verhandlungsbeginn mit der Schweiz

Die erste Verhandlung zwischen schweizerischen und liechtensteinischen Unterhändlern fand am 23. Januar 1920 statt. Die liechtensteinische Delegation wurde

Eröffnung der neuen Rheinbrücke Vaduz–Sevelen (13.10.). Das Stimmvolk verwirft eine Verfassungsinitiative der FPB zur Einführung einer sog. Mehrheitsklausel (28./30. 11.). Die Klausel will, dass eine Wählergruppe, die im ganzen Land insgesamt mehr als 50% der massgeblichen Stimmen erhält, automatisch die Mehrheit der Sitze im Landtag bekommt. Die Mehrheitsklausel hätte den Bestand der beiden unabhängigen Wahlkreise Unter- und Oberland gefährdet. Gründung der Liechtensteinischen Kunstgesellschaft (13.12.).

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
24169.Gaflei ist Etappenziel der
Tour de Suisse (12.6.).Gründung der Kunsthaus-
Stiftung (22.6.).Der Landtag ermächtigt die
Gemeinden, das Frauen-
stimmrecht autonom auf
Gemeindeebene einzuführen
(7.7.).*Fürst Franz Josef II. unterzeichnet
am 16. August 1976 das Verfas-
sungsgesetz zur Einführung des
Frauenstimmrechtes auf Gemein-
deebene.*

von Prinz Eduard von Liechtenstein angeführt. Weitere Delegationsmitglieder waren Landtagspräsident Friedrich Walser, die Abgeordneten Wilhelm Beck und Emil Batliner sowie Gesandtschaftsträger Dr. Emil Beck. Bei diesen zweitägigen Verhandlungen trat Wilhelm Beck vor allem dadurch hervor, dass er Bedenken der schweizerischen Vertreter zu beseitigen suchte. Beck war es auch, der bei dieser Besprechung auf einen raschen Abschluss der Verträge mit der Schweiz drängte.

Am 16. Februar 1920 richtete Landesverweser Prinz Karl von Liechtenstein das offizielle Ersuchen an den Schweizerischen Bundesrat, Verhandlungen «wegen Abschluss eines Zollvertrages ...» einzuleiten.

Nachdem die Schweizerische Regierung ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt hatte, auf weitere Verhandlungen einzutreten, fand vom 24. bis 30. Mai 1920 eine Begehung der liechtensteinisch-vorarlbergischen Grenze statt. An dieser Begehung nahm auch Wilhelm Beck teil. Bei der Begehung wurde festgestellt, dass – wie Wilhelm Beck bereits bei der Besprechung vom Januar 1920 festgehalten hatte – diese Zollgrenze weniger Bewachungspersonal benötigte als schweizerischerseits ursprünglich angenommen worden war.

In den folgenden drei Jahren ging die Verhandlungsführung weitgehend an den liechtensteinischen Geschäftsträger in Bern – Dr. Emil Beck – über. Wilhelm Beck setzte sich vorwiegend landesintern immer wieder dafür ein, die Verhandlungen voranzutreiben. Er machte sich bei den Gemeinden, den Gewerbetreibenden, den Arbeitern etc. für den Zollvertrag stark und wies ständig auf die Vorteile hin, die Liechtenstein in wirtschaftlicher Hinsicht, aber auch durch die politische Vorbildwirkung der Schweiz erwachsen würden.

Wilhelm Beck kann als der stärkste Promotor der Loslösung von Österreich und der Hinwendung zur Schweiz angesehen werden. Er konzentrierte alle seine Energie und ganzen Einfluss seiner Persönlichkeit auf diesen für Liechtenstein äusserst bedeutsamen und mutigen Schritt. Für dieses Ziel war er bereit, gegen

starke und einflussreiche konservative, ja teilweise reaktionäre Kräfte anzukämpfen und auch das Risiko eines eventuellen Misslingens in Kauf zu nehmen. Insgesamt ist der von Wilhelm Beck erbrachte Leistungsausweis dieser Jahre enorm. Gegen vielfachen Widerstand gelang es ihm, nicht nur den Abschluss des Zollvertrages mit der Schweiz entscheidend zu beeinflussen, sondern auch die Verfassung grundlegend mitzugestalten und bei den Wahlen von 1922 die Volkspartei zu einer komfortablen Mehrheit im Landtag zu führen.

Zusammenfassende Beurteilung

Wilhelm Beck betätigte sich seit 1912 als «homo politicus Liechtensteinensis» und wurde 1914 zum Kristallisationspunkt oppositioneller Kräfte. Geschickt verstand er es, vorhandene Unzufriedenheiten mit dem teilweise verkrusteten politischen System für sich auszunutzen, wobei ihm die durch den Ersten Weltkrieg bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten entgegenarbeiteten. Als begabter, ehrgeiziger, volksverbundener junger Jurist verstand er es, die Anliegen eines grossen Teiles der liechtensteinischen Bevölkerung aufzunehmen, diese zu bündeln und als Vertreter des einfachen Volkes weiterzugeben. Er verhielt sich respektlos kämpferisch gegenüber etablierten Mächten. Dies zeigt sich etwa darin, dass er auf die ihm 1920 vom Fürsten verliehene «Regierungsjubiläums-Erinnerungsmedaille» verzichtete. Er begründete diese Haltung folgendermassen: «Ich wünsche gemäss dem historischen Charakter unseres Volkes als einfacher, demokratischer Bürger ohne sachlich nicht begründete Auszeichnung zu leben mit dem Wunsche, dass Liechtenstein bald eine neue demokratische Verfassung erhalte...»

Sein ausgeprägter Ehrgeiz und sein ungeduldiges Streben nach Macht und nach demokratischen Fortschritten setzten ihn der Gefahr aus, manchmal allzu sehr zu taktieren oder sogar der Versuchung zu erliegen, Schritte bis in den Grenzbereich der Legalität zu tun. Trotzdem stellte Wilhelm Beck in diesen Jahren für

Anerkennung der liechtensteinischen Matura durch die Eidgenössische Maturitätskommission (13.7.).
Der «Liechtensteiner Wochenspiegel» stellt sein Erscheinen ein (10.9.).
Vaduz führt das Frauenstimm- und Wahlrecht ein (17./19.9.).
Die Stimmbürger lehnen den Bau einer Umfahrungsstrasse Vaduz – Schaan ab (17./19.9.).
Das «Liechtensteiner Vaterland» wird Tageszeitung.

W

Wohnbevölkerung
Liechtensteins: 24715.

In Vaduz

können die Frauen erstmals ihr Wahlrecht ausüben (15./17.4.).

Kunsthaut-Architekturwettbewerb (27./29.6.).

Eröffnung der neuen Rheinbrücke Schaan-Buchs (24.9.).

Die Stimmbürger bewilligen einen Kredit für den Bau einer Geschützten Operationsstelle (30.9./2.10.).

Eröffnung der liechtensteinischen Jugendherberge in Schaan (10.12.).



Festlichkeit anlässlich des 70. Geburtstages von Fürst Franz Josef II., zusammen mit Fürstin Gina, in der zweiten Reihe Prinz Philipp und seine Frau Isabelle, geborene de l'Arbre de Malander.

viele Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner die Identifikationsgestalt im Kampf um mehr Volksrechte dar. Diese Wirkung ist wohl darin begründet, dass Wilhelm Beck einerseits ein visionärer Vordenker war und andererseits die emotionale Kraft hatte, seinen Ideen zum Durchbruch zu verhelfen.

7.5. Der Privatmann Wilhelm Beck

Mit dem Heimatort Triesenberg war Wilhelm Beck Zeit seines Lebens eng verbunden. Es war ihm besonders in den schweren letzten Lebensjahren ein eigentlicher Zufluchtsort. Den Weg Vaduz – Triesenberg bewältigte er oft zu Fuss, obwohl er ein Auto hatte und Vizepräsident des Automobilclubs war. Er verschaffte Triesenberg spezielle Einnahmen (Einbürgerungen, Verbesserungsvorschläge). 1968, anlässlich der Feier «200 Jahre Pfarrei Triesenberg», brachte die Gemeinde in Erinnerung an Wilhelm Beck und David Beck je ein Relief im renovierten Rathaus (altes Pfarrhaus) an. Der Vorsteher, Alfons Schädler, würdigte Wilhelm Beck und betonte, dass, «je mehr wir zurückschauen, desto mehr müssen wir als Triesenberger auf unseren verewigten Mitbürger Wilhelm Beck stolz sein, der an der Wiege des wirtschaftlichen Aufstieges des Landes Liechtenstein Pionierarbeit geleistet hat».

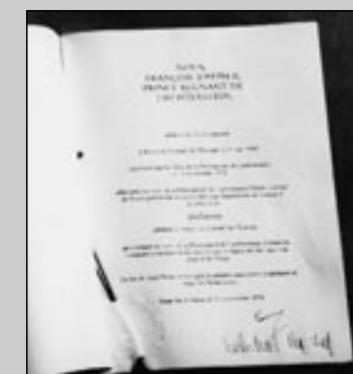
Die Heimatverbundenheit Becks zeigt sich etwa in der Förderung der Harmoniemusik, die er bei der Anschaffung von Instrumenten unterstützte, zumal der spätere Regierungsrat Alois Schädler, ein enger Freund Becks, Kapellmeister war. Anlässlich der Jubiläumsfeier «25 Jahre Harmoniemusik Triesenberg» am 2. Juni 1929 widmeten Wilhelm Beck und andere eine Fahne. Sie zeigte auf der einen Seite das Steger Kirchlein mit dem Motto des Vereins: «Rein im Klange, treu im Wort, freie Walser immerfort». Die andere Seite zeigte die Lyra der Musik.

W

Wohnbevölkerung
Liechtensteins:

25340.

Unterzeichnung des neuen Postvertrages in Bern (9.1.). Die Landtagswahlen bringen der Vaterländischen Union die Mandatsmehrheit im Landtag (2.2.). Regierungschef wird Hans Brunhart, Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter (25.4.). Liechtenstein wird Mitglied des Europarates (28.9./15.11.).



Liechtenstein tritt dem Europarat bei. Die auf den 21. November 1978 datierte Urkunde trägt die Unterschriften von Fürst Franz Josef II. und Regierungschef Hans Brunhart.

Leben auf Lavadina

Gewohnt hat Wilhelm Beck mit seiner Familie, mit Frau und vier Kindern (Anna, Emil Wilhelm [† 1927], Ivo [† 1993], Gertrud), im Vaterhaus auf Lavadina. Im 1932/33 daneben erbauten Haus lebte er erst ab November 1935. Er führte ein offenes und gastliches Haus, in das am Sonntag viel Besuch kam. An Sonn- und Feiertagen wanderte die Familie oft auf Guggerboden zum Fültritt, wo gegessen, gespielt und gelesen wurde. Die Lasten trug der weitem bekannte Esel «Manolo». Wilhelm Beck achtete darauf, dass in der Familie der walsersche Berger-Dialekt gesprochen wurde. Zum Haus des Tierfreundes Beck gehörte auch eine zugewanderte Hauskröte, die Beck nach dem Sprichwort: «Wo eine Kröte sich ansiedelt, wohnen gute Leute» schützte.

Das Vaterhaus auf Lavadina hatte einen kleinen Anbau, in dem der volksverbundene und leutselige Wilhelm Beck sonntags die oft zahlreichen rat- und hilfeschuchenden Triesenberger kostenlos beriet. Sein soziales Verständnis äusserte sich darin, dass er 1913 (mit Erfolg) gegen einen Kirchenneubau in Triesenberg Stellung bezog: man solle das Geld lieber in einen Armenfonds stecken. Beck war aufgeschlossen, vielseitig, und hatte moderne Ansichten. Er unterstützte das Frauenstudium und besass zeitweilig einen Töff. In seinem Haus war das erste Radio auf dem Triesenberg empfangsbereit; die Leute kamen und hörten mit.

Charakterisierungen, Gegner und Freunde

In Nachrufen und in den Berichten der Zeitgenossen werden Becks charakterliche Vorzüge hervorgehoben. Er galt als grosszügig, hilfsbereit, einfach, bescheiden, leutselig, offen, aufgeschlossen und humorvoll. Er hatte, heisst es im Nachruf, ein «goldenes Herz» und einen «köstlichen Humor». Allerdings heisst es dort auch, dass ein solch starker Charakter und überlegener Geist «nicht ohne Widerspruch bleiben» konnte, dass «Neid und politische Rachsucht sich gegen

W

Wohnbevölkerung
Liechtensteins:
25808.

Der Landtag genehmigt ein Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung (5.7.).

Erster offizieller Skisprungwettbewerb im Steg (11.2.).

Verkauf der Burg Gutenberg in Balzers, die in das Eigentum des Staates übergeht (26.9.).

Verabschiedung des Jugendgesetzes (19.12.).

ihn erhoben und ihn zu vernichten versuchten». Er hatte erbitterte Gegner und unversöhnliche Feinde.

Wilhelm Beck hatte andererseits zahlreiche gute und treue Freunde, auch über die Parteigrenzen hinweg. Darunter befanden sich etwa Pfarrer Ludwig Jenal, Gustav Ospelt (Hoval), der die Installationen im neuen Haus machte und mit dem ihn die Begeisterung für Technik verband, politische Weggefährten – wie etwa Alois Frick aus Balzers, Regierungsrat Alois Schädler, oder Johann Schädler – sowie Familien, denen er beim Rheineinbruch 1927 tatkräftig geholfen hatte. Gute Kontakte hatte er in die Schweiz, er korrespondierte mit bedeutenden Juristen wie dem Völkerrechtler Hans Kelsen.

Anekdoten aus seinem Leben

Die Gesinnungs- und Denkungsart von Menschen wird nicht zuletzt anhand von Anekdoten deutlich, die über die jeweilige Person verbürgt sind.

In jungen Jahren besass Wilhelm Beck, der sich sehr für technische Dinge begeisterte, ein Motorrad. Als er damit die erste Probefahrt machte, konnte er den Töff nicht mehr abstellen, sodass er den Rheindamm hinauf und hinunter fahren musste, bis der Treibstoff aufgebraucht war.

Im Mai 1913 lobte sogar das Volksblatt den jungen Dr. Beck, weil dieser beim Musikfest in Triesenberg als Festredner «sich angenehmer Kürze befliss». In seiner Rede ermunterte Wilhelm Beck zur Pflege der Musik in der Familie und schloss «mit einem dreifachen Hoch auf S. D. unseren allgeliebten Landesfürsten».

Anlässlich der Abstimmung über einen Kirchenneubau in Triesenberg am 26. Oktober 1913 hielt Wilhelm Beck vor den versammelten Bürgern eine Ansprache: Pfarrer Reding trete für eine neue Kirche ein, was alle freue. Aber die Bauernsa-

W

Wohnbevölkerung
Liechtensteins:
25215.

Abstimmung zum Frauenstimmrecht in Gamprin (9.4.).

Landtagsbeschluss zur Reform des Gesellschaftsrechts (15.4.).

Der Landtag beschliesst den Bau des Kunsthouses (29.4.).

Vaduz billigt einen Kredit zum Bau des Kunsthouses (1.6.).

In der Folge bildet sich in Vaduz eine neue und sehr rührige «Initiativgruppe» gegen den Bau des Kunsthouses.

Es entwickelt sich ein «Fall Kunsthaus», der sich zu einem beherrschenden politischen Thema der Achtzigerjahre auswächst und 1989 in Neuwahlen für den Landtag gipfelt.

Abschluss des Währungsvertrages zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Schweiz (19.6.).

Autobahn Trübbach-Haag eröffnet (27.6.).

Die Stimmbürger heissen einen Verpflichtungskredit für den Bau eines Kunsthouses in Vaduz gut (8.9.).

Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer im Fürstentum Liechtenstein (9.9.).

me und die Arbeiter befänden sich in einer schlimmen Lage; sie müssten in die Fremde, ein stetes Anwachsen der Ausgaben des Armenfonds sei festzustellen. Er, Wilhelm Beck, empfehle, das Augenmerk mehr auf die Armenversorgung als auf einen Kirchenbau zu richten. Von 156 Stimmenden sprachen sich 74 für einen Kirchenneubau aus, 82 stimmten dagegen «zugunsten der Erhöhung des Armenfondskapitals zwecks späterer Errichtung einer Armenanstalt». Dieses Resultat wurde erreicht trotz der Intervention des Bischofs bei der Regierung, «diesen Machinationen entgegenzutreten».

Am 16. August 1919 teilte Wilhelm Beck der Regierung mit, dass er als Regierungsrat zurücktrete, weil es «seiner politischen Überzeugung widerspreche, als Mitglied einer verantwortlichen Regierung eine mehr passive als aktive Rolle spielen» zu müssen.

Dezember 1921: Privatklage Dr. Wilhelm Beck gegen Josef Sprenger, Triesen: Josef Sprenger habe behauptet, Wilhelm Beck habe gelegentlich der Bernreise im Dezember 1920 mehr Spesen verrechnet, als die Mitreisenden [Prinz Karl und Forstverwalter Julius Hartmann], «weil er zur Stuberti gegangen» sei. Wilhelm Beck habe seiner Braut telefoniert und diese Gebühren den «Obernheinischen Nachrichten» angerechnet. Am 26. Januar 1923 wird ein Vergleich geschlossen. Josef Sprenger nimmt den Vorwurf zurück, bezahlt ein Sühnegeld von Fr. 25.–; Wilhelm Beck zieht seine Anklage zurück.

Am 14. September 1926 schrieb Wilhelm Beck an die fürstliche Regierung einen «Protest wegen Autoprüfung». Er schrieb: «In meinem Auftrage hat meine Bureauangestellte Karolina Hoch das Autofahren gelernt und am 30. August die vorgeschriebene Autoprüfung zu machen versucht. Karolina Hoch fuhr zuerst mit dem Experten aufs Schloss und ist bis dahin alles gut gegangen. Auf der



Das Modell des schliesslich nicht verwirklichten Kunsthhauses, das neben den Exponaten der Staatlichen Kunstsammlungen auch die Schätze der Fürstlichen Sammlungen gezeigt hätte.

Der VU-Abgeordnete Dr. Wolfgang Feger verstirbt im Alter von 42 Jahren (16.9.). Verabschiedung des Gesetzes über die Förderung der Alpwirtschaft (19.11.). Auf dem historischen Burghügel von Bendern wird eine von Georg Malin gestaltete Gedenkstätte eingerichtet (22.11.).

Rückfahrt vom Schloss verlangte der Experte, Karolina Hoch solle in der ersten unter dem Schloss befindlichen Kurve auf rechter Seite in die Schlosswiese fahren, von dort rückwärts auf die Strasse hinunter, wiederum in die Wiese einfahren und rückwärts die Richtung gegen das Schloss wieder zurück (...). Die Wiese war frisch gemäht. Als Karolina rückwärts zur Wiese heraus fahren wollte (...) konnte sie mit der Fussbremse den Wagen nicht mehr halten, denn der Wagen rutschte. Sie wollte mit der Handbremse ein wenig nachhelfen (...), aber der Wagen entgleiste zur Seite und kam dicht an den Abhang zu rollen, welcher sich gerade neben der Einfahrt befindet. (...). Der Experte lief erst im letzten Momente zum Wagen her. Herr Rothenberger von Buchs, der gerade die Richtung Triesenberg gefahren kam, stellte dann mit Hilfe seines Autos und der zwei Arbeiter, die sich auf der Schlosswiese dort beschäftigten, den Wagen auf die Strasse, wobei derselbe noch ziemlich beschädigt wurde. Der Experte erklärte dann, Karolina habe die Prüfung nicht bestanden und müsse noch einmal zur Prüfung kommen. (...).

Ich möchte die fürstliche Regierung in erster Linie anfragen, ob die Autoprüfung für den Strassenverkehr oder zum Fahren auf den Grundstücken, wo ja übrigens kein Recht zu fahren besteht, gemacht wird. Ausserdem frage ich die Regierung an, wie sie den Haftpflichtanspruch zu regeln gedenken würde, wenn das Auto samt meiner Angestellten hinuntergestürzt wäre? (...). Wenn das Auto nicht durch Geistesgegenwart von Karolina hätte angehalten werden können, wäre dasselbe sehr wahrscheinlich über dieselbe hinaus die Richtung gegen die Vaduzer Sennerei hinuntergestürzt. (...). Weniger wäre es ja schliesslich um den Schaden des Autos zu tun als um das Leben einer Person, die sich stets bemüht hat, für ihre Eltern zu verdienen und die durch diesen Vorgang leicht eine Person, die sie versorgen half, hätten verlieren können. (...). Ich will auch gerne hoffen, dass meine Angestellte Karolina Hoch das nächstemal auf der Strasse geprüft wird und zwar in einer für die zu prüfende Person angemessenen Weise.»

W

ohnbevölkerung
Liechtensteins:
26130.

Die Stimmbürger lehnen (wie 1975) eine erneute Initiative zur Einführung der «Mehrheitsklausel» ab (8./10.). Landtagsbeschluss zur Einführung von Witwerbeihilfen (25.11.). Die Firma Kraus Thomson, Nendeln (mit 93 Arbeitsplätzen), will den Betrieb einstellen (14.2.). Das liechtensteinische Gymnasium wird Staatsschule (11.3.). Errichtung der «Fürst Franz Josef II. von Liechtenstein-Stiftung» (12.8.). Negative Abstimmung über das Frauenstimmrecht in Schaan (25.10.). Einweihung des neuen Walsermuseums im Gemeindezentrum Triesenberg (13.12.).

Antwort der Fürstlichen Regierung (unterzeichnet von Regierungschef Gustav Schädler) am 27. November 1926: «Teilen wir Ihnen (...) mit, dass wir das Verhalten unseres Herrn Experten Tschirky vollauf billigen (...). Übrigens muss es selbstverständlich der Vorsicht der Herren Automobilfahrer überlassen bleiben, sich schon für die Lehrfahrten und die Prüfung ausreichend gegen Unfall zu versichern.»

Als Zusatzinformation der Regierung: Verwaltungsstrafbot vom 28. September 1926: «Von der fürstlichen Regierung wird aufgrund eigener Wahrnehmung gegen Fräulein Karolina Hoch wegen Übertretung der Fahrordnung, begangen dadurch, dass Genannte in der letzten Woche wiederholt mit dem Auto des Herrn Dr. Wilhelm Beck gefahren ist, ohne die hiezu erforderliche Bewilligung zu besitzen, bzw. ohne dass eine mit einer Fahrbewilligung ausgestattete Person mitgefahren ist, eine Strafe von 20 Franken zu Gunsten des landschäftlichen Armenfonds festgesetzt nebst den zu bezahlenden Kosten und Gebühren von 2.– Franken.»

Rechtmittelbelehrung: Gegen dieses Strafbot ist die Beschwerde (Vorstellung) innerhalb 10 Tagen seit der Zustellung bei der Regierung einzulegen.

Am 13. Oktober 1926 teilt Wilhelm Beck der Regierung auf deren Anfrage mit, dass er für seine persönliche Arbeit für die «Schaffung des Personen- und Gesellschaftsrechts» nichts verlange. «Was die Regierung im übrigen tun will, überlasse ich ihr vollständig, ich stelle ausdrücklich keine Forderung. Dieses zu Ihrer Kenntnis.»

Eines der Tiere, welche der für seinen Humor bekannte Wilhelm Beck für die Kinder auf Lavadina hielt, war ein weitherum bekannter Esel namens «Manolo». Wenn die Familie Beck Gäste hatten, sass man meist am Tisch, auf dem eine Schale mit Früchten und Obst stand. Manchmal, um die Gäste zu necken, liess er



Die negativen Auswirkungen der Umweltverschmutzung machen sich zunehmend bemerkbar. Auch in Liechtenstein ist der Wald krank. Über die Lage orientieren sich (v. l.) Regierungsrat Dr. Egmond Frommelt, Vizeregierungschef Hilmar Ospelt, Regierungschef Hans Brunhart, Regierungsrat Anton Gerner, Regierungsrat Dr. Walter Oehry sowie Forstingenieur Dr. Felix Näscher und Landesforstmeister Eugen Bühler.

Manolo in die Stube, wo dieser dann – je nachdem zur Entrüstung oder zur Belustigung der Gäste – Obst oder Früchte aus der Schale klaubte und sich daran gütlich tat.

Bemerkungen aus Briefen Prinz Karls von Liechtenstein über Wilhelm Beck

Dezember 1918: Kommentar zur Wahl Wilhelm Becks als Regierungsrat: «Letzterer [Wilhelm Beck] tat eine Weile gschamig, dann griff er aber mit beiden Händen zu.»

Februar 1919: Bemerkung zur bevorstehenden Volksabstimmung über die Erhöhung der Zahl der Abgeordneten und die Herabsetzung des Grossjährigkeits- und Wahlfähigkeitsalters: «...aber Dr. Beck langweilte alle derart mit seiner ewigen Berufung auf das Volk, welches angeblich hinter ihm steht, dass auf einmal der Gegenpartei die Geduld riss und sie eine Probe riskieren wollte; es wäre fast zu schön, wenn er sich bei seinem Volke blamieren würde, ich ad personam glaube es nicht.»

März 1919: «Für das komische Moment in dieser langweiligen Sache sorgte in liebenswürdiger Weise Dr. Beck.» Er verlas eine Erklärung, «ganz nach dem Muster aller anderen vortrefflichen europäischen Maulhelden der Demagogie und ›Volskmännern›».

April 1919: Der Aufenthalt des Königs [von Bayern] verläuft normal. «‹Robespierlli› [Wilhelm Beck] hat es mir gegenüber mit Freuden begrüsst, dass der König hier ein Asyl gefunden hat und findet das andere Verhalten für höchst un-demokratisch, das furchtbarste Schimpfwort, welches er kennt.»

Januar 1919: Bemerkungen zur Sitzung des Verfassungsausschusses. «‹Robespierlli› regte an, den Passus, dass Abgeordnete bei Ehrenbeleidigungen nicht immun sind, fallen zu lassen und die Auslieferung durch den Landtag einzuführen; das erregte einen derartigen Orkan, dass er nach Rock und Hut griff und erklärte, mit derartig reaktionären Kollegen nicht zusammen arbeiten zu können.»

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 26380.

Die Landtagswahlen bringen keine Änderung der Mehrheitsverhältnisse, die Vaterländische Union erzielt über 53% der Stimmen im ganzen Land (5./7.2.). Die Jugend Union veranstaltet zum ersten Mal das «Jugend-Rendez-Vous». Die Delegiertenversammlung der Vaterländischen Union genehmigt die Statuten der Frauen Union (22.3.). Erste Präsidentin wird Emma Brogle-Sele.

Delegiertenversammlung der 1966 gegründeten Jugend Union (JU). Stehend am Pult der Präsident, Gerold Heinz Schädler.



Anhang

Im Gedenken an den Gründervater der Vaterländischen Union.

Eine Würdigung.

Vor 60 Jahren verstarb Dr. Wilhelm Beck, Gründer der Christlich-sozialen Volkspartei, der Vorgängerpartei und politischen Wegbereiterin der Vaterländischen Union. Kurze Zeit vor seinem Tod erfolgte am 5. Januar 1936 die Gründung der VU, basierend auf dem erklärten Willen, das politische Vermächtnis von Dr. Beck als verpflichtenden Auftrag in die Partei einzubringen.



Aus Anlass des 60. Todestages von Dr. Wilhelm Beck würdigte VU-Parteipräsident Oswald Kranz dessen Lebenswerk in einem Artikel im «Liechtensteiner Vaterland».

Wenn ich anschliessend an die eindrückliche Darstellung des politischen Lebenswerkes von Dr. Wilhelm Beck, durch die Historiker Arthur Brunhart und Dr. Rupert Quaderer, Worte des Gedenkens zum Ausdruck bringe, tue ich dies im Bewusstsein, dass meine Worte, und wären sie noch so reich, niemals dieser historischen Verdienste um unsere Heimat gerecht zu werden vermögen. Mit dem Gedenken an den 60. Todestag von Dr. Wilhelm Beck verbindet sich für die VU zuallererst die vornehme Pflicht, in Dankbarkeit und höchster Anerkennung an das Lebenswerk dieses grossen Sohnes unserer Heimat zu erinnern. Liberal, sozial, menschlich – diese Eigenschaften waren die prägenden Merkmale des politischen Engagements von Dr. Beck. Seine Postulate eilten der Zeit weit-



Die 1982 ins Leben gerufene Frauen Union (FU) organisierte neben verschiedenen anderen Veranstaltungen einen Montags-Stamm, zu dem jeweils Fachleute eingeladen wurden. Zu erkennen (v. l.) der Ruggeller Vorsteher Toni Hoop, Referentin Gerda Bicker-Brunhart, Hildegard Beck (stellv. Landtagsabgeordnete), Emma Brogle-Sele (1. FU-Präsidentin, stellv. Abgeordnete und Vizebürgermeisterin von Vaduz), Elfriede Wolfinger, Dolly Gross-Kindle.

Der Schaaner Gemeindebesitz Stein-Egerta wird Bildungs- und Tagungszentrum (1.9.).
Stilllegung der Weberei Triesen;
Eröffnung der Firma Trivent AG, Triesenberg (11.10.).

blickend voraus. Unsere Partei sieht in ihm ihren Gründervater und jenen visionären Politiker, auf dessen politischem Erbe die VU weiter aufbauen konnte und als Nachfolgerin seiner von ihm gegründeten Volkspartei auch deren politische Zielsetzungen als verpflichtendes Vermächtnis versteht.

Dr. Wilhelm Beck, Parteigründer, Jurist, Landtagsabgeordneter, Verfasser unzähliger Publikationen über den rechtlichen und sozialen Hintergrund eines damals in diesen Bereichen wenig entwickelten Liechtensteins, Ratgeber des Volkes und damit zwangsläufig in den Part eines opponierenden Politikers gedrängt, darf unzweifelhaft als Wegbereiter unserer Demokratie und Begründer eines sozial-humanen Staates bezeichnet werden. Als eine der bedeutendsten Persönlichkeiten unseres Landes im 20. Jahrhundert war er durch sein politisches Wirken im Parlament die treibende Kraft zur wirtschaftlichen Entwicklung eines damals bitterarmen Liechtensteins, eingeleitet durch seine Forderung nach einem Zollanschluss zur Schweiz. Er setzte dies durch und erreichte als führender Denker im Ringen um eine demokratische Verfassung, um die Verankerung von bis dahin bescheidener Rechte des Volkes, dass im Jahre 1921 die neue Verfassung in Kraft trat. Er war Schöpfer grundlegender Gesetzeswerke, denen unser Land den Aufbruch zu einem zeitgerechten, zukunftsorientierten und vor allem in sozialen Belangen aufgeschlossenen Staat verdankt.

Dr. Wilhelm Beck, Zeitgenosse bitterer Armut und Arbeitslosigkeit in unserem Land, blieb nicht verborgen, in welchem Elend ein Grossteil unserer Bevölkerung zu leben hatte. Er stellte Untersuchungen über die Abhängigkeit der Liechtensteiner von den umliegenden Nachbarstaaten an, verfolgte die Schicksale unserer Wanderarbeiter, plädierte für ein Armenrecht, für eine Arbeiterfürsorge, für den Schutz damals aus Armut verdingter Kinder. Seinem sozialen Engagement war auch die Schaffung eines Kranken-, Alters- und Invalidenfonds zu verdanken. Federführend wirkte er bei der Erarbeitung eines Volksrechtgesetzes, eines Steuergesetzes, des Personen- und Gesellschaftsrechts

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 26512.

An den Gemeinderatswahlen werden in Gamprin und Vaduz erstmals Frauen in die Gemeinderäte mehrerer Orte gewählt.
Aufnahme der Vaterländischen Union in die Europäische Demokratische Union (EDU).
Die Regierung beschliesst die offizielle Fassung der Landeshymne (21.5.).
Landeswallfahrt nach Rom (12./15.10.).
Eröffnung der liechtensteinischen Gesandtschaft in Wien (9.6.).



«Dr. Wilhelm Beck hat im Interesse unserer Heimat geschaffen, was in der Fülle erwirkter Rechte und Gesetze zum Wohle unseres Landes und seiner Bevölkerung unzweifelhaft einzigartig ist.»

und des Staatsgerichtshofgesetzes aus dem Jahre 1925. In visionärer Weitsicht strebte er darüber hinaus die Schaffung eines Gesetzes über Treuhandunternehmen an.

Neben seiner schon 1912 veröffentlichten Publikation «Das Recht des Fürstentums Liechtenstein», aufgrund derer er die unzureichenden Rechte des Volkes reklamierte und Anregungen zur Verbesserung gab, vermochte er noch Zeit zu finden, geschichtliche Nachforschungen zu betreiben und die Schaffung eines Urkundenbuches einzuleiten. In die Pressegeschichte unseres Landes ging sein Name ein, als er 1914 die Zeitung «Oberrheinische Nachrichten» ins Leben rief, die zum Sprachrohr der Volkspartei wurde und deren Nachfolgerin seit dem Jahre 1936 das «Liechtensteiner Vaterland» ist.

Es sind nur Stichdaten, die ich hier über das Schaffen dieser aussergewöhnlichen Persönlichkeit anführe, aber allein schon sie vermögen darzutun, dass ein Mann seine ganze Kraft einsetzte, um politische Ideale durchzusetzen. Dr. Wilhelm Beck hat im Interesse unserer Heimat geschaffen, was in der Fülle erwirkter Rechte und Gesetze zum Wohle unseres Landes und seiner Bevölkerung unzweifelhaft einzigartig ist.

W

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 26680.

Erbprinz Hans Adam eröffnet erstmals als Bevollmächtigter des Landesfürsten den Landtag (27.3.).

In einer Volksabstimmung wird ein Verfassungsgesetz zur Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts in beiden Wahlkreisen angenommen (29.6./1.7.).



Fürst Franz Josef II. betraut Erbprinz Hans Adam am 26. August 1984 mit seiner Stellvertretung. Die Verordnung ist auch von Regierungschef Hans Brunhart unterzeichnet.

Die Vaterländische Union ist stolz darauf, dass an ihrem Ursprung eine Persönlichkeit stand, die für Generationen ihr folgender Mandatäre unserer Partei zum Vorbild wurde. Wir denken heute in Ehrfurcht und Dankbarkeit an Dr. Wilhelm Beck, an sein Lebenswerk, an seinen beispielhaften Opferwillen, seinen Mut, seine Weitsicht und an sein soziales Engagement. Dr. Wilhelm Beck wird uns als furchtloser Kämpfer für Gerechtigkeit und Menschlichkeit unvergessen bleiben.



Fürst Franz Josef II. setzt Erbprinz Hans Adam als seinen Stellvertreter ein. Auflösung der Kabinettskanzlei (26.8.). Einführung der Karenzfrist bei Einheiratung von Frauen aus dem Ausland (2.7.). Sozialhilfegesetz (15.11.). Einsturz der Decke des Sitzungszimmers im Regierungsgebäude Vaduz (23.11.). VU-Initiative für eine Erhöhung der Zahl der Landtagsabgeordneten auf 21 (14.12.). FBP-Initiative für eine Erhöhung der Zahl der Landtagsabgeordneten auf 25 (18.12.).

Staatsbesuch von Fürst Franz Josef II. in der Schweiz 1984 (24. – 25. Oktober 1984). Neben dem Fürsten zu sehen sind die Bundesräte Pierre Aubert, Leon Schlumpf und Kurt Furgler, auf liechtensteinischer Seite Regierungschef Hans Brunhart und Vizeregierungschef Hilmar Ospelt.

W

ohnbevölkerung
Lichtensteins:
27076.

Ein Jagdgesetz wird in einer Volksabstimmung abgelehnt (1./3.2.).

Das Stimmvolk lehnt zwei Initiativen auf Erhöhung der Zahl der Landtagsabgeordneten ab (31.5./2.6.).

Anlässlich der Feier zu seinem 75. Geburtstag unterhält sich Alexander Frick, Regierungschef 1945-1962, mit Hans Brunhart, Regierungschef 1978-1993. Zu sehen ausserdem Frau Hildegard Frick, Landtagspräsidentin Dr. Karlheinz Ritter (l.) und Vizeregierungschef Hilmar Ospelt (r.).



Papstbesuch in Liechtenstein, September 1985

Abonnementgebühren:
Liechtenstein: Jährlich Fr. 5.-, halbjährlich 2.50, 1. Jahrgang 1.40
Schweiz: Jährlich Fr. 5.-, halbjährlich 2.50, 1. Jahrgang 1.40
-- Postamtlich bestellt 20 Fr. Zustlag --
Uebrigste Länder: Fr. 5.- jährlich nicht Postamtlich.

Oberrheinische

Nachrichten

Anzeiger für Liechtenstein und Umgebung.

Erheint jeden Samstag

Informationsgebühren:
Liechtenstein: Die ersteilige Stelle oder deren Raum 10 Fr. Restanten 20 Fr. -- Bei Wiederholungen und grösseren Aufträgen Nachabst.
Schweiz: Die ersteilige Stelle 15 Fr. Restanten 30 Fr.

Abonnements nehmen entgegen: Buchdruckerei A.G. in Melis, die Zeitungsanträger und die Postämter.
Inserate nehmen die Zeitungsanträger und die Buchdruckerei entgegen und müssen spätestens Freitag Vormittag bei der Buchdruckerei eingehen. -- Einrückungen sind jährlich an die Redaktion zu zahlen. -- Schriftlichen Anfragen sind frankomarkten beizulegen. -- Anzeigen wird nicht berücksichtigt.

Baden, Melis, 18. Juni 1919

Druck und Expedition: Sargenfernd, Buchdruckerei A. G. in Melis.
Verlag „Oberrheinische Nachrichten“ A. G. in Melis. (Telefon: 55).

Sechster Jahrgang -- Nr. 3

Programm der christl.-sozialen Volkspartei Liechtensteins

Wort: „Wahrheit und Gerechtigkeit sind die höchsten Güter der Menschheit; aber sie können nicht ohne Liebe zu leben; denn wo das Recht ist, ist es keine Gerechtigkeit, und wo die Gerechtigkeit ist, ist es kein Recht.“
(Betr. Richter)

Die christlich-sozialen Volkspartei strebt nach dem Aufbau einer nationalen, christlichen Partei, die sachlich und nicht parteilich nach Gerechtigkeit strebt und auf nationaler und religiöser Grundlage beruht.

I. Verfassungspolit.
1. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

2. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

3. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

4. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

5. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

6. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

7. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

8. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

9. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

10. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

11. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

12. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

13. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

14. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

15. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

16. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

17. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

18. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

19. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

20. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

21. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

22. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

23. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

24. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

25. Die Volkspartei strebt innerlichlich auf demokratischer Grundlage auf parlamentarischer Grundlage, im Sinne der Worte: „Die Demokratie ist die höchste Form der Staatsorganisation.“

II. QUELLEN

1. Programm der Christlich-sozialen Volkspartei Liechtensteins

Eine Initiative zur Einführung des Verfassungsgrundsatzes «Gleiche Rechte für Mann und Frau» und ein Gegenvorschlag des Landtages werden abgelehnt (29.11./1.12.).

Die Regierung beruft eine Kommission für die Gleichberechtigung der Frau ein (2.9.).

Ein Wasserschaden im Liechtensteinischen Gymnasium zerstört wertvolles Kulturgut (8./9.6.).

Die Gemeinde Mauren führt das Frauenstimmrecht ein (1.9.).

Papstbesuch (8.9.).

Eröffnung des Bildungshauses Gutenberg (21.9.).

Schaffung einer Diplomatischen Vertretung Liechtensteins beim Heiligen Stuhl (20.11.).



Papstbesuch in Liechtenstein, September 1985



Im Dezember 1985 verursacht die Schweizer Armee (erneut) einen verheerenden Waldbrand im liechtensteinisch-schweizerischen Grenzgebiet And (Gemeinde Balzers). Von allerwärts rückten Feuerwehren an.



Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz, Vorsteher des Schweizerischen Militärdepartements, besucht zusammen mit Regierungschef Hans Brunhart die Waldbrandstätte.

(Aus: «Oberrheinische Nachrichten», Nr. 3 vom 18. Januar 1919)

Motto: «Recht und Gnade sind erhabene Gegenstände; aber sie scheinen einander zu fliehen; denn wo das Recht ist, will es keine Gnade dulden und wo die Gnade waltet, da ist das Recht verwirkt». (Peter Kaiser).

Die christlich-soziale Volkspartei steht auf dem Boden einer nationalen, volkstümlichen Politik, die sachlich und nicht persönlich, nicht kleinlich sein soll und auf geschichtlicher und religiöser Grundlage beruht.

I. Verfassungspolitik

1. Die Volkspartei steht uneingeschränkt zur **demokratischen Monarchie auf parlamentarischer Grundlage**, im Sinne der Worte: «Die Demokratie im Rahmen der Monarchie»: sie strebt ein Volksfürstentum als ein selbständiges Glied des Völkerbundes an.

2. Sie verlangt demnach einen demokratischen Ausbau der Verfassung, **durch die alle Teile der Bevölkerung in gerechtem Verhältnisse** zu Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung herangezogen werden.

Alle Berufs-, Standes- und Klassenvorrechte sollen ausgeschaltet sein, vorbehaltlich der Vorrechte des Monarchen. Klassenherrschaft und Parteidiktatur wird bekämpft.

3. Die Partei fordert die **Herabsetzung des Wahl- und Grossjährigkeitsalters** auf das erfüllte 21. Jahr und besteht auf der **Einschränkung** der Wahlunfähigkeit infolge strafrechtlicher Verurteilung.

Sie verlangt überhaupt den **Ausbau der Volksrechte**, insbesondere der Pressefreiheit, des freien Vereins- und Versammlungsrechtes, Schutz der Inländer im Auslande.

4. Die Partei verlangt Aufhebung des Instruments des fürstlichen Abgeordneten oder dann entsprechende **Erhöhung der Zahl der Volksabgeordneten**; recht-

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 27399.

Die Vaterländische Union begeht am Dreikönigstag in Balzers ihren 50. Geburtstag und gibt eine Festschrift heraus (6.1.).

Aus dieser Feier entwickelte sich das traditionelle «Neujahrstreffen» der Vaterländischen Union.

VU-Parteitag in Ruggell im November 1985. Vorn (v. l.) Dr. Otto Hasler, Dr. Peter Wolff, Ernst Gassner, William Gerner, Georg Gstöhl, Dr. Egmont Frommelt, Hans Brunhart, René Ritter; in der hinteren Reihe die Kandidaten/innen für den Landtag (v. l.): Hans-Peter Foser, Hildegard Beck, Georg Vogt, Reinhard Walser, Dr. Helmut Matt, Paul Kindle, Emma Brogle-Sele, Alfons Schädler, Dr. Karlheinz Ritter, Hermann Hassler, Günther Wohlwend, Magda Batliner-Meier, Karlheinz Oehri, Beat Hasler, Edwin Marxer.



zeitige Zustellung des Landtagsprogramms; Einberufung der Volksvertretung nach Bedarf, mindestens aber im Frühling und Herbst; Veröffentlichung der Landtagsrechnung; Redefreiheit im Landtag; keine fürstliche Bestätigung des Präsidenten und Vizepräsidenten des Landtages mehr. Landtagspräsident darf nur ein **vom Volke** gewählter Abgeordneter sein.

Der Landtag ist auch auf **Vorschlag** von mindestens 400 Stimmberechtigten einzuberufen. Die gleiche Anzahl von Stimmberechtigten soll ein Initiativrecht zu Verhandlungsgegenständen im Landtage haben.

Wichtigere Gesetze sollen vor der fürstlichen Sanktion zur **Volksabstimmung** gebracht werden und das Volk soll statt des Landtages die Behörden wählen können.

5. Die Gesetzgebung **soll unsern Verhältnissen angepasst, also volkstümlich** ausgestaltet werden. Ältere Gesetze und Verordnungen sind modern auszugestalten. **Keine blinde Aufnahme fremder Gesetze ohne Anpassung.**

6. Ausschaltung aller **Zwischenmauern** zwischen Fürst und Volk; Verlangen, dass ein direkter und unmittelbarer Verkehr der Landesbehörden ohne Zwischenbehörde (Hofkanzlei) stattfinden kann.

7. Nach dem Grundsatz: Liechtenstein den Liechtensteinern! besteht die Volkspartei auf der **Selbständigkeit und Unabhängigkeit** des Landes; sie bekämpft daher energisch den **ausländischen Einfluss**, verlangt, dass die Beamtenstellen ohne Zustimmung der Volksvertretung mit Ausländern nicht besetzt werden dürfen; sie besteht darauf, dass alle Behörden ihren Sitz im Lande haben und das Land im Auslande, wenn möglich, durch Liechtensteiner vertreten wird.

Die Volkspartei verlangt gemäss dem Satze: «Freie Bahn dem Tüchtigen!», dass jedem Liechtensteiner die Möglichkeit, eine Staatsstelle zu erlangen, offen steht; sie huldigt dem **Satze, dass die Beamten des Volkes wegen und nicht das Volk der Beamten wegen** da ist und bekämpft demnach jeden volksfremden Bürokr-



Wahlkampfveranstaltung 1986

Die Landtagswahlen bestätigen die Resultate von 1982 (2.2.) und bringen der VU erneut über 50% aller Stimmen. Emma Brogle-Sele aus Vaduz und Hildegard Beck aus Schaan werden Ersatzabgeordnete des Landtags, Emma Eigenmann aus Nendeln wird Abgeordnete. Erstmals beteiligt sich die «Freie Liste» an den Landtagswahlen. Es kommt Bewegung in die Parteienlandschaft und Innenpolitik. Mit Madga Batliner und Maria Foser-Beck werden erstmals Frauen als Regierungsrats-Stellvertreterinnen gewählt. Im April 1986 stimmen die letzten Gemeinden Liechtensteins der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechtes auf Gemeindeebene zu (17./19.4.).

tismus. Die Partei fordert Abberufungsrecht des Landtages gegen unpraktische oder unfähige Beamte.

Die Verantwortlichkeit aller Beamten ist durch ein Gesetz festzulegen.

Die Volkspartei verlangt, dass die Beamten bzw. Angestellten für ihre Tätigkeit einheitlich bezahlt und dass die Gewohnheit, sie für manche Tätigkeiten noch besonders zu entschädigen, abgeschafft werde.

8. Die Regierung hat aus **Landesbürgern** zu bestehen. Der Vorsitzende als Landammann soll vom Landtage vorgeschlagen und vom Fürsten bestätigt, die beiden Regierungsräte und ihre Stellvertreter vom Landtage gewählt werden.

Die Volkspartei verlangt eine **parlamentarische, das Vertrauen des Landtages** besitzende Regierung, die zurückzutreten hat, wenn sie dieses Vertrauen nicht mehr besitzt.

Das Regierungskollegium hat allwöchentlich mindestens eine Sitzung abzuhalten, wobei der **Landschreiber das Protokoll führt**. Der Landammann ist nur das Vollzugsorgan des Regierungskollegiums. Der Landschreiber darf nicht als Stellvertreter des Landammanns fungieren und hat kein Stimmrecht.

Die Verwaltungs-Beschwerde-Instanz und die Gerichte sind mehrheitlich durch Wahl aus **Landesbürgern** zu bestellen. Vor den Berufungsgerichten ist mündlich zu verhandeln.

Die Partei verlangt einen **Staatsgerichtshof** zum Schutze der verfassungsmässigen Rechte der Bürger, zur Entscheidung von Zuständigkeitskonflikten zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden und zur Beurteilung der Verantwortlichkeit der Regierungsmitglieder und sonstiger Staatsangestellter.

9. Die Partei fordert den **modernen Ausbau** aller Verwaltungsvorschriften, sie verlangt ein neuzeitliches **Verwaltungsrechtspflege-Verfahren** mit geordnetem Instanzenzuge.

In Zollstrafsachen ist das Verfahren im **Inland** durchzuführen. Keine ausländische Zollhaft mehr.

Die Partei fordert ein **modernes**, unsern Verhältnissen **angepasstes Strafrecht**, das auf die Jugend mehr Rücksicht nimmt und neben den Strafen **sichernde Massnahmen** enthält.

Im Strafsachenprozess fordert sie die Einführung der **bedingten Verurteilung** und der **bedingten Straferlassung**, ferner ein besonderes **Strafverfahren gegen Jugendliche**; endlich verlangt sie ein besonderes Gesetz, das den Staat verpflichtet, für **unschuldig** oder **ungesetzlich** erlittene Verhaftung oder **Verurteilung volle Entschädigung** zu leisten.

Die Partei fordert ein modernes, unsern wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechendes einfaches **Zwangsvollstreckungsverfahren**. Revision der Grundbuchs- und Konkursordnung und des Verlassenschaftsverfahrens.

Auf privatrechtlichem Gebiete strebt die Volkspartei ein **neuzeitliches bürgerliches** Recht an, das u. a. eine bessere Rechtsstellung der Frau und des unehe-lichen Kindes enthält; weiter, dass ein Patent-, Marken-, Mustergesetz, neben einem Gesetz über Urheberrecht eingeführt werde.

Unsere Partei fordert insbesondere den **Schutz des Eigentums** und die **Schaffung eines gerechten Erbrechts** und sie wendet sich in gleicher Weise **gegen die Übertreibungen des Sozialismus und gegen die Auswüchse des Kapitalismus**.

Die rechtliche Stellung der Liechtensteiner im benachbarten Auslande soll durch Staatsverträge geregelt werden.

10. Weiterer Ausbau der Gemeindegesetzgebung, insbesondere **selbständigere Stellung der Gemeindebehörden** gegenüber den Staatsbehörden. Hebung der Gemeindegewirtschaftspflege.

II. Verwaltungspolitik

11. Die Volkspartei fordert, dass die gesamte Verwaltung nach dem Grundsatz des **Rechtsstaates** geführt wird und dass demnach jede Verwaltungstätigkeit sich **innert der Schranken der Gesetze** bewege und auch **das freie Ermessen**

Das erste Neujahrstreffen der Vaterländischen Union vom 6. Januar 1986 steht im Zeichen der Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Partei. Zu diesem Anlass erschien eine kleine Festschrift. Unter den Teilnehmern am Neujahrstreffen auch (v. l.): Johann Beck (Arbeitnehmerpräsident, Abgeordneter 1953–1978), Josef Büchel (Abgeordneter 1953–1958, Vizeregierungschef 1957–1962), Roman Gassner (Abgeordneter 1957–1974, Fraktionssprecher ab 1966), Dr. Franz Nägele (Abgeordneter 1958–1978, VU-Präsident 1965–1973), Dr. Alfred Hilbe (Regierungschef 1970–1974), Andreas Vogt (Abgeordneter 1953–1966, Regierungsrat 1965–1974) und Dr. Otto Hasler (stellv. Abgeordneter 1966–1974, VU-Präsident 1974–1992).



Tag der offenen Tür im Regierungsgebäude (26.4.).
 Kripochef Heinz Hassler wird bei Ermittlungen erschossen (29.7.).
 Inbetriebnahme der Liechtensteinischen Gasversorgung (20.10.).
 Eröffnung der Internationalen Akademie für Philosophie (28.10.)
 Eröffnung des Betreuungszentrums St. Mamertus Triesen (22.11.).
 Die Stimmberechtigten befürworten die erleichterte Einbürgerung von ausländischen Kindern liechtensteinischer Mütter. Das Oberland nimmt an, das Unterland lehnt ab (5./7.12.).

Wahlwerbung der neuen Partei-gruppierung «Freie Liste», die sich 1986 zum ersten Mal am Wahlkampf für den Landtag beteiligt und rund 7% der Stimmen erzielt.



der Verwaltungsbehörden an die Gesetze gebunden ist. In die Freiheit der Person und in das Privateigentum dürfen die Verwaltungsbehörden nur auf Grund gesetzlicher Ermächtigung eingreifen.

Die Partei verwirft jede Willkür, verlangt den Ausbau der Verwaltungsgesetzgebung und bekämpft die Verordnungsmacherei.

Die Verwaltung ist übrigens möglichst in **kaufmännischem Sinne einfach und sparsam zu führen**; es sollen möglichst wenig Angestellte und Beamte gehalten werden.

a) Die Partei verlangt die Erleichterung der Niederlassung für Einheimische und Abschluss von Niederlassungsverträgen mit dem Ausland; ferner

b) Ausbau der Armenpflege, vermehrte Unterstützung der schwachen Gemeinden durch das Land, zweckmässige Versorgung von **Waisen, Geisteskranken, Unheilbaren und Altersschwachen**; Ausbau einer **Volks-, Alters- und Invalidenversicherung, Ausgestaltung der Arbeiter- und Krankenversicherung** und der Krankenpflege; Unterstützung des Krankenhausbetriebes.

Verbesserung der Armenpolizei, insbesondere durch gesetzliche Massnahmen gegen Arbeitsscheue, Liederliche und Trinker; allenfalls Zwangsversorgung; überhaupt **Massnahmen** gegen den Alkoholismus.

Schutz der Arbeitskraft, insbesondere von Frauen und Kindern in Gewerbe und Industrie.

c) Vermehrte Pflege des öffentlichen Gesundheitswesens; Bekämpfung der **Volkskrankheiten**, wie Tuberkulose; Unterstützung von Trinkwasseranlagen; bessere Ausgestaltung der Lebensmittelkontrolle; Verbesserung der Leichenschau; Freizügigkeit für Medizinstudierende.

d) Abänderung des **Waffengesetzes**, sodass jeder Erwachsene Waffen benützen und tragen darf unter Vorbehalt gesetzlicher Bestimmungen gegen den Missbrauch.

Ausbau des Löschwesens und Einführung einer **Brandschadenversicherung für Mobilien und Immobilien**.

c) Anstreben eines neuzeitlichen Baugesetzes; Ausbau des Wasserrechtes.

f) **Kulturpolitik**. Alle kulturellen Fragen will die Partei nach den **unverrückbaren** Grundsätzen des Christentums geregelt wissen. Sie verlangt Freiheit für die katholische Religion, ihre Ausübung und ihre Einrichtungen: **religiöse** Jugend-erziehung; Sicherung der **christlichen Ehe** und Familie und Schutz des Volkes gegen alle Unmoral, die seine Kräfte zu untergraben drohen; Ausbau der Sonntagsruhe.

Die christlich-soziale Partei verlangt eine Vertiefung jeglicher Bildung; nur tüchtiges Wissen mit festem Charakter wird in Zukunft das Wohl des Einzelnen wie des Volkes verbürgen. Die Schule soll von allen berufenen Faktoren unter Teilnahme des Volkes gefördert und unsern Verhältnissen angepasst werden und ein praktisches Wissen vermitteln und zu arbeitsfreudigem Pflichtbewusstsein erziehen.

Daher verlangen wir Revision der Schulgesetze, stärkere Heranziehung und vermehrten wirksamen **Einfluss des Ortsschulrates auf die Schule**, Sorge für Verschulung von Kindern, die wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen die Volksschule nicht besuchen können, ferner **Sorge für verwahrloste Kinder und jugendliche Verbrecher**, Beteiligung an der Unterstützung von Besserungsanstalten; Unterstützung und Förderung des Fortbildungs- und Realschulwesens; **Ausbau des hauswirtschaftlichen, landwirtschaftlichen und gewerblichen Berufs- und Unterrichtswesens**; insbesondere soll der gewerbliche und landwirtschaftliche Unterricht den Verhältnissen und Zielen entsprechend an der Realschule ausgebaut werden; ausgiebigere **Erteilung von Stipendien** an intelligentere, aber wenig bemittelte Studierende, gleichwohl, in welchem Nachbarstaat sie höhere Schulen besuchen. Abschaffung der Ergänzungsprüfungen für Lehrer; Freiheit des Privatunterrichts. Wir verlangen zu weiterer Bildung die



1986 erscheinen erstmals Wahlplakate; Wahlwerbung der Fortschrittlichen Bürgerpartei.



Landtagswahlen 1986 (Vaduz).

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
27714.Neujahrstreffen der Vaterlän-
dischen Union (6.1.).Der Landtag feiert sein 125jäh-
riges Bestehen als Institution.

Es gelten immer noch die Worte
des verstorbenen VU-Präsidenten
und Abgeordneten Dr. Otto
Schädler: «Das Parlament bleibt
vom Wandel der Zeiten,
Menschen und Aufgaben nicht
unberührt, und es altert ebenso
rasch und unfehlbar wie die
Menschen, wenn nichts zu seiner
Regeneration, zu seiner Auf-
frischung und Modernisierung



1986 wird mit Emma Eigenmann
erstmalig eine Frau in den liech-
tensteinischen Landtag gewählt;
hier im Gespräch mit Vizeregie-
rungschef Dr. Herbert Wille (l.)
und dem Regierungsrat Anton
Gerner (M.).

Abhaltung von Kursen, und Gründung einer gut geleiteten Volksbücherei durch
das Land.

Die Volkspartei verlangt eine wirksame Heimatschutz-Gesetzgebung.

g) Finanzpolitik. Die Volkspartei verlangt, dass das Finanzwesen des Landes auf
eigene, vom schwankenden Zollertragnisse **unabhängige** Füße gestellt werde,
dass die Steuern erst erhöht werden, nachdem durch Sparen einerseits, durch
ergiebige Ausnützung der Landesregalien andererseits sich höhere Einnahmen
nicht mehr erzielen lassen.

Die Lasten des Landes sind mehr als bisher auf die Schultern der wirtschaftlich
Starken zu legen; es soll ein **gerechtes, auf progressiver Versteuerung von Ein-
kommen und Vermögensbesitz** beruhendes Steuergesetz eingeführt werden,
das ein unsern Verhältnissen angemessenes Existenzminimum und den Schul-
denabzug kennt.

Die Landwirtschaft soll in der Besteuerung begünstigt werden.

III. Wirtschaftspolitik

11.(!) Die Volkspartei fordert vom Lande, dass es sich mehr der Wohlfahrt und der
Hebung der Erwerbstätigkeit des Volkes annehme als bisher, und sie verlangt er-
höhte Unterstützung des landwirtschaftlichen und gewerblichen Vereinswesens.

Wir fordern:

a) Für die **Landwirtschaft** vermehrte staatliche Mithilfe bei Güterzusammen-
legung, Verbot der Güterzerstückelung, Entsumpfungen, Rüfeverbauungen;
neben Förderung der Grossviehzucht vermehrte Unterstützung der Kleinvieh-
zucht; Schutz eines neuzeitlichen Tierseuchengesetzes, das den Bauern für
abgetane Tiere entschädigt; ein den landwirtschaftlichen wie nicht minder den
finanziellen Interessen dienendes Jagdgesetz. Das neue Jagdgesetz soll aus der
Jagd in den Alpgebieten den betreffenden Alpbesitzern zur Alpverbesserung, die
Einnahmen aus dem Nicht-Alpgebiete den betreffenden Gemeinden dauernd an-

weisen. Es soll die Jagd als Sportvergnügen möglichst einträglich verpachtet
werden. Im neuen Jagdgesetz dürfen die Strafen für Wildfrevel nicht verschärft
und noch erhöht werden.

Wir verlangen die Einführung der Heimstätten und Abschaffung des Bestiftungs-
zwanges, Einführung des Notwegrechts, überhaupt Ausgestaltung des Nach-
barrechtes; Unterstützung der landwirtschaftlichen Versicherung, Unterstützung
und Förderung der Landwirtschaft in jeder Hinsicht.

b) In der **Forstwirtschaft** die staatliche Unterstützung von Aufforstungen im
Hochgebirge.

d) (!) In der **Gewerbe- und Handelspolitik**: Gewerbefreiheit, besondere Bestim-
mungen gegen unlauteren Wettbewerb und gemeinschädlichen Geschäfts-
verkehr; vermehrte Förderung des Lehrlingswesens durch staatliche Beihilfen;
Unterstützung gewerblicher **Kurse; Regelung des staatlichen und gemeind-
lichen Submissionswesens; Unterstützung aller Bestrebungen zum wirtschaft-
lichen Heimatschutz**; Förderung der bestehenden und Erleichterung der Einfüh-
rung neuer Erwerbsquellen durch Subventionen jeder Art; Förderung und Unter-
stützung von freiwilligen Gewerbevereinen.

Ausbau der Sozialgesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter, Regelung des Arbeits-
nachweises; Koalitionsfreiheit der Arbeiter.

Die Volkspartei verlangt bei allfälligem Abschluss von Handels-Zollverträgen
nicht nur Rücksichtnahme auf die Finanzen des Landes, sondern in erster Linie
auf die Wirtschaft des Volkes, auf die Bereitstellung billiger Lebensmittel und
besteht darauf, dass das Land an seiner Selbständigkeit nichts einbüsst (Kriegs-
zeiten); sie bekämpft die Abführung und Bestrafung von Inländern im Auslande;
sie fordert überhaupt die genaue Prüfung der Frage eines Zollanschlusses oder
des Freihandels.

e) In der **Verkehrspolitik**: In erster Linie Ausbau des Lawenawerkes; Ausbau der
Wasserrechts-Gesetzgebung; Ausbau des Strassenwesens (besonders im Unter-



Sie wirkten lange Zeit gemein-
sam in der liechtensteinischen
Regierung: Die beiden Balzner,
Regierungschef Hans Brunhart
und Vizeregierungschef Dr. Her-
bert Wille.

getan wird.» Der Landtag
müsse das, was sich überlebt
hat, aufgeben und neue Wege
zur inneren Erneuerung,
Stärkung und Aufwertung finden,
damit «ihm die alte souveräne
Bedeutung und Stellung»
wiedergegeben werde.
An den Gemeindewahlen
beteiligen sich neben der
Vaterländischen Union und der
Fortschrittlichen Bürgerpartei
die neuen Parteien Freie Liste
und die aus der Kunsthaus-
Initiativgruppe entstandene
Überparteiliche Liste (ÜL).

Die Gemeindewahlen bringen Frauen in verantwortungsvolle politische Ämter: Maria Marxer wird Vorsteherin von Gamprin, Emma Brogle-Sele Vizebürgermeisterin von Vaduz. Mit Regierungschef Hans Brunhart übernimmt erstmals ein Liechtensteiner den Vorsitz in der Ministerkonferenz des Europarates (7.5.). Eröffnung des Liechtenstein-Instituts in Gamprin (22.8.). Das Volk stimmt einer Initiative zur Einführung des «Doppelten Ja» zu (11./13.9.).

land). Das Verkehrswesen soll nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgebaut und gefördert werden. Daher bestehen wir vor allem auf einer eigenen kaufmännisch geleiteten Post mit Telegraph und Telephon, die dem praktischen Verkehr entsprechen; allenfalls Anschluss dieser Verkehrsanstalten an einen Nachbarstaat, der diesen Wünschen am meisten entspricht; Einführung von Postämtern in allen grösseren Gemeinden.

Förderung des Eisenbahnbaues; vermehrte Einflussnahme auf die das Land berührende österreichische Staatsbahn. Unterstützung des Personenverkehrs.

Wir verlangen eine der heimischen Volkswirtschaft möglichst zusagende Lösung der **Valutafrage**, und bekämpfen zugleich die **einseitige, verhängnisvolle** Anlage der Sparkassagelder.

Die christlich-soziale Volkspartei ist der Überzeugung, dass nur einmütiges Zusammenwirken aller Volksschichten, der Bauern, Gewerbetreibenden und Arbeiter eine glückliche staatliche Zukunft unseres Volkes verbürgt, **daher lehnt sie die Politik des Hasses und der Klassenherrschaft** – von welcher Seite sie immer kommen möge – **ab**. Ihre Sorge ist das fortschrittliche Wohl des Vaterlandes.

Die Delegiertenversammlung der christlich-sozialen Volkspartei

Nun kennen Freund und Gegner unser Programm, das im Gegensatz zu andern Programmen absichtlich etwas mehr konkret gehalten ist. Jeder Anhänger soll wissen, für was er eintritt. Die Gegenpartei wird freilich behaupten, wir hätten den Mund wieder recht voll genommen. Nun, mag die Kritik sagen, was sie will, die Volkspartei wird dessenungeachtet für die Verwirklichung des aufgestellten Programmes eintreten. In der nächsten Zeit werden wir hiezu Artikel im Blatte veröffentlichen.

Diese Nummer aufbewahren!

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 28181.

Einführung des Postauto-Nulltarifs für ein Jahr (1.1.).

Die Milchkontingentierung tritt in Kraft (1.1.).

Drittes Neujahrstreffen der Vaterländischen Union zum Rahmenthema «Ökonomie und Ökologie – (k)ein Widerspruch» (6.1.).

Das Stimmvolk stimmt einer Erhöhung der Abgeordnetenzahl im Landtag von 15 auf 25 zu. Gleichentags befürworteten die Stimmbürger/innen auch das Gesetz über die Einführung der betrieblichen Vorsorge (22./24.1.). Tod von Fürstlichem Justizrat Alt-Regierungschef-Stellvertreter und Abgeordnetem Dr. Alois Vogt (23.3.).



Anlässlich der Weihe des Liechtensteiners Wolfgang Haas zum Bischof von Chur, zu dessen Diözese Liechtenstein gehört, kam es zu Protesten gegen die Vorgehensweise bei der Ernennung des Bischofs wie auch gegen den Bischof selbst.

16.9.20

5

Protokoll

aus den Verhandlungen zwischen
 1. fürstl. Rabinat Herat J. Martin und
 Dr. Peer in und seit
 2. dem Obman der Volksgartni Wälder
 in Thal, Abg. Dr. Wilhelm Beck u. Abg.
 Peter Schädler.



Fürst Franz Josef II. feiert im August 1988 sein 50jähriges Regierungsjubiläum. Links von ihm der heutige Fürst Hans Adam II.; rechts Regierungsrat René Ritter, Regierungschef Hans Brunhart, Regierungsrat Wilfried Büchel, Vizeregierungschef Dr. Herbert Wille und Regierungsrat Dr. Peter Wolff.

Eröffnung des Birkahofs Mauren (29.4.).
 Matinee der Vaterländischen Union in Schaan mit dem vielbeachteten Referat des Regierungschefs zum Thema «Liechtenstein – Zukunftschancen und Perspektiven» (29.5.).

Zum Beschlusse der Verhandlung
 zwischen dem Obman der Volksgartni Wälder
 in Thal, Abg. Dr. Wilhelm Beck u. Abg.
 Peter Schädler am 5. Sept. von Rabinat
 Herat Martin zu einem Vertrag
 über die Sanierung des Tunnels
 Gnalp-Steg am 6. September
 zu einem 3-jährigen Mietvertrag
 beim Bauamt in und...

2. Schlossabmachungen vom September 1920

~~...~~
 ...
 ...
 ...
 ...
 ...

Bischofsweihe von Weihbischof Wolfgang Haas in Chur (22.5.).
 Gründung der Senioren Union, der dritten Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Union (27.6.).
 Vorsitzender wird Johann Beck, Alt-Landtagsabgeordneter und ehemaliger Präsident des Arbeitnehmerverbandes, Vizepräsident Alt-Vorsteher Egon Marxer aus Nendeln und Schriftführer Heinrich Feger aus Triesen, dessen Amt 1990 Hugo Ritter aus Ruggell übernimmt.
 Feier von «50 Jahre Regentschaft» von Fürst Franz Josef II. (15.8.)
 Die Stimmberechtigten genehmigen einen Kredit für die Sanierung des Tunnels Gnalp-Steg (30.9./2.10.).
 Die FBP-Fraktion verlässt den Landtag, nachdem sie vergeblich die Bestellung einer Untersuchungskommission zur Klärung von vier Fragen hinsichtlich des Staatsgerichtshofes im Zusammenhang mit dem gescheiterten Kunsthausebau verlangt hatte.
 Die Vaterländische Union stimmt aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht zu.
 Es kommt zu vorzeitigen Landtagswahlen (21.12.).

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
28452.

Die vorgezogenen Neuwahlen in den Landtag bringen keine Verschiebung der Mandatsverhältnisse.

Das Volk stimmt einem neuen Krankenversicherungsgesetz zu und verwirft ein Initiativbegehren zur Einführung des Staatsvertragsreferendums deutlich (17./19.3.).

Tod von Fürstin Gina (18.10.). Fürst Franz Josef II. stirbt im November (13.11.).



Fürstin Gina stirbt am 18. Oktober 1989, Fürst Franz Josef II. ver- stirbt wenig später am 13. November 1989. Die Bevölkerung ist sehr betroffen und nimmt echte Anteilnahme.

Vorbemerkung

Das Konvolut der «Schlossabmachungen» blieb im Besitz des Protokollanten und späteren Regierungschefs Prof. Gustav Schädler und wurde von seinen Söhnen über Dr. Karlheinz Ritter dem Parteiarchiv der Vaterländischen Union übergeben.

Silvio Schädler, Sohn von Gustav Schädler, hatte die Protokolle der Schlossverhandlungen von seinem Vater übernommen und nach Madrid mitgenommen, wo er während vieler Jahre als vollamtlicher Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung tätig war.

Nach seinem Hinschied zeigte es sich, dass das Faszikel bei verschiedenen Umzügen und bei der Liquidation des Haushalts auseinandergeraten war. Als sein Bruder, Dr. Mario Schädler, im Jahr 1990 angefragt wurde, ob Dr. Rupert Quaderer für die Abfassung einer Geschichte Liechtensteins für die Jahre 1914 bis 1928 Einblick in die «Schlossverhandlungen» erhalten könne, mussten erst die Akten des umfangreichen schriftlichen Nachlasses von Silvio Schädler aufgearbeitet und geordnet werden.

Die Protokolle der Schlossverhandlungen waren vollständig vorhanden. Bei dieser Gelegenheit kam auch die Korrespondenz zwischen Silvio Schädler – der an einer neueren Geschichte Liechtensteins schrieb – und Dr. Alois Ritter zum Vorschein. Daraus ist ersichtlich, dass er die Unterlagen der «Schlossverhandlungen» Herrn Dr. Alois Ritter zuhanden des Archivs der Vaterländischen Union versprochen hatte. Auf Wunsch von Dr. Mario Schädler erhielten das liechtensteinische Landesarchiv und Dr. Rupert Quaderer je eine beglaubigte Kopie.

Die Transkriptionen wurden grundsätzlich gemäss den «Richtlinien für die Edition landesgeschichtlicher Quellen» bearbeitet. Redaktionelle Eingriffe sind in [eckige Klammer] gesetzt, das redaktionelle Kopfregezt zu den einzelnen Dokumenten ist in kursiver Schrift gesetzt.

Verzeichnis der Schriftstücke der «Schlossabmachungen» vom September 1920

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----|--------------|--|
| 1. | 28. IV. 1920 | Brief Walser an Dr. Peer |
| 2. | 30. IV. 1920 | Zl. 74 Präs., Regierung an Walser |
| 3. | 23. V. 1920 | Brief Walsers an Prinz Johannes |
| 4. | 9. 9. 1920 | Martin an Dr. Beck |
| 5. | 16. 9. 1920 | Mein Protokoll – 32 Seiten |
| 6. | | Ergänzung zum Protokoll |
| 7. | 11. 9. 1920 | Abmachung mit Peer und Martin |
| 8. | 13. 9. 1920 | Zweite Abmachung und Durchschlag |
| | 15. 9. 1920 | Schlossabmachungen 15. 9. 1920. |
| 9. | 14. 9. 1920 | Protokoll, 6 Unterschriften |
| 9a. | 11.XII.1920 | Protokoll vom 11. Dez. 1920 über Ausschuss im «Kirchthaler» und Brief an Martin ebenfalls vom 11. Dez. 1920 (früher in der Mappe 1920) |
| 10. | 1. 12.1920 | Martin an Walser |
| 11. | 3. 12.1920 | Brief Walsers an Peer |
| 12. | 30.III.1921 | Telegramm an Martin |
| 13. | 30. 3. 1921 | Walser an Martin |
| 14. | 31. 3. 1921 | Telegramm Martin an Walser |
| 15. | 3. IV.1921 | Telegramm Martin an Walser |
| 16. | 5. 4. 1921 | Telegramm Walser an Martin |

Am Todestag des Fürsten Franz Josef II. tritt sein ältester Sohn als Hans Adam II. offiziell die Nachfolge an. Er gelobt, ein gerechter Fürst zu sein, die verfassungsmässigen Freiheiten zu wahren, den Bedrängten und Armen ein Helfer zu sein und die Rechte zu hüten (13.11). Die im Zusammenhang mit dem Staatsgerichtshof bzw. dem gescheiterten Kunsthaus von der Vaterländischen Union bzw. der Bürgerpartei eingebrachten Initiativen betreffend die Kontrolle der Justizverwaltung bzw. das Minderheitenrecht auf Kontrolle werden vom Volk angenommen. Die Stimmbeteiligung befindet sich auf einem historischem Tief von rund 51 Prozent (1./3.12.). Der Landtag nimmt die Erbhuldigung für den neuen Fürsten vor (5.12.).



Fürst Hans Adam II. von Liechtenstein, seit 1984 Stellvertreter seines Vaters, tritt am 13. November 1989 seine Regierung an. Er ist der 13. Fürst des Landes.

Nr. 1: Schreiben der Liechtensteinischen Volkspartei an Josef Peer, Verwaltungsgerichtshof, Wien, dat. Vaduz, den 28. April 1920; unterzeichnet von Anton Walser-Kirchthaler, Obmann der Partei.

28. 4. 1920

Herrn Hofrat Dr. Peer, Verwaltungsgerichtshof Wien

Wir telegrafierte Ihnen heute: «Nehmen Hofrat zur Kenntnis, dass bis jetzt schon ca. 600 Bürger gegen die Besetzung des Landesverweserpostens durch Sie oder einen anderen Ausländer protestieren. Brief folgt.»

Vorerst erlauben wir uns, auf beiliegendes Parteiprogramm hinzuweisen.

Im November 1918 verlangte das Volk den Ausbau unserer Verfassung, und zwar auf demokratischer Grundlage. In dieser revidierten Verfassung sollte das Prinzip festgelegt werden: Es wird in Liechtenstein parlamentarisch regiert, und zwar hat diese Regierung aus Landesbürgern zu bestehen.

Von höchster Seite wurde uns versprochen, die Verfassung sofort zu revidieren und dem Volk grösstes Entgegenkommen versichert. Und heute stehen wir noch am selben Flecken. Wie es nun den Anschein hat, will man jetzt durch die Besetzung des Landesverweserpostens einen der Hauptpunkte der Verfassungsänderung unseres Parteiprogrammes, für das wir mit aller Entschiedenheit eintreten, einfach aus der Welt schaffen.

Es wird heute jeder zeitgemäss denkende Mann zugeben, dass es nicht mehr angeht, die politischen Wünsche einer ca. die Hälfte Wähler des Landes umfassende Partei, auf diese Art und Weise zu erledigen.

Es wird auch weiter nicht mehr angehen, vielleicht mit wenigen Stimmen eine Partei zu majorisieren.

Wir sind der Überzeugung, dass bei uns nur eine Regierung, die das Vertrauen des ganzen Volkes besitzt, segensreich wirken kann. Es liegt uns heute ferne, um die Person zu kämpfen. Wir halten aber fest an unseren Grundsätzen und das ist im

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 29032.

Neujahrstreffen der Vaterländischen Union unter dem Rahmenthema der europäischen Integration (6.1.).

Vereidigung des neuen Staatsgerichtshofes (29.1.).

Fürst Hans Adam II.

hält die erste Thronrede als Landesfürst (14.3.).

Liechtenstein unterzeichnet die KSZE-Schlussakte (1.8.).

Auf der Schlosswiese Vaduz findet die Erbhuldigung der liechtensteinischen Bevölkerung statt (15.8.).

vorliegendem Falle «Die Regierung muss aus Liechtensteinern zusammengesetzt sein.» Den Kampf für dieses Postulat werden [wir] mit allen erlaubten Mitteln führen. Aus verschiedenen Gründen gestatteten wir uns, Herr Hofrat, diese Auseinandersetzungen zu machen.

Es liegt uns ganz ferne, und wir schätzen Ihre Person viel zu hoch, als dass wir aus persönlichen Gründen zur Landesverweserfrage Stellung nehmen würden.

Wir versichern, Herr Hofrat, dass die Volkspartei Ihre Person ebenso hoch ehrt und achtet wie andere. In diesem Falle handelt es sich um prinzipielle politische Landesfragen, und absolut nicht um Personen.

Genehmigen Sie im übrigen, verehrter Herr Hofrat, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Liechtensteinische Volkspartei

Der Obmann

Anton Walser-Kirchthaler

[Kürzel als Unterschrift]

Vaduz, 28. April 1920



Liechtenstein wird 1990 als 160. Mitglied in die Vereinten Nationen (UNO) aufgenommen. Von rechts in der zweiten Reihe: Roland Marxer (Amt für Auswärtige Angelegenheiten), Claudia Fritsche-Mündle (UNO-Botschafterin), Dr. Alois Ospelt (Landtagsabgeordneter, Fraktionssprecher FDP); vorne: Hans Brunhart (Regierungschef), Dr. Herbert Wille (Vizeregierungschef), Reinhard Walser (Landtagsabgeordneter, Fraktionssprecher VU)

Das Fürstentum Liechtenstein wird als 160. Mitglied in den Kreis der Vereinten Nationen (UNO) aufgenommen. Botschafterin wird Claudia Fritsche-Mündle (18.9.). Die Vaterländische Union orientiert an zahlreichen Veranstaltungen über die europäische Integration. Die Erweiterungsbauten des Liechtensteinischen Gymnasiums und der Liechtensteinischen Ingenieurschule (LIS) werden eröffnet (1.12.). Eine Vorlage für ein neues und zeitgemässes Steuergesetz wird verworfen (19./21.10.).

Nr. 2: Amtliches Schreiben der Regierung an die Liechtensteinische Volkspartei, adressiert an Anton Walser-Kirchthaler, Obmann der Volkspartei, dat. Vaduz, den 30. April 1920; unterzeichnet von Landesverweser Josef Ospelt; Kundmachung in den «Oberrheinischen Nachrichten», Nr. 35, vom 1. Mai 1920.

Zl. 74/Präs.

Landesverweser Ospelt an A. Walser, Obmann der Volkspartei, Vaduz

Zufolge Höchsten Auftrages wird Ihnen Nachstehendes eröffnet:

SEINE DURCHLAUCHT der regierende Fürst ist nicht in der Lage, auf die Höchstdemselben durch ein von Ihnen als Obmann der Volkspartei unterzeichnetes Telegramm und im Anschlusse daran schriftlich übermittelte, am 18. April 1920 in einer öffentlichen Versammlung in Triesen beschlossene Protestresolution weiter einzutreten, da sich dieselbe in der mitgeteilten Form mehrfach als befremdend und inhaltlich als Versuch eines Eingriffes in das dem Landesfürsten nach § 27 der derzeit geltenden Verfassung zustehende Recht der Ernennung der Staatsdiener erweist.

Bei diesem Anlasse werden Sie auf das durch die §§ 20 und 42 der Verfassung gewährleistete Petitionsrecht an den Landtag verwiesen.

Vaduz, am 30. April 1920

Der fürstl. Landesverweser:

[Josef] Ospelt

An Herrn Anton Walser

Obmann der Volkspartei

in Vaduz

W

ohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
29386.

Neujahrstreffen der VU zum Rahmenthema «Ost – West» (6.1.).

An den Gemeindewahlen beteiligt sich neben den vier Parteien VU, FL, FBP, ÜLL in Vaduz auch eine neue politische Gruppierung «För Vadoz».

Die parlamentarische Untersuchungskommission zum «Fall Kunsthaus/Staatsgerichtshof» legt im März 1991 ihren Bericht vor. Er bringt «wenig Neuheiten» und beantwortet die vorgelegten Fragen in eingehender Weise. Das jahrelang die Debatte beherrschende Thema wird ad acta gelegt.



Goldenes Priesterjubiläum von Engelbert Bucher, Pfarrer, Dekan und Lokalhistoriker, im Gespräch mit (v. l.) Bernadette Brunhart, Hans Brunhart und Herbert Hilbe (r.), Vorsteher von Triesenberg.

Nr. 3: Schreiben der Liechtensteinischen Volkspartei an Prinz Johannes von Liechtenstein, dat. Vaduz, den 23. Mai 1920; unterzeichnet vom Parteiobmann, Anton Walser-Kirchthaler, und dem Schriftführer der Volkspartei, Stefan Wachter.

Vaduz, den 23. Mai 1920

An Se.

Durchlaucht den Prinzen Johannes

von und zu Liechtenstein

derzeit in Vaduz.

Durchlauchtigster Prinz!

Namens und im Auftrage der liechtenst. Volkspartei beehren sich die Unterzeichneten, Eurer Durchlaucht als Spezialgesandten des regierenden Fürsten in der Landesverweserfrage folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Am 22. Mai 1920 fand im «Kirchthaler» in Vaduz, wie Eurer Durchlaucht selbst bekannt ist, eine Versammlung der Volkspartei aus Bürgern aller Gemeinden des Landes statt. Es waren ausser den 70 Vertrauensleuten, wovon etwa 25 aus dem Unterlande und 45 aus dem Oberlande, noch 10 sonstige Parteimitglieder anwesend.

Die Vertrauensmännerversammlung hat

in Erwägung:

dass sie nicht von der dem allverehrten Landesfürsten übermittelten Entschliessung der über 1000 Mann starken Volksversammlung vom 9. Mai 1920 in der «Au»-Bündt in Vaduz, ferner von den in den Versammlungen in Triesen (18. 4. 20), in Vaduz (22. 4. 20), Triesenberg (25. 4. 20.) und in Balzers (25. 4. 20) gefassten Entschliessungen abweichen kann und hiezu keine Veranlassung hat;

dass weiter nach unserer Ansicht der grössere Teil des Liechtensteiner Volkes von der Besetzung des Landesverweserpostens oder seines Stellver-



Generalsekretär Perez de Cuellar in Liechtenstein (4.–6. Juli 1991), zusammen mit Regierungschef Hans Brunhart.

Liechtenstein wird Vollmitglied der Europäischen Freihandelszone EFTA (22.5.).
 Tod des ehemaligen Vizeregierungschefs Fürstl. Rat Josef Büchel (15.11.).
 Das Volk stimmt der Einführung der 5-Tage-Schule zu und verwirft ein Lärmschutzgesetz (20./22.9.).
 Feier des 25jährigen Bestehens der Jugend Union (27.12.).

treter durch einen Ausländer, sei es provisorisch oder definitiv, nichts mehr wissen will und auf einer aus Landesbürgern zusammengesetzten Regierung besteht;

dass endlich im übrigen die mehrfach kundgetanen Gründe gegen die Bestellung eines Ausländers an der Regierung, insbesondere jene gegen Herrn Hofrat Dr. Peer in No. 35 der «Oberrheinischen Nachrichten», ferner in No 38, 37, 36 und 32, welche als Beilage mitfolgen, nach wie vor ihre volle Geltung haben, beschlossen:

1./ Die Vertrauensmännerversammlung besteht nach wie vor auf den früher kundgegebenen Entschliessungen, wonach sie nur mehr eine aus Landesbürgern bestehende Regierung anerkennt. Sie stellt nochmals und in unzweideutiger Weise fest, dass sie nie und in keiner Weise mit einer Regierung einverstanden ist, an der ein Ausländer in irgend einer Weise als Regierungschef oder dessen Stellvertreter oder unter sonst einem Namen tätig ist, mit dem Volke verkehrt und seine Unterschrift abgibt.

2./ Die Versammlung missbilligt und verurteilt das Vorgehen anlässlich der geplanten Berufung des Herrn Hofrates Peer und sie spricht diesem Manne nochmals ihr volles Misstrauen aus.

Die Versammlung müsste es im Interesse des Landesfriedens sehr bedauern, wenn Herr Hofrat Peer in irgendeiner amtlichen Eigenschaft trotz des unzweideutig bekannt gegebenen Willens eines Grossteils des Liechtensteiner Volkes ins Land kommen sollte. Der Riss und Zwiespalt im Volk müsste auf diese Art nur noch grösser werden und es ist nicht einzusehen, wie Herr Peer noch segensreich sollte wirken können. Wenn, was wir zwar bedauern, und nicht wünschen würden, bedauerliche Auftritte vorkommen sollten, falls Herr Hofrat Peer ins Land kommt, so tragen jene die Verantwortung, die hartnäckig an dieser missliebigen Kandidatur festhalten und sich der Aufklärung verschliessen. Die Folgen werden keine guten sein. Für Herrn Peer ist unser Land kein Wirkungsfeld.

W

ohnbevölkerung
 Liechtensteins:
 29868.

Neujahrstreffen der Vaterländischen Union zum Rahmenthema «Unsere Umwelt – Unsere Mitwelt» mit verschiedenen Referaten (6.1.).

Erstmals übernimmt mit Hermine Sele-Thöny in Schaan eine Frau die Leitung einer VU-Ortsgruppe (20.1.).

Das Stimmvolk heisst mit Blick auf den EWR-Vertrag ein Staatsvertragsreferendum gut (13./15.3.).

Der Parteitag der Vaterländischen Union verabschiedet neue Statuten und formuliert ihre Zielsetzungen in einem Grundsatzpapier «Vision». Präsident wird Oswald Kranz (Nendeln),



1992 übernimmt Oswald Kranz das Amt des Parteipräsidenten von seinem Vorgänger Dr. Otto Hasler.

Wenn anscheinend Herr Hofrat schon feste Zusagen gemacht worden sind, so ist das bedauerlich, aber es vermag dies unseren wohlbegründeten Standpunkt in keiner Weise zu ändern. Diese Zusagen lassen sich gewiss noch lösen. Wir können nicht annehmen, dass Herr Hofrat Peer bei der Stimmung eines Grossteil des Volkes dennoch ins Land kommen will.

3./ Die Vertrauensmännerversammlung stellt weiter fest, dass sie dem Frieden zulieb bereit ist, folgenden Kompromissvorschlag zu stellen: Es wird eine aus Landesbürgern zusammengesetzte Regierung im Einvernehmen mit den Parteien und dem Landesfürsten bestellt. Dieser Regierung kann vorübergehend zur rascheren und gründlichen Erledigung der gegenwärtig obschwebenden Landesfragen ein auf volkswirtschaftlichem und administrativem Gebiet bewandertes Fachmann beigelegt werden. Bei den angestrebten und geplanten Beziehungen zur Schweiz kommt nach unserer Ansicht in erster Linie ein kath. schweiz. Mann und Praktiker in Frage, nicht aber ein Mann, dem die wertvollen Kenntnisse der dortigen Verhältnisse und Beziehungen grösstenteils abgehen.

4./ Die Vertrauensmännerversammlung bittet Eure Durchlaucht, dem Landesfürsten und andern massgebenden Stellen eindringlich zur Kenntnis zu bringen, dass die Volkspartei auf einer verhältnismässigen Vertretung in allen diesen zulässigen Behörden und Amtsstellen besteht.

Sie bedauert lebhaft, dass gerade ihre Leute bei Stellenbesetzungen und bei Wahlen in Behörden übergangen werden. Bei diesem einseitigen Vorgehen wird das leider schon bestehende Misstrauen nur noch verschärft.

Diese Beschlüsse sind einstimmig gefasst worden.

Es hat die Vertrauensmännerversammlung herzlich gefreut, durch ein Mitglied des erlauchten Fürstenhauses aufgeklärt zu werden. Wie Eure Durchlaucht selbst an der Versammlung in Anwesenheit von alten Männern mit Silberhaaren und von jüngeren Männern versichert wurde und heute nochmals versichert



EWR-Staatskrise vom 28. Oktober 1992: Die Menschenansammlung wird grösser; man harrt der Dinge.

Vizepräsidentin Alice Fehr-Heidegger aus Triesen (27.4.).
 Feier des Jubiläums «650 Jahre Grafschaft Vaduz» (3.5.).
 Die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 18 Jahre wird vom Stimmvolk abgelehnt (26./28.6.).
 Das Thema des Jahres ist das Abkommen zwischen den Staaten der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten der EFTA zur Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR).

In diesem Zusammenhang (auch andere Fragen spielen mit) ist die sogenannte «EWR-Staatskrise» mit dem Höhepunkt am 27./28. Oktober zu sehen.
 Der Landesfürst tritt für eine EWR-Volksabstimmung vor der Schweiz ein, Landtag und Regierung für einen Termin danach.

wird, richtet sich unsere Bewegung durchaus nicht gegen den regierenden Fürsten, den wir selbst hochschätzen und verehren. Wir bitten Eure Durchlaucht diese unsere wiederholte Versicherung an höchster Stelle zur Kenntnis zu bringen. Aus den Ausführungen Eurer Durchlaucht am 22. Mai geht ausserdem hervor, dass der regierende Fürst eine aus Landesbürgern bestehende Regierung wünscht. Es ist demnach nicht einzusehen, weshalb diese Absicht nicht schon heute, allenfalls unter Berücksichtigung unseres Kompromissvorschlages soll verwirklicht werden können.

Wir bitten zum Schlusse Eure Durchlaucht dem durchlauchtigsten Landesfürsten diese unsere Stellungnahme in der Regierungsfrage zur Kenntnis zu bringen und unserem leider im Auslande wohnenden Landesherrn unsere aufrichtigen Wünsche und Grüsse von den Mitgliedern der Volkspartei zu überbringen. Wir sind überzeugt, dass Fürst und Volk zusammengehören und bei gegenseitig gutem Willen einen Ausweg zum Wohlergehen für das Land finden werden.

Genehmigen Eure Durchlaucht die Versicherung unserer vollkommenen Hochachtung!

Für die liechtenst. Volkspartei

Der Schriftführer: Der Obmann:
 St[efan] Wachter [Anton] Walser-Kirchthaler



EWR-Staatskrise vom 28. Oktober 1992: Spannung und Sorge steigen, die Versammlung ist auf etwa 2000 Menschen angewachsen.

Fürst Hans Adam II. droht mit der Auflösung des Landtages und mit der Entlassung der Regierung.

In einer gespannten Atmosphäre – in Vaduz demonstrieren etwa 2000 Personen – einigen sich am 28. Oktober der Landesfürst sowie Landtag und Regierung auf einen Abstimmungstermin nach der schweizerischen Entscheidung.

Das Volk verwirft zwei Initiativen für die Abschaffung der Sperrklausel von 8 Prozent der Stimmen für die Wahl in den Landtag und für ein umfassendes Diskriminierungsverbot (6./8.11.).
 Offizielle Inbetriebnahme des Landeskanals (23.11.).
 In einer Live-Sendung im Landeskanal stellen sich Fürst Hans Adam II. und Regierungschef Hans Brunhart den Fragen und

Nr. 4: Schreiben der Fürstl. Kabinettskanzlei an Wilhelm Beck, dat. Vaduz, den 9. September 1920; unterzeichnet von Kabinettsrat Josef Martin.

KABINETTSKANZLEI
 DES REGIERENDEN FÜRSTEN VON
 LIECHTENSTEIN
 (Stempel)

Sehr geehrter Herr Doktor!

In Beantwortung Ihrer w. Zeilen von heute nachm. erlaube ich mir mitzuteilen, dass die Sondierung in der Schweiz durch den Herrn Landesverweser Prinz Karl selbst erfolgt.

Für die Bereitwilligkeit, einer vom Fürsten gewünschten, unverbindlichen Aussprache mit Herrn Dr. Peer danke ich bestens und werde morgen vormittags über Zeitpunkt u.s.w. telefonisch mitteilen lassen.

Ich bitte, verehrter Herr Doktor, überzeugt zu sein, dass ich voll bestrebt bin, eine möglichste Beschleunigung in der Erledigung der bewussten Angelegenheiten herbeizuführen.

Mit dem Ausdrücke der Hochachtung

Ihr

ergebenster

J[osef] Martin

Vaduz, am 9. Sept. 1920

Meinungen der Bürger in Bezug auf den EWR (8.12.)

Das Volk befürwortet das Abkommen für einen Europäischen Wirtschaftsraum mit einer klaren Mehrheit von rund 56 Prozent der Stimmen (11./13.12.).



EWR-Staatskrise vom 28. Oktober 1992: Am späteren Nachmittag beginnen die Menschen herbeizuströmen.



EWR-Staatskrise vom 28. Oktober 1992: In einer Krisensitzung mit dem Landesfürsten, dem Landtag und der Regierung wird eine einvernehmliche Lösung gesucht und gefunden.

Nr. 5: Protokoll der Schlossabmachungen zwischen den zwei fürstlichen Vertretern Kabinettsrat Josef Martin und Hofrat Josef Peer sowie den drei Vertretern der Liechtensteinischen Volkspartei, Obmann Anton Walser-Kirchthaler, Abgeordnetem Wilhelm Beck und Abgeordnetem Gustav Schädler; das 32seitige Protokoll der Verhandlungen vom 10.–15. September 1920 wurde von Gustav Schädler geführt; mit Marginalien und drei Seiten stenographischen Ergänzungen.

Protokoll

16.9.20

über die Verhandlungen zwischen

1. fürstl. Kabinettsrat J. Martin und Hofrat Dr. Peer einerseits und
2. dem Obmann der Volkspartei Walser-Kirchthaler, dem Abg. Dr. Wilhelm Beck und dem Abg. Gustav Schädler.

Zwecks Erledigung der Verfassung- und anderen Fragen wurde Dr. Beck durch ein Schreiben vom 5. Sept. von Kabinettsrat Martin zu einer langen Aussprache eingeladen (Beilage A). Dr. Beck fand sich zu diesem Zwecke am 6. September zu einem 3stündigen Meinungsaustausche beim Genannten ein.¹

Dr. Beck stellte fest, dass er nur als Privatmann spreche und von der Volkspartei keinerlei Auftrag noch Ermächtigung zu Verhandlungen habe.²

Am 7. September wurde der Vorschlag Dr. Becks, wie eine Proklamation des Fürsten lauten sollte, dem Kabinettsrat überreicht.³

1. *[Durchgestrichen]: und bekam den Eindruck, dass die Situation zur Verständigung in den wichtigsten Landesfragen nicht ungünstig sei. – Stenographische Ergänzung 1.*
2. *Ergänzung 2. – [Durchgestrichen]: Er schlug dem fürstl. Kabinettsrate vor, die Angelegenheit so einzuleiten, dass der Fürst durch eine Proklamation an das Volk die Wünsche und Forderungen der Volkspartei [übernehme], die [dieser] schliesslich dann als seinen Willen der Öffentlichkeit kund tue. Weiter verlangte Dr. Beck einen schweiz. Fachmann für die Regierung, während [Seite 1/2 Manuskript] Martin zu verstehen gab, dass der Fürst immer noch an eine Berufung Peer's denke. Dr. Beck erklärte sich damit einverstanden, mit Peer einmal in unverbindlicher Weise zu sprechen. Überdies anbot er sich, die Wünsche und Forderungen der Volkspartei zusammenzustellen und dem fürstlichen Kabinettsrat zu übermitteln.*
3. *[In anderer Schrift]: (Siehe Beilage und Brief!)*

W

ohnbevölkerung
Liechtensteins:
30310.

Neujahrstreffen der Vaterländischen Union mit dem Rahmenthema «75 Jahre – liberal, sozial, menschlich», das die Brücken von der Vaterländischen Union zur Volkspartei schlägt. Die Historiker Rupert Quaderer und Peter Geiger referieren über die Geschichte der Volkspartei, ihre Vereinigung mit dem Liechtensteiner Heimatdienst und das erste Jahrzehnt der Geschichte der Vaterländischen Union (6.1.).

Die Landtagswahlen bringen das interessante Resultat, dass die VU trotz des klar höchsten Stimmenanteils nur elf Mandate erreicht, die FBP mit einer deutlich kleineren Stimmenzahl aber ihre zwölf Sitze hält. Die Freie Liste gewinnt in jedem Wahlkreis einen Sitz. Erstmals keine absolute Mandatsmehrheit einer Partei im Landtag (5./7.2.). Regierungschef Hans Brunhart gibt den Rücktritt bekannt (7.2.). Mit 19 Jahren vollamtlicher Regierungstätigkeit, davon 15 Jahren als Regierungschef,

1. Verhandlung.

Am Freitag, den 10. Sept., begab sich dann Dr. Beck mit seinem Zeugen Abg. Schädler in das fürstl. Absteigequartier und sprach sich dort mit Peer von 11¼ vormittags bis 9¼ abends grundsätzlich aus. In einer sehr langen Einleitung referierte Peer zunächst darüber, wann und wie seine Berufung erfolgte. Prinz Eduard habe wohl an eine definitive Anstellung Peer's gedacht, [Seite 2/3] allerdings hätte Peer zunächst nur als Sekretär des Prinzen Karl oder sonst unter einem Titel nach Liechtenstein gebracht werden sollen. Peer will von Anfang an nur ein Provisorium von einem Jahr in Aussicht genommen haben und war auch nicht für die Rolle eines Sekretärs zu gewinnen;⁴ er verlangte vielmehr als Chef der Regierung antreten zu können.⁵

Zum 1. mal sei er, Peer, am 16. März zum Fürsten berufen worden und er habe diesem gegenüber kein Hehl daraus gemacht, dass in Liechtenstein von dem fürstl. Land.-Verwes. oft unklug amtiert worden sei. Namentlich habe Kabinettsrat von In der Maur in zu selbtherrlicher Weise und ohne das Volk regiert. Der Fürst hätte dann nach [Seite 3/4] der definitiven Inaussichtnahme Peer's geglaubt, in Liechtenstein seien die Wege hierfür schon geebnet. Prinz Eduard musste zugeben, dass dem nicht so sei, bemerkte aber, dass er nun schnell nach Liechtenstein fahre, wo er die Angelegenheit im Sinne der in Wien im Geheimen schon fertigen Anstellung im Handumdrehen erledigen werde. Peer wies nach, dass sich der Fürst über ihn nicht nur beim Präsidenten des Verwaltungsgeschichtshofes, sondern auch in Innsbruck und Vorarlberg erkundigen lassen und bei dieser Erforschung auf «Herz und Nieren» habe Prinz Eduard besonders mitgewirkt.⁶ Dr. Peer bezeichnete den seinerzeitigen

4. *[Stenographische Ergänzung 3]*
5. *[Marginalie in anderer Schrift]: Bereits hatten Dr. Peer und Frau in Aussicht genommen, in Vaduz die silberne Hochzeit im Mai zu feiern, wie Peer sich selber äusserte.*
6. *[Marginalie in anderer Schrift]: Die Unterhändler gewannen den bestimmten Eindruck, dass Dr. Peer sehr schlecht auf Prinz Eduard zu sprechen ist.*

ist er das bisher am längsten amtierende Regierungsmitglied der liechtensteinischen Geschichte seit der Verfassung von 1921.

In einer Volksabstimmung wird ein Verpflichtungskredit für die Errichtung des Landtagsgebäudes und weiterer Bauten für eine Neugestaltung des Regierungsviertels abgelehnt (5./7.3.).

Feier von «70 Jahre Zollvertrag Schweiz-Liechtenstein» (29.3.). Landtagseröffnung und Thronrede von Fürst Hans Adam II. (12.5.).

Erstmals nimmt mit Dr. Cornelia Gassner eine Frau in der Regierung Einsitz (26.5.).



Verteidigung der neuen Regierung (v. l.) Regierungsrat Dr. Michael Ritter, Vize-Regierungschef Dr. Mario Frick, Regierungschef Markus Büchel, Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner, Regierungsrat Kurt Korner.

Landesverweser Imhof als total unfähig für die Regierung. Den In der Maur lernte [Seite 4/5] Dr. Peer im Jahre 1907 anlässlich der Ausarbeitung eines Entwurfes für die Justizreform kennen. Dr. Peer hatte einen solchen Entwurf im Auftrage Dr. A. Schädlers gemacht, musste sich aber auf eine Skizze beschränken, da er nur 2 Tage Zeit hatte. In der Maur bezeichnete die Leistung Peers als Schleuder-Arbeit. «In der Maur war eigensinnig wie ein Maultier», bemerkte Peer. Dr. Beck und Reallehrer Schädler waren peinlich berührt, als Dr. Peer im Verlauf der Verhandlungen jenen Entwurf Dr. Beck's für eine Proklamation an das Volk aus seinen Akten hervorzog, den Dr. Beck als strenge Vertrauenssache am 7. Sept. dem Kabinettsrat Martin übergeben hatte. [Seite 5/6] Nach einer Missbilligung dieses als Vertrauensbruch aussehenden Vorgehens,⁷ von Seite Martins wurden dann die Vorschläge Dr. Beck's eingehend besprochen und namentlich auch mit dem Verfassungsentwurf des Prinzen Karl verglichen. Dr. Peer sieht in der Arbeit des Prinzen Karl einen unbrauchbaren Entwurf für eine Verfassung, die nach Ansicht Peer's denn doch etwas Dauerndes sein müsse.⁸

Dr. Peer ist für Abschaffung der fürstl. Abgeordneten, ist auch dafür, dass der Volkspartei Satisfaktion erteilt werde, weil sie in der Peerfrage in «ungehöriger Weise umgangen» [Seite 6/7] wurde, ist auch bereit, in den Verfassungsentwurf den Passus aufzunehmen, dass ein Beamter, der nicht vertrauenswürdig sei, gehen müsse, hält es für gerecht, dass auf 1 Abgeordneten im Unterland und Oberland gleichviele Einwohner entfallen, nennt die Bürgerpartei eine «rückwärtsstrebende Fortschrittspartei», ist mit Dr. Beck der Ansicht, dass über der gesamten Verwal-

7. [Ergänzung (in anderer Schrift)]: «das Reallehrer Schädler als eine Lumperei bezeichnete»]

8. [Marginalie (in anderer Schrift)]: Der Entwurf Prinz Karls wird eingehend von Dr. Peer und Dr. Beck durchbesprochen und waren sich beide einig, dass dieser Entwurf mit seinen Widersprüchen und veralteten Bestimmungen unbrauchbar sei. Besonders aber die Glaubens- und Gewissensfreiheit, der Verfassungssatz, wonach das kirchliche Eherecht des a.b.G.B. verfassungsrechtlich geschützt sei; fand u. a. die Missbilligung Peers, der stets seine liberale Auffassung hervorstrich. Unter hohen und freundlichen Beteuerungen gab er den Ansichten von Schädler und Beck stets recht.

tung eine «Geschäftsprüfungskommission» stehen solle, sagt, dass «die evangelische Sicherheit» des Prinzen Eduard dem Lande da und dort geschadet habe, spricht sich auch für das Recht des Referendums und der Initiative aus, führt aus [Seite 7/8], dass er auf der Alpe Rautz von einem Alpknechte (Triesenberger) manche Unstimmigkeiten im Lande speziell hinsichtlich der Jagd (Prinz Eduard) erfahren und diese Mitteilungen sofort in die Kabinettskanzlei nach Wien berichtet habe, beteuert, dass er dem Fürsten gegenüber ein freimütiger Verteidiger der Volkspartei gewesen sei und betonte speziell, dass er nicht die Absicht hätte, unseren Zollanschluss an die Schweiz zu hintertreiben; denn er sei für den Anschluss Vorarlbergs an die Schweiz eingetreten.⁹ Bei diesem Punkte wurde Dr. Peer vorgehalten, dass seine Verteidiger namentlich in der Versammlung [Seite 8/9] in Eschen die Peerfreundlichkeit damit begründeten, weil ihnen dieser das «Loch» gegen Feldkirch öffnen würde. Dr. Peer musste auch zugeben, dass manche Geschäftsleute in Feldkirch ihn ersucht hatten, Liechtenstein wieder an Feldkirch zu binden, weil sonst manche Geschäfte arg geschädigt seien. Es wurde dann Dr. Peer auch die Rolle des Gesandtschafts-Attachés Dr. Hoop vorgehalten. Es wurde dann zum Schlusse bestimmt, dass am Samstag, d. h. am folgenden Tage, den 11. Sept. eine weitere Besprechung stattfinden solle. Dann sollte etwas Bestimmtes ausgemacht werden, bis dahin aber werde er, Peer, mit den Vertretern der Bürgerpartei nicht in Verhandlungen treten. Schluss 9¹/₂ abends. [Seite 9/10]

Die Besprechung vom Samstag, den 11. Sept., sollte am Nachmittag beim «Kirchthaler» in Vaduz stattfinden. Entgegen der Abmachung musste sie jedoch erst abends beginnen, weil ebenfalls entgegen der Verabredung am Samstag abends um 6 Uhr die Herren Bürgerpartei-Vertreter Fritz Walser, Wanger, Marxer und Peter Büchel von Dr. Peer und Kabinettsrat Martin zu einer Aussprache in das Absteigequartier eingeladen und empfangen worden waren.

9. [Stenographische Ergänzung 4]



Am 3. Juli 1993 vermählen sich Erbprinz Alois von Liechtenstein und Herzogin Sophie in Bayern. In Ruggell werden ihnen Geschenke überreicht. Links vom Brautpaar der im Februar 1993 gewählte Regierungschef Markus Büchel, rechts der Ruggeller Vorsteher Anton Hoop.



Fürst Hans Adam II., Fürstin Marie, Erbprinz Alois und seine Frau Sophie. Im Hintergrund (M.) Herzogin Elisabeth in Bayern, die Mutter der Erbprinzessin.

Die Freie Liste als das «Zünglein an der Waage» lässt im Landtag ihre Muskeln spielen (26.5.).
Vermählung von Erbprinz Alois mit Herzogin Sophie in Bayern (3.7.).

2. Verhandlung

Diesmal nahm an den Verhandlungen auch der Volkspartei-Obmann Walser-Kirchthaler teil. Etwas nach 9 Uhr erschienen Kabinettsrat Martin und Dr. Peer. Walser-Kirchthaler leitete die Verhandlungen ein.¹⁰ Hierauf trägt Martin die beiliegende fürstliche Entschliessung vom 11. September vor. Dabei [Seite 10/11] fiel die kalte Reserve Martins und Dr. Peers auf. Vor Verlesung des Aktes überreichte Martin dem Obmann der Volkspartei ein überraschendes Schreiben des Fürsten, worin zum nicht geringen Erstaunen dargelegt war, dass Dr. Peer dem Kabinettsrat Martin zu den Verhandlungen beigegeben worden sei.¹¹

Diese fürstliche Entschliessung war nun in manchen Punkten konservativer gehalten als in der Besprechung mit Peer allein (10. Sept.) festgelegt worden war. Namentlich waren¹² Walser, Schädler und Beck überrascht, dass am Schlusse des fürstlichen Schreibens Dr. Peer auf die Dauer eines Jahres als Regierungschef in Aussicht genommen war.¹³

Überrascht waren sie, dass der Proporz vorgesehen war, dass der Landammann nicht unter allen Umständen ein gebürtiger Liechtensteiner [Seite 11/12] sein müsse, sondern dass nur «in erster Linie hiefür geeignete gebürtige Liechtensteiner in Betracht kommen», dass der Landtag bei Bestellung des Landammanns zu wenig berücksichtigt würde und dass Dr. Peer auch die Abschliessung der Zoll- und Handelsverträge zu bewerkstelligen habe.

10. [Stenographische Ergänzung 5]

11. [Marginalie (in anderer Schrift)]: Es hat dieses Schreiben in dem Sinne überrascht, weil stets beiderseits betont wurde, man habe eine private Aussprache mit Dr. Peer [;] und in diesem Sinne ist ja Dr. Beck verständigt worden. Es war nun um so auffälliger, dass Kabinettsrat Martin dieses offizielle Schriftstück in überraschender Weise dem Obmann Walser überreichte. Mit dem Fürsten hatten bisher nur Dr. Peer und Martin über die Ergebnisse der Aussprache gesprochen. Des [!] Walser, Schädler und Beck empfanden es demnach als einen unkorrekten Vorgang, dass man [!] Dr. Peer plötzlich als offizieller Beistand des Kabinettsrats Martin auftrat.

12. [Durchgestrichen]: die 3 Vertreter der Volkspartei

13. [Marginalie (in anderer Schrift)]: Die drei gewannen den Eindruck, dass Dr. Peer selbst zu seiner Verhandlung kam, ja unter allen Umständen an die Regierung kommen wollte.

Dr. Peer musste daher den Vorwurf einstecken, er habe seit der letzten Besprechung den Rückzug angetreten, er sei ein alter Fuchs, er verkaufe jedoch die 3 jungen Volksparteiler nicht. Die Verhandlungen wurden einige Minuten sehr temperamentvoll, sodass momentan wenig Aussicht war, eine Verständigung erzielen zu können. Dr. Peer wurde besonders auch vorgehalten, dass er entgegen [Seite 12/13] den Abmachungen nun doch mit den Gegnern (Fritz Walser, Marxer, Wanger, und P. Büchel) verhandelt habe, bevor etwas Definitives ausgemacht war.¹⁴

Das energische und rücksichtslose Auftreten der 3 Liechtensteiner veranlasste namentlich den Kabinettsrat Martin auf einmal ein sichtliches Entgegenkommen zu zeigen und so wurde denn die fürstliche Entschliessung einer Revision unterzogen. Dabei hielten die drei Volksparteiler um jeden Preis daran fest, dass nur gebürtige Liechtensteiner Landammann werden können, dass Dr. Peer mit dem Abschluss des Zollvertrages nichts zu tun haben dürfe, dass der Landammann und sein Stellvertreter zwar im Einvernehmen zwischen dem Landtag und dem Fürsten, aber auf Vorschlag des Landtages ernannt werde [Seite 13/14], dass die Grundsätze des Proportionalwahlrechtes auch dann zu gelten haben, wenn der Landtag im Wege der Wahl Kommissionen oder Behörden zu beschicken hat und dass alle kollegialen Behörden mehrheitlich mit Liechtensteinern zu besetzen sind.

Hinsichtlich der Bestellung des Landammanns wurden mehrere Varianten besprochen:

- a) vom Landtag gewählt und vom Fürsten bestätigt,
- b) mit Zustimmung des Landtages vom Fürsten ernannt,
- c) vom Fürsten ernannt auf Vorschlag des Landtages.

14. [Marginalie (wieder durchgestrichen)]: «Dr. Peer bemerkt, dass man deswegen ausgemacht hatte, mit Bürgerparteilern nicht zu unterhandeln, weil vorerst etwas Bestimmtes mit der einen Seite ausmache, der andern dann vorlegen solle, da sonst eine Einigung von vornherein wenig Aussicht habe». [Stenographische Ergänzung 6 (?)]



Rund dreissig Jahre politischer Geschichte Liechtensteins auf der Treppe zur Vaduzer Kirche anlässlich der Hochzeitsfeier des Erbprinzenpaars. Von oben (mit ihren Frauen): Armin Meier (Abgeordneter 1978–1986), Josef Biedermann (Abgeordneter 1974–1993, Regierungschefkandidat 1993), Dr. Alfred Hilbe (Regierungschef 1970–1974), Dr. Walter Kieber (Regierungschef 1974–1978), Dr. Gerard Batliner (Regierungschef 1962–1970), Hans Brunhart (Regierungschef 1978–1993), Dr. Karlheinz Ritter (Landtagsabgeordneter 1966–1993, Präsident 1970–1974, 1978–1993), Karlheinz Ospelt (Landtagsabgeordneter und Vaduzer Bürgermeister) sowie Arnold Kind (Landtagsabgeordneter, Präsident des Kulturbeirates). Das Bild verdeutlicht, dass die Frauen in der politischen Geschichte Liechtensteins lange Zeit keine und auch heute immer noch eine vollkommen unzureichende Rolle spielen.



Anlässlich der Hochzeitsfeier des Erbprinzenpaars. Unter den Gästen auch Vizeregierungschef Dr. Mario Frick mit seiner Frau Andrea. Frick wurde Ende 1993 zum Regierungschef gewählt.

Die Fortschrittliche Bürgerpartei fordert den von ihr portierten Regierungschef Markus Büchel zum Rücktritt auf (30.8.).
Der Landtag spricht Regierungschef Markus Büchel auf Antrag der FBP mehrheitlich das Misstrauen aus (14.9.).
Fürst Hans Adam II. löst den Landtag auf, belässt aber den Regierungschef im Amt (15.9.).

Die Auseinandersetzungen zwischen der Fortschrittlichen Bürgerpartei und dem von ihr portierten Regierungschef Markus Büchel werden auch in der ausländischen Presse kritisch kommentiert – und geben auch Stoff für bissige Karikaturen. Hier eine Karikatur von Nico aus dem «Tages-Anzeiger» vom 31.8.1993, untertitelt: «Fruchtloser Nachhilfe-Unterricht der Fortschrittlichen».



Zur Prestige-Frage wurde wiederum gesagt, dass ein Gegenstück zur bekannten Kundmachung vom 30. April 1920 notwendig werde, damit die Volkspartei rehabilitiert sei. [Seite 14/15]

Im Verlauf der Besprechungen sagte Kabinettsrat Martin auch, dass wahrscheinlich die Wiener Gesandtschaft aufgehoben und der Berner Gesandte mit der hauptsächlichen Vertretung im Auslande betraut werde, bzw. dass unsere Vertretung in Österreich vom schweizerischen Gesandten in Wien übernommen würde.

Die Verhandlungen wurden um ¼ vor 6 Uhr früh am 12. Sept. (Sonntag) geschlossen mit der Verabredung, dass die nächste Besprechung am Montag den 13. Sept. im Absteigequartier stattfinden werde und dass Dr. Peer und Kabinettsrat Martin bis dahin beim Fürsten die Sanktion für die aufgestellten Punkte erwirken werden. [Seite 15/16]

Am 13. Sept. nachmittags 2½ Uhr begannen im Absteigequartier die festgesetzten Verhandlungen. Es waren wieder anwesend Obmann Walser, Dr. Beck und Reallehrer Schädler einerseits und Dr. Peer und Kabinettsrat Martin andererseits.

3. Verhandlung

Es wurde den 3 Volksparteilern zunächst mitgeteilt, dass der Fürst sämtlichen in der Nachtsitzung vom 11. auf den 12. Sept. aufgestellten Forderungen die Sanktion erteilt habe. Die 3 Volksparteien sind jedoch mit den zwei Entschliessungen noch nicht vollständig zufrieden, sie verlangen noch eine Deckung dem Hofrat Peer gegenüber; namentlich muss derselbe unterschriftlich erklären, dass er nur 6 Monate an seinem Posten als Leiter der Regierung verbleibe, da ihm immer wieder das Misstrauen des Volkes gerade in dieser Hinsicht vor Augen geführt [Seite 16/17] wird. Dr. Peer verspricht, dann, wenn die Entschliessungen des Fürsten im Landtag nicht angenommen würden, den Regierungsposten zu verlassen.

Dr. Peer soll sich verpflichten, den Weihnachtswunsch zu erfüllen, noch in diesem Jahre die Verfassung durchzubringen. Er tut das nicht, übernimmt aber die Garantie, die Verfassung so zeitig zur Verabschiedung zu bringen, dass im Februar die Neuwahlen stattfinden können. Nachher sind alle Behörden und Kommissionen, die der Landtag überhaupt zu bestellen hat, neu zu wählen. Die Hofkanzlei als Zwischenglied zwischen Fürst und Volk hat zu verschwinden. Weiter soll der Fürst in seinem Dienste mehr Liechtensteiner anstellen. Sodann soll die Arbeit [Seite 17/18] im Lande fürderhin ohne Rücksicht auf eine Partei vergeben werden. Der Schweizer Fachmann muss von Peer in ausgiebigster Weise beigezogen werden, also nicht nur zur Verfassungsrevision, sondern auch zur Ausarbeitung anderer Gesetze. Die Volksparteivertreter betonen mehrmals, dass sie nur dem Frieden zuliebe zu dieser Lösung sich einverstanden erklären. Dr. Emil Beck in Bern soll zum Gesandten befördert werden. Besonders erwarten die Volkspartei-Vertreter eine der Zeit entsprechende und loyale Auslegung aller Abmachungen. Die Beamten-Anstellung soll künftighin im Einvernehmen mit dem Landtage geschehen. [Seite 18/19]

Die 3 Vertreter der Volkspartei äussern den Wunsch, dass der Fürst zur Hebung des Verdienstes im Lande u.s.w. durch Privatmittel helfe. Die Verfassungskommission soll neu bestellt werden. Das Sparsamkeitsprinzip soll im Staat gelten.

Es wird sodann der Übelstand hinsichtlich Jagdverpachtung eingehend beleuchtet und von den 3 Vertretern vorgeschlagen, die Jagd vom Forstamt zu trennen. Der Fürst sei, sagt Martin, über die Jagdverhältnisse unrichtig orientiert gewesen; denn er habe geglaubt, es gebe im Lande wenig Interessenten. Insbesondere sei er bereit, soviel Pacht zu bezahlen wie jeder andere Bewerber. Kabinettsrat Martin verspricht Abhilfe, Forstinspektor Pittmann wird [Seite 19/20] nach Liechtenstein kommen, um die Sache zu untersuchen und Vorschläge auszuarbeiten.

Eröffnung der Liechtensteinischen Botschaft in Brüssel und der Gesandtschaft bei der EU (17.9.).
Die Landtagswahlen bringen die absolute Mehrheit für die Vaterländische Union und einen Sitzverlust der Freien Liste (22./24.10.).
Fürst Hans Adam II. eröffnet den Landtag zum zweitenmal (6.11.).
Die Regierung Markus Büchel erklärt in Gesamtheit den Rücktritt (14.12.).



Fürstlicher Justizrat Dr. Karlheinz Ritter, Landtagspräsident 1970–1974 und 1978–1993, gehörte während 27 Jahren ununterbrochen dem Liechtensteinischen Landtag an.

Der Landtag wählt die neue Regierung unter Vorsitz von Regierungschef Dr. Mario Frick, der gleichentags vom Fürsten vereidigt wird und damit der weltweit jüngste Regierungschef ist. Erstmals nehmen mit Dr. Andrea Willi und Dr. Cornelia Gassner zwei Frauen in der Regierung Einsitz. Weitere Regierungsmitglieder sind Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel und Regierungsrat Dr. Michael Ritter (15.12.). Die Regierungsrätinnen und der Regierungsrat erhalten alle einen Dienstauftrag von 80%.



Die Regierung nach den Wahlen im Herbst '93: Regierungsrätin Dr. Cornelia Gassner, Vize-Regierungschef Thomas Büchel, Regierungschef Dr. Mario Frick, Regierungsrätin Dr. Andrea Willi und Regierungsrat Dr. Michael Ritter.

Weiter wird ausgemacht, dass Obmann Walser, Dr. Beck und Schädler am folgenden Tage um 10h vom Fürsten in feierlicher Audienz empfangen werden sollen, wobei der Fürst eine Ansprache herunterlesen werde. Diese Ansprache wird nun beraten und abgefasst. Sie ist enthalten in der Beilage (O.N. Nr. 75 vom 18. Sept. [1920]).

Im Verlauf der Verhandlungen wird eingehend von der Gefahr gesprochen, dass sich eine republikanische Partei mit zirka 400 Mitgliedern bilden möchte, falls nicht ganze Arbeit gemacht und dem Volke [Seite 20/21] nicht die bisher vorenthalten Rechte gegeben werden. Die 2 Vertreter des Fürsten erkennen die Gefahr, indem ihnen u. a. auch gesagt wird, dass anlässlich des Sängerfestes am 12. Sept. auf Schloss Gutenberg von einer starken Gruppe beabsichtigt gewesen sei, auf der Bühne eine republikanische Rede zu halten, ein Ereignis also, das im Lande ungeheures Aufsehen erregt haben würde. Die 2 Unterhändler des Fürsten sehen ein, dass die Regierungs-Clique der Dynastie durch das allbekannte Zurückhalten geschadet habe.

Kabinettsrat Martin führt u. a. aus, dass [er]¹⁵ die im April und Mai anlässlich der Peer-Vorträge [Seite 21/22] an den Fürsten gerichteten Schreiben und Telegramme nur auszugsweise bekommen habe und dass Prinz Eduard jene Kundmachung (O.N. Nr. 35 1. Mai, siehe Beilage) geschrieben habe, nicht der Fürst selber, ja dass Eduard dem Fürsten anfänglich eine so scharfe Antwort an die Volkspartei vorlegte, dass sie der Fürst in dieser Fassung gar nicht annahm und selbst abschwächte.

Es wird sodann zwischen den 3 Volksparteilern und Dr. Peer beiliegendes Geheimprotokoll abgefasst. Am Dienstag (den 14. Sept.) abends werden die Volkspartei-Delegierten aus dem ganzen Lande zusammenberufen und Obmann Walser, Dr. Beck und Abg. Schädler werden die Annahme [Seite 22/23] der 2

¹⁵ Der Name des/der Empfänger fehlt im Original

Wohnbevölkerung Liechtensteins: 30629

Der Europäische Wirtschaftsraum tritt in Kraft (1.1.). Neujahrstreffen der VU mit dem Rahmenthema «Schweiz im Umbruch» mit dem CVP-Präsident Carlo Schmid als Referent (6.1.). Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Russland (8.1.). Erste Werkausstellung der im September 1993 gegründeten Kunstschule (5.2.).

Entschliessungen des Fürsten befürworten. Um 9.20 Abends, den 13. Sept., ist auf Grund der beiliegenden Abmachung eine Einigung erzielt – natürlich vorbehaltlich der Genehmigung durch die Deleg.-Versammlung der Volkspartei – und Kabinettsrat Martin macht hievon dem Fürsten sofort Mitteilung. Dieser soll sich sehr gefreut haben über die Einigung.

Hieran schloss sich eine ungezwungene Unterhaltung mit Kabinettsrat Martin, Dr. Peer, dem Leibarzte des Fürsten und dem Leibdiener Muster bis Nachts 12½ Uhr.

Am Dienstag, dem [Seite 23/24] 14. Sept. fand dann die Audienz beim Fürsten

und die 4. Verhandlung

statt. Die Audienz dauerte bloss 7–8 Minuten. Was gesprochen wurde, war belanglos; es ging jedoch hochoffiziell her, indem Kabinettsrat Martin die 3 Volksparteiler begleitete und sie dem Fürsten vorstellte.

Zu der sich daran anschliessenden 4. Unterhandlung wird von Seite Martins mitgeteilt, dass Prinz Karl, der bisherige Landesverweser, schon am Donnerstag den 16. Sept. abreisen würde und dass Peer gleichzeitig als Nachfolger ernannt würde, falls die Volkspartei einwillige. [Seite 24/25]

Deleg.-Versammlung im Adler.

Dieselbe war von zirka 60 Delegierten besucht und dauerte von abends 8 bis morgens 2h.

Nachdem der Obmann Walser eine Übersicht über die Situation und die gepflogenen Unterhandlungen geboten hatte, erläutert Dr. Beck an der Hand der vorgeschlagenen Abmachungen die Vorteile, die sich aus der Annahme der fürstlichen Entschliessungen für die Partei ergeben würden. Er betont namentlich, dass dieses Entgegenkommen des Fürsten nicht ein freiwilliges sei, man (die 3 Vertreter) habe manche Punkte förmlich abringen müssen. Er äussert, dass die heutige Versammlung wohl nicht kompetent sei, zu entscheiden. Der



Staatsbesuch des russischen Premierministers Wiktor Tschernomyrdin am 31. Januar 1994. Rechts von ihm sitzend Regierungschef Dr. Mario Frick. In der Mitte stehend Vizeregierungschef Thomas Büchel, rechts daneben Protokollchefin Aldina Sievers-Nutt und Roland Marxer, Leiter des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten.

In der Thronrede vorgebrachte Vorschläge des Fürsten für eine Verfassungsrevision beherrschen die Tagesdiskussionen (9.2.).

Alt-Regierungschef Hans Brunhart erhält für seine Verdienste die höchste Auszeichnung des Europarates (18.3.).

Mit Alice Fehr-Heidegger wird erstmals eine Frau an die Spitze des Liechtensteinischen Arbeitnehmerverbandes gewählt (18.3.).

Fürst sollte seine Entschliessungen aufrecht erhalten, auch wenn ein [Seite 25/26] anderer statt Peer nun zur Regierung käme.

Der weitaus grösste Teil der Delegierten ist den Versprechungen des Fürsten und jenen Peer's gegenüber äusserst misstrauisch. Namentlich wird bezweifelt, ob Peer in 6 Monaten gehen werde. Reallehrer Schädler empfiehlt die Vorschläge zur Annahme, verlangt aber, dass den bisherigen Unterhändlern noch 2–3 Zeugen mitgegeben werden, damit keinerlei Misstrauen aufkommen könne. Mehrere, darunter Rudolf Real, sehen in der Unterhandlung der Parteiführer mit den 2 fürstl. Vertretern eine Kompetenz-Überschreitung, da sie hierzu eine Ermächtigung des Ausschusses gebraucht hätten.

[Seite 26/27]

Andreas Vogt und Real sprachen gegen die Verhältniswahl, worauf die 3 Vertreter Beck, Schädler und Walser mitteilen, dass sie ebenfalls gegen dieselbe waren, sie aber letzten Endes in den Kauf genommen hätten; es sei nicht zu vergessen, dass die Partei von nun an in allen Behörden und Kommissionen gemäss der Stärke vertreten sein würde. Max Beck stellt den Antrag, es solle weiter unterhandelt werden, jedoch müsse 1. der Proporz weg, 2. Reg.-Rat Wanger zurücktreten und Dr. Beck in die Regierung gewählt werden. Obmann Walser führt aus, dass dann, wenn nicht rasch gehandelt werde, die Gegner eingreifen würden, um die Errungenschaften wieder zunichte zu machen; denn die Abmachungen seien gegen die Interessen der Bürgerpartei. [Seite 27/28]

Albert Vogt teilt mit, dass Balzers ganz gegen Dr. Peer sei.

Endlich wird

1. den Unterhändlern Dr. Beck, Walser und Schädler das einstimmige Vertrauen ausgesprochen.
2. sollen sie mit Andreas Vogt, Alois Frick und Felix Hasler morgen (15. Sept.) fertig verhandeln und zwar

- a) versuchen, den Proporz aus den Abmachungen auszuschneiden,

- b) den Reg.-Rat Wanger zum Rücktritt zu veranlassen und Dr. Beck an dessen Stelle in der Regierung zu setzen.

3. bekommen diese 6 Unterhändler Generalvollmacht.

Nach der sog. Geburtstagshuldigung ob dem Absteigequartier am 15. Sept. 11 Uhr fand die

5. Verhandlung

statt. Dabei ist vorerst zu erwähnen, dass sämtliche [Seite 28/29] Abgeordneten der Bürgerpartei zur gleichen Zeit eine Audienz bzw. Unterhandlung bei Dr. Peer und Kabinettsrat Martin wollten. Die Vertreter der Volkspartei verhandelten nun bis 1 Uhr, während welcher Zeit die genannten Abg. mit Ungeduld erst spazieren gingen und dann im Vorzimmer warteten.

Der Auftrag der Sechser-Delegation wurde erläutert. Namentlich wurde Dr. Peer in überaus deutlicher Weise das Misstrauen geschildert, das in der Partei gegen die «6 Monate» gehegt werde. Ebenso wurde der Rücktritt Wangers aus der Regierung und die Wahl Dr. Beck's in dieselbe als unbedingte Forderung aufgestellt. [Seite 29/30]

Auch der Wegfall des Propozes wird in der abgemachten Weise verlangt. Die Debatte wird heftig, als die Wahl Dr. Beck's direkt als ein Ultimatum aufgestellt wird. Andreas Vogt entwickelt seine republikanischen Ideen, legt dar, dass er in der Schweiz seit seiner Kindheit an das Brot verdienen musste und nun überzeugter Anhänger der Republik sei. Dr. Peer und Martin geben zu erkennen, dass sie seine Ideen respektieren. Es wird den 2 fürstlichen Vertretern direkt gesagt: «Wenn Sie, Herr Dr. Peer, einen Tag länger als 6 Monate an der Regierung bleiben wollen, so jagen wir Sie zum Lande hinaus und wenn die fürstlichen Versprechungen nicht gehalten werden, so hat die Dynastie der Liechtenstein aufgehört bei uns zu regieren.»¹⁶

¹⁶ [Marginalie (in anderer Schrift)]: Dr. Peer gibt ein Ehrenwort, dass er nach 6 Monaten gehe und Martin verpfändet das Offiziersehrenwort, dass die fürstlichen Versprechen eingehalten werden.

Der Liechtensteinische Seniorenbund wird gegründet (11.6.). Nach der Einführung der Mehrwertsteuer in der Schweiz wird – abweichend von der bisherigen Regelung bei der Warenumsatzsteuer – auch in Liechtenstein unter selbständiger Verwaltung der liechtensteinischen Behörden die Mehrwertsteuer eingeführt. Der Landtag billigt den liechtensteinisch-schweizerischen Mehrwertsteuervertrag (15.12.).

W

Wohnbevölkerung
Liechtensteins:
30 923.

VU-Neujahrstreffen mit der liberalen Politikerin Hildegard Hamm-Brücher (D) als Referentin zum Thema «Demokratie und zusammenwachsendes Europa» (6.1.). Gemeinderatswahlen (29.2.). Fürst Hans Adam II. wird 50jährig (14.2.).



Regierungsrätin Dr. Andrea Willi begrüsst den Schweizer Bundesrat Adolf Ogi anlässlich der Feier 75 Jahre Postvertrag Liechtenstein–Schweiz am 4. September 1995.

Hierauf meldet der Kammerdiener Muster, dass die Herren Vertreter der Gegenpartei endlich vorsprechen möchten. Sollten sie jetzt nicht vorgelassen werden, so würden sie gehen und nicht mehr kommen. Dr. Beck bespricht sich nun mit den Gegnern, diese sind einverstanden mit dem Rücktritt Wangers und dem Eintritt Becks in die Regierung. Dies erklärt Fritz Walser nachher auch vor allen 6 Vertretern der Volkspartei und Dr. Peer mit dem Beifügen, dass auch er einem anderen Stellvertreter, natürlich aus der Volkspartei, [Seite 31/32] Platz machen wolle.

Endlich wird dann das Geheimprotokoll in Eile unterschrieben, damit es die im nächsten Moment eintretenden Gegner nicht beobachten.

Dr. Peer geht noch auf 8 Tg. nach Wien, Prinz Karl reist mit diesem und dem Fürsten ebenfalls nach Wien und am Donnerstag, den 23. Sept., tritt Dr. Peer die Regierung an.

Da das Volk über diese Ereignisse geteilter Meinung ist und in der Partei manche höchst unzufrieden sind, sprechen aufklärend:

Dr. Beck in Triesen, Reallehrer Schädler in Balzers, Walser und Schädler in Bendern, alle drei in Triesenberg.

Damit hat die Peer-Anstellung vorläufig ihren Abschluss gefunden.

Nr. 6: Drei Seiten handschriftliche, stenographische Ergänzungen; übertragen durch Silvio Schädler, den Sohn Prof. Gustav Schädlers.

Ergänzungen zum Protokoll

- 1) Kabinettsrat Martin setzte ihm auseinander, dass der Fürst und seine Umgebung wenn erst möglich zu einem friedlichen Ausgleich die Hand bieten wolle. Dr. Beck klärte in verschiedenen Sachen auf, machte auf den Ernst der Situation mit Rücksicht auf die Verschleppungen und unwahren Versprechungen aufmerksam.
- 2) Kabinettsrat Martin befragte Dr. Beck, auf welchem Wege man am besten zu einer Verständigung gelangen könne. Dr. Beck schlug nach langem Hin- und Herraten dem Herrn Kabinettsrat Martin vor, dass die Forderung des Volkes nach einer Motion und neuen Verfassung und Verwaltung, wie sie ungefähr die Volkspartei aufgestellt habe, in einer Proklamation des Fürsten an das Volk als fürstlicher Wille zu einer Verständigung kundgetan werde. Einmal würde eine Kundgebung einen vorzüglichen Eindruck nicht nur im Inlande sondern auch im Auslande bewirken und sodann würde vor allem das Liechtensteiner Volk selbst sehen, dass es der alte Fürst mit ihm gut meine und der Kernpunkt des Streites tatsächlich mehr auf einzelnen Persönlichkeiten liege. Kabinettsrat Martin wiederholte mehrmals und eindringlich, dass er nur infolge seines Unfalles nicht im Frühjahr herkommen könne (siehe Beilage), dass er sonst gleich die Sache an die Hand genommen habe. Die Auskostung der Verfassung sei unumgänglich notwendig. Er sagte, man staune in Wien und begreife es heute gar nicht, dass man im September 1918 nicht auf die wenigen gerechten Forderungen eingetreten sei und man habe es selbst verschuldet, wenn heute die Volkspartei und viele andere viel mehr verlangen. Das Volk hätte ganz recht.



Regierungschef Dr. Mario Frick (l.) am 24. Oktober 1995 (50 Jahre UNO) mit dem amerikanischen Präsidenten Bill Clinton, zusammen mit Hillary Rodham Clinton und Andrea Frick (r.).

Der Landtag beschliesst die Teilnahme Liechtensteins am Europäischen Wirtschaftsraum (8.3.). Ein Sonderparteitag der Vaterländischen Union spricht sich für einen Beitritt Liechtensteins zum EWR aus (27.3.). Das liechtensteinische Stimmvolk befürwortet den Beitritt Liechtensteins zum EWR mit 56% JA-Stimmen (7./9.4.). Zur Umsetzung des Vertrages werden zahlreiche Gesetze und Verordnungen geschaffen und aktualisiert. Der Thronfolger Josef Wenzel von Liechtenstein wird geboren (24.5.). Die Regierung beschliesst die Schaffung einer Stabsstelle für die Gleichberechtigung von Mann und Frau (27.6.).

Radio L geht auf Sendung (15.8.).
Triesenberg und Triesen werden
von einem schweren Unwetter
heimgesucht (31.8.).
Erstmals werden zwei Frauen als
liechtensteinische Polizistinnen
vereidigt (6.9.).
Der Landtag beruft eine
Kommission zur Klärung der
offenen verfassungsrechtlichen
Fragen (14.9.).
Verschiedene andere innen-
politisch wichtige Themen
werden vorangetrieben: AHV-
Revision, Landesbürgerrecht,
Gemeindengesetz, Anpassung
der Gesetze nach dem Grundsatz
der Gleichberechtigung.
Regierungschef Dr. Mario Frick
und Aussenministerin
Dr. Andrea Willi sprechen
anlässlich der Feier «50 Jahre
UNO» vor der Generalver-
sammlung in New York.
Die politische Partei Freie Liste
wird 10jährig (16.10.).
Die Frauen Union organisiert eine
Frauentagung in Triesenberg
(11.11.).

Dr. Beck referierte kurz über die Ziele und Wünsche der Volksbewegung, die vor allem wie bereits erwähnt in der demokratischen Auskostung der Verfassung, Verwaltung und Justiz gipfle; in der Verlegung aller Instanzen ins Land, Unabhängigmachung des Landes von auswärtigen Staaten und Beamten eines fremden Landes. Dr. Beck referierte über die verschiedenen Versprechungen des Prinzen Eduard, des Prinzen Karl, über die Unterhandlungen mit Prinz Johannes, der mit den Milizen (?) später gedroht habe, über die Stellung des Landtagspräsidenten und seine schwankende Haltung, usw. und beleuchtete in diesem Zusammenhang die Stellung zur Peerfrage. Das Volk wolle unter diesen Umständen nichts von Dr. Peer wissen und man solle sich im Fürstenhaus darüber klar sein, dass die republikanische Bewegung um sich greife und wenn nur auf diesem Wege weiter gegangen werde, so würden auch jene Leute, die sich bisher als loyal und zurückhaltend gezeigt hatten, in andere Stapfen und das Fürstenhaus in schwierige Bahnen gelenkt werden. Kabinettsrat Martin sagte, im Fürstenhaus und er selbst wisse sehr wohl, dass es höchste Zeit sei einzugreifen, wens nicht schon zu weit gediehen sei. Man habe unbegreifliche Fehler begangen und diese müssten unter allen Umständen gutgemacht werden.

Schliesslich ersuchte Kabinettsrat Martin Herrn Dr. Beck, ihm vertraulich und rein persönlich, das heisst nicht so, dass etwa damit die Volkspartei in irgend einer Weise engagiert, einen Entwurf zu einer Proklamation des Fürsten ans Volk zu entwerfen.

Dr. Beck wies besonders darauf hin, dass er es doch für unmöglich halte, dass Dr. Peer eine so eminente Kraft sei, es gebe ja auch andere Zeugen in der Schweiz, warum sollte nicht von diesen einer beigezogen werden. Dr. Beck machte darauf aufmerksam, dass ein schweizerischer Fachmann als Berater zur liechtensteinischen Regierung beigezogen werden können solle. Kabinettsrat Martin gab zu verstehen, dass der Fürst immer noch an Dr. Peer

Wohnbe-
völkerung
Liechten-
steins:
30 923

VU-Neujahrstreffen mit dem
ehemaligen deutschen
CDU-Generalsekretär und
Familienminister Heiner Geissler
zum Rahmenthema
«Europa vor geschichtlichen
Herausforderungen» (6.1.).

festhalte und er ersuchte Dr. Beck dem fürstlichen Wunsche nachzukommen, wornach Dr. Beck und Peer miteinander eine unverbindliche Aussprache haben sollen.

- 3) Dr. Peer wies beständig und unter theatralischen Gesten, auf seine von ihm in Österreich besitzende Stellung als Richter im Verwaltungsgerichtshof hin. Er sei einer der höchsten Beamten und wolle diese sehr schöne und vornehme Stellung unter keinen Umständen aufgeben, denn es brauche gar viel bis einer Verwaltungsrichter sei. Das wäre schlecht vereinbar mit einer Stelle als Sekretär in Vaduz.
- 4) Hierzu ist noch erläuternd hinzuzufügen:

Sehr stark war er für die Abschaffung der fürstlichen Abgeordneten. Wie die Ernennung von 3 fürstlichen Abgeordneten, könne ja der Volkswille umgangen und die Stimmung im Landtage entsprechend hergestellt werden. Diese Institution passe nicht mehr in die heutige Zeit und sei für Missbräuche sehr geeignet.

Satisfaktion an die Volkspartei: Es war lange über die schimpfliche Kundmachung in den beiden Landeszeitungen, die mit Zustimmung des Landtagspräsidenten erfolgte, gesprochen und Peer hielt sie geradezu für ungeheuerlich. Es sei klar, dass sich eine Partei ein solches Vorgehen unmöglich könne gefallen lassen und es müsse für die verschiedenen Umgehungen der Volkspartei und ihre Behandlung Genugtuung erteilt werden. Dafür würde er schon sorgen. In der Peerfrage habe man die Partei in verderblicher Weise umgangen; und auch er sei nicht richtig auf dem Laufenden gehalten worden. Das meiste habe er aus den Zeitungen erfahren können. Prinz Eduard habe eben wie schon bemerkt die Sache als bereits erledigt hingestellt, was sich als unrichtig erwies.

Vertrauenswürdigkeit der Beamten: Als selbstverständlich betrachtet Dr. Peer, dass ein Regierungsmitglied, das das Vertrauen des Landtages nicht mehr

Treffen der Regierungen Liechtensteins und des Kantons St. Gallen. Vizeregierungschef Thomas Büchel (2. v. l.), Regierungschef Dr. Mario Frick (5. v. l.), in der Mitte die Regierungsrätinnen Dr. Cornelia Gassner (l.) und Dr. Andrea Willi, sowie Regierungsrat Dr. Michael Ritter (2. v. r.) und Regierungsssekretär Leonhard Vogt (r.).



Eine liechtensteinische Frauendelegation nimmt am 5. Schweizerischen Frauenkongress teil (21.1.). VU-Treffen der Senioren-, Frauen- und Jugend Union in Schaan (9.2.). Mit Daniela Clavadetscher wird erstmals eine Frau zur Leiterin eines Amtes der Landesverwaltung gewählt (12.3.). Fürst Hans Adam II. spricht in seiner Thronrede (15.3.) Fragen der Verfassung, Staatsform und Souveränität an, die den Landtag als die Volksvertretung zu einer Erklärung herausfordern (21.3.). Der Landtag beschliesst die von der Regierung vorgelegte, seit Jahren vorbereitete Totalrevision des Gemeindegesetzes (20.3.) und stimmt einer Revision des Bürgerrechtsgesetzes zu (21.3.), das eine durchgehende Gleichberechtigung beinhaltet. Ebenso wird die AHV nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung überarbeitet und modernisiert. Andere Bereiche der gesetzgeberischen Tätigkeit betreffen etwa ein modernes Investmentunternehmergesetz sowie ein Sorgfaltspflicht- und ein Telekommunikationsgesetz. Die Finanzbeziehungen zwischen

besitze, zurücktrete; denn eine solche vertrauensunwürdige Regierung könne auch nicht im Interesse des Volkes weilen.

Bürgerpartei: Dr. Peer betonte mehrmals, wenn einem der Herrgott gut wolle, so gebe er einem ungeschickt arbeitende Gegner. Die Volkspartei habe Männer, die man sich günstiger nicht wählen könne. Er verurteilt das Vorgehen der Bürgerpartei, die ja auch fortschrittlich sein wolle, im Grunde aber eben eine rückwärtsstrebende Fortschrittspartei sei, das heisst eine reaktionäre Gesellschaft. Die Postulate der Volkspartei anerkannte er immer als zeitgemäss und mässig, und notwendig.

Zustimmend äusserte sich auch Dr. Peer dazu, dass die gesamte Verwaltung nach den Grundsätzen des Rechtsstaates geführt und unter Kontrolle gestellt werden müsse.

- 5) Es wurde immer wiederum betont, dass die Unterhandlung nicht im Sinne der Partei, sondern nur von den 3 persönlich geführt werde. Speziell wies darauf der Herr Obmann Walser-Kirchthaler in Vaduz hin.
- 6) Man hatte nämlich ausgemacht, dass die Verhandlung vorläufig als strenge vertraulich betrachtet werde; solange bis die 3 Unterhändler nicht erklären können, dass eine Aussicht auf Einigung vorhanden sei, solange solle und werde Gegnern der demokratischen Bewegung nichts gesagt werden.

Nr. 7: Entschliessung des Fürsten Johann II. von Liechtenstein auf der Grundlage der Schlossabmachungen, dat. Vaduz, den 11. September 1920.

I. Ich werde Meine Regierung beauftragen, dem Landtage ehestens eine Verfassungsrevisionsvorlage unter Einhaltung folgender Richtlinien zur Schlussfassung vorzulegen:

1. Das Fürstentum ist eine konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage; die Staatsgewalt ist im Fürsten und im Volke verankert und wird von beiden Seiten nach Massgabe der Bestimmungen der Verfassung ausgeübt.
2. Der Landesfürst wird bei längerer Abwesenheit jährlich auf eine gewisse Zeit und ausserdem fallweise nach Bedarf einen Prinzen aus seinem Hause in's Land entsenden und ihn als seinen Stellvertreter mit der Ausübung ihm zustehender Hoheitsrechte betrauen.
3. Die dem Fürsten und dem Landtage verantwortliche Kollegialregierung besteht aus dem Landammann als Vorsitzenden und zwei Regierungsräten mit ebensovielen Stellvertretern.

Der Landammann und sein Stellvertreter werden vom Fürsten im Einvernehmen mit dem Landtag ernannt; die Regierungsräte und ihre Stellvertreter werden vom Landtage unter Berücksichtigung beider Landschaften gewählt.

Bei Bestellung des Landammanns und seines Stellvertreters haben in erster Linie hierfür geeignete gebürtige Liechtensteiner in Betracht zu kommen.

Wenn ein Mitglied der Regierung durch seine Amtsführung das Vertrauen des Volkes und des Landtages verliert, so ist der Landtag berechtigt, beim Landesfürsten die Enthebung des betreffenden Regierungsfunktionärs zu beantragen.

Die Zuweisung der Geschäfte an die einzelnen Regierungsmitglieder wird durch eine vom Landtag zu beschliessende und vom Fürsten zu genehmigende Geschäftsordnung geregelt.

dem Land und den Gemeinden sollen in einem Paket (Finanzausgleichsgesetz, Subventionsgesetz, Steuergesetz) neu geregelt werden. Das russische Parlament bewilligt die Rückgabe (im Tausch gegen das Sokolov-Archiv) des 1945 als Kriegsbeute nach Moskau entführten Teils des Hausarchivs der Fürsten von Liechtenstein (13.6.).



Trachtengruppe anlässlich des Staatsfeiertages vom 15. August 1996, der im Zeichen der Feier «75 Jahre Verfassung» stand. Der Staat, seine Verfassung und damit die Gesellschaft insgesamt bedürfen der dauernden Reform, sie müssen sich wandeln und anpassen. Gleichzeitig gilt es, die historisch gewachsene liechtensteinische Identität und die eigene Mentalität innerhalb einer sich wandelnden und zunehmend verflechtenden Welt zu bewahren.

Erstes Vaduzer Filmfest
(21.6. – 7.7.).

Vierte Auflage des Festivals
«Little Big One» (9. – 11.8.).

Der Staatsfeiertag steht
im Zeichen des Jubiläums
«75 Jahre Verfassung» (15.8.).
Erscheinen einer Dauermarke
«75 Jahre neue Verfassung»
(2.9.).

Die Freie Liste präsentiert einen
Verfassungsentwurf (30.9.).

Die liechtensteinische Ver-
fassung wird 75jährig (5.10.).

Die Vaterländische Union gibt
eine Edition der 1920 zwischen

Fürst und Volkspartei
ausgehandelten «Schlossab-
machungen» heraus, welche
die Grundlage zur Schaffung der
Verfassung von 1921 wurden.

Die Edition wird anlässlich einer
Matinee im Rathaussaal Vaduz
präsentiert (13.10.).

4. Die gesamte Staatsverwaltung ist nach den Grundsätzen des Rechtsstaates unter Einführung eines Verwaltungsrechtspflegeverfahrens und Wahrung des Instanzenzuges zu ordnen und sparsam zu führen.

Sämtliche Verwaltungs- und Justizbehörden mit Ausnahme des obersten Gerichtshofes in Zivil- und Strafrechtssachen sind in's Land zu verlegen.

Ausserdem ist im Wege eines besonderen Gesetzes ein Staatsgerichtshof als Gerichtshof des öffentlichen Rechtes zum Schutz der staatsbürgerlichen Rechte, zur Entscheidung von Kompetenzkonflikten und als Disziplinargerichtshof für öffentliche Angestellte zu errichten. Seine Mitglieder sollen vom Landtage gewählt werden und wenigstens zur Hälfte gebürtige Liechtensteiner sein. Die Wahl des Präsidenten bedarf der landesherrlichen Bestätigung.

5. Ausländer dürfen als Beamte nur mit Zustimmung des Landtages angestellt werden. Dieser ist auch berechtigt, beim Landesfürsten die Enthebung öffentlicher Funktionäre zu beantragen, die durch ihre Amtsführung das Vertrauen des Landtages und des Volkes verloren haben.

6. Der Landtag hat zukünftig nur mehr aus gewählten Abgeordneten zu bestehen. Er ist je nach Bedarf, jedenfalls aber über begründetes schriftliches Verlangen von wenigstens 400 wahlberechtigten Landesbürgern oder über Beschluss von mindestens drei Gemeinden einzuberufen.

Bei Abänderung der Landtagswahlordnung ist das Proportionalwahlrecht einzuführen und die Zahl der Abgeordneten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl festzulegen.

Der Landtag übt die Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung durch eine von ihm zu wählende Geschäftsprüfungskommission aus.

7. Die Grundrechte der Bürger sind in der Verfassung eingehend und in zeitgemässer Weise festzulegen. Das Recht des Referendums und der Initiative ist mit Fixierung der Stimmenzahl einzuführen und zu regeln.

8. Die Staatsaufgaben sind in der Verfassung mit besonderer Bedachtnahme auf die Beförderung der gesamten Volkswohlfahrt und die Schaffung von Gesetzen zum Schutze der religiösen, sittlichen und wirtschaftlichen Interessen des Volkes, zur Förderung des Unterrichts-, Erziehungs- und Pflegewesens mit spezieller Berücksichtigung der haus- und landwirtschaftlichen, sowie der gewerblichen Fortbildung tunlichst eingehend zu umschreiben.

9. Die Regelung der zoll- und handelspolitischen Beziehungen zu einem Nachbarstaate und die gesetzliche Ordnung des Geldwesens zur Überleitung in eine gesunde Währung sind mit möglichster Beschleunigung durchzuführen. Das Jagdwesen ist im Interesse der Landwirtschaft und der Gemeindefinanzen ehestens zu regeln.

Der Ordnung der Landesfinanzen ist ein besonderes Augenmerk zuzuwenden; sie ist durch Erschliessung neuer Einnahmsquellen und Schaffung gerechter Steuergesetze zu sichern.

10. Im Interesse der arbeitenden Bevölkerung ist auf die Schaffung von Arbeitsgelegenheit im Lande kräftig Bedacht zu nehmen. Nach Zulass der Verhältnisse und der finanziellen Mittel des Landes ist möglichst bald die Einführung der Kranken-, Unfalls- und Altersversicherung in die Wege zu leiten.

II. Ich bestelle den Hofrat Dr. Josef Peer provisorisch auf die Dauer eines Jahres zum Leiter der Regierungsgeschäfte mit den Rechten und Vorzügen eines Regierungschefs und betraue ihn vornehmlich mit der Aufgabe, die ad I umschriebene Verfassungsrevision, die gesetzliche Ordnung des Geldwesens und des Landeshaushaltes, sowie den Abschluss der Zoll- und Handelsverträge mit einem Nachbarstaate durchzuführen.

Ich genehmige auch die Heranziehung eines katholischen Schweizerfachmannes zur beratenden Mitarbeit bei Einführung von Einrichtungen, die in der Schweiz gesetzlich geregelt sind und sich dort praktisch bewährt haben.

III. Ich erwarte, dass nunmehr auf Grund dieser Meiner Entschliessungen die politischen Parteien im Lande einmütig dem geplanten Reformwerke zum Wohle des Landes ihre Mitarbeit widmen werden.

Vaduz, am 11. September 1920.

Johann m/p.
Für die Richtigkeit:
KABINETTSKANZLEI
DES REGIERENDEN FÜRSTEN
VON LIECHTENSTEIN
J[osef] Martin

Nr. 8: Modifikationen der Entschliessung des Fürsten Johann II. von Liechtenstein auf der Grundlage der Schlossabmachungen, dat. Vaduz, den 13. September 1920. Dabei eine beglaubigte Abschrift.

Über Bericht und Antrag des Vorstandes Meiner Kabinettskanzlei und des Hofrats Dr. Peer finde Ich Mich bestimmt, folgende Modificationen Meiner Entschliessung vom 11. m. c. zu genehmigen:

Ad I:

1. Zwischen die Worte «demokratischer» und «Grundlage» sind die Worte «und parlamentarischer» einzuschalten.

3. Der zweite Satz hat zu lauten: «Der Landammann und sein Stellvertreter werden vom Fürsten einvernehmlich mit dem Landtage über dessen Vorschlag ernannt».

Der dritte Satz hat zu lauten: «Für das Amt des Landammanns und seines Stellvertreters haben nur gebürtige Liechtensteiner in Betracht zu kommen».

4. Zum zweiten Absatz tritt folgender Zusatz: «Kollegiale Behörden sind mehrheitlich mit Liechtensteinern zu besetzen».

Zur Kompetenz des Staatsgerichtshofes gehören weiters: Prüfung der Verfassungsmässigkeit von Gesetzen, Entscheidung über Klagen auf Haftung des Staates für Verschulden seiner Beamten und über Klage des Landtages auf Entlassung von Regierungsmitgliedern oder von nicht richterlichen Beamten wegen behaupteter Pflichtverletzung.

Im dritten Absatz tritt anstelle der Worte «wenigstens zur Hälfte» das Wort «mehrheitlich».

6. Ab «wenigstens» hat die Fassung zu lauten: «300 wahlberechtigten Landesbürgern oder über Gemeindeversammlungsbeschlüsse von mindestens drei Gemeinden einzuberufen.»

Zwischen Absatz 2 und 3 ist einzuschalten: «Die Grundsätze des Proportionalwahlrechtes sind sinngemäss auch dann anzuwenden, wenn der Landtag im Wege der Wahl Kommissionen oder Behörden zu beschicken hat.»

7. Statt «eingehend» ist «eingehendst» zu setzen und zwischen «in» und «zeitgemässer» ist «vollkommen» einzuschalten. Am Schluss des P. 7 ist anzufügen: «Verfassungsreferendum und Initiative erheischen wenigstens 500 wahlberechtigte Stimmen oder Gemeindeversammlungsbeschlüsse von mindestens 4 Gemeinden; in allen übrigen Fällen genügt die in P. 6 fixierte Untergrenze».
8. Das Wort «thunlichst» hat zu entfallen.

Ad II.

Die Abschliessung des (!) Zoll- und Handelsverträge mit einem Nachbarstaate ist aus den dem Dr. Peer zugedachten Aufgaben auszuschneiden; es sind die diesbezüglich bereits eingeleiteten Verhandlungen mit dem Nachbarstaate durch den Geschäftsträger Legationsrat Dr. Beck weiterzuführen.

Vaduz, am 13. IX. 29

Johann, m.p.

Für die Richtigkeit:

[Stempel der:]

KABINETTSKANZLEI DES REGIERENDEN

FÜRSTEN VON LIECHTENSTEIN

Vaduz, am 13. IX. 1920.

J[osef] Martin.

Beglaubigte Abschrift

Fürstl. Liechtenst. Landgericht

23. September 1920.

Dr. Thurnher

Ohne Nummer: Zwei Schriftstücke mit dem Titel: «Schlossabmachungen, 15. 9. 1920», welche die Entschliessungen des Fürsten Johann II. von Liechtenstein vom 11. September samt den Modifikationen vom 13. September 1920 beinhalten (vgl. Nrn. 7 und 8). Die einzige Variante betrifft Punkt II, in dem angeführt wird, dass Josef Peer «auf die Dauer von sechs Monaten» als Regierungschef eingesetzt werde.

Schlossabmachungen 15. 9. 20

I./ Ich werde Meine Regierung beauftragen, dem Landtage eine Verfassungsrevisionsvorlage unter Einhaltung folgender Richtlinien zur Schlussfassung vorzulegen:

1.) Das Fürstentum Liechtenstein ist eine konstitutionelle Monarchie auf demokratischer und parlamentarischer Grundlage. Die Staatsgewalt ist im Fürsten und im Volke verankert und wird von beiden nach Massgabe der Bestimmungen der Verfassung ausgeübt.

2.) Der Landesfürst wird bei längerer Abwesenheit jährlich auf eine gewisse Zeit und ausserdem fallweise nach Bedarf einen Prinzen aus seinem Hause ins Land entsenden und ihn als seinen Stellvertreter mit der Ausübung ihm zustehender Hoheitsrechte betrauen.

3.) Die dem Fürsten und dem Landtage verantwortliche Kollegialregierung besteht aus dem Landammann als Vorsitzenden und zwei Regierungsräten mit eben sovielen Stellvertretern. Der Landammann und sein Stellvertreter werden vom Fürsten einvernehmlich mit dem Landtage über dessen Vorschlag ernannt. Die Regierungsräte und ihre Stellvertreter werden vom Landtage unter Berücksichtigung beider Landschaften gewählt.

Für das Amt des Landammanns und seines Stellvertreters haben nur gebürtige Liechtensteiner in Betracht zu kommen.

Wenn ein Mitglied der Regierung durch seine Amtsführung das Vertrauen des Volkes und des Landtages verliert, so ist der Landtag berechtigt, beim Landes-

fürsten die Enthebung des betreffenden Regierungsfunktionärs zu beantragen. Die Zuweisung der Geschäfte an die einzelnen Regierungsmitglieder wird durch eine vom Landtag zu beschliessende und vom Fürsten zu genehmigende Geschäftsordnung geregelt.

4.) Die gesamte Staatsverwaltung ist nach den Grundsätzen des Rechtsstaates unter Einführung eines Verwaltungsrechtspflegeverfahrens und Wahrung des Instanzenzuges zu ordnen und sparsam zu führen.

Sämtliche Verwaltungs- und Justizbehörden mit Ausnahme des obersten Gerichtshofes in Zivil- und Strafrechtsachen sind ins Land zu verlegen.

Kollegiale Behörden sind mehrheitlich mit Liechtensteinern zu besetzen.

Ausserdem ist im Wege eines besonderen Gesetzes ein Staatsgerichtshof als Gerichtshof des öffentlichen Rechtes zum Schutz der staatsbürgerlichen Rechte, zur Entscheidung von Kompetenzkonflikten und als Disziplinargerichtshof für öffentliche Angestellte zu errichten.

Zur Kompetenz des Staatsgerichtshofes gehören weiters: Prüfung der Verfassungsmässigkeit von Gesetzen, Entscheidung über Klagen und Haftung des Staates für Verschulden seiner Beamten und über Klagen des Landtages auf Entlassung von Regierungsmitgliedern oder von nichtrichterlichen Beamten wegen behaupteter Pflichtverletzungen.

Seine Mitglieder sollen vom Landtage gewählt werden und mehrheitlich gebürtige Liechtensteiner sein. Die Wahl des Präsidenten bedarf der landesherrlichen Bestätigung.

5.) Ausländer dürfen als Beamte nur mit Zustimmung des Landtages angestellt werden. Dieser ist auch berechtigt beim Landesfürsten die Enthebung öffentlicher Funktionäre zu beantragen, die durch ihre Amtsführung das Vertrauen des Landtages und des Volkes verloren haben.

6.) Der Landtag hat zukünftig nur mehr aus gewählten Abgeordneten zu bestehen. Er ist je nach Bedarf, jedenfalls aber über begründetes schriftliches

Verlangen von wenigstens 300 wahlberechtigten Landesbürgern oder über Gemeindeversammlungsbeschlüsse von mindestens drei Gemeinden einzu-berufen.

Bei Abänderung der Landtagswahlordnung ist das Proportionalwahlrecht einzuführen und die Zahl der Abgeordneten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl festzulegen.

Die Grundsätze des Proportionalwahlrechtes sind sinngemäss auch dann anzuwenden, wenn der Landtag im Wege der Wahl Kommissionen oder Behörden zu beschicken hat.

Der Landtag übt die Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung durch eine von ihm zu wählende Geschäftsprüfungskommission aus.

7.) Die Grundrechte der Bürger sind in der Verfassung eingehendst und in voll-kommen zeitgemässer Weise festzulegen. Das Recht des Referendums und der Initiative ist mit Fixierung der Stimmenzahl einzuführen und zu regeln. Verfassungsreferendum und Initiative erheischen wenigstens 500 wahlberechtigte Stimmen oder Gemeindeversammlungsbeschlüsse von mindestens vier Gemein-den. In allen übrigen Fällen genügt die in P. 6 fixierte Untergrenze.

8.) Die Staatsaufgaben sind in der Verfassung mit besonderer Bedachtnahme auf die Beförderung der gesamten Volkswohlfahrt und die Schaffung von Gesetzen zum Schutze der religiösen, sittlichen und wirtschaftlichen Interessen des Volkes, zur Förderung des Unterrichts-, Erziehungs- und Pflégewesens mit spezieller Berücksichtigung der haus- und landwirtschaftlichen, sowie der gewerblichen Fortbildung eingehend zu umschreiben.

9.) Die Regelung der zoll- und handelspolitischen Beziehungen zu einem Nachbarstaate und die gesetzliche Ordnung des Geldwesens zur Überleitung in eine gesunde Währung sind mit möglichster Beschleunigung durchzuführen. Das Jagdwesen ist im Interesse der Landwirtschaft und der Gemeindefinanzen ehens-tens zu regeln.

Der Ordnung der Landesfinanzen ist ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Sie ist durch Erschliessung neuer Einnahmequellen und Schaffung gerechter Steuergesetze zu sichern.

10.) Im Interesse der arbeitenden Bevölkerung ist auf die Schaffung von Arbeitsgelegenheit im Lande kräftig Bedacht zu nehmen. Nach Zulass der Verhältnisse und der finanziellen Mittel des Landes ist möglichst bald die Einführung der Kranken-, Unfall- und Altersversicherung in die Wege zu leiten.

II./ Ich bestelle den Hofrat Dr. Josef Peer provisorisch auf die Dauer von sechs Monaten zum Leiter der Regierungsgeschäfte mit den Rechten und den Vorzügen eines Regierungschefs und betraue ihn vornehmlich mit der Aufgabe, die ad I. umschriebene Verfassungsrevision, die gesetzliche Ordnung des Geldwesens und des Landeshaushaltes durchzuführen.

Die Abschliessung der Zoll- und Handelsverträge mit einem Nachbarstaate ist aus den, dem Dr. Peer zugedachten Aufgaben auszuscheiden und es sind die diesbezüglich bereits eingeleiteten Verhandlungen mit dem Nachbarstaates durch den Geschäftsträger Legationsrat Dr. Beck weiterzuführen.

Ich genehmige auch die Heranziehung eines katholischen Schweizerfachmannes zur beratenden Mitarbeit bei Einführung von Einrichtungen, die in der Schweiz gesetzlich geregelt sind und sich dort praktisch bewährt haben.

III./ Ich erwarte, dass nunmehr auf Grund dieser Meiner Entschliessungen die politischen Parteien im Lande einmütig dem geplanten Reformwerke zum Wohl des Landes ihre Mitarbeit widmen werden.

Vaduz, am 11. September 1920

Johann m/p

Für die Richtigkeit:

Kabinettskanzlei des regierenden

Fürsten von Liechtenstein.

Dr. Martin.

Nr. 9: Protokoll der Sitzung vom 14. September 1920 in Vaduz; Teilnehmer waren die Volkspartei-Vertreter Anton Walser-Kirchthaler, Parteiobmann, Wilhelm Beck, Landtagsvizepräsident, und Gustav Schädler, Abgeordneter.

Protokoll

aufgenommen zu Vaduz am 14. September 1920.

Bezugnehmend auf die zwischen den Herren

1. ANTON WALSER-KIRCHTHALER als Obmann der Volkspartei, Landtagsvizepräsident Dr. WILHELM BECK, Abgeordneter Reallehrer GUSTAV SCHÄDLER (im Folgenden kurz «Partei» genannt) und

2. Vorstand der fürstl. Kabinettskanzlei, Kabinettsrat JOSEF MARTIN und Hofrat Dr. JOSEF PEER

gepflogenen Besprechungen, deren meritorisches Ergebnis sich mit den von Sr. Durchlaucht dem Landesfürsten am 11. und 13. m. c. gefassten Entschliessungen deckt, werden noch folgende Erklärungen niedergelegt, bzw. Wünsche ausgesprochen:

I. Die Partei wünscht, dass in den, dem Landtage vorzulegenden Regierungsvorlagen der Regierungssekretär als «Landschreiber», die künftige Regierung als parlamentarische, bzw. als Ressort-Regierung und die Abgeordneten als «volksgewählte Abgeordnete» bezeichnet werden.

Dr. Peer wird diesem Wunsche bei Ausarbeitung der Regierungsvorlage Rechnung tragen.

II. Die Partei betont, dass die Beiziehung des Schweizer Fachmannes insbesondere auch deshalb verlangt worden sei, um dadurch eine Garantie für die demokratische Ausgestaltung der Verfassung und Verwaltung zu schaffen.

Dr. Peer erklärt, die Mitarbeit des Schweizer Fachmanns bei Ausarbeitung der Regierungsvorlage in loyaler und weitgehender Auslegung der Heranziehungsbestimmung in Anspruch nehmen zu wollen.

III. Die Partei fasst die Forderung der mehrheitlichen Besetzung des Staatsgerichtshofes mit Liechtensteinern dahin auf, dass auch die Unterabteilungen und Senate dieses Gerichtshofes mehrheitlich aus Liechtensteinern zu bestehen, ferner dass die Erkenntnisse dieses Gerichtshofes über präjudicielle Verfassungsfragen kassatorisch zu sein haben.

Dr. Peer tritt diesen Auffassungen bei.

IV. Die Partei fordert im Interesse des Staatsansehens, dass der Präsident des Staatsgerichtshofes ein gebürtiger Liechtensteiner sei.

Dr. Peer erhebt dagegen keine principielle Einwendung.

V. Die Partei wünscht aus historischen Gründen, dass die Zahl der Abgeordneten fünfzehn bleibe, verteilt auf die beiden Landschaften.

Dr. Peer überlässt die Entscheidung über diese Frage gänzlich dem Landtage.

VI. Mit dem Verlangen der Partei, dass seine Berufung auf die Dauer eines halben Jahres eingeschränkt werde, erklärt sich Dr. Peer einverstanden.

VII. Die Partei wünscht sehr dringend, dass die Reformvorlagen betreffend die Verfassung und die Landtagswahlordnung, so rechtzeitig an den Landtag gelangen, dass die Neuwahlen zum Landtage spätestens im Februar 1921 vor sich gehen können.

Dr. Peer verspricht seinerseits eine diesem Wunsche nach Kräften Rechnung tragende beschleunigte Behandlung, lehnt aber gleichzeitig die Verantwortung für Hindernisse ab, die sich der Erfüllung dieses Wunsches ohne sein Zutun entgegenstellen.

Beiderseits gefertigt und zwar

a. von Seite der Partei mit dem Bemerkten, dass die Herren Vicepräsident Dr. Beck und Abgeordneter Schädler sich mit den getroffenen, die Berufung Dr. Peer's in sich schliessenden Abmachungen bedingungslos einverstanden erklären, während Herr Obmann Walser sich die Genehmigung durch die Delegierten der Partei vorbehält, dieser gegenüber aber

die Annahme der von ihm für seiner(!) Person gebilligten Abmachungen vertreten wird;

b. Von Seite des Kabinettsrates Dr. Martin, des Hofrates Dr. Peer mit der Erklärung, dass sie die getroffenen Abmachungen und Zugeständnisse nur für den Fall des Zustandekommens einer Einigung im Sinne der Abmachungen für verbindlich erklären können.

Vorstand der

[Stempel]

KABINETTSKANZLEI

DES REGIERENDEN FÜRSTEN

LIECHTENSTEIN VON

Josef Martin

fürst. Kabinettsrat.

Dr. Josef Peer

gez. Walser, Obmann

Dr. Beck

Gustav Schädler

Felix Hasler

Frick Alois

Andreas Vogt

Nr. 9a: Protokoll der Sitzung des engeren Ausschusses der Liechtensteinischen Volkspartei im «Kirchthaler» (heute «Vaduzerhof») in Vaduz, dat. vom 11. September 1920.

Protokoll

Jahrgang 1920 = 13

der Sitzung des engeren Ausschusses im «Kirchthaler» am 11. Dez. 1920

Anwesend:

Walser, Dr. Beck, Andr. Vogt, Felix Hasler, Louis Seeger, Friedrich Marxer, Gust. Schädler, Arnold Gassner, Alois Schädler, Franz Wille.

Traktanden

1. Peerfrage: Dr. Beck war am 10. Dez. 2mal bei Peer zwecks Aussprache über die neue Verfassung. Die Bürgerpartei sei gegen die Abmachung mit dem Fürsten. Fritz Walser sagte, die neue Verfassung komme Ende Jänner.
2. Wiener-Gesandtschaft: Die Bürgerpartei wolle sie behalten. Beiliegendes Schreiben wird verlesen und beschlossen, eine Abschrift an den Kabinettsrat Martin zu senden.
3. St.Galler Arbeiter-Delegation: Da die Vertreter für die 3. Internationale sind, wird festgestellt, dass wir von den Liechtensteinern im Ausland, speziell jenen in St.Gallen, nicht bevormundet sind.
4. Regierungsrats-Frage (Nachfolge Wangers): Dr. Beck referiert über die Bank und seine Stellungnahme. Die Bürgerpartei schiebe vor, gegen ihn, d. h. seine Kandidatur zu sein, weil er bei der Bank Verwaltungsrat [S. 1/2] sei. Peer hat Dr. Beck auf dem Schlosse in die Hand versprochen, ihm den Entwurf der neuen Verfassung zuerst zu zeigen, dies hat Peer unterlassen. Anlässlich der Peer-Abmachungen auf dem Schlosse war Fritz Walser damit einverstanden, dass Dr. Beck anstelle Wangers in den Regierungsrat gewählt werde. Es wird festgestellt, dass, falls im Kollegium etwas bezüglich der Bank zur Behandlung komme, wäre einfach statt Dr. Beck sein Stellvertreter einzuberufen.

Dr. Beck's Antrag: Es solle vor der Wahl im Landtag eine genaue Schilderung des Abkommens gegeben werden, spez., dass Fritz Walser und Peter Büchel und die anderen mit der Wahl Dr. Beck's auf dem Schlosse einverstanden gewesen seien.

Schädler Gust.: Abg. Gassner solle im Vorzimmer für Dr. Beck eintreten, wenn dann gar keine Aussicht für Beck, müsste Walser-Kirchthaler gewählt werden.

Ansicht Walser Kirchthaler: Die 6 Abgeordneten sollen vor der Sitzung eine freundliche Besprechung haben, wenn dann Lehrer Risch einverstanden sei, sei es recht, wenn nicht, müsse im Landtag erklärt werden, Risch sei nicht mehr unser Vertreter.

Beschluss: Unmittelbar vor der nächsten Landtagssitzung soll eine neue Besprechung der 6 Abgeordneten mit dem engeren Ausschuss stattfinden. Obmann ruft ein, Abg. Gassner leitet die Versammlung.

gez. Schädler [Gustav]

Nr. 10: Schreiben der Fürstlichen Kabinettskanzlei an Anton Walser-Kirchthaler in seiner Funktion als Obmann der Liechtensteinischen Volkspartei, dat. Wien, den 17. Dezember 1920.

[Stempel] 17. 12. 1920

KABINETTSKANZLEI
DES REGIERENDEN FÜRSTEN VON
LIECHTENSTEIN

Präs. No. 833

Sehr geehrter Herr!

In Erwiderung des infolge der Verkehrsschwierigkeiten verspätet erhaltenen, von den Herren Landtagsvizepräsidenten Dr. Wilhelm Beck und Abgeordnetem Prof. Gustav Schädler mitunterfertigten Briefes beehre ich mich mitzuteilen, dass ich über den Inhalt des Schreibens Seiner Durchlaucht dem Landesfürsten vorgetragen habe und Höchstdieselben mich zu beauftragen geruhten, Herrn Obmann bekanntzugeben, dass den Herren eine Antwort im Gegenstande direkt durch den Herrn Regierungschef Dr. Peer zukommen wird.

Mit dem Ausdrucke vorzüglicher Hochachtung

Euer Wohlgeboren

ergebener

Wien, am 17. Dezember 1920. gez. J[osef] Martin

Wohlgeboren

Herrn Anton Walser-Kirchthaler,

Obmann der Liechtensteinischen Volkspartei

Vaduz.

Nr. 11: Schreiben der Liechtensteiner Volkspartei durch Obmann Anton Walser-Kirchthaler an Josef Peer, dat. Vaduz, den 30. Dezember 1920.

30. 12. 1920

Herrn

Hofrat Dr. Peer, Regierungschef,

Vaduz.

In der mündlichen Unterhandlung, die gestern die Herren der Volkspartei, nämlich A. Walser-Kirchthaler, Felix Hasler, Albert Vogt und Alois Schädler mit Ihnen betr. der Schlossabmachungen gepflogen haben, erklärten dieselben, dass die genannten Abmachungen nur gelten können, wenn Herr Abg. Wanger als Regierungsrat zurücktreten und Abg. Dr. Beck für ihn gewählt werde.

Da nun infolge der bekannten Vorgänge im Landtage vom heutigen Tage Herr Dr. Beck erklärt hat, er verzichte auf die Wahl zum Regierungsrat und Herr Abg. Wanger aus bekannten Gründen aus der Regierung ausgetreten ist, so erklärt der Unterzeichnete, dass die Partei unter allen Umständen an den September-Abmachungen fest hält, in der Meinung, dass sie nun einen Regierungsrat erhalte und zwar auf Vorschlag der Volkspartei.

Wir bitten Sie, dies zur Kenntnis zu nehmen und alle jene Personen, denen Sie die gestrige Besprechung mitgeteilt haben, hievon verständigen zu wollen.

Vaduz, am 30. Dez. 1920

Hochachtend

Liechtenst. Volkspartei

der Obmann

A. Walser

Nr. 12: Telegramm des Obmannes der Liechtensteiner Volkspartei, Anton Walser-Kirchthaler, an Kabinettsrat Josef Martin, dat. 30. März 1921.

Telegramm an Kabinettsrat Martin, Wien, Bankgasse 9 30. III. 21

Wurde dem Fürst mitgeteilt, dass im Herbst bei den Peerverhandlungen von seinen Vertretern das Ehrenwort abgegeben wurde, dass Hofrat Peer nach Umfluss von einem halben Jahr als Regierungschef das Land dauernd verlasse. Brief folgt.

Obmann Walser

[Nr. 13]: Schreiben der Liechtensteiner Volkspartei an Kabinettsrat Josef Martin, dat. 11. Dezember 1920.

Jahrgang 1920

≡ 13.

11. Dez. 20

Wohlgeb. Herrn

fürstl. Kabinettsrat Martin,

Wien

Bankgasse 9

Sehr geehrter Herr!

Die unterzeichneten Mitglieder der Volkspartei haben die Ehre, Ihnen nachfolgendes zur Berichterstattung bei Seiner Durchlaucht und geeigneten Verwendung unter Bezugnahme auf die seinerzeitigen Unterhandlungen im September 1920 zur Kenntnis zu bringen.

1.) Gelegentlich der Unterhandlungen wurde von uns der bestimmte Wunsch als Forderung ausgesprochen, es solle die Wiener Gesandtschaft aufgelassen und ihre Agenden einerseits soweit sie Verhandlungen mit fremden Staaten erfordert, durch die Schweizer Gesandtschaft, andererseits der amtliche Verkehr mit dem Landesfürsten durch die Kabinettskanzlei erfolgen. Gleichzeitig soll der Berner Geschäftsträger zum Gesandten ernannt werden.

Bis zur Stunde ist nach unserem Wissen weder das eine noch das andere erfolgt, obwohl die Volkspartei dies unbedingt verlangt, da die Geschäftsführung des Prinzen Eduard eben von Misstrauen der Bevölkerung begleitet ist und vielfach hervorgehoben wird, dass es zum mindesten eigentümlich sei, dass ein Mitglied des regierenden Hauses diplomatischer Funktionär in eigener Sache ist.

Schon längst warten wir auf die fürstl. Erfüllung dieser Wünsche. Bei den seinerzeitigen Unterhandlungen wurde uns zugesagt, dass in dieser Beziehung in absehbarer Zeit die nötigen Schritte unternommen werden. Was hier diesbezüglich gesagt wird, vermögen wir nicht auf seine Richtigkeit zu untersuchen, da uns leider nicht jene Aufklärung durch die Regierungskanzlei zu theil wird, wie Persönlichkeiten der Bürgerpartei. Wir erlauben uns, Sie um Auskunft zu bitten und wiederholen unsere Forderung.

2.) Hinsichtlich der Verfassung ist Herr Dr. Peer ersucht worden unter anderem, noch am 4. Nov. die Arbeiten zu beschleunigen. Es war zurzeit davon die Rede, dass, wenn nicht Unvorhergesehenes eintreffe, der Verfassungsentwurf schon Ende Oktober auf den Tisch des Landtages gelegt werde.

Nach unserer Auffassung war die Berufung Dr. Peers als Landesverweser doch in erster Linie zur Revision der Verfassung gedacht. Allseits war man einig, dass als Grundlage zur Pazifizierung des Landes die Schaffung der Verfassung erforderlich sei. Wenn wir auch einsehen, dass die laufenden Regierungsgeschäfte zeitraubend sind und dass Herr Dr. Peer viel arbeitet, so können wir dennoch nicht umhin allen Ernstes darauf aufmerksam machen, dass der Verfassungsentwurf ehestens zur parlamentarischen Beratung gelangen sollte. Erfolgt dies nicht, so wird unser guter Wille, von dem wir gewiss genügend Beweise geben, durch Gegenströmungen im Volke paralytisch und es gelangen in der Partei, teilweise durch unverantwortliche Äusserungen aus der Bürgerpartei gereizt, jene Kreise – die eine rasche Entscheidung verlangen [sic!]. Bedauerlicherweise wird gerade von gegnerischer Seite beständig damit hausiert, dass entgegen der klippigen und klaren Abmachung mit einer längeren Anwesenheit als 6 Monate zu rechnen sei. Diese Äusserungen machen böses Blut und es wäre sehr zu wünschen, dass amtlich dieserhalb aufklärend gewirkt würde.

Herr Kabinettsrat, wir bitten Sie höflich und dringend, Ihren ganzen Einfluss zur Erfüllung der feierlich gegebenen Abmachungen geltend zu machen und

dafür zu sorgen, dass das heute noch wie ehemals bestehende Gefühl der Volkspartei durch Tatsachen widerlegt werde. Wir haben, wie Ihnen vielleicht bekannt sein dürfte, mit unsern Abmachungen sehr getheilten Anklang gefunden und letzten Endes können wir nicht gegen die Strömung in der Partei aufkommen, die klare Situation schaffen will.

Die Stimmung ist entschlossen in unseren Parteikreisen. Wir haben keine Veranlassung, Ihnen dieses zu verheimlichen und wir können und wollen Ihnen nicht mehr sagen und bitten Sie nochmals unsere Worte wie ernst aufzufassen. Vergessen Sie nicht, dass die fürstl. und andere Zusagen auch wenn man wollte, nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

Um baldige Aufklärung ersuchen
mit vorzüglicher Hochachtung
[Unterschriften fehlen]

Nr. 13: Kopie eines Schreibens des Obmannes der Liechtensteiner Volkspartei, Anton Walser-Kirchthaler, an Kabinettsrat Josef Martin, dat. Vaduz, den 30. März 1921.

Copie
Herrn
Kabinettsrat Martin,
Wien,
Bankgasse 9
Vaduz, den 30. März 1921

Ich telegraphierte Ihnen heute:

«Wurde dem Fürst mitgeteilt, dass im Herbst bei den Peerverhandlungen von seinem Vertreter das Ehrenwort abgegeben wurde, dass Hofrat Peer nach Umfluss von einem halben Jahr als Regierungschef das Land dauernd verlasse? Brief folgt.»

Die jüngsten Vorgänge im unserem Lande haben mich als Obmann der Volkspartei und besonders als Mitglied der Delegation, die seinerzeit die Schlossabmachungen führte und wo seinerzeit der berühmte, politische Friede Liechtensteins geschlossen wurde, veranlasst, Ihnen dieses Telegramm zu senden und in Erinnerung zurückzurufen, die Garantien, die Ihrerseits für das Nichtlängerverbleiben als ein halbes Jahr des Herrn Dr. Peer gegeben wurden.

Nachdem Sie und Herr Hofrat Dr. Peer uns bei den Schlossverhandlungen das Ehrenwort abgegeben haben, dass Herr Hofrat Peer nicht länger als ein halbes Jahr als Regierungschef im Lande verbleiben werde, d. h. dass im März 1921 seine Tätigkeit als Regierungschef in Liechtenstein abläuft, nachdem uns weiter mitgeteilt wurde, dass der Fürst über das Zustandekommen eines Kompromisses in der Landesverweserfrage sichtlich erfreut sei, nachdem uns weiter

mitgeteilt wurde, dass die Bürgerpartei mit diesen Abmachungen einverstanden sei, hatte unsere Delegation damals keinen Grund an der Einhaltung dieser vertraglich festgesetzten Abmachungen zu zweifeln.

Leider mussten wir nur zu früh erfahren, dass von bestimmter Seite verschiedene Angriffe gegen die Gültigkeit dieser Abmachungen gemacht wurden und sogar versucht wurde, den Sinn der Verhandlungen den Tatsachen zu entstellen. Als dann vor einigen Wochen im Landtage durch verschiedene Vorkommnisse einige Herren glaubten, die Volkspartei und ihre Führer seien in ihrer Stärke etwas erschüttert, so mussten wir zu unserem grössten Bedauern gleichzeitig wahr nehmen, dass auch die vertraglichen Bedingungen der Schlossabmachungen immer mehr und mehr auf die Seite geschoben und die Volkspartei so ziemlich als Luft behandelt wurde.

Am 26. Februar, am Demonstrationstage der berühmten Markengeschichte, wurde von Seiten der Regierung und der Gegenpartei ohne weiteres versucht, die Demonstration der Volkspartei zu unterschieben. Meine Meinung und die Meinung des Grossteils im Lande geht heute dahin, dass damals schon weder die Regierung noch das Landtagspräsidium an einen sogenannten Putsch von Seiten der Volkspartei glaubten und glauben konnten, sondern dass sie vielmehr diesen Anlass benützten, (Seite II. zu Brief vom 30. III.) die Volkspartei zu «füseln» und eine Bürgerwehr einzuführen, damit die Schlossabmachungen auf gar besondere Weise durchgeführt werden können.

Am Ostermontag war nun die Volksabstimmung über das Weiterverbleiben des Herrn Hofrat Peers ein Vorgang ganz gegen die Schlossabmachungen und, gestatten Sie mir den Ausdruck, nicht im Einklang stehend mit dem von Ihnen und Herrn Hofrat Dr. Peer abgegebenen Ehrenwort, Peer bleibe nur ein halbes Jahr als Regierungschef im Lande und verlasse das Land dauernd als solcher. Ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln, dass Sie alles daran setzen werden, um Ihr gegebenes Versprechen halten zu können, obwohl ich mich dies-

Quellen und Literatur

- Archiv der Vaterländischen Union.
- Liechtensteinische Landeszeitungen, 1900 ff.
- Jahrbuch des Historischen Vereins, Bd. 1 ff., Vaduz, 1901 ff.
- Liechtenstein – Politische Schriften, Bde. 1 ff., Vaduz, 1972 ff..
- Geschichte Liechtensteins in Daten. Zusammengestellt von P. Vogt. 1985 (MS.).
- Liechtenstein 1938–1988. Bilder und Dokumente. Hg. v. d. Fürstl. Regierung. 2 Bände. Vaduz, 1978–1988.
- Liechtenstein – Fürstliches Haus und staatliche Ordnung. Hg. v. V. Press, D. Willoweit. Vaduz, 1987.
- H. Hoch: Geschichte des Liechtensteinischen Sozialversicherungsrechts. Vaduz, 1991.
- H. Brunhart: Liechtenstein morgen und übermorgen. Vaduz 1988. (Kleine Schriften 12).
- Rechenschaftsberichte der Regierung an den Landtag, 1921 ff.
- P. Vogt: 125 Jahre Landtag. Vaduz, 1987.
- O. Seger: Die Entwicklung des Parteiwesens in Liechtenstein. Vaduz, 1969.

bezüglich an andern Herren sehr getäuscht habe. Wie aus dem Ergebnis obiger Abstimmung ersichtlich ist, so wären 61% für das vorläufige Weiterverbleiben des Herrn Hofrat Peers. Wenn 615 Stimmen sich gegen das Weiterverbleiben Dr. Peers ausgesprochen haben, so kann ich Sie nur versichern, dass dieses Ergebnis ohne jedes Zutun und Agetieren von unserer Seite sich gezeigt hat. Gleichzeitig möchte ich feststellen, dass der Abstimmungstag von Seiten der Regierung zu kurz bekannt wurde. Mein persönlicher und der Eindruck anderer war der, die Volkspartei daran zu verhindern, ihre Leute aufzuklären, wie aufrichtig man sogar von offiziöser Seite mit gegebenen Versprechungen umgeht. Ich will es unterlassen, mich weiter über ein allfälliges Resultat zu äussern, wenn von uns die Peerabstimmung öffentlich vor dem Volke ins eigentliche Licht gestellt worden wäre.

Obwohl in der Abstimmung ein Mehrergebnis für den Peer sich ergab, nimmt die Volkspartei allgemein an, dass Herr Hofrat Peer doch als Regierungschef nicht wiederkehren werde. Betonen möchte ich noch kurz, dass sogar in grossem Umfange in der Bürgerpartei die Auffassung herrscht, dass unter dem Umstande des abgegebenen Ehrenwortes und des nicht besonders grossen Mehres für Peer, Herr Hofrat wohl nicht mehr in sein Amt als Regierungschef zurück kehren werde.

Gestatten Sie mir, geehrter Herr Kabinettsrat, dass es mich, wie ich Sie bei den Verhandlungen kennen gelernt habe, eigentümlich berührt, in dieser Angelegenheit mit diesen Worten an Sie gelangen zu müssen. Nachdem Sie bei den Verhandlungen als Vertreter des Fürsten einerseits und wir als Vertreter der Volkspartei andererseits den Schlussakt dieser Verhandlungen in beiderseitigem Einverständnis unterschrieben haben, fühlte ich mich verpflichtet – Ihnen diese Zeilen zu schreiben.

Zum Schlusse bitte ich Sie höflichst zu Ihrer Kenntnis nehmen zu wollen, dass wir im übrigen in allen Teilen an den Schlossabmachungen festhalten und

hoffen auch, dass nunmehr andererseits die Schlossabmachungen in vollem Umfange erfüllt werden.

Ich hoffe in Bälde Gelegenheit zu haben, mit Ihnen persönlich sprechen zu können und zeichne

mit vorzüglicher Hochachtung

als Ihr ergebener

[gez.] Walser-Kirchthaler

Nr. 14: Telegramm von Kabinettsrat Josef Martin an Anton Walser-Kirchthaler, dat. [vmtl.] Vialcice [Feldsberg] (!), 31. März 1921.

Telegramm an Obmann Walser, Vaduz, L[iechtenstein], dat. Vialcice (!), 31. III. 1921

Ein Versprechen in Telegrafischer hierher von Euch behaupteter Form wurde von Martin, Peer überhaupt nicht gegeben.

Kabinettsrat Martin

- O. Seger: 50 Jahre Arbeitnehmergebund im Fürstentum Liechtenstein. Vaduz, 1970.
- F. Büchel: Liechtensteiner Zeittafel. Vaduz, 1994.
- 75 Jahre Liechtensteiner Arbeitnehmergebund. Hrsg. v. LANV. Vaduz, 1995
- Statistisches Jahrbuch des Fürstentums Liechtenstein, Vaduz, 1976 ff.
- Liechtensteinische Volkszählungen, 1901 ff.

Bildnachweis

Für die Bereitstellung von Fotos danken wir dem Liechtensteinischen Landesarchiv, dem liechtensteinischen Landesmuseum, dem «Liechtensteiner Vaterland» und Privatpersonen.

Reproduktionen von Dokumenten und Zeitungen wurden von Heinz Preute, Vaduz, und Klaus Schädler, Triesenberg, angefertigt.

Die Vorlagen für die Illustrationen stammen aus den Sammlungen des liechtensteinischen Landesmuseums, dem Fotoarchiv «Liechtensteiner Vaterland» und aus Privatbesitz, zum ganz überwiegenden Teil aber aus den Fotosammlungen des Landesarchivs Vaduz.

Das Copyright wurde, soweit die Inhaber allfälliger Rechte bekannt waren bzw. eruirt werden konnten, für diese Publikation erworben.

Für die Abdruckrechte von Fotos danken wir: Lic. iur. Gertrud Beck, Triesenberg; Irmgard Beck, Triesenberg; Eduard von Falz-Fein, Vaduz; Wolfi Frick, Vaduz; Hassler Hermann, Schellenberg; Xaver Jehle, Schaan; Alfons Kieber, Mauren; Roland Korner, Triesenberg; Pro Colara, Schaan; Brigitt Risch, Schaan; Eddy Risch, Schaan; Klaus Schädler, Triesenberg; Walter Wachter, Schaan; Olaf Walser, Vaduz; Catherine Wolf, Vaduz.

Nr. 15: Telegramm der Fürstlichen Kabinettskanzlei an Anton Walser-Kirchthaler, dat. Valcice [vmtl.] Vialcice [Feldsberg] (!), 31. März 1921.

Telegramm an Walser-Kirchthaler, Vaduz, L[iechtenstein], dat. Valcice (!), 31. IV. 1921

Telegramm an Walser, Obmann

Brief erhalten. Unser Standpunkt unverändert; kann nur Missverständnis Eurerseits vorwalten.

Kabinettskanzlei

Nr. 16: Telegramm des Obmannes der Liechtensteiner Volkspartei, Anton Walser-Kirchthaler, an Kabinettsrat Josef Martin, dat. 5. April 1921.

Abschrift

Kabinettsrat Martin, Wien

Bankgasse 9

Depesche vom 31. März und 3. April erhalten. In meinem Telegramm vom 30. März kein Irrtum noch Missverständnis. Ehrenwort von fürstlichen Unterhändlern abgegeben, Peer verlässt Ende März 1921 unter allen Umständen und dauernd als Ammann das Land.

Obmann Walser

Poststempel

Vaduz, 5. IV. 1921